



Monatsbericht Juni 2012

64. Jahrgang
Nr. 6

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
15. Juni 2012, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
<i>Zur gemeinschaftlichen Haftung für Staatsschulden und zum Vorschlag eines Schuldentilgungsfonds</i>	8
Wertpapiermärkte	11
Zahlungsbilanz	12
■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013	15
■ Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern	29
<i>Zu den Ölkrisen der siebziger Jahre</i>	31
<i>Zum Einfluss der Spekulation auf den Ölpreis</i>	34
<i>Zur Preiselastizität der Rohölnachfrage in der kurzen Frist</i>	36
<i>Zum empirischen Zusammenhang zwischen Änderungen des Rohölpreises und dem Wachstum des realen BIP</i>	44
■ Die Rolle des „Baseler Zinsschocks“ bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch	55

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Konjunkturperspektiven von höheren Risiken geprägt

Die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat in den letzten Wochen erkennbar zugenommen. So war die Stimmung der Unternehmen im Mai durch eine weniger optimistische Lagebeurteilung gekennzeichnet. Zudem wurden die Erwartungen über die weitere Entwicklung wahrnehmbar zurückgestuft. Beide Indikatoren blieben jedoch noch auf einem relativ hohen Niveau. In welchem Ausmaß die jüngste Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euro-Gebiet und die Anzeichen für eine Abschwächung der globalen Konjunktur die Aussichten für die deutsche Wirtschaft weiter eintrüben, bleibt abzuwarten. In den ersten vier Monaten des Jahres 2012 hatten steigende Aufträge für die Industrie aus Nicht-Euro-Ländern den Rückgang der Nachfrage aus dem Euro-Raum im Großen und Ganzen ausgeglichen. Dass die kurzfristigen Unternehmensdispositionen von vermehrter Vorsicht geprägt sind, deutet insbesondere der ausgeprägte Rückgang der Importe im April an. Gleichwohl stellten die Firmen auch im April per saldo in erheblichem Umfang zusätzliches Personal ein, und die Einstellungsbereitschaft blieb hoch.

Insgesamt spricht das aktuelle Indikatorenbild nicht gegen die Erwartung, dass nach einem schwächeren Frühjahrsquartal die gesamtwirtschaftliche Dynamik in der zweiten Jahreshälfte allmählich wieder anziehen könnte.

Industrie

Produktionsrückgang konjunkturell überzeichnet

Die Industrieproduktion fiel im April saisonbereinigt im Vergleich zum Stand im März, der durch Nachmeldungen vor allem im Maschinenbau stark überhöht ist, um 2¼% niedriger aus. Zu dem Rückgang trugen auch der Brückentag

zum 1. Mai und die Warnstreiks in der Metallindustrie bei. Ohne diese Sondereffekte dürfte das Niveau des ersten Quartals im Großen und Ganzen gehalten worden sein. Vergleichsweise gering war die Abnahme mit – ½% bei der Erzeugung von Vorleistungsgütern, während die Einbußen bei Investitionsgütern auch aufgrund der Sondereffekte mit – 3½% relativ stark ausfielen. Die Herstellung von Konsumgütern wurde ebenfalls deutlich zurückgenommen (– 3¾%).

Vor allem wegen eines geringeren Umfangs an Großaufträgen ging der Auftragseingang für die deutsche Industrie im April im Vormonatsvergleich mit einem Minus von fast 2% stark zurück. Dennoch übertraf er leicht (um ¼%) das Mittel des Winterquartals. Insbesondere die Investitionsgüter konnten etwas zulegen (+ ¾%). Mehr Bestellungen gingen aus dem Inland (+ 1¼%) und aus Drittstaaten (+ 1%) ein, während sich der Rückgang aus dem Euro-Raum fortsetzte (– 2¼%). Insbesondere weniger Kfz, aber auch Maschinen wurden nachgefragt.

Auftragseingang etwas über Vorquartal

Die Umsätze der Industrie verfehlten im April den Umfang des März um 1¼% und den Durchschnitt des Winterquartals um ½%. Die Vorleistungsgüter konnten im Vormonatsvergleich um 1% zulegen, die Investitionsgüter blieben um 3¼% dahinter zurück. Während die Inlandsumsätze nur um ½% nachgaben, waren es bei den Auslandsumsätzen 2¼%. Die Warenausfuhren reduzierten sich gegenüber März dem Wert nach um 1¾%, die Einfuhren sogar um beinahe 5%, wozu allerdings ein Preisrückgang bei Energie beigetragen hat.

Deutlich geringere Ein- und Ausfuhren

Bauhauptgewerbe

Die Aktivitäten der Bauwirtschaft haben sich im April nach überaus kräftigen Aufholeffekten im Vormonat wieder normalisiert. Trotz eines Mi-

Normalisierung nach Aufholeffekten im Vormonat

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2005 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2011 3. Vj.	113,2	110,4	115,6	100,2
4. Vj.	110,7	106,8	114,1	101,0
2012 1. Vj.	110,3	106,3	113,6	111,8
Febr.	109,3	105,4	112,6	114,0
März	112,8	107,3	117,6	112,2
April	110,7	107,7	113,4	...
Produktion; 2005 = 100				
Zeit	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2011 3. Vj.	115,9	117,8	119,9	122,9
4. Vj.	113,8	115,0	117,9	123,4
2012 1. Vj.	113,9	114,5	119,0	119,8
Febr.	113,5	114,4	118,8	104,0
März	114,8	114,6	120,7	131,0
April	112,1	114,1	116,3	123,1
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2011 3. Vj.	267,89	228,79	39,10	37,69
4. Vj.	265,71	224,12	41,59	38,70
2012 1. Vj.	271,82	229,22	42,60	39,57
Febr.	90,80	76,88	13,92	11,90
März	91,55	77,61	13,94	14,02
April	89,95	73,85	16,10	13,87
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2011 3. Vj.	41 171	473	2 942	7,0
4. Vj.	41 300	495	2 909	6,9
2012 1. Vj.	41 489	499	2 862	6,8
März	41 521	495	2 854	6,8
April	41 550	494	2 872	6,8
Mai	...	489	2 872	6,7
Preise; 2005 = 100				
Zeit	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2011 3. Vj.	116,4	116,5	119,3	110,9
4. Vj.	118,1	117,1	119,7	111,5
2012 1. Vj.	120,9	118,1	121,1	112,3
März	121,4	118,6	.	112,5
April	120,1	118,7	.	112,6
Mai	112,5

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statistisches Beiblatt Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

nus von 6% im Vormonatsvergleich wurde das durchschnittliche Produktionsniveau des vergangenen Jahres gehalten. Insbesondere der Hochbau expandiert in der Grundtendenz, während sich im Tiefbau eine verlangsamte Anpassung an den niedrigen Auftragsbestand vollzieht. Die Bestellungen für das Bauhauptgewerbe gingen im März – neuere Angaben liegen nicht vor – gegenüber dem Vormonat um 1½% zurück. Im Hochbau gab es dabei eine starke Zunahme um 5¼%, während der Tiefbau nach einem kräftigen Plus im Vormonat 8½% einbüßte.

Arbeitsmarkt

Der Expansion der Beschäftigung setzte sich im April fort. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland stieg gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt mit 29 000 spürbar an. Der entsprechende Vorjahrswert wurde um 572 000 Beschäftigte oder 1,4% übertroffen. Die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse war im März gemäß erster Schätzung saisonbereinigt ungebrochen kräftig. Im Vorjahresvergleich betrug das Plus 675 000 oder 2,4%. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nahm dagegen weiter ab. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hielt sich im Mai sowohl laut ifo Beschäftigungsbarometer – trotz eines nochmaligen spürbaren Rückgangs – als auch dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen veränderte sich im Mai saisonbereinigt nicht. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) reduzierte sich gleichwohl leicht auf 6,7%, da die Quote im Mai erstmals auf Basis einer etwas höheren Erwerbspersonenzahl berechnet wird. Wegen der verbesserten Beschäftigungssituation konnten die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter zurückgefahren werden. Damit verringerte sich die von der BA ausgewiesene gesamte Unterbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 303 000 Personen deutlich stärker

Anhaltendes Beschäftigungswachstum

als die registrierte Arbeitslosigkeit mit 105 000 Personen.

Preise

Internationale Rohölpreise kräftig gesunken

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent ist im Mai infolge der gedämpften weltwirtschaftlichen Aussichten kräftig gesunken und lag in US-Dollar gerechnet 8¼% unter dem Durchschnitt des Aprils. Zum Abschluss dieses Berichts mussten nur noch 97 US-\$ gezahlt werden. Zukünftige Rohöllieferungen notierten bei Bezug in sechs Monaten näherungsweise ebenso hoch und in 12 Monaten nur noch mit einem geringen Abschlag von etwas über ½ US-\$.

Einfuhrpreise rückläufig, Erzeugerpreise ohne große Bewegung

Die Einfuhrpreise für Energie gingen im April im Vergleich zum Vormonat um saisonbereinigt 4,4% kräftig zurück. Bei anderen Waren reduzierten sich die Preise um 0,2%. Im Inlandsabsatz blieben die Preise weitgehend unverändert. Der Vorjahrsabstand der Einfuhrpreise ermäßigte sich auf 2,3% und der der Erzeugerpreise auf 2,4%.

Kein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise

Auf der Verbraucherstufe verringerten sich die Preise im Mai gegenüber April saisonbereinigt um 0,1%. Kraftstoffpreise sanken im Gefolge des Rückgangs der Rohölnotierungen stark. Die Preise von Nahrungsmitteln stiegen mit Ausnahme von Molkereiprodukten an. Auch gewerbliche Waren ohne Energie verteuerten sich. Die Preise für Dienstleistungen blieben im Mittel unverändert. Die Jahresteuersatzrate reduzierte sich nach dem nationalen Verbraucherpreisindex auf 1,9% nach 2,1% zuvor, in der harmonisierten Abgrenzung belief sie sich weiterhin auf 2,2%.

vor einem Jahr ausfiel. Die Einnahmen wuchsen mit 3½% recht kräftig. Entscheidend hierfür war ein Anstieg bei den Beiträgen der Beschäftigten um 4½%. Dagegen gingen die Beiträge für arbeitslose Bezieher von Lohnersatzleistungen nochmals zurück (– 6%), und die Beiträge der Rentner wuchsen mit knapp 1% nur unterdurchschnittlich. Auf der Ausgabenseite stand jedoch mit 4½% ein noch stärkerer Anstieg zu Buche, der nicht zuletzt auf die planmäßige Erhöhung der Leistungssätze um durchschnittlich knapp 2% zum 1. Januar 2012 zurückzuführen ist. Die liquiden Rücklagen gingen auf 5¼ Mrd € zurück, bleiben damit aber noch weit über ihrem gesetzlichen Minimum (von derzeit knapp 1 Mrd €).

Im weiteren Jahresverlauf ist mit einer Fortsetzung der leichten finanziellen Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, weil trotz der günstigen Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung die Ausgaben auch in den Folgequartalen noch schneller steigen dürften als die Einnahmen. Auf Dauer wäre bei unverändertem Beitragssatz aufgrund der Bevölkerungsalterung angesichts der Indexierung der Leistungssätze eine strukturell defizitäre Finanzlage vorgezeichnet. Die im Entwurf des „Pflege-Neuausrichtungsgesetzes“ vorgesehenen Leistungsausweitungen (insbesondere für Demenzerkrankte) sind zwar kurzfristig finanziell noch verkraftbar, verschärfen aber mittel- und langfristig den ohnehin vorhandenen finanziellen Druck auf die soziale Pflegeversicherung weiter. Die Mehreinnahmen von gut 1 Mrd € infolge einer einmaligen Anhebung des Beitragssatzes von 1,95% auf 2,05% (bzw. auf 2,3% für Kinderlose) zum 1. Januar 2013 werden die Mehrausgaben nicht nachhaltig abdecken können. Die darüber hinaus beabsichtigte Förderung der privaten Pflegevorsorge aus dem

Finanzielle Aussichten durch beabsichtigte Reform weiter verschlechtert

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Soziale Pflegeversicherung

Defizit im ersten Quartal leicht ausgeweitet

In der sozialen Pflegeversicherung ergab sich im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Defizit von ¼ Mrd €, das damit etwas höher als

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

Zur gemeinschaftlichen Haftung für Staatsschulden und zum Vorschlag eines Schuldentilgungsfonds

Mit der Staatsschuldenkrise sind für einige Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) die Finanzierungskosten über den Kapitalmarkt zum Teil stark gestiegen. Griechenland, Irland und Portugal haben vor diesem Hintergrund bereits Hilfskredite der übrigen Euro-Staaten, des IWF oder der neu geschaffenen Rettungsschirme erhalten, und Spanien hat angekündigt, zweckgebundene Hilfskredite für seine Banken zu beantragen. Da die Finanzstabilität des Euro-Raums insgesamt gefährdet erschien, wurden den bisherigen Programmländern nach dem Abschluss von detaillierten Reform- und Konsolidierungsvereinbarungen Hilfen gewährt, konkrete Vereinbarungen mit Spanien stehen noch aus.

Insgesamt wird das in den Verträgen zur Währungsunion verankerte Grundprinzip, nach dem keine Haftung für Verbindlichkeiten eines Landes durch andere EWU-Länder vorgesehen ist, bereits sehr weit gedehnt. Zudem wurde der für Hilfskredite zu zahlende Zins zwischenzeitlich weitgehend auf die Finanzierungskosten der Rettungsschirme gesenkt und liegt damit sogar merklich niedriger als der von einigen Hilfe leistenden Staaten. Durch die weitgehende Abschaffung von Zinsaufschlägen wurden die Anreize, eigenständig solide Staatsfinanzen zu bewahren oder zu erreichen, deutlich reduziert. Die finanzpolitische Eigenverantwortlichkeit ist jedoch nach wie vor ein konstitutives Element der Währungsunion. Solange die Mitgliedsländer der EWU zur Absicherung einer auf Stabilität verpflichteten Union nicht auch bereit sind, finanzpolitische Entscheidungsrechte und damit nationale Souveränität zumindest bei einer Verletzung von Haushaltsregeln an eine supranationale Ebene abzutreten, ist eine Vergemeinschaftung der Staatsverschuldung nicht zu rechtfertigen. Wird auf die Kongruenz von Haftung und Kontrolle verzichtet, gehen für die Währungsstabilität wich-

tige Anreize für eine solide Fiskalpolitik in der Währungsunion verloren.

Gleichwohl wurde eine umfangreiche Vergemeinschaftung der Haftung für Staatsschulden von verschiedenen Seiten wiederholt vorgeschlagen, um den finanziellen Druck zu mindern, dem einzelne Staaten durch höhere Zinsen auf ihre neu emittierten Anleihen ausgesetzt sind. Zumeist umfassen diese Vorschläge auch Elemente zur Begrenzung des Haftungsrisikos beziehungsweise Ansätze zur Vereinbarung von Bedingungen für die teilnehmenden Länder, etwa im Hinblick auf die künftige Haushaltspolitik. Ein breites Spektrum an Vorschlägen findet sich beispielsweise im Grönbuch der Europäischen Kommission vom November 2011.¹⁾ Es reicht von der gesamtschuldnerischen Haftung für sämtliche Verbindlichkeiten der Staaten des Euro-Raums bis zu einem Teilersatz der nationalen Schulden und einer nur begrenzten (quotierten) Haftung aller EWU-Staaten. Dabei müsste der Kommission zufolge die finanzpolitische Zentralisierung umso weiter vorangetrieben werden, je vollständiger die Staatsschulden vergemeinschaftet werden.

Zuletzt hat der Vorschlag eines „Schuldentilgungspakts für Europa“, der vom Sachverständigenrat vorgelegt wurde, verstärkt Beachtung in der politischen Diskussion im In- und Ausland gefunden.²⁾ Danach soll der Teil der Staatsverschuldung der EWU-Mitgliedstaaten, der die Grenze von 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigt, schrittweise in einen „Schuldentilgungs-

¹ Vgl.: Europäische Kommission, Grönbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen, Brüssel, 23. November 2011, KOM(2011) 818 endgültig.

² Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Verantwortung für Europa wahrnehmen, Jahresgutachten 2011/12, November 2011, Tz. 184–197.

fonds“ überführt werden. Dazu sollen Neuemissionen der einzelnen Staaten so lange gemeinsam garantiert werden, bis der (im Ausgangsjahr) 60% des BIP übersteigende Betrag der jeweiligen Staatsschulden in einen gemeinschaftlichen Tilgungsfonds ausgelagert ist. Je höher die Schuldenquote zu Beginn ist (umso mehr sie 60% übersteigt), desto größer wird der Anteil an gemeinschaftlich garantierter Verschuldung. Die so gebündelten Schulden sind grundsätzlich von den emittierenden Staaten zu bedienen und sollen planmäßig über einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren vollständig getilgt werden. In dieser Zeit sollen die EWU-Staaten für die Verbindlichkeiten im Schuldentilgungsfonds gesamtschuldnerisch haften.

Gleichzeitig soll ein Pakt aller Teilnehmerländer geschlossen werden, in dem sich diese mittels nationaler Schuldenbremsen dazu verpflichten, dass die in ihrem individuellen Portfolio verbliebenen Verbindlichkeiten 60% des BIP im Normalfall nicht überschreiten. Des Weiteren werden ergänzende Elemente vorgeschlagen, die darauf abzielen, die gemeinsame Haftung teilweise abzusichern und die Rückführung der im Schuldentilgungsfonds gebündelten Schulden zu gewährleisten. Darunter fallen eine mittelfristige Konsolidierungs- und Wachstumsstrategie, ein Vergemeinschaftungs-Stopp bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen, ein Aufschlag auf eine nationale Steuer und dessen Verwendung zur unmittelbaren Schuldentilgung sowie die Verpfändung nationaler Gold- und Devisenreserven im Gegenzug für die Haftungsübernahme.

Der vorgeschlagene Schuldentilgungspakt ist im Unterschied zu den von der Kommission vorgelegten Varianten zwar grundsätzlich befristet angelegt und umfasst auch nicht die gesamte Verschuldung. Allerdings beliefen sich die 60% des jeweiligen BIP übersteigenden Schulden der Euro-Länder (ohne Griechenland, Irland und Portugal, für die bereits Hilfsprogramme und eine befristete und anders ausgestaltete gemeinschaft-

liche Haftung für Neuemissionen vereinbart wurden) Ende 2011 immer noch auf gut 2,3 Billionen € oder 90% des deutschen BIP (davon entfällt allerdings knapp ein Viertel auf Deutschland selbst). Es handelt sich damit um eine sehr weitgehende Einführung einer Gemeinschaftshaftung über die bereits vorhandenen Hilfsprogramme hinaus.

Eine erfolgreiche Implementierung des Schuldentilgungspaktes würde voraussetzen, dass die für jedes Land festzulegenden Tilgungspläne ebenso konsequent eingehalten werden wie das Gebot, die eigenverantwortete Verschuldung 60% des BIP nicht übersteigen zu lassen – und zwar unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheitskonstellationen über einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren. Dabei wäre unter anderem auch zu verhindern, dass zunächst als konjunkturell deklarierte Schwächephasen, die sich im Nachhinein als strukturelles Wachstumsproblem herausstellen, zur Rechtfertigung einer höheren Verschuldung herangezogen werden und die Schuldenquote dauerhaft höher ausfallen lassen. Auch wäre auszuschließen, dass der Tilgungspfad am Ende gestreckt wird oder ganz auf eine Tilgung verzichtet wird und die gemeinschaftliche Haftung nicht nur vorübergehend ist. Die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit europäischen Haushaltsregeln lassen es allerdings zweifelhaft erscheinen, dass eine stringente Ausgestaltung und entsprechende Umsetzung im Zeitverlauf sichergestellt werden kann. Darüber hinaus würde für Länder, die derzeit überdurchschnittliche Zinsen auf ihre Staatsanleihen bieten müssen, mit der Haftungsübernahme der Partnerländer der Druck der Kapitalmärkte und damit der zentrale Anreiz für solide Finanzpolitik zunächst vollständig entfallen.

Wie bei allen Formen der Gemeinschaftshaftung käme es zu erheblichen Umverteilungen von bonitätsstarken zu bonitätschwachen Ländern. Länder (wie Deutschland), die sich derzeit zu unterdurchschnittlichen Kosten am Kapitalmarkt finanzieren

können, müssten nicht nur für die gemeinsam verbürgten Kredite über der 60%-Schwelle höhere Zinsen aufbringen, sondern auch für die restlichen eigenen Verbindlichkeiten. Denn insbesondere die bisherige Bonitätseinschätzung dürfte infrage gestellt werden, wenn ein merkliches Risiko aus der Haftungsübernahme eingepreist wird. Diesem Effekt könnte zwar entgegenwirken, dass der Markt für die gemeinschaftlich garantierten Staatsanleihen insgesamt liquider würde. Der quantitative Effekt der vorteilhafteren Liquiditätsprämie ist allerdings vor dem Hintergrund der damit verbundenen Risiken nicht überzubewerten. Im Übrigen würde mit der geplanten Rückführung der gemeinsam garantierten Eurobonds die Liquidität im Zeitverlauf wieder austrocknen.

Durch die umfangreiche Gemeinschaftshaftung würden Haftung und Kontrolle erheblich aus der Balance geraten. Der grundsätzliche wirtschaftspolitische Rahmen der EWU mit nationaler Eigenverantwortung für die Finanzpolitik würde kaum angetastet, da der Vorschlag grundsätzlich im Rahmen der bestehenden Verfassungen und Verträge umgesetzt werden soll. Es werden faktisch auch für den Fall, dass Regeln nicht eingehalten werden, keine Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene verlagert, das heißt, es bestehen keine Durchgriffsrechte auf die nationalen Haushalte. Die faktischen Eingriffsmöglichkeiten gehen kaum über das schon derzeit vorhandene Niveau hinaus, und die angedeutete Sicherheitenstellung scheint bei Weitem nicht ausreichend.

Der Schuldentilgungspakt sieht im Vergleich zu den bisherigen Vereinbarungen alles in allem auch keine grundsätzlich ambitioniertere fiskalische Ausrichtung vor, sodass der Name „Tilgungspakt“, der auf eine besonders ehrgeizige Ausrichtung oder sogar Überschüsse hindeuten scheint, hier missverständlich ist. In einigen Ländern besteht am aktuellen Rand noch erheblicher Konsolidierungsbedarf unter schwierigen gesamt-

wirtschaftlichen Umständen. Das Hauptproblem ist hier eher der kurzfristig erwartete Anstieg der Schuldenquote als deren Ausgangsniveau. Je niedriger die Schuldenquote im Einstiegsjahr, umso geringer wäre der zur Vergemeinschaftung anstehende Anteil der Verbindlichkeiten. Außerdem könnten die im Konzept des Schuldentilgungspaktes vorgesehenen Auflagen zunächst sogar schwächer ausfallen als die vorhandenen Vorgaben eines annähernd ausgeglichenen Haushalts, und teilweise würde der Abbau der Schuldenquote wohl sogar deutlich nach hinten geschoben.

Insgesamt gesehen stellt der Vorschlag eines Schuldentilgungspaktes eine umfassende Einführung von gemeinschaftlicher Verschuldung in den nächsten Jahren dar, ohne dass hiermit eine ausreichende Abgabe nationaler Souveränitätsrechte verbunden wäre. Ob eine Umsetzung im Rahmen der bestehenden europäischen Verträge und auch der deutschen Verfassung tatsächlich möglich wäre, erscheint sehr fraglich. Insofern sind im bestehenden Ordnungsrahmen die Hilfsmechanismen der EFSF oder des ESM deutlich angemessener. Sie sehen strikt konditionierte Hilfen als Ultima Ratio vor und sollten möglichst mit Zinsaufschlägen einhergehen. Auch hier sind die Hilfen und die Gemeinschaftshaftung zeitlich befristet, und ein Abbau der gemeinschaftlichen Verschuldung ist vorgesehen. Die mit dem Schuldentilgungspakt vorgeschlagenen Absicherungsinstrumente könnten auch im EFSF/ESM-Rahmen eingefordert werden, und ein Stopp der Hilfszahlungen bei Nicht-Einhaltung der Konditionalitäten ist auch hier vorgesehen. Ebenso ist ein perspektivischer Rückgang der Schuldenquote integraler Bestandteil des bestehenden Regelwerks, das im Prinzip einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht. Eine weitreichende Gemeinschaftshaftung wie im Schuldentilgungspakt wäre nur mit einer umfassenden Reform des Ordnungsrahmens der EWU hin zu einer Fiskalunion zu rechtfertigen, die der Vergemeinschaftung vorangehen müsste.

Bundeshaushalt ist mit zusätzlichen fiskalischen Kosten verbunden, denen nur insoweit künftige Minderausgaben des Staates gegenüberstehen, wie die sich daraus ergebenden Auszahlungen den Zuschussbedarf in Form von bedürftigkeitsgeprüften Leistungen wie etwa der Sozialhilfe vermindern. Gerade die mögliche Anrechnung vermindert jedoch die Attraktivität einer – wenngleich durch Zulagen geförderten – privaten Zusatzpflegeversicherung für den hiervon potenziell betroffenen Personenkreis (mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen). Bei einem Verzicht auf eine Zusatzversicherungspflicht dürfte die Wirkung der staatlichen Subventionierung somit vor allem in einer Schonung privater Vermögen bestehen, die ansonsten zur vorrangigen Finanzierung der über die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung hinausgehenden Pflegekosten heranzuziehen wären.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Nettotilgungen
am deutschen
Rentenmarkt*

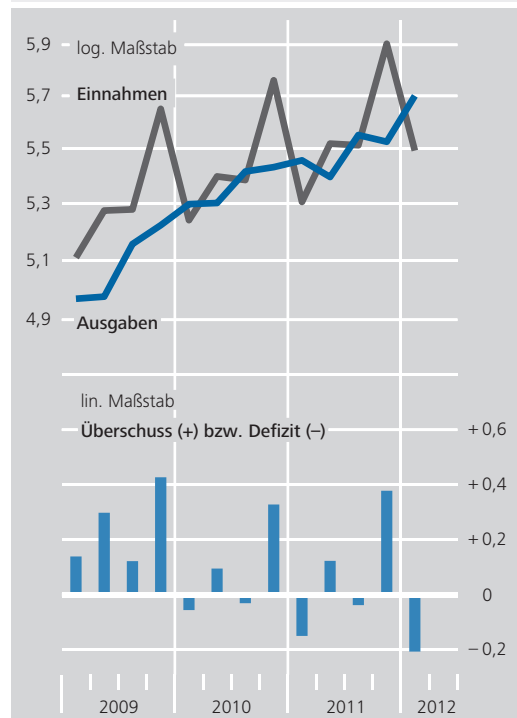
Im April 2012 sank das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 103,0 Mrd € gegenüber dem Vormonat (123,5 Mrd €) deutlich. Nach Abzug der ebenfalls rückläufigen Tilgungen (108,2 Mrd €) und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 1,1 Mrd € vom Markt genommen. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland verringerte sich im Berichtsmonat um 2,9 Mrd €, sodass der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 3,9 Mrd € zurückging.

*Leichte Tilgung
von Bankschuld-
verschreibungen*

Heimische Kreditinstitute führten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 5,7 Mrd € zurück. Vor allem Sonstige Bankschuldverschreibungen, aber auch Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute, zu denen beispielsweise auch Öffentliche Förderbanken zählen, wurden für per saldo 5,6 Mrd €

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



* Vorläufige Vierteljahresergebnisse (PV45).

Deutsche Bundesbank

beziehungsweise 0,8 Mrd € getilgt. Dem standen Nettoemissionen von Hypothekendarlehen sowie von Öffentlichen Darlehen für 0,4 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd € gegenüber.

Die öffentliche Hand begab im April Schuldverschreibungen in Höhe von netto 4,1 Mrd €, wobei 2,7 Mrd € auf den Bund entfielen. Während sich der Umlauf zweijähriger Bundeschatzanweisungen (+ 4,3 Mrd €) sowie zehnjähriger und 30-jähriger Bundesanleihen (+ 8,2 Mrd € bzw. + 3,9 Mrd €) erhöhte, kam es vor allem bei den fünfjährigen Bundesobligationen per saldo zu Tilgungen (12,9 Mrd €). Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Ergebnis mit 1,4 Mrd € in Anspruch.

*Gestiegene
Kapitalmarkt-
verschuldung
der Öffentlichen
Hand*

Inländische Unternehmen begaben im Berichtsmonat eigene Anleihen für per saldo 0,5 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 2,7 Mrd € im Vormonat. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Titel mit Laufzeiten von

*Nettoabsatz von
Unternehmens-
anleihen*

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2011	2012	
	April	März	April
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 6,3	12,2	- 1,1
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 10,5	- 12,5	- 5,7
Anleihen der öffentlichen Hand	7,7	22,0	4,1
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	4,2	9,0	- 2,9
Erwerb			
Inländer	- 11,4	28,1	- 2,8
Kreditinstitute ³⁾	- 1,6	2,5	- 11,1
Deutsche Bundesbank	0,7	- 0,7	- 0,3
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 10,6	26,3	8,6
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 14,4	17,8	5,5
Ausländer ²⁾	9,3	- 6,8	- 1,2
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 2,1	21,3	- 3,9

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

weniger als einem Jahr. Die Emissionen waren auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen, während finanzielle Unternehmen (ohne Banklizenz) Anleihen netto tilgten.

Auf der Erwerberseite kauften im April lediglich heimische Nichtbanken Rentenwerte für per saldo 8,6 Mrd €. Hingegen trennten sich vor allem inländische Kreditinstitute von zinstragenden Papieren in Höhe von 11,1 Mrd €. Auch ausländische Investoren sowie die Bundesbank gaben Rentenwerte in Höhe von 1,2 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd € ab.

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben im Berichtsmont inländische Gesellschaften mit 0,1 Mrd € kaum junge Aktien begeben. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt sank im gleichen Zeitraum um 1,2 Mrd €. Im April haben lediglich inländische Investoren

Aktien gekauft. Vor allem die heimischen Kreditinstitute nahmen Dividentitel für 10,6 Mrd € in ihre Portfolios auf; dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um deutsche Werte. Nichtbanken erwarben Aktien für per saldo 0,5 Mrd €. Indessen trennten sich gebietsfremde Investoren – wie bereits in der Vergangenheit vor Dividententerminen – von inländischen Aktien für netto 12,2 Mrd €.

Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im April netto geringe Mittelzuflüsse in Höhe von 0,3 Mrd €. Hiervon profitierten im Ergebnis ausschließlich die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (3,6 Mrd €). Unter den für alle Anleger zugänglichen Kapitalanlagegesellschaften nahmen fast ausschließlich Aktienfonds Anteilscheine für 4,2 Mrd € zurück. Hingegen setzten Gemischte Fonds sowie Offene Immobilienfonds neue Anteile am Markt für 0,6 Mrd € bzw. 0,1 Mrd € ab. Zudem sank der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fonds im Berichtsmont um 1,7 Mrd €. Erworben wurden Investmentanteile im April vor allem von gebietsansässigen Kreditinstituten, aber auch von heimischen Nichtbanken (3,7 Mrd € bzw. 1,7 Mrd €). Beide Gruppen engagierten sich im Ergebnis ausschließlich in heimischen Zertifikaten. Hingegen trennten sich ausländische Investoren von deutschen Anteilscheinen für per saldo 6,8 Mrd €.

Geringe Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im April 2012 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 11,2 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 8,7 Mrd € unter dem Vormonatswert. Dahinter standen sowohl ein geringerer Aktivsaldo in der Handelsbilanz als auch der Umschwung zu einem Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welcher Dienstleistungen, Erwerbs- und

Leistungsbilanzüberschuss gesunken

Stärkste Erwerbergruppe waren inländische Nichtbanken

Kaum Aktienemissionen deutscher Unternehmen

Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfasst.

Verringerte Außenhandelsaktivitäten

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verminderte sich der Aktivsaldo im Außenhandel im April gegenüber dem Vormonat um 3,0 Mrd € auf 14,4 Mrd €. Saison- und kalenderbereinigt nahm er allerdings um 2,2 Mrd € auf 16,1 Mrd € zu. Dabei sanken die wertmäßigen Einfuhren weitaus stärker (-4,8%) als die wertmäßigen Ausfuhren (-1,7%). Verglichen mit dem Durchschnitt des ersten Quartals 2012 gingen die nominalen Importe saisonbereinigt um 3,3% zurück, wobei Ermäßigungen bei den Einfuhrpreisen nur zu einem kleinen Teil dafür verantwortlich waren. Bei der Verringerung der Exporte um 0,7% spielten Preiseffekte keine Rolle.

Hohe Dividendenzahlungen an das Ausland

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im April ein Defizit von 1,3 Mrd €, nach einem Überschuss von 3,7 Mrd € im Vormonat. Dies ist vor allem auf den geringeren Aktivsaldo in der Bilanz der grenzüberschreitenden Faktoreinkommen zurückzuführen, der von 5,9 Mrd € im Vormonat auf 0,9 Mrd € im Berichtsmonat sank. Dieser Rückgang ist durch die – wie bereits in den vergangenen Jahren – zu dieser Zeit erfolgten hohen Dividendenzahlungen an das Ausland bedingt. Darüber hinaus verminderte sich auch der Einnahmenüberschuss in der Dienstleistungsbilanz von 1,4 Mrd € auf 0,7 Mrd €. Dagegen ging der Fehlbetrag bei den laufenden Übertragungen um 0,7 Mrd € auf insgesamt 2,8 Mrd € zurück.

Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr ...

Im April kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr erneut zu Netto-Kapitalexporten (13,7 Mrd €). Ausschlaggebend waren die im Vorfeld der Dividendensaison üblicherweise verzeichneten Verkäufe deutscher Aktien durch gebietsfremde Anleger (12,2 Mrd €); zudem trennten sich diese von Investmentzertifikaten inländischer Fondsgesellschaften (6,8 Mrd €) und von hiesigen Schuldverschreibungen (1,2 Mrd €). Alles in allem zogen ausländische Portfolioinvestoren im April Mittel im Umfang von 20,2 Mrd € aus Deutschland ab.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2011	2012	
	April	März ¹⁾	April
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	84,3	98,8	87,1
Einfuhr (cif)	73,4	81,4	72,7
Saldo	+ 10,8	+ 17,4	+ 14,4
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	86,7	91,6	90,0
Einfuhr (cif)	74,5	77,6	73,9
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 1,8	- 1,2	- 1,9
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	13,6	17,3	15,7
Ausgaben	14,4	15,9	15,1
Saldo	- 0,8	+ 1,4	+ 0,7
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 0,8	+ 5,9	+ 0,9
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	2,0	1,0	1,9
Eigene Leistungen	3,6	4,5	4,7
Saldo	- 1,5	- 3,5	- 2,8
Saldo der Leistungsbilanz	+ 7,4	+ 19,9	+ 11,2
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	- 2,0	- 1,8	- 7,4
Deutsche Anlagen im Ausland	- 4,0	- 6,7	- 7,3
Ausländische Anlagen im Inland	+ 2,0	+ 4,9	- 0,1
2. Wertpapiere	- 16,5	- 29,5	- 13,7
Deutsche Anlagen im Ausland	- 9,6	- 13,2	+ 6,5
darunter: Aktien	- 2,1	- 1,2	+ 2,0
Anleihen ⁴⁾	+ 3,1	- 9,1	- 0,1
Ausländische Anlagen im Inland	- 6,9	- 16,3	- 20,2
darunter: Aktien	- 16,1	- 9,0	- 12,2
Anleihen ⁴⁾	+ 10,0	- 3,3	+ 7,2
3. Finanzderivate	+ 2,5	- 1,3	- 0,9
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	- 4,7	- 1,1	+ 2,4
Montäre Finanzinstitute ⁶⁾	- 19,9	+ 73,0	+ 15,0
darunter: kurzfristig	- 16,4	+ 64,2	+ 14,4
Unternehmen und Privatpersonen	+ 4,0	+ 3,1	+ 18,2
Staat	- 1,4	- 12,8	+ 0,1
Bundesbank	+ 12,6	- 64,4	- 30,8
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	- 0,6	- 0,3	- 0,6
Saldo der Kapitalbilanz	- 21,3	- 34,1	- 20,1
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 14,1	+ 14,2	+ 8,6

¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ² Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. ³ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. ⁴ Ursprungslaufzeit über ein Jahr. ⁵ Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. ⁶ Ohne Bundesbank. ⁷ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

... und bei
Direkt-
investitionen

Die Transaktionen hiesiger Anleger führten dagegen zu Mittelzuflüssen (6,5 Mrd €). Auch sie waren durchweg auf der Verkäuferseite und gaben ausländische Schuldverschreibungen (2,9 Mrd €), Aktien (2,0 Mrd €) sowie Investmentzertifikate (1,7 Mrd €) ab.

Auch im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im April Netto-Kapitalabflüsse (7,4 Mrd €). Dabei stellten hiesige Firmen ihren Niederlassungen im Ausland Investitionsmittel in Höhe von 7,3 Mrd € zur Verfügung, vorwiegend über den konzerninternen Kreditverkehr. Gebietsfremde Eigner ließen ihr Direktinvestitionsengagement in Deutschland nahezu unverändert.

Der übrige statistisch erfasste Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit

diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, verzeichnete im April Netto-Kapitalimporte (2,4 Mrd €). Bei den Nichtbanken kamen Mittel im Umfang von 18,2 Mrd € auf. Maßgeblich waren die Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen (18,2 Mrd €). Das Bankensystem verzeichnete hingegen Mittelabflüsse in Höhe von 15,8 Mrd €. Während den Kreditinstituten 15,0 Mrd € zuflossen, stieg die Auslandsposition der Bundesbank transaktionsbedingt um 30,8 Mrd €, vor allem im Rahmen von TARGET2.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im April – zu Transaktionswerten gerechnet – gestiegen (0,6 Mrd €).

*Mittelzuflüsse im
übrigen Kapital-
verkehr*

*Währungs-
reserven
gestiegen*

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013

Die Konjunktur hat in Deutschland nach einer vorübergehenden Schwächephase wieder Fahrt aufgenommen. Die Anpassungsrezession in einigen Ländern des Euro-Raums und der von der Staatsschuldenkrise ausgehende Vertrauensverlust haben zwar Spuren hinterlassen, der strukturell gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft und die robuste globale Konjunktur haben aber die Oberhand behalten. Der hohe Beschäftigungsgrad und die kräftigen Lohnsteigerungen im Verbund mit den grundsätzlich intakten Zukunftsaussichten stützen nicht nur die Binnenkonjunktur. Sie erhöhen auch die Attraktivität Deutschlands für Zuwanderer. Verstärkt werden die Auftriebskräfte durch außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen, in denen sich die expansive Ausrichtung der europäischen Geldpolitik und „Safe haven“-Effekte niederschlagen. Während der Euro-Raum als Abnehmer deutscher Produkte gegenüber Drittländern weiter an Bedeutung verliert, dürften die Einfuhren aus den EWU-Ländern schneller zunehmen. Neben direkten Nachfrage- und Angebotseffekten spielen hierbei auch Verschiebungen relativer Preise eine Rolle.

Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 1,0% beziehungsweise kalenderbereinigt 1,2% annähernd die geschätzte Potenzialrate von 1¼% erreichen. Unter der Voraussetzung einer anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft und bei Ausbleiben einer Eskalation der Finanz- und Staatsschuldenkrise könnte sich das reale Wachstum im Folgejahr dann auf 1,6% (kalenderbereinigt 1,7%) verstärken. Bei den Verbraucherpreisen deutet sich unter der Annahme moderat nachgebender Rohölnotierungen eine Entspannung an. Die Lebenshaltung insgesamt dürfte sich im laufenden Jahr um 2,1% und im Folgejahr um 1,6% verteuern. Ohne Energie gerechnet zeichnet sich eine Verstärkung von 1,6% auf 1,8% ab.

Die Risiken für dieses Szenario sind überwiegend externer Natur. Käme zu der bereits in der Schätzung berücksichtigten schwächeren Entwicklung im Euro-Raum ein spürbarer konjunktureller Dämpfer in Drittländern hinzu, würde dies die deutsche Volkswirtschaft angesichts ihres hohen Offenheitsgrades empfindlich treffen. Unsicherheit geht auch von der weiteren Entwicklung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum angesichts der politischen Situation in Griechenland und den Problemen des Bankensektors in Spanien aus. Sollten sich die in der Folge erneut aufgeflamten Spannungen an den Finanzmärkten nicht als vorübergehend erweisen und die wirtschaftliche Entwicklung in den davon hauptsächlich betroffenen Ländern der Währungsunion als schwächer herausstellen als im Basisszenario bereits angenommen, würde dies Deutschland spürbar belasten. Demgegenüber könnte die binnenwirtschaftliche Expansion angesichts der außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen auch noch stärker ausfallen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die vorliegende Prognose vor diesem Hintergrund einem außergewöhnlich hohen Ausmaß an Unsicherheit und Risiken unterliegt.

■ Ausgangslage

*Differenzierte
Konjunktur*

Die deutsche Konjunktur wird gegenwärtig von drei Faktoren maßgeblich bestimmt. Die Nachfrage nach deutschen Produkten aus dem Euro-Raum ist infolge der Anpassungsrezession in einigen Partnerländern spürbar zurückgegangen. Demgegenüber hat die globale Konjunktur nach einer Beruhigung in der zweiten Jahreshälfte 2011 wieder Tritt gefasst. Entsprechend nimmt die Nachfrage aus Drittländern zu. Die gute Arbeitsmarktverfassung und die sehr vorteilhaften Finanzierungsbedingungen geben schließlich der Binnennachfrage wichtige Impulse. Während im Schlussquartal 2011 die abwärtsgerichteten Kräfte dominierten, gewannen zu Jahresbeginn 2012 die expansiven Impulse schneller als vielfach erwartet wieder die Oberhand. Mit einem leichten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von saison- und kalenderbereinigt 0,2% im vierten Quartal 2011 und einem deutlichen Plus von 0,5% im ersten Quartal 2012 entwickelte sich die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr insgesamt etwas besser als in der Dezember-Prognose vermutet.¹⁾ Gleichwohl hat die erhöhte Unsicherheit Spuren hinterlassen. Während einerseits die Wohnungsbauinvestitionen erheblich zulegen, fielen andererseits die Ausrüstungsinvestitionen hinter den Stand des Sommers 2011 zurück. Der private Verbrauch expandierte trotz guter Rahmenbedingungen nur sehr zögerlich, wobei auch die kaufkraftzehrenden Energiepreissteigerungen dämpfend wirkten.

*Krisenfestigkeit
der deutschen
Wirtschaft*

Dass die deutsche Wirtschaft von der Krise in einigen Euro-Ländern bislang nicht stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde, erklärt sich zum einen mit der Diversifizierung der deutschen Absatzmärkte. Gingen vor 20 Jahren noch mehr als die Hälfte der Warenexporte in die heutigen Euro-Länder, waren es im Jahr 2011 knapp zwei Fünftel.²⁾ Insbesondere in die vor allem von der Krise betroffenen Länder (Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien) macht der Export nur 11% aus (im Vergleich zu 16% im Jahr 1991). Zum anderen pro-

fitiert die deutsche Wirtschaft von der sehr expansiv ausgerichteten europäischen Geldpolitik. Zudem kommt es kurzfristig zu ausgeprägten „Safe haven“-Effekten, welche die Zinsen für Staat und Private zusätzlich drücken. Vor allem ist das Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit und Krisenresistenz der deutschen Wirtschaft weiterhin hoch. Auch die Art und Weise, wie der schwere wirtschaftliche Einbruch 2008/2009 bewältigt wurde, hat die Stimmung diesbezüglich nachhaltig geprägt.

Der Beschäftigungsanstieg übertraf im Winterhalbjahr 2011/2012 mit saisonbereinigt 318 000 (bzw. 0,8% gegenüber dem dritten Vierteljahr 2011) nicht nur die Erwartungen bei Weitem. Er war zudem deutlich stärker als der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit, der sich lediglich auf 80 000 belief. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit scheint insbesondere im Bereich des Versicherungssystems, das die meisten eher kurzfristig Arbeitslosen erfasst, weitgehend zum Stillstand gekommen zu sein. Zwar profitieren die Langzeitarbeitslosen nun in stärkerem Maß von der verbesserten Arbeitsmarktlage, die Mobilisierung dieses Potenzials erweist sich aber offenbar als weiterhin schwierig. Stattdessen nehmen zuvor nicht als arbeitssuchend registrierte Personen ihre Chancen wahr. Hinzu kommen vermehrt Erwerbspersonen aus dem Ausland. Im Gesamtjahr 2011 erhöhte sich der Migrationsaldo infolge gesteigerter Zuwanderung vor allem aus der Europäischen Union auf rund 280 000 Personen. Bei den zusätzlichen Arbeitsplätzen handelt es sich überwiegend um solche sozialversicherungspflichtiger Natur. Im Einklang mit einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Orientierung der deutschen Wirtschaft expandierte hauptsächlich die Beschäftigung in den privatwirtschaftlich dominierten Dienstleistungsbereichen.

*Beschäftigungs-
anstieg
zunehmend aus
Zuwanderung
gespeist*

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 15 ff.

² Gleichzeitig hat die Außenhandelsintensität Deutschlands stark zugenommen, die Wertschöpfungsintensität der Exporte aber abgenommen. Entscheidend ist die Präsenz vieler deutscher Unternehmen auf Märkten jenseits des Euro-Raums.

Deutlich höhere Lohnabschlüsse

Die ausgezeichnete Ertragslage der Unternehmen sowie die niedrige Arbeitslosenquote haben zu höheren Lohnforderungen der Gewerkschaften geführt. Angesichts zwar keineswegs glänzender, aber auskömmlicher Geschäftsperspektiven gelang es ihnen, einen größeren Teil ihrer Forderungen durchzusetzen als sonst üblich. Dies gilt insbesondere für die Metallindustrie mit einer Anhebung der Tabellenentgelte um 4,3% bei einer Laufzeit von 13 Monaten, aber auch für die Deutsche Telekom mit einer Zunahme von kumuliert 6,6% über 24 Monate. Der Öffentliche Dienst (des Bundes und der Kommunen mit kumuliert 6,4% bei zwei Jahren Laufzeit) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe (in Nordrhein-Westfalen, kumuliert 6,4% bei ebenfalls zwei Jahren) konnten sich dieser Entwicklung ebenfalls nicht entziehen. Die Tarifabschlüsse sind in der Breite deutlich höher ausgefallen als in den Vorjahren. Die damit verbundene Zunahme der Lohnkosten dürfte zwar in einzelnen Bereichen zusätzliche Preissteigerungen auslösen, ohne aber insgesamt das Preisstabilitätsziel infrage zu stellen.

Im Winterhalbjahr kräftiger Preisanstieg

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe ist nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Winterhalbjahr 2011/2012 mit 2,5% im Vorjahresvergleich so hoch ausgefallen wie in der Dezember-Prognose erwartet. Während er sich bei Nahrungsmitteln sowie bei anderen Waren etwas verstärkte, ließ er bei Energie von hohem Niveau aus nur wenig nach. Bei Dienstleistungen fiel die Teuerungsrate wegen Sondereffekten (unter anderem bei Finanzdienstleistungen) etwas geringer aus.

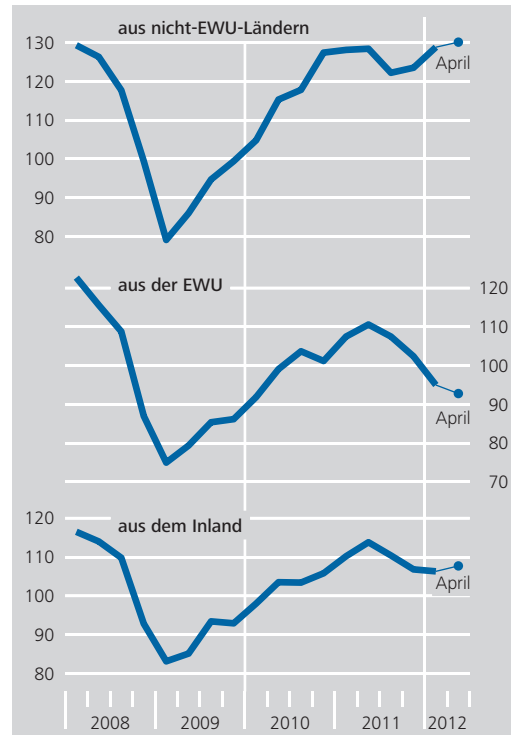
■ Rahmenbedingungen

Annahmehasierte Projektion

Die hier vorgelegte Projektion setzt auf Annahmen über den Welthandel, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze auf, die von den Prognoseexperten des Eurosystems festgelegt wurden. Sie basieren auf Informationen, die bis zum 16. Mai 2012 verfügbar waren. Jüngste Entwicklungen wie beispielsweise der weitere Wertverlust des Euro und der

Auftragseingang in der Industrie

Volumen, 2005 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Deutsche Bundesbank

nochmalige Rückgang der Rendite deutscher Staatsanleihen sind also nicht in die Projektion eingeflossen. Die Annahmen zu den Absatzmärkten im Euro-Raum ergeben sich aus Projektionen für die anderen Länder des Euro-Raums.

Nach der kräftigen konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 hat sich das Wachstum der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr spürbar verlangsamt. Zum Teil ist dies als Normalisierung nach einem Aufholprozess anzusehen, zum Teil spielten aber auch Sondereinflüsse in Gestalt der Erdbebenkatastrophe in Japan und der Hochwasserschäden in Thailand eine Rolle. Dämpfend haben aber auch der starke Anstieg der Rohstoffpreise und die zunehmende Unsicherheit an den Finanzmärkten gewirkt. Das Wiederanziehen der globalen Konjunktur im Winter 2012 ist vor allem den aufstrebenden Volkswirtschaften und zu einem geringeren Teil den Industrieländern zuzuschreiben. In den aufstrebenden Volkswirtschaften machte sich neben

Wieder lebhaftere globale Konjunktur

Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2010	2011	2012	2013
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv ¹⁾	1,33 103,6	1,39 103,4	1,30 98,9	1,30 98,6
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld Umlaufrendite öffentlicher Anleihen ²⁾	0,8 2,8	1,4 2,6	0,8 1,8	0,7 2,1
Rohstoffpreise				
Rohöl ³⁾	79,6	111,0	114,6	107,9
Sonstige Rohstoffe ^{4) 5)}	37,1	17,9	-8,0	1,6
Absatzmärkte der deutschen Exporteure ^{5) 6)}	11,2	5,0	2,1	5,1

1 Gegenüber den Währungen der 20 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-20-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. 2 Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. 3 US-Dollar je Fass der Sorte Brent. 4 In US-Dollar. 5 Veränderung gegenüber Vorjahr in %. 6 Arbeitstäglich bereinigt.

Deutsche Bundesbank

einem Abflauen der erwähnten Sonderfaktoren unter anderem die Lockerung des geldpolitischen Kurses bemerkbar. Dieser war zuvor wegen Überhitzungstendenzen in einigen dieser Staaten verschärft worden. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern dürfte zwar allmählich wieder zunehmen, aber insgesamt verhalten bleiben. Einer expansiven Geldpolitik stehen die unabdingbare fiskalische Konsolidierung sowie Restrukturierungen im Unternehmensbereich und der Abbau privater Schulden in einer Reihe von Ländern gegenüber. Das globale Wachstum insgesamt sollte deshalb mit gut 3% im laufenden und knapp 4% im kommenden Jahr deutlich schwächer ausfallen als im Jahr 2010 oder in der Zeit unmittelbar vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Von besonderer Bedeutung ist für Deutschland trotz der in den letzten Jahren gesunkenen Exportanteile die Entwicklung in den Partnerländern des Euro-Raums. Der Anpassungsbedarf in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern hat sich als umfassender erwiesen als zunächst erwartet und wird von einer schwierigen Lage des Bankensektors in manchen dieser Länder begleitet. Es sollte jedoch im weiteren Verlauf von 2012, spätestens aber 2013 zumindest zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung kommen, wenn es gelingt, eine glaubwürdige fiskalische Kon-

*Anpassungs-
krisen dämpfen
Wachstum im
Euro-Raum*

solidierungsstrategie und – wo gefordert – eine Vertrauen schaffende Restrukturierung und Rekapitalisierung des Bankensektors umzusetzen.

In Übereinstimmung mit der erwarteten globalen Wirtschaftsentwicklung sollte der Welthandel im Verlauf dieses Jahres wieder an Schwung gewinnen, wobei der für das laufende und das kommende Jahr erwartete Zuwachs mit 4½% beziehungsweise 6½% allerdings geringer ausfällt als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die eher schwache Entwicklung im Euro-Raum wird wahrscheinlich über den gesamten Prognosehorizont zu spüren sein. Dies wird zum Teil ausgeglichen durch eine voraussichtlich recht lebhaftere Importnachfrage außerhalb des Euro-Raums. Insbesondere die aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften stützen mehr und mehr das Absatzmarktwachstum, das sich 2012 nicht zuletzt wegen des schwachen Jahresauftakts auf 2% beschränken, 2013 aber 5% erreichen könnte. Dies ist jedoch deutlich weniger als noch in der Dezember-Prognose unterstellt.

*Verhaltenes,
aber auskömmliches
Wachstum
der Absatzmärkte*

Im Vergleich zur Projektion im vergangenen Herbst hat der Euro bis zum Abschluss der Annahmen für die vorliegende Prognose gegenüber dem US-Dollar nochmals um 4½% an Wert verloren. In dem für die Wechselkursannahme relevanten Zeitraum notierte er bei 1,30 US-\$. Bezogen auf den für den Außenhandel relevanten effektiven Wechselkurs fiel der Wertverlust ebenfalls deutlich aus. Inzwischen hat der Wechselkurs des Euro weiter erheblich nachgegeben.

*Wertverlust
des Euro*

Die Rohölnotierungen lagen bis Anfang des Jahres zwar unter den in den ersten beiden Novemberwochen aus Terminkursen abgeleiteten Annahmen der Dezember-Prognose. Temporäre Angebotsstörungen und der sich verschärfende Konflikt am Persischen Golf sorgten jedoch dafür, dass die Annahmen im ersten Vierteljahr 2012 deutlich übertroffen wurden. Die Terminnotierungen zeigten aber über das gesamte Fristenspektrum spürbar nach unten. Für das laufende Jahr wird in dieser Prognose ein Rohölpreis von 114½ US-\$ und für das

*Nachgebende
Rohstoffpreise
erwartet*

kommende Jahr von 108 US-\$ je Fass der Sorte Brent unterstellt. Das sind knapp 5% beziehungsweise gut 3½% mehr als in der Dezember-Projektion. Inzwischen hat sich der Rohölpreis auf weniger als 100 US-\$ reduziert. Gleichzeitig hat sich die Terminkurve abgeflacht. Die Entwicklung der sonstigen Rohstoffpreise entsprach im Winterhalbjahr 2011/2012 im Großen und Ganzen den Erwartungen der letzten Prognose. Allerdings ist der Anstieg bei den Agrarrohstoffen etwas stärker ausgefallen als im Dezember vermutet. Im Einklang mit dem recht schwachen globalen Wachstum könnten die sonstigen Rohstoffpreise 2012 das Vorjahrsniveau um 8% unterschreiten. Für 2013 wird ein Anstieg von gut 1½% erwartet.

*Nochmals
niedrigere
Zinsen, ...*

Die markante Abkühlung der Konjunktur im Euro-Raum und die Verschärfung der Staatsschuldenkrise in der zweiten Jahreshälfte 2011 haben das Eurosystem veranlasst, Mitte Dezember die Leitzinsen auf ein historisches Tief zu verringern und die Liquiditätsausstattung des Bankensystems mit sehr langfristigen Refinanzierungsgeschäften zu sichern. Diese Maßnahmen und die erneuten Spannungen an den Finanzmärkten reduzierten die Erwartungen hinsichtlich der Kurzfristzinssätze erheblich. Für 2012 wird nun für unbesicherte Geschäfte am Interbankenmarkt aus Marktdaten ein Dreimonatszinssatz von 0,8% (40 Basispunkte unter der Dezember-Projektion) abgeleitet, für 2013 sind es 0,7% (minus 70 Basispunkte).

Die Rendite deutscher Staatsanleihen wird von der hohen Nachfrage nach sicheren und liquiden Titeln gedrückt. Für eine Restlaufzeit von neun bis zehn Jahren ist sie bis April auf lediglich 1,6% gesunken und unterschritt damit deutlich die Annahmen der Dezember-Prognose. Den technischen Annahmen zufolge wird sie zwar wieder ansteigen; im Durchschnitt des Jahres 2012 würde sie aber mit 1,8% und mit 2,1% im Jahr 2013 jeweils 60 Basispunkte unter der Annahme für die Dezember-Projektion zu liegen kommen. Inzwischen ist die Umlaufrendite allerdings auf 1,1% zurückgegangen.

Auch die Kreditzinsen deutscher Banken unterschritten im ersten Quartal 2012 den ohnehin schon niedrigen Stand der zweiten Jahreshälfte 2011. Zwar haben die Banken ihre Kreditrichtlinien für das Unternehmensgeschäft im ersten Vierteljahr etwas verschärft, für das zweite Quartal ist aber den Umfrageergebnissen zufolge bereits wieder eine Lockerung vorgesehen. Entsprechend hat der ifo Kreditwürdigkeitsindikator im April einen neuen Tiefstand erreicht. Für den Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass die Finanzierungsbedingungen sehr vorteilhaft bleiben.

*... damit
äußerst günstige
Finanzierungs-
bedingungen*

Im Bereich der öffentlichen Finanzen werden in die Vorausschätzungen alle Maßnahmen einbezogen, die entweder verabschiedet sind oder die bereits spezifiziert wurden und deren Umsetzung wahrscheinlich ist.³⁾ Die berücksichtigten Maßnahmen verringern das Staatsdefizit 2012 zunächst leicht, belasten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2013 dann aber etwas stärker. Bei den Sozialbeiträgen führen regelgebundene Senkungen des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung 2012 und 2013 zu Ausfällen, während sich die Finanzwirkungen verschiedener Maßnahmen im steuerlichen Bereich annähernd ausgleichen (insbesondere Mehreinnahmen durch Auslaufen von Abschreibungsvergünstigungen und Mindereinnahmen durch die für 2013 geplante Einkommensteuersenkung). Auf der Ausgabenseite überwiegen demgegenüber die Entlastungen vor allem durch das Auslaufen der Eigenheimzulage und der Investitionsprogramme zur Abfederung der Krise 2008/2009. Verschiedene Regierungsprojekte führen aber auch zu Mehrausgaben. So ist etwa im Rahmen der „Energiewende“ eine stärkere Förderung von Maßnahmen vor allem zur Eindämmung des Ener-

*Finanzpolitische
Maßnahmen
in Deutschland
leicht defizit-
erhöhend*

³⁾ Die Bundesregierung plant für 2013 verschiedene neue Maßnahmen (insbesondere das Betreuungsgeld sowie die Anpassung von Zahlungen zwischen Bundeshaushalt und Sozialversicherungen), die bei Prognoseabschluss noch nicht hinreichend spezifiziert waren. Die vom Bundestag beschlossene, vom Bundesrat aber zwischenzeitlich zunächst abgelehnte und an den Vermittlungsausschuss verwiesene Einkommensteuertarifsenkung mit Mindereinnahmen von rund 2 Mrd € im Jahr 2013 wurde dagegen bereits einbezogen.

Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2010	2011	2012	2013
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹⁾	1,0	1,2	0,2	0,5
Jahresverlaufsrate ²⁾	3,8	2,0	1,5	2,0
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	3,6	3,1	1,2	1,7
Kalendereffekt ³⁾	0,1	-0,1	-0,2	-0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate ⁴⁾	3,7	3,0	1,0	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2012 bis 2013 eigene Prognosen. ¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt. ³ In % des BIP. ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

gieverbrauchs und zur Ausweitung des Einsatzes erneuerbarer Energien durch den neuen „Energie- und Klimafonds“ vorgesehen. Außerdem enthält die Bundesplanung nicht zuletzt Mehrausgaben für Bildung und Forschung (u. a. „Bildungspaket“) und höhere Infrastrukturinvestitionen.

Konjunktureller Ausblick⁴⁾

Da die Anpassungskrisen im Euro-Gebiet vorerst anhalten werden, dürfte das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland trotz einer Temposteigerung der Weltwirtschaft und einer robusten Binnenkonjunktur zunächst verhalten ausfallen. Das BIP-Ergebnis des ersten Vierteljahres 2012 sollte also nicht in isolierter Betrachtung als Indikator der aktuellen konjunkturellen Tendenz interpretiert werden, sondern vielmehr im Zusammenhang mit dem leichten Rückgang des BIP im Schlussquartal 2011 gesehen werden. Fasst man beide Quartale zusammen, ergibt sich im Vergleich zu den Vorquartalen das Bild einer spürbar verlangsamten konjunkturellen Expansion. Darauf deuten auch die in die Zukunft gerichteten Indikatoren des ifo Konjunkturtests hin. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich zwar von dem Zwischentief im Herbst vergangenen Jahres gelöst, aber nicht wieder die Höchststände vor

der Verschärfung der Staatsschuldenkrise erreicht; zudem haben sie im Mai erneut spürbar nachgegeben. Der industrielle Auftragseingang, der mit einem Vorlauf von etwa einem Quartal die industrielle Produktion bestimmt, ist gegenüber dem bereits schwachen vierten Quartal 2011 nochmals etwas zurückgefallen. Allerdings deutet die zunehmende Nachfrage nach Vorleistungsgütern nicht auf einen anhaltenden Abschwung der Industrie hin. Zudem expandiert die Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes in der Grundtendenz kräftig. Kurzfristig könnte die Bauwirtschaft von Nachholeffekten profitieren, da die witterungsbedingten Einschränkungen vom Februar im März noch nicht vollständig ausgeglichen wurden. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland könnte daher im Verlauf des Jahres 2012 mit einer Rate von 1,5% expandieren, nach einer Verlaufsrate von 2,0% im Jahr 2011.⁵⁾ Im Jahresmittel ergäbe sich ein Zuwachs von 1,0% und in arbeitstäglich bereinigter Betrachtung von 1,2% gegenüber 0,6% beziehungsweise 0,8% in der Dezember-Projektion. Diese Aufwärtsrevision erklärt sich im Wesentlichen aus der die Erwartungen übertreffenden Wirtschaftsentwicklung im ersten Vierteljahr 2012, die überwiegend einer kräftigen Nachfrage aus Drittländern zuzuschreiben war.

Wie schnell sich die deutsche Volkswirtschaft von der verhaltenen konjunkturellen Grundtendenz löst, wird auch davon abhängen, wie rasch sich die Lage in den Krisenländern stabilisiert und im Euro-Raum expansive Kräfte wieder die Oberhand gewinnen. Den Projektionen der Experten des Eurosystems zufolge könnte dies 2013 der Fall sein, mit der Folge, dass zu einer sich weiter verstärkenden globalen Aufwärtsbewegung und einer lebhaften Binnen-

*Im Jahr 2013
 Beschleunigung
 des Wachstums*

*Verhaltenes
 Wachstum im
 weiteren Verlauf
 von 2012*

⁴ Die hier vorgestellte Prognose wurde am 24. Mai 2012 abgeschlossen.

⁵ Die Jahresverlaufsrate misst die Veränderung des BIP zwischen dem vierten Quartal des Vorjahres und dem Schlussquartal des betrachteten Jahres. Sie ergibt sich aus der Kumulation der Quartalswachstumsraten des betrachteten Jahres und gibt deshalb ein präziseres Bild der konjunkturellen Entwicklung innerhalb eines Jahres als die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, in die auch der statistische Überhang aus dem jeweiligen Vorjahr einfließt.

konjunktur eine höhere Importnachfrage aus dem Euro-Raum hinzukäme. Dann könnte die deutsche Volkswirtschaft wie bereits in der Dezember-Projektion unterstellt im Jahresverlauf mit einer Rate von 2,0% wachsen. Die Abwärtskorrektur der mittleren Jahreswachstumsrate von 1,8% auf 1,6% (bzw. kalenderbereinigt von 1,9% auf 1,7%) ergibt sich bei einem weitgehend unveränderten Verlaufsbild aus einem geringeren statistischen Überhang am Jahresende 2012.

Normal ausgelastete gesamtwirtschaftliche Kapazitäten

Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften bei dem unterstellten Konjunkturverlauf insgesamt normal ausgelastet sein. Die erwartete Zuwanderung und eine über den Prognosehorizont wieder an Fahrt aufnehmende Sachkapitalbildung sollten dafür sorgen, dass das Produktionspotenzial mit einer Rate von 1¼% bis 1½% pro Jahr expandiert, sodass sich am Ende des Projektionszeitraums eine leichte Überauslastung einstellt.⁶⁾

Wieder verstärktes Wachstum der Ausfuhren

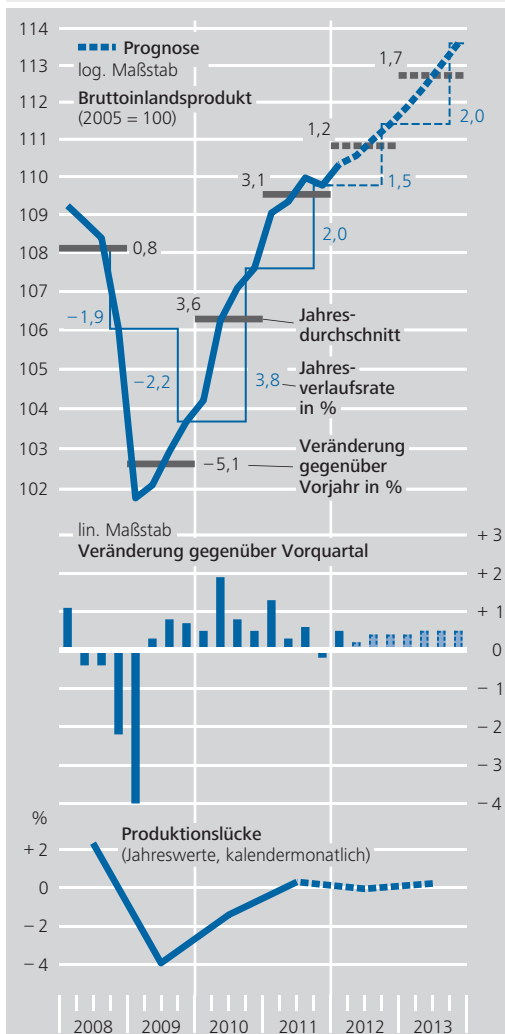
Den Tendenzen auf den Absatzmärkten folgend, dürfte das Exportwachstum im laufenden Jahr nachlassen, sich im Folgejahr im Zuge der beginnenden Erholung der Krisenländer im Euro-Raum und der globalen Konjunktur aber wieder deutlich verstärken. Dabei könnten sich die kräftigen Marktanteilsgewinne des Jahres 2011 zunächst noch fortsetzen, dann aber abschwächen. Trotz der erwarteten Verteuerung der inländischen Leistungserstellung dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen 2012 insbesondere gegenüber Drittländern weiter verbessern und sich 2013 nur wenig verändern. Insgesamt könnten die Exporte in diesem Jahr um 3¼% und im Folgejahr um 5½% expandieren, nach einem Plus von 8¼% im Jahr 2011, welches allerdings noch von Aufholeffekten geprägt war.

Ausrüstungsinvestitionen mit zunehmender Dynamik

Die Investitionskonjunktur hat, was Ausrüstungen betrifft, im Winterhalbjahr 2011/2012 trotz der äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen an Dynamik verloren. Hierbei dürfte zum einen die Eintrübung der Erwartungen eine Rolle gespielt haben. Erweiterungsinvestitionen

Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt



Deutsche Bundesbank

erschieden vor dem Hintergrund eingeschränkter Absatzmöglichkeiten nicht mehr so dringlich. Hinzu kam eine merkliche Verunsicherung der Unternehmen, die ein Hinausschieben von Projekten motivierte. Das Kapazitätserweiterungsmotiv könnte angesichts der Fahrt aufnehmenden Weltwirtschaft wieder an Bedeutung gewinnen. Unter der Voraussetzung, dass die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum nicht eskaliert, sollten das Vorsichtsmoment an Bedeutung verlieren und zurückgestellte Projekte

⁶ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft – Mittelfristige Perspektiven vor dem Hintergrund demographischer Belastungen, Monatsbericht, April 2012, S. 13 ff.

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2010	2011	2012	2013
BIP (real)	3,7	3,0	1,0	1,6
desgl. arbeitsmäßig bereinigt	3,6	3,1	1,2	1,7
Verwendung des realen BIP				
Private Konsumausgaben	0,6	1,4	1,3	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,1	2,2	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	6,4	1,5	4,5
Exporte	13,7	8,2	3,2	5,5
Importe	11,7	7,8	4,0	7,2
Beiträge zum BIP-Wachstum ¹⁾				
Inländische Endnachfrage	1,6	2,1	1,4	2,1
Vorratsveränderungen	0,6	0,2	-0,2	0,0
Außenbeitrag	1,5	0,7	-0,2	-0,5
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen ²⁾	2,3	1,6	1,2	0,2
Erwerbstätige ²⁾	0,5	1,3	1,2	0,7
Arbeitslose ³⁾	3,2	3,0	2,8	2,7
Arbeitslosenquote ⁴⁾	7,7	7,1	6,7	6,5
Lohnstückkosten ⁵⁾	-1,2	1,4	2,8	1,8
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,0	3,0	2,6	2,8
Reales BIP je Erwerbstätigen	3,2	1,6	-0,2	1,0
Verbraucherpreise ⁶⁾				
ohne Energie	1,2	2,5	2,1	1,6
Energiekomponente	0,8	1,4	1,6	1,8
	3,9	10,0	5,1	0,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2012 bis 2013 eigene Prognosen. **1** In Prozentpunkten. **2** Inlandskonzept. **3** In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). **4** In % der zivilen Erwerbspersonen. **5** Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. **6** Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Deutsche Bundesbank

in Angriff genommen werden. Deshalb wird in der Basislinie ab der Jahresmitte 2012 mit einem Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet, sodass sich, gestützt durch die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, der Investitionsaufschwung nach einer Pause fortsetzen würde.

Die mit der Verschärfung der Staatsschuldenkrise aufgekommene Verunsicherung dürfte neben den äußerst vorteilhaften Finanzierungsbedingungen einer der Treiber der stark gestiegenen Nachfrage nach Wohnimmobilien sein. In den Monaten September 2011 bis März 2012 nahmen die Zahl der von neuen Bauges-

nehmungen erfassten Wohnungen und die dafür veranschlagten Kosten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum um gut 9% zu. Besonders kräftig fielen die Zuwächse für Drei- und Mehrfamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen in Ballungsräumen aus. Dies deckt sich mit den Immobilienpreisbeobachtungen. Geschosswohnungen eignen sich besonders gut zur Kapitalanlage, während die weniger gefragten Einfamilienhäuser für Selbstnutzer interessanter sind. Dies spricht dafür, dass neben dem Wunsch nach mehr Wohnraum das Kapitalanlagemotiv eine erhebliche Rolle spielt. Es ist davon auszugehen, dass sich die hohe Nachfrage nach und nach in Bauleistungen umsetzt, wobei Engpässe angesichts ungenutzter Kapazitäten in anderen Euro-Ländern keine große Rolle spielen sollten. Bereits heute ist der Markt für Bauleistungen in hohem Maß international, wenngleich er bei kleineren Projekten auch eine starke lokale Komponente hat.

Der private Verbrauch, der sich im Jahr 2011 von der äußerst verhaltenen Grundtendenz der vergangenen Dekade gelöst hatte, könnte im Prognosezeitraum weiter spürbar ansteigen. Die Voraussetzungen hierfür sind mit den günstigen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven geschaffen. Hinzu kommt eine Entlastung bei den Sozialbeiträgen, sodass 2012 und 2013 mit einer Zunahme der Nettolöhne und -gehälter um jeweils 4% zu rechnen ist. Wegen einer schwächeren Dynamik bei den sonstigen Einkommen und den Sozialleistungen – nach geltendem Recht fallen die Rentenanpassungen verhalten aus – könnte das verfügbare Einkommen in diesem Jahr um knapp 3% und im nächsten Jahr leicht besser zunehmen. Bei einer im Großen und Ganzen unveränderten Sparquote der privaten Haushalte von 11% und einem Nachlassen des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe ergäbe sich dann eine Zunahme der privaten Konsumausgaben in realer Rechnung von 1,3% in diesem und 1,5% im nächsten Jahr. Diese Einschätzung wird gestützt durch die Erhebungen zum Konsumklima, die seit Längerem nach oben zeigen.

Privater Verbrauch aufwärtsgerichtet

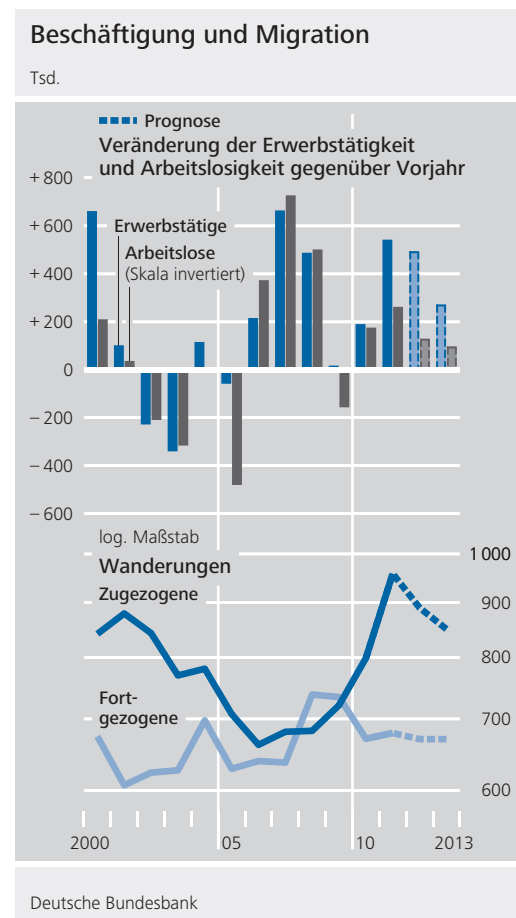
Kräftig steigende Einfuhren, auch aus dem Euro-Gebiet

Mit der recht kräftigen Expansion der Exporte und der Ausweitung der Inlandsnachfrage werden auch die Einfuhren beträchtlich anziehen. Dabei ist davon auszugehen, dass sich wie in den Vorjahren der Trend einer steigenden Importintensität fortsetzen wird. Dies ist teilweise das Gegenstück zu der steigenden Exportintensität und spiegelt die zunehmende Internationalisierung und Spezialisierung der deutschen Wirtschaft wider. Bei einer Zunahme der Gesamtnachfrage von beinahe 2% könnten die Einfuhren im laufenden Jahr um 4% expandieren und im kommenden Jahr bei einem Wachstum der Nachfrage von 3½% um 7¼%. Während in der Vergangenheit die Importsteigerung überproportional auf Drittländer entfiel, sollte er in den nächsten Jahren in stärkerem Maß Partnerländern im Euro-Raum zugutekommen. Hierbei dürften neben dem Druck auf die Unternehmen in diesen Ländern, sich neue Absatzmärkte zu erschließen, auch Preiseffekte eine Rolle spielen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder im Euro-Raum sollte sich sowohl gegenüber Deutschland als auch der übrigen Welt verbessern. Der rechnerische Außenbeitrag zum BIP-Wachstum dürfte in dem Prognosezeitraum negativ ausfallen. Dies ist aber keineswegs so zu interpretieren, als würde der Außenhandel der konjunkturellen Entwicklung keine Impulse geben. Wie das Winterhalbjahr 2011/2012 gezeigt hat, bleibt die deutsche Volkswirtschaft in hohem Maß von der Weltwirtschaft abhängig. Der Überschuss in der Leistungsbilanz könnte sich von 5¾% im Jahr 2011 auf 5¼% im Jahr 2012 und dann auf 5% im Jahr 2013 verringern.

■ Arbeitsmarkt

Langsamer steigende Beschäftigung

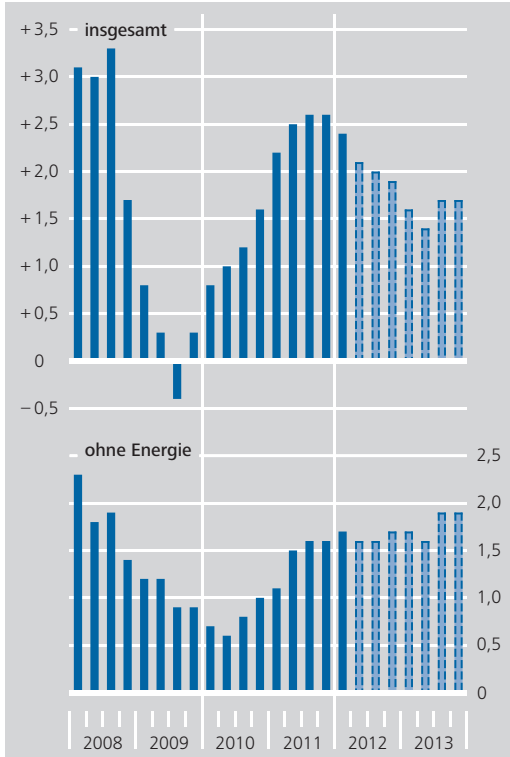
Den vorausschauenden Arbeitsmarktindikatoren wie dem ifo Beschäftigungsbarometer und dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit zufolge sollte sich die Expansion der Erwerbstätigkeit fortsetzen, wenngleich mit deutlich reduziertem Tempo. Dabei spielt neben der schwächeren konjunkturellen Dynamik eine Rolle, dass die leicht mobilisierbaren inlän-



dischen Arbeitskräfte reserven inzwischen zu einem großen Teil ausgeschöpft sein dürften. Ein erhebliches Potenzial besteht vor allem noch in der Altersgruppe der über 60-jährigen Personen. Angesichts des ausgeprägten Gefälles der Arbeitsmarktlagen im Euro-Raum dürften mehr Arbeitnehmer von den Möglichkeiten der Freizügigkeit Gebrauch machen als in der Vergangenheit. Nach einer Nettozuwanderung von rund 280 000 Personen im Jahr 2011 (auch bedingt durch die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte gegenüber den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien) rechnet diese Projektion mit einem größtenteils arbeitsmarkt-orientierten Nettozustrom von 220 000 im laufenden und 180 000 im kommenden Jahr. Mit verstärkter Zuwanderung und einer steigenden Erwerbsbeteiligung sollte es möglich sein, die Erwerbstätigkeit in diesen Jahren um 490 000 (1,2%) beziehungsweise um 270 000 (0,7%) zu erhöhen. Dabei sollte es sich überwiegend um zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen

Preisprognose (HVPI)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Deutsche Bundesbank

handeln. Die Bedeutung der Leiharbeit, der geringfügigen Beschäftigung und der Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) dürfte weiter zurückgehen. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten könnten an ihren längerfristig rückläufigen Trend anschließen, der insbesondere von einer steigenden Teilzeitquote getrieben wird. Das Arbeitsvolumen würde dann im laufenden Jahr um 1,2% und im Folgejahr um 0,2% zunehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte angesichts des bereits erreichten niedrigen Standes nur noch wenig zurückgehen. Aus der Projektion ergibt sich für das Jahr 2012 eine Verringerung um 130 000 (überwiegend bedingt durch einen statistischen Unterhang aus 2011) und im Jahr 2013 um 100 000. Das Minus dürfte sich im Bereich des Arbeitslosengelds II konzentrieren. Zum einen werden einige Langzeitarbeitslose eine bezahlte Beschäftigung finden und andere altersbedingt ausscheiden. Schließlich sollten weniger Kurzarbeitslose nachrücken. Die

Nur noch verhaltener Rückgang der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote insgesamt könnte sich von 7,1% im Jahr 2011 auf 6,7% im Jahr 2012 und 6,5% im Jahr 2013 reduzieren. Seit ihrem letzten Höchststand im Jahr 2005 wäre sie dann um 5,2 Prozentpunkte gesunken. Bei den nach den Definitionen der ILO berechneten standardisierten Arbeitslosenquoten ergäbe sich mit einem Rückgang von 5,9% im Jahr 2011 auf 5,4% in Jahr 2013 ein ähnliches Bild.

Arbeitskosten und Preise

Die Tarifparteien haben sich in der Lohnrunde 2012 bisher auf kräftige Entgeltsteigerungen geeinigt, die oftmals bis in das Jahr 2014 hineinreichen. Vereinbart wurden zum weit überwiegenden Teil dauerhafte prozentuale Anhebungen. Die in den Zeiten der ausgeprägten Lohnmoderation häufigen pauschalen Einmalzahlungen spielten keine Rolle mehr. Auf Basis der bisherigen Abschlüsse und von Zuschätzungen für die noch ausstehenden Branchen und Bezirke ist im Jahr 2012, in dem teilweise noch Tarifabschlüsse aus den Vorjahren nachwirken, mit einem Anstieg der tariflichen Arbeitsentgelte um 2,6% zu rechnen. Im Jahr 2013, wenn die neuen Abschlüsse voll wirksam werden, könnten es 3,1% sein.⁷⁾ Ähnlich wie im vergangenen Jahr ist auch in diesem Jahr in einigen Bereichen der Privatwirtschaft mit hohen Prämienzahlungen zu rechnen, sodass der Anstieg der Effektiventgelte nicht hinter dem der Tarifverdienste zurückbleiben dürfte. Die Zunahme der Arbeitskosten gemessen am Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer wird hingegen durch die regelgebundene Reduktion der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung gebremst. Angesichts der konjunkturell schwachen Produktivitätsentwicklung – die Beschäftigung steigt noch stark an, während das BIP nur verhalten expandiert – dürften die Lohnstückkosten im laufenden Jahr mit 2,8% sehr deutlich zunehmen. Im kommenden Jahr

Spürbar verstärkter Anstieg der Arbeitskosten ...

⁷⁾ Die Tarifeinigung in der Chemieindustrie nach Abschluss der Prognose (4,5% bei 19 Monaten Laufzeit) passt in dieses Bild. Das gilt auch für den Abschluss bei Volkswagen (4,3%, 13 Monate).

ist bei einer Normalisierung des Produktivitätswachstums mit einer Steigerung um 1,8% zu rechnen.

*... und des
BIP-Deflators*

Der besonders starke Anstieg der Lohnstückkosten im laufenden Jahr dürfte zu einem erheblichen Teil zulasten der Margen gehen. Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass der BIP-Deflator mit 1,4% deutlich stärker anzieht als in den Vorjahren. Im kommenden Jahr dürften sich die Gewinnmargen ein Stück weit erholen. Der Anstieg des BIP-Deflators könnte sich weiter auf 1,8% verstärken. Eine solche Verteuerung der inländischen Leistungserstellung (mehr als 3% in zwei Jahren) hat es seit Mitte der neunziger Jahre in Deutschland nicht gegeben.

*Nachlassender
Verbraucher-
preisanstieg*

Auf der Verbraucherstufe wird der Preisanstieg allerdings zunächst nachlassen. Die Energiepreise dürften zwar auf einem recht hohen Niveau verharren, aber nicht weiter ansteigen. Im Jahresdurchschnitt 2012 ergäbe sich aus den technischen Annahmen für die Energiekomponente noch eine Zunahme um gut 5%, dieser folgt jedoch aus dem Verlauf im Winterhalbjahr 2011/2012. Im Jahr darauf könnte die Rate dann auf weniger als 1% fallen. Im Kontrast hierzu ist für die anderen Komponenten des Verbraucherpreisindex mit einer moderaten Beschleunigung von 1,6% im Jahr 2012 auf 1,8% im Jahr 2013 zu rechnen. Die breit angelegten, im Vergleich zu den Vorjahren recht hohen Lohnsteigerungen dürften sich in erster Linie bei Dienstleistungen bemerkbar machen, aber auch bei Handelsmargen von Lebensmitteln und anderen Waren. Bei den Wohnungsmieten steht einer verstärkten Nachfrage aufgrund der Einkommensverbesserungen ein sich auch wegen der besonders niedrigen Zinsen vergrößerndes Angebot gegenüber. Es ist zwar mit stärkeren Mietsteigerungen zu rechnen – die Neuvertragsmieten in einigen Großstädten ziehen schon deutlich an – der Aufwärtsdruck sollte sich aber in recht engen Grenzen halten. Administrative und steuerliche Maßnahmen werden im Prognosezeitraum hingegen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen.

Während die Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg und Hamburg den Preisanstieg auf der Verbraucherstufe ein wenig dämpfen wird, wirken die weiteren Tabaksteueranhebungen in die entgegengesetzte Richtung. Spürbare Belastungen dürften von der Energiewende ausgehen. Die HVPI-Teuerungsrate insgesamt könnte von 2,5% im vergangenen Jahr über 2,1% in diesem Jahr auf 1,6% im nächsten Jahr zurückgehen. Am Ende des Jahres 2013 könnte sich der Preisanstieg insgesamt auf 1,7% und ohne Energie gerechnet auf 1,9% belaufen.

■ Öffentliche Finanzen

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und bei nur noch geringen Belastungen zur Stützung von Finanzinstituten war die staatliche Defizitquote in Deutschland im vergangenen Jahr deutlich auf 1% gesunken. Auch im Prognosezeitraum werden im Basisszenario durchaus günstige Bedingungen für die Konsolidierung der Staatsfinanzen erwartet. So dürften die für die Einnahmen besonders bedeutsamen gesamtwirtschaftlichen Aggregate (Bruttolöhne und -gehälter sowie nominaler privater Konsum) vergleichsweise stark wachsen und die bereits recht niedrigen Arbeitslosenzahlen noch etwas zurückgehen. Hinzu kommen Entlastungen bei der Refinanzierung der Staatsverschuldung. Allerdings bestehen wegen der europäischen Staatsschuldenkrise – unmittelbar durch neue Hilfsmaßnahmen und mittelbar über die wirtschaftlichen Perspektiven – auch erhebliche Risiken für die öffentlichen Haushalte.

*Bedingungen für
Konsolidierung
günstig, aber
fortbestehende
Risiken*

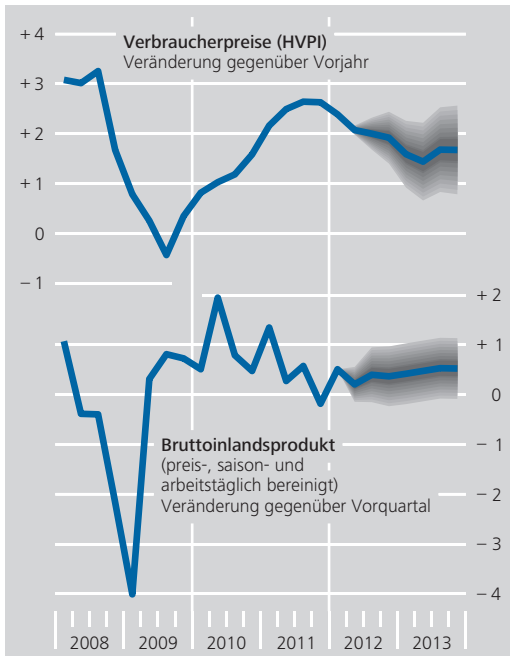
Im laufenden Jahr dürfte die Defizitquote weiter, wenn auch begrenzt, sinken und eine Größenordnung von ½% erreichen. Der Konjunkturlauf dürfte weitgehend neutral sein.⁸⁾ Die

*2012 weiterer
Defizitrückgang,
aber ...*

⁸⁾ Das hier verwendete Konjunkturbereinigungsverfahren berechnet den zyklischen Effekt anhand der Trendabweichung der für die Staatsfinanzen relevanten makroökonomischen Bezugsgrößen und kommt zu anderen Ergebnissen als der Ansatz der Bundesregierung im Rahmen der Schuldenbremse.

Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion⁹⁾

in %, vierteljährlich



* Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.
 Deutsche Bundesbank

an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gegenüber. Darüber hinaus könnte es im Zusammenhang mit Finanzmarktstützungsmaßnahmen zu weiteren Übernahmen von Aktiva und Passiva in den Staatssektor kommen.⁹⁾

Für 2013 ist derzeit keine Fortsetzung des Defizitabbaus angelegt. Die konjunkturellen Einflüsse könnten wie schon im laufenden Jahr sehr begrenzt sein. Bei den Sozialversicherungsbeiträgen ist zwar eine weitere Senkung des Rentenbeitragssatzes zur Einhaltung der Rücklagenobergrenze zu erwarten, die stärker als 2012 ausfallen dürfte. Der dadurch bedingte Rückgang der Einnahmenquote sollte jedoch auf der Ausgabenseite durch Fortbestehen der Entlastungsfaktoren bei den Sozial- und Zinsausgaben annähernd ausgeglichen werden. Die Schuldenquote könnte im kommenden Jahr allerdings spürbar sinken. Grundsätzlich ist mit dem relativ niedrigen Defizit bei solidem nominalen Wirtschaftswachstum und durch die geplanten Tilgungen bei den „Bad Banks“ ein Abwärtstrend angelegt. Über den aktuell geplanten Umfang hinausgehende schuldenstandswirksame Maßnahmen im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise (wie Kredite der EFSF oder Kapitalzuführungen an den ESM) oder zusätzlichen Hilfen für deutsche Finanzinstitute könnten dieser Tendenz aber entgegenwirken.

2013 bei kaum veränderter Defizitquote Rückgang der Schuldenquote

Einnahmenquote könnte nochmals etwas zunehmen. Der quotenerhöhende Effekt der für die öffentlichen Einnahmen günstigen Wachstumsstruktur überwiegt hier Belastungsfaktoren wie die Absenkung des Rentenbeitragssatzes (um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6%). Für die Ausgabenquote wird ein leichter Rückgang erwartet. Dahinter stehen insbesondere die aus früheren Reformen resultierende Begrenzung des Rentenanstiegs, sinkende Arbeitslosenzahlen, Zinseinsparungen aufgrund der günstigen Refinanzierungsbedingungen sowie das vollständige Auslaufen der Investitionsprogramme aus der Krise 2008/2009.

Risikobeurteilung

Die Basislinie dieser Projektion setzt auf der Annahme auf, dass sich die Anpassungsrezession in einigen Ländern des Euro-Gebiets zunächst fortsetzen und die Unsicherheit nicht schwinden wird, es aber keine Eskalation der Staatsschuldenkrise im Euro-Gebiet geben wird. Angesichts der Diversifizierung der Absatzmärkte und der günstigen Bilanzstrukturen scheinen die deutschen Unternehmen insgesamt gesehen gut aufgestellt zu sein. Gleichwohl würde

Risiken für das Wirtschaftswachstum

... wohl Wiederanstieg der sehr hohen Schuldenquote

Die Schuldenquote könnte allerdings wieder zunehmen, nachdem sie 2011 auf 81,2% zurückgegangen war. Dem Quotenrückgang infolge eines im Vergleich zum nominalen BIP-Wachstum niedrigen Defizits und der grundsätzlich vorgesehenen Tilgungen bei den „Bad Banks“ stehen zusätzliche Schulden für Hilfen an EWU-Staaten und die Kapitalzuführung

⁹⁾ Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung der WestLB in der Diskussion.

es eine erhebliche Belastung darstellen, wenn zu den Krisen im Euro-Raum eine stärkere konjunkturelle Schwäche in wichtigen Drittländern hinzukäme oder sich die Lage im Euro-Raum noch weiter gravierend verschärfen würde. In einem solchen ungünstigeren Szenario dürfte auch die Expansion der Binnenwirtschaft in Deutschland nicht einfach fortgeschrieben werden; diese ist in hohem Maße direkt (über Einkommenseffekte) und indirekt (über Vertrauenseffekte) von der Außenwirtschaft abhängig.

Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen günstiger darstellen und die Unsicherheit aus der Finanz- und Schuldenkrise zügiger als erwartet zurückgeht. Die Expansion der Binnenwirtschaft könnte angesichts der sehr niedrigen Zinsen und der äußerst günstigen Finanzie-

rungsbedingungen dann auch schneller voranschreiten und eine stärkere Eigendynamik entwickeln. Diese könnte aber in Teilsektoren auch mit strukturellen Verwerfungen einhergehen.

Das Profil der Teuerungsraten in dieser Projektion wird wesentlich von den technischen Annahmen zu Rohölpreisen und Wechselkursen geprägt. Es wäre durchaus denkbar, dass die unterstellte recht kräftige Expansion der Weltwirtschaft mittelfristig mit höheren Rohölnotierungen einhergeht. Eine weitere Abwertung des Euro könnte zumindest kurzfristig das Preisklima verschlechtern. Hinsichtlich des binnenwirtschaftlich bedingten Preisanstiegs legen die Tarifabschlüsse des ersten Halbjahres 2012 eine moderate Verstärkung nahe, die angesichts der sehr niedrigen Zinsen mit Aufwärtsrisiken verbunden sein könnte.

*Risiken für die
Preisstabilität*

Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern

Im historischen Vergleich wie auch in der Gegenüberstellung mit den Schwellenländern wird oftmals betont, dass sich die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren konjunkturell nur verhalten erholt haben. Regelmäßig wird dies mit dem Bemühen zunächst der privaten Haushalte und Unternehmen, dann auch der öffentlichen Hand um eine Konsolidierung ihrer Finanzen begründet. Dagegen ist die in der Öffentlichkeit wiederholt geführte Debatte um einen „double dip“ in den Industrieländern bislang kaum in Zusammenhang mit dem „double peak“ beim Rohölpreis gebracht worden. Dieser erreichte bereits im April 2011 fast wieder seinen Höchststand vom Sommer 2008 nach einer kurzen, aber ausgeprägten rezessionsbedingten Entspannung. Vor allem die steile gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung in den Schwellenländern dürfte dafür maßgeblich gewesen sein. Seit dem Jahreswechsel 2010/2011 haben allerdings auch angebotsseitige Faktoren eine wichtige Rolle gespielt.

Die Krisen der siebziger Jahre haben die ökonomischen Zerrüttungen vor Augen geführt, die von einer Beschneidung des Ölangebots durch Ereignisse wie Kriege, Revolutionen oder Embargos ausgehen können. Weniger offensichtlich hingegen sind die dämpfenden Einflüsse, welche eine nachfrageseitig bedingte Steigerung des Ölpreises ausübt. Global betrachtet muss die ursächliche Aktivitätszunahme mögliche retardierende Effekte dominieren. Aus Sicht eines einzelnen Landes jedoch kann der eventuell beobachtbare Saldo positiver und negativer Wirkungen ganz unterschiedlich ausfallen. Er dürfte nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit eine Volkswirtschaft über eine eigene Ölförderung von der relativen Preisverschiebung profitiert, unmittelbar teilhat an der zugrunde liegenden Aktivitätszunahme oder indirekt an dieser über eine enge außenwirtschaftliche Verflechtung partizipiert. Ungeachtet der größeren Zusammenhänge dürfte aber die Preissteigerung für sich betrachtet über verschiedene Kanäle die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in Öl importierenden Ländern beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund spricht vieles dafür, dass die Ölpreisschübe der vergangenen Jahre das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern insgesamt spürbar zurückgehalten haben, die retardierenden Effekte jedoch über die nationalen Grenzen hinweg differieren. Insbesondere die dämpfenden Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft dürften aufgrund der relativ geringen Verbrauchsintensität, enger Handelsbeziehungen zu Öl exportierenden Ländern sowie einer allgemein gestärkten Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit vergleichsweise gering ausgefallen sein. Demgegenüber legen Simulationsrechnungen – unter Vernachlässigung der eigentlichen Ursache der Ölpreissteigerung – im Fall der USA erhebliche Outputverluste nahe, die möglicherweise die amerikanische Wachstumsschwäche speziell der ersten Jahreshälfte 2011 erklären helfen. Gerade die zuletzt robuste Erholung der US-Wirtschaft verdeutlicht aber auch, dass die ökonomischen Zusammenhänge komplex sind und ein kräftiger Ölpreisschub nicht zwangsläufig zu einer Rezession führen muss.

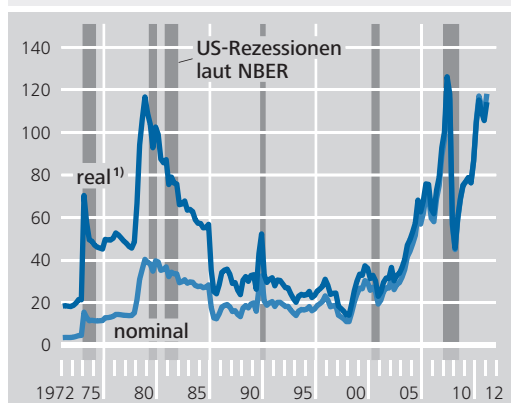
Empirische
 Koinzidenz von
 Ölpreisschüben
 und Rezessionen

Spätestens seit den schweren Krisen der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre gilt der Rohölpreis als einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das konjunkturelle Auf und Ab. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind fast allen Rezessionen der amerikanischen Wirtschaft Ölpreisschübe vorausgegangen.¹⁾ Zudem ist die Evidenz keinesfalls auf die USA beschränkt. Abgesehen von der Asienkrise Ende der neunziger Jahre fallen auch die Einbrüche des globalen Wirtschaftswachstums in den vergangenen Dekaden mit kräftigen Preissteigerungen bei Rohöl zusammen. Freilich bedeutet die zeitliche Koinzidenz nicht zwangsweise eine Kausalität. In diesem Zusammenhang ist be-

merkenswert, dass dem jüngsten Ölpreisschub, obwohl er durchaus historische Dimensionen erreicht hat, kein neuerlicher Abschwung der amerikanischen Wirtschaft gefolgt ist. Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, welchen Einfluss der Rohölpreis auf die internationale Konjunktur in den letzten Jahren genommen hat. Dabei wird zunächst seine historische Entwicklung vor dem Hintergrund des wechselvollen Spiels der Kräfte am Ölmarkt nachgezeichnet. Anschließend werden anhand der wissenschaftlichen Literatur und makroökonomischer Modellrechnungen prinzipiell mögliche Wirkungskanäle beschrieben, bevor versucht wird, spezifische Effekte in den letzten Jahren aufzuzeigen.

Preis für Rohöl der Sorte Brent

US-Dollar je Barrel, Vierteljahresdurchschnitte

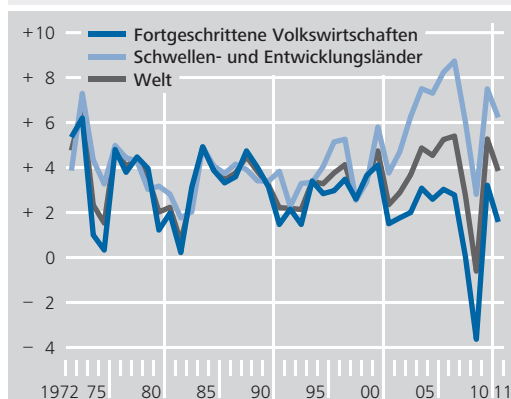


Quellen: Global Insight, Internationaler Währungsfonds und eigene Berechnungen. ¹ Rohölpreis bezogen auf US-CPI ohne Energie (saisonbereinigt, Referenzjahr 2010).

Deutsche Bundesbank

Reales BIP^{*)}

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



* Bis 1980 gemäß Maddison (Historical Statistics of the World Economy), anschließend gemäß IWF (Gewichtung mit Kaufkraftparitäten).

Deutsche Bundesbank

Der Rohölpreis im historischen Wechselspiel von Angebot und Nachfrage

Nachdem in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit einem stark steigenden Bedarf in den Industrieländern mehrere Angebotschocks zu kräftigen Preisschüben auf dem Rohölmarkt geführt hatten, kam es in der Folgezeit angesichts der resultierenden Nachfrageflaute in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften und der Erosion der Marktmacht der Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) wieder zu einem Preisverfall (vgl. Erläuterungen auf S. 31f.). In den neunziger Jahren gaben zwar angebotsseitige Faktoren immer wieder Anlass für zeitweilige Preissteigerungen, etwa die Invasion Kuwaits durch den Irak oder die Kürzung der OPEC-Förderquoten im Gefolge der Asienkrise. Allerdings verschoben sich nun die Kräfteverhältnisse auf der Nachfrageseite grundlegend. So brachte das einsetzende rasante Wirtschaftswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern einen entsprechend steil steigenden Energiebedarf mit sich. Seit

Verschiebung der Kräfteverhältnisse durch rasantes Wirtschaftswachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer ...

¹ Vgl.: J. D. Hamilton (1983), Oil and the Macroeconomy Since World War II, Journal of Political Economy, Vol. 91, S. 228–248; sowie: J. D. Hamilton (2011), Nonlinearities and the Macroeconomic Effects of Oil Prices, Macroeconomic Dynamics, Vol. 15, S. 364–378.

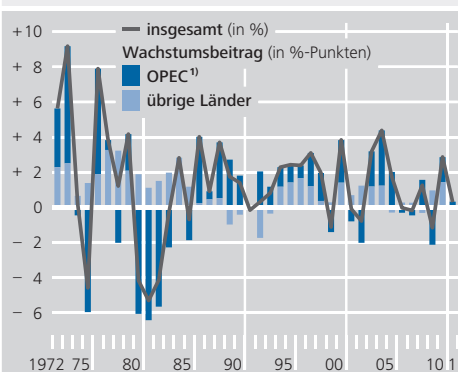
Zu den Ölkrisen der siebziger Jahre

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts war der Rohölpreis recht stabil auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Zwar stieg vor allem wegen der zunehmenden Motorisierung der Öldurst der Industrieländer rasant, doch konnte gerade die Förderung in den USA noch kräftig ausgeweitet werden. Maßgeblich für den Weltmarktpreis für Rohöl war nicht zuletzt die Texas Railroad Commission, der die Regulierung der Öl- und Gasindustrie in Texas oblag und die auch Förderquoten festlegte. 1970 gipfelte allerdings die amerikanische Ölproduktion, während der Bedarf weiter ungezügelt anzog. Allein in den nächsten drei Jahren wuchs der Verbrauch an Mineralölprodukten in den USA um fast ein Fünftel. Bereits 1971 setzte die Texas Railroad Commission die Förderquoten auf 100% und verlor damit letztlich ihren Einfluss auf den Ölpreis. Zugleich gerieten die USA in immer stärkere Abhängigkeit von Ölimporten, speziell aus dem Länderkreis der Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC).¹⁾ Dieser 1960 gegründete Zusammenschluss vornehmlich von Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas versucht, nach dem Vorbild der Texas Railroad Commission über die Setzung von Förderquoten Einfluss auf den Ölpreis zu nehmen. Damit war der Boden für eine grundlegende Neubewertung von Rohöl bereitet.²⁾

Ein erster konkreter Anlass kam, als mehrere arabische Staaten im Herbst 1973 ein Ölembargo gegenüber den USA zur Vergeltung für deren Unterstützung Israels im Jom-Kippur-Krieg verhängten.³⁾ Aber nicht zuletzt die Preiskontrollen, welche die amerikanische Regierung installierte, um der Teuerung Herr zu werden, dürften anschließend Versorgungsengpässe verursacht haben.⁴⁾ Infolge dieser Mängel, der Vervielfachung des Preises und der gesunkenen Wirtschaftsaktivität gab der Ölverbrauch in den USA zwar zeitweise kräftig nach. Doch 1978 übertraf er seinen Stand von 1973 bereits wieder beträchtlich. Mittlerweile stillte die amerikanische Wirtschaft ihren Öldurst zu mehr als 40% aus Einfuhren. Davon stammten nun über zwei Drittel aus dem OPEC-Raum. Nach der Revolution im Iran

Wachstum der globalen Rohölförderung

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quellen: EIA, IEA und eigene Berechnungen. ¹ Algerien, Angola, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Venezuela.

Deutsche Bundesbank

Nachdem 1970 erst rund ein Fünftel des Verbrauchs an Mineralölprodukten in den USA durch Nettoeinfuhren gedeckt worden war, war es 1973 bereits ein Drittel. Dabei kletterte der Anteil der OPEC an den Öleinfuhren um 10 Prozentpunkte auf knapp die Hälfte. Vgl.: US Energy Information Administration (EIA), Annual Energy Review 2009, S. 129 und 135.

¹ Nachdem 1970 erst rund ein Fünftel des Verbrauchs an Mineralölprodukten in den USA durch Nettoeinfuhren gedeckt worden war, war es 1973 bereits ein Drittel. Dabei kletterte der Anteil der OPEC an den Öleinfuhren um 10 Prozentpunkte auf knapp die Hälfte. Vgl.: US Energy Information Administration (EIA), Annual Energy Review 2009, S. 129 und 135.

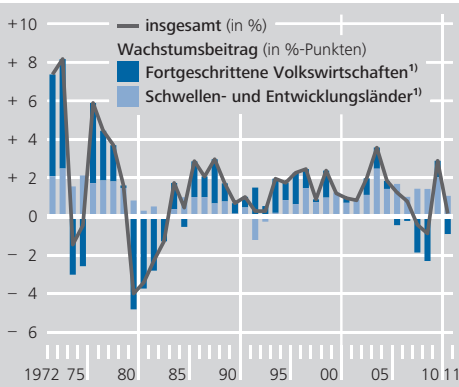
² Die Rolle der anziehenden Nachfrage als Voraussetzung für den ersten Ölpreisschub der siebziger Jahre wird von Barsky und Kilian (2002) und Kilian (2008) hervorgehoben. Vgl.: R. B. Barsky und L. Kilian (2002), Do We Really Know That Oil Caused the Great Stagflation?, NBER Macroeconomics Annual, Vol. 16, S. 137–183; sowie: L. Kilian (2008), Exogenous Oil Supply Shocks: How Big Are They and How Much Do They Matter for the U.S. Economy?, Review of Economics and Statistics, Vol. 90, S. 216–240.

³ Vgl.: EIA (2002), Petroleum Chronology of Events 1970–2000, verfügbar unter http://www.eia.gov/pub/oil_gas/petroleum/analysis_publications/chronology/petroleumchronology2000.htm.

⁴ Vgl. etwa: B. S. Bernanke, Remarks on Class Day 2008, Board of Governors of the Federal Reserve System, Rede vor der Harvard University (Cambridge, Massachusetts), 4. Juni 2008.

Wachstum des globalen Rohölverbrauchs

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quellen: EIA, IEA und eigene Berechnungen. ¹ Länderabgrenzung gemäß IWF.
Deutsche Bundesbank

überstürzten sich die Ereignisse 1979 erneut. Obwohl die aus den Unruhen resultierenden Ausfälle in der iranischen Ölförderung durch die Ausweitung der Produktion in anderen OPEC-Ländern global mehr als wettgemacht wurden, stieg der Ölpreis im Verlauf des Jahres rasant an, und es kam erneut zur Verknappung von Kraftstoffen in den USA.⁵⁾ Zum Jahresende hin beschloss die amerikanische Regierung zudem, iranisches Öl zu boykottieren. Die Invasion durch den Nachbarstaat Irak 1980 zog dann die Rohölproduktion in beiden Ländern ganz erheblich in Mitleidenschaft, ohne aber den Preis über die vorangegangenen Höchststände hinaus zu beflügeln.

Die Ölnachfrage der Industrieländer ging im Zuge des Teuerungsschubs in den Jahren 1980 bis 1983 scharf zurück, und im Gegensatz zur vorangegangenen Krise erholte sie sich nur schleppend. Dies dürfte ein Grund für die Erosion des Ölpreises in den achtziger Jahren gewesen sein. Hinzu kam, dass auf der Angebotsseite die Macht des OPEC-Kartells durch die Erschließung von Ölfeldern etwa in Alaska und in der Nordsee oder durch die Ausweitung der Produktion in Mexiko untergraben wurde. Zwar stemmte sich die OPEC mit Kürzungen der

Förderquoten gegen den Preisrückgang. Doch dies führte zu Marktanteilsverlusten und Einnahmeverlusten, die manche Mitgliedsländer veranlassten, ihre Quoten nicht einzuhalten. Die Bürde der Anpassungen schulterte im Wesentlichen Saudi Arabien, das seine Produktion bis 1985 auf nur noch gut ein Drittel ihres Standes von 1981 reduzierte. Angesichts der massiven Einnahmeausfälle befreite sich das Königreich schließlich im Folgejahr von dieser Last, und der Ölpreis sackte wieder auf den Wert von 1978 ab. Bemerkenswert ist freilich, dass der Preisverfall die gedrückte Ölnachfrage kaum stimulierte, was auf eine Asymmetrie in ihrer Preiselastizität hindeutet. Die kräftige Teuerung von 1979/1980 führte zur weitgehenden Verdrängung von Erdöl aus der Stromerzeugung, zu verringertem Einsatz als Heizstoff, Energiesparmaßnahmen in privaten Haushalten und in der Industrie sowie zur Entwicklung effizienterer Kraftfahrzeuge. Substitution und Effizienzsteigerungen wurden aber im Zuge des Preisverfalls nicht rückgängig gemacht.

⁵ Der Kraftstoffmangel des Jahres 1979 wird mitunter in Zusammenhang mit einem ungewöhnlich starken Vorratsaufbau gebracht, zu dem ökonomische Anreize aufgrund des graduellen Abbaus von Preiskontrollen, aber auch die Politik des US-Energieministeriums beigetragen haben könnten. Vgl.: P. K. Verleger (1979), The U. S. Petroleum Crisis of 1979, Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 1979:2, S. 463–476.

dem Jahrtausendwechsel übertraf der Beitrag dieser Ländergruppe zur globalen Zunahme der Ölnachfrage den der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften in jedem einzelnen Jahr, mitunter sogar bei Weitem.²⁾ 2011 teilte sich der weltweite Ölverbrauch nahezu hälftig auf die Länderkreise auf; zehn Jahre zuvor hatte der Anteil der Industrieländer noch 60% betragen. Weiterhin gilt der Energiehunger aufstrebender Volkswirtschaften als eine der wichtigsten Antriebskräfte der eher graduellen, aber recht stetigen Ölpreisteigerungen der Jahre 2003 bis 2008.³⁾ Der chinesische Verbrauch zog in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte an. Auf der anderen Seite stagnierte die globale Ölförderung 2006 und 2007, zum Teil aufgrund sich erschöpfender Felder und alternder Anlagen in Mexiko und in der Nordsee. Insofern kann argumentiert werden, dass der zusätzliche Bedarf der Schwellen- und Entwicklungsländer durch Einsparungen anderenorts gedeckt werden musste, die auf dem Markt über Preissteigerungen erzwungen wurden.⁴⁾ Von dieser Warte aus bedarf es zur Erklärung der beobachteten Preisschübe keines großen Beitrags spekulativer Aktivitäten durch Finanzinvestoren, wie er häufig in der Öffentlichkeit debattiert worden ist, und auch die unmittelbare Evidenz legt keine tragende Rolle nahe (vgl. Erläuterungen auf S. 34 f.).

... und durch ausgesprochen geringe Sensibilität ihrer Ölnachfrage gegenüber Preisänderungen ...

Mit ins Bild zu nehmen ist, dass die Ölnachfrage der Schwellen- und Entwicklungsländer wohl noch verhaltener auf Preisänderungen reagiert als die der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften (vgl. Ausführungen auf S. 36 ff.). Zwar ist auch in den Industrieländern die Preiselastizität der Rohölnachfrage vor allem in der kurzen Frist generell gering. Doch in Schwellen- und Entwicklungsländern behindern zusätzlich oftmals Preiskontrollen und Subventionen ein Durchschlagen höherer Rohölnotierungen. Besonders augenfällig ist die Subventionierung von Kraftstoffen in den OPEC-Ländern; hier müssen Konsumenten umgerechnet zum Teil nur niedrige Cent-Beträge für einen Liter Benzin bezahlen.⁵⁾ In Verbindung mit kräftigen Einkommenssteigerungen und hohem Bevölke-

rungswachstum dürfte dies die dortige Ölnachfrage befeuert haben. Entfielen zu Beginn der siebziger Jahre gerade mal 2½% des weltweiten Verbrauchs auf den OPEC-Raum, waren es 1980 bereits fast 4% gewesen, 2011 sogar 10%.⁶⁾ Den insgesamt anfallenden Kosten nach sind freilich auch die Subventionen in China, Indien und Indonesien beträchtlich.⁷⁾ Schätzungen der Internationalen Energiebehörde (IEA) zufolge könnten sich ohne Reformen die Hilfen in diesem Jahr weltweit auf mehr als 630 Mrd US-\$ belaufen. Das entspräche in etwa der Hälfte der Einnahmen der OPEC-Länder aus dem Öllexport.⁸⁾

Alles in allem legen das rasante Wirtschaftswachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer sowie die ausgesprochen geringe Preissensibilität ihrer Ölnachfrage nahe, dass bei begrenztem Angebot die notwendigen Anpassungen zur Räumung des Ölmarkts im vergangenen Jahrzehnt ganz wesentlich auf den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften gelastet haben dürften. Tatsächlich gipfelte der Ölverbrauch der Industrieländer bereits 2005; sechs Jahre später war er trotz eines Wirtschaftswachstums von 7% um 9% niedriger. Auf der anderen Seite ging der Ölkonsum der Schwellen- und Entwicklungsländer um 21% nach oben, getragen von einer Expansion ihrer gesamtwirtschaftlichen Aktivität um fast die Hälfte.

... führt zu Divergenzen innerhalb der globalen Ölnachfrage

2 Die Länderkreise werden hier gemäß der Definition des Internationalen Währungsfonds (IWF) voneinander abgegrenzt.

3 Vgl.: B. Hicks und L. Kilian (2012), Did Unexpectedly Strong Economic Growth Cause the Oil Price Shock of 2003–2008?, zur Veröffentlichung vorgesehen im Journal of Forecasting.

4 Vgl.: J. D. Hamilton (2009), Causes and Consequences of the Oil Shock of 2007–08, Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 2009:1, S. 215–261.

5 Vgl.: GIZ (2011), International Fuel Prices 2010/2011, Data Preview, Januar: verfügbar unter <http://www.gtz.de/de/dokumente/giz2011-international-fuel-prices-2010-2011-data-preview.pdf>.

6 Zugrunde gelegt werden 11 Mitgliedstaaten der OPEC: Algerien, Angola, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela.

7 Vgl.: IEA Energy Subsidies Online Database, verfügbar unter <http://www.iea.org/subsidy/index.html>.

8 Vgl.: IEA (2012), World Energy Outlook – Impact of High Oil Prices on the Economy (Part 3), verfügbar unter http://iea.org/index_info.asp?id=2437.

Zum Einfluss der Spekulation auf den Ölpreis

Futures sind standardisierte, börsengehandelte Kontrakte für Lieferungen zu einem späteren Termin. Speziell die Märkte für Rohstoff-Futures erfüllen mindestens zwei bedeutende ökonomische Funktionen. Zum einen ermöglichen sie es den Produzenten und Konsumenten der jeweiligen Rohstoffe, sich gegen Preisrisiken abzusichern. Dies reduziert beispielsweise die mit der Rohstoffproduktion verbundene Unsicherheit und kann somit dazu beitragen, dass sich das Angebot an Rohstoffen erhöht, was wiederum isoliert betrachtet zu sinkenden Rohstoffpreisen führt. Zum anderen spielen die Futuresmärkte eine wichtige ökonomische Rolle im Preisfindungsprozess, bedingt durch den hohen Grad an Standardisierung und Transparenz auf diesen Märkten. Vor allem die großen, liquiden Futuresmärkte haben eine Signalfunktion für die entsprechenden Kassamärkte und außerbörslichen Terminmärkte.

Kritiker des Terminhandels und der Futuresmärkte halten gerade diese Eigenschaft für problematisch und bezweifeln, dass die Preissignale an den Rohstoffmärkten die dortigen fundamentalen Entwicklungen widerspiegeln. Würden beispielsweise Spekulanten losgelöst von Fundamentalfaktoren an den Futuresmärkten „spielen“ und dort den Preisfindungsprozess dominieren, wäre in der Tat die Signalfunktion beeinträchtigt. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Marktmacht einzelner Spekulanten. Die Frage ist, ob ein einzelner oder wenige Spekulanten über die nötige Marktmacht verfügen, um die Preise so zu manipulieren, dass sie von den resultierenden Kursbewegungen profitieren können. Auch in diesem Fall wäre die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Futuresmarkts eingeschränkt, und zwar im Extremfall derart stark, dass der sich hier ergebende Preis keine effizienten Signale an andere Märkte übermitteln würde.

Das zuletzt hohe Preisniveau am Ölmarkt hat die Diskussion über diese Fragen wieder

belebt. Dabei geht es vor allem darum, ob der Ölpreis die fundamentalen Angebots- und Nachfragebedingungen angemessen widerspiegelt. Gerade im Zusammenhang mit starken Preisausschlägen wird in der Regel auf den Einfluss der Finanzmärkte verwiesen. Oftmals steht die Rolle der Spekulation an den Futuresmärkten dann im Fokus des Interesses.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, einen genaueren Blick auf die Struktur eines Futuresmarkts zu werfen. Für diesen Zweck wurde der an der New York Mercantile Exchange gehandelte Light-Sweet-Crude-Oil-Futureskontrakt ausgewählt. Den Angaben über offene Handelspositionen zufolge ist hier der Marktanteil der Spekulanten (bzw. der aktiv gemanagten Vermögen) mit etwa 10% bis 20% relativ gering und über die Zeit konstant; auch während der Finanzkrise 2007/2008 nahm er nicht zu.¹⁾ Diese Zahlen sprechen durchaus dafür, dass die volatile Preisentwicklung an den Rohölmärkten nicht auf eine entsprechend variiierende Marktteilnahme der Spekulanten zurückzuführen ist. Bei ihrer Interpretation ist gleichwohl eine gewisse Vorsicht geboten, da nur ein einzelner Futuresmarkt betrachtet wurde und Aktivitäten beispielsweise an außerbörslichen Terminmärkten ignoriert wurden.

Die verschiedenen Gruppen von Marktteilnehmern treten in der Regel sowohl als Käufer wie auch als Verkäufer in Erscheinung, wenngleich im unterschiedlichen Ausmaß. Überwiegen die Positionierungen als Käufer (Verkäufer), spricht man von einer Netto-Long-Position (Netto-Short-

¹ Die aktiv gemanagten Vermögen beinhalten offene Positionen von Hedgefonds und Commodity Pool Operators und werden daher als spekulativ angesehen. Demgegenüber können Swaphändler Banken sein, die ihre Swappeschäfte im Futuresmarkt absichern. Die Swaphändler werden aufgrund dieser Absicherungsgeschäfte von der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) auch als „non-traditional hedgers“ bezeichnet. Vgl. hierzu die Angaben der CFTC unter: <http://www.cftc.gov>.

Position). Im Allgemeinen stehen die Netto-Long-Positionen der aktiv gemanagten Vermögen den Netto-Short-Positionen der Risikomanager (Hedger) gegenüber. Das deutet darauf hin, dass die Spekulanten in diesem Markt nicht „spielen“ und somit die Fundamentalfaktoren nicht ignorieren. Vielmehr erfüllen sie eine wichtige ökonomische Funktion und dienen der Stabilität des Marktes, indem sie Liquidität bereitstellen und den Hedgern dadurch das Risikomanagement erst ermöglichen. Diese Interpretation stützt die keynesianische Theorie, nach der Spekulanten an den Futuresmärkten eher als Gegenpartei beziehungsweise als Versicherer für die Hedger auftreten.²⁾ Auch eigene Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen den offenen Positionen und der Preisdynamik unter Verwendung von Kausalitätstests und Regressionsmodellen deuten nicht auf einen signifikanten destabilisierenden Einfluss der aktiv gemanagten Vermögen auf die Preisentwicklung hin.³⁾

Weiterhin wird behauptet, dass Spekulanten über zu viel Marktmacht verfügen und die Preise manipulieren können. Ein Nachweis hierfür gelingt jedoch nicht. Aus den Marktdaten lässt sich vielmehr ein Indikator herleiten, der darauf hindeutet, dass die Spekulanten über keine signifikante Marktmacht relativ zu den Hedgern verfügen. Die durchschnittliche Größe der offenen Positionen je Händler im Zeitraum von 2006 bis 2012 ist für Hedger etwa zwei- bis dreimal so hoch wie jene für Spekulanten. Zudem sind die durchschnittlichen Positionsgrößen der Spekulanten über die Zeit konstant. Demnach scheint die Gefahr einer Preismanipulation eher gering zu sein.

Insgesamt spricht im Hinblick auf den Handel mit Rohöl vieles dafür, dass die Spekulanten die Funktionsfähigkeit des Marktes nicht stören, sondern eher positiv beeinflussen, vor allem indem sie Liquidität für die Hedger bereitstellen und damit den Preisfindungsprozess erleichtern. Um zu einem umfassenderen Urteil zu gelangen, ist es wichtig, zusätzliche Informationen über

Marktstruktur und Marktanteile am New Yorker Rohöl-Futures-Markt



¹ Anzahl der Long-Futureskontrakte abzüglich der Short-Futureskontrakte. Ein negativer Wert bedeutet, dass die Short-Position größer ist als die Long-Position.
 Deutsche Bundesbank

Handelsaktivitäten an außerbörslichen Terminmärkten zu sammeln und auszuwerten. Internationale Initiativen für mehr Transparenz an diesen Märkten gilt es daher zügig voranzutreiben.

² Vgl. hierzu: J. M. Keynes (1930), *A Treatise on Money*, II: *The Applied Theory of Money*, MacMillan: London; und: J. R. Hicks (1939), *Value and Capital*, Oxford University Press: London.

³ Ein aktueller Literaturüberblick zum Zusammenhang zwischen Spekulation und Preisentwicklung findet sich in: S. H. Irwin, D. R. Sanders und R. P. Merrin (2009), *Devil or Angel? The Role of Speculation in the Recent Commodity Price Boom (and Bust)*, *Journal of Agricultural and Applied Economics*, Vol. 41, S. 377–391; und: D. S. Jacks (2007), *Populists versus Theorists: Futures Markets and the Volatility of Prices*, *Explorations in Economic History*, Vol. 44, S. 342–362.

Zur Preiselastizität der Rohölnachfrage in der kurzen Frist

Unter Elastizität wird in der Volkswirtschaftslehre das Verhältnis zwischen der prozentualen Änderung einer Größe zu einer ursächlichen prozentualen Änderung einer anderen Größe verstanden. Die Preiselastizität der Nachfrage (ε) ist damit ein Maß dafür, wie stark die nachgefragte Menge eines Guts (x) auf eine Änderung seines Preises (p) reagiert:

$$\varepsilon = \frac{\Delta x}{x} \cdot \frac{p}{\Delta p}$$

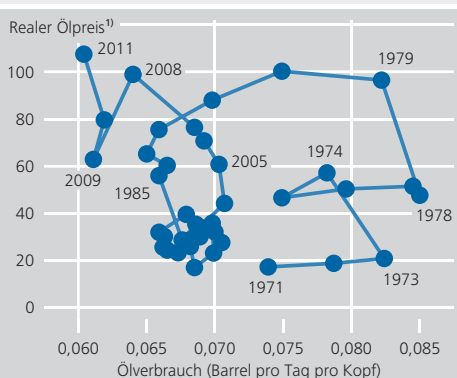
Da mit steigendem Preis die Nachfrage üblicherweise sinkt, ist die Elastizität regelmäßig negativ. Die Nachfrage nach Rohöl gilt in der kurzen Frist als weitgehend unelastisch, weil eine Substitution im größeren Umfang nur mittel- bis langfristig möglich ist. Geht man zusätzlich von einem vollkommen unelastischen Ölangebot in der kurzen Frist aus, kann aus einer gegebenen Elastizität der Nachfrage auf die Preisreaktion geschlossen werden, die sich am Markt etwa nach einer Einschränkung der angebotenen Menge einstellt:

$$\frac{\Delta p}{p} = \frac{\Delta x}{x} \cdot \frac{1}{\varepsilon}$$

Aufgrund der geringen Sensitivität der Nachfrage können dabei schon geringe Angebotskürzungen kräftige Preisverschiebungen auslösen. So würde eine Reduzierung des Angebots um 2½% bei einer Preiselastizität der Nachfrage von – 0,10 den Ölpreis um $(-2,50\%) / (-0,10) = 25\%$ in die Höhe treiben; bei einer Elastizität von – 0,05 wären es gar 50%. Das Beispiel verdeutlicht zudem, dass bei einem niedrigen Niveau der Elastizität bereits kleine Änderungen ihres Wertes mit großen Diskrepanzen in der resultierenden Preisreaktion verbunden sind.

Nun setzt sich die globale Ölnachfrage aus der Nachfrage einzelner Regionen zusammen. Der Einfachheit halber sei unterstellt, dass die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften einerseits sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer andererseits zunächst jeweils die Hälfte der weltweiten Fördermenge verbrauchen. Aufgrund wirtschaftlichen Wachstums steige die Nachfrage der letzteren Gruppe unabhängig vom Preis um 5%, also 2½% des globalen Angebots. Da dieses annahmegemäß nicht ausgeweitet werden kann, muss eine Teuerung die Nachfrage im gleichen Umfang wieder dämpfen. Wie sich diese Anpassungslast auf die zwei Regionen verteilt, hängt von der Preiselastizität ihrer Nachfrage ab. Ist die Elastizität identisch, tragen die Regionen die Bürde zu gleichen Teilen. Bei einer regionalen und globalen Elastizität von – 0,10 steigt der Preis um 25%, und der Verbrauch der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften sinkt um 2½%. Die Nachfrage der Schwellen- und Entwicklungsländer wird ebenfalls um 2½% gedrückt, aufgrund des einkommensbedingten Impulses bleibt aber noch eine Steigerung um 2½% übrig. Hier wird deutlich, dass auch bei identischer Preiselastizität der Nachfrage der wirtschaftliche

Preiselastizität der Ölnachfrage in den USA

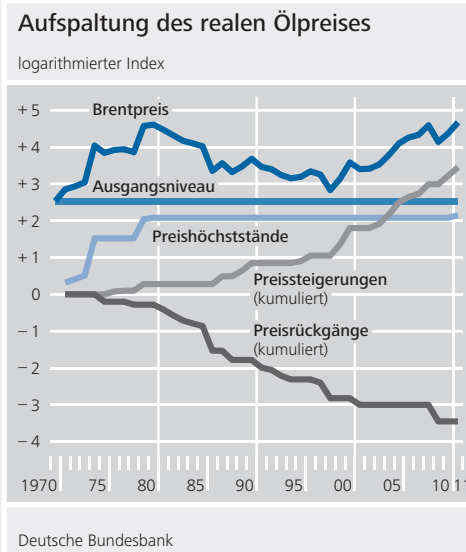


¹ In US-Dollar, bezogen auf US-CPI, Referenzjahr 2010.
 Deutsche Bundesbank

Aufstieg anderer Volkswirtschaften zu einer Verdrängung der Ölnachfrage der Industrieländer über Teuerungsschübe führen kann.

Wird zusätzlich angenommen, dass nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage der Schwellen- und Entwicklungsländer kurzfristig vollkommen unelastisch ist, obliegt es allein der Nachfrage der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, den Ölmarkt zum Ausgleich zu bringen. Erhöht sich der Verbrauch im Rest der Welt einkommensbedingt wieder um 5%, muss also die Nachfrage der Industrieländer um den gleichen Betrag sinken. Bei einer Elastizität von $-0,10$ ist hierfür nun eine Verteuerung um 50% erforderlich; bei einer Elastizität von $-0,05$ müsste sich der Preis sogar verdoppeln. Den gleichen Effekt auf Preis und nachgefragte Menge der Industrieländer hätte im Übrigen alternativ eine Kürzung des globalen Angebots um 2½%, wenn auch dieses Szenario im Hinblick auf das Wachstum der Weltwirtschaft ganz anders gelagert wäre. Nichtsdestoweniger wird ersichtlich, dass mit zunehmender Bedeutung eines vergleichsweise unelastischen Teils der globalen Nachfrage die Preisausschläge auf dem Ölmarkt größer werden.

Wie hoch die kurzfristige Preiselastizität der Nachfrage ist, muss letztlich empirisch beantwortet werden. Mit logarithmierten Größen erhält man einen Schätzwert aus einer einfachen Regression, in der auf Basis von Jahresdaten die Ölnachfrage (pro Kopf) durch eine Konstante, den realen Ölpreis, das reale BIP (pro Kopf) und ihren eigenen Vorjahrswert erklärt wird.¹⁾ Eine derartige Vorgehensweise resultiert in einer kurzfristigen Preiselastizität, die zum Teil noch um Einiges geringer ist als in unseren stilisierten Beispielen unterstellt.²⁾ Allerdings geht dieser Ansatz von der Annahme aus, dass die Nachfrage prinzipiell symmetrisch auf Preiserhöhungen wie -senkungen reagiert. In einem Diagramm, in dem der reale Ölpreis



auf der vertikalen Achse und die Ölnachfrage (pro Kopf) auf der horizontalen abgetragen werden, müsste sich dann eine relativ steil fallende Kurve abbilden, die infolge von Einkommenssteigerungen immer wieder nach rechts verschoben wird. Besonders im Fall der USA zeigen sich aber im Gefolge kräftiger Teuerungsschübe markante Verschiebungen nach links (1979 bis 1983 sowie 2007 bis 2011). Die Preisanstiege führten zu deutlichen Einschränkungen des Verbrauchs, ohne dass eine anschließende Verbilligung (1984 bis 1986 bzw. 2009) diese wieder rückgängig gemacht hätte. Offensichtlich reagiert die Ölnachfrage stärker auf Preiserhöhungen als auf Preissenkungen. Da dies im obigen Regressionsansatz nicht berücksichtigt worden ist, erhält man lediglich eine Elastizität gegenüber einer durchschnittlichen Preisänderung, und die Reagibilität der Nachfrage gegenüber einer

¹ Aus dem Koeffizienten für die verzögerte Nachfrage lassen sich in Verbindung mit den geschätzten Koeffizienten für Preis und Einkommen, d. h. den kurzfristigen Elastizitäten, entsprechende langfristige Elastizitäten ableiten. Vgl.: J. C. B. Cooper, Price Elasticity of Demand for Crude Oil: Estimates for 23 Countries, OPEC Review, März 2003, S. 1–8.

² Vgl.: IEA, World Energy Outlook 2006, S. 286 f.; sowie: V. Saporta, M. Trott und M. Tudela, What Can Be Said About the Rise and Fall in Oil Prices?, Bank of England, Quarterly Bulletin 2009 Q3, S. 218.

Geschätzte kurzfristige Preiselastizität der Ölnachfrage (pro Kopf)¹⁾

Ansatz	Welt	Fortgeschrittene Volkswirtschaften	Schwellen- und Entwicklungsländer
Symmetrischer Ansatz	-0,02 * (0,01)	-0,04 *** (0,01)	0,01 (0,01)
Asymmetrischer Ansatz			
Preishöchststände	-0,08 *** (0,02)	-0,08 *** (0,01)	-0,03 * (0,02)
Preissteigerungen	-0,02 (0,03)	-0,04 *** (0,01)	-0,01 (0,03)
Preisrückgänge	0,01 (0,02)	0,00 (0,02)	0,02 ** (0,01)

¹⁾ Beobachtungszeitraum (unbereinigt) 1971 bis 2011. ***, **, * = signifikant auf dem Niveau von 1%, 5% und 10%. Standardfehler in Klammern.
 Deutsche Bundesbank

Teuerung wird möglicherweise unterschätzt.

Gately und Huntington (2002) folgend, kann der einfache symmetrische Regressionsansatz korrigiert werden, indem der (logarithmierte) reale Ölpreis als erklärende Größe in die preislichen Höchststände, die kumulierten (übrigen) Preissteigerungen und die kumulierten Preisrückgänge zerlegt wird.³⁾ Schätzt man ein solches asymmetrisches Modell für den Zeitraum 1971 bis 2011,⁴⁾ erhält man eine betragslich höhere Elastizität der globalen Ölnachfrage (-0,08) gegenüber jenen Teuerungsschüben, die zu historischen Höchstständen des realen Ölpreises geführt haben. Gegenüber anderen Ölpreisänderungen zeigen sich aber kaum Nachfragereaktionen. Im Fall der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften erweist sich zusätzlich noch die Sensibilität gegenüber anderen Preissteigerungen (-0,04) als statistisch signifikant. Bei den Schwellen- und Entwicklungsländern scheinen die Nachfragereaktionen gegenüber Preissteigerungen generell schwächer auszufallen. Bemerkenswert ist zudem die Signifikanz der positiven Elastizität gegenüber Preissenkungen.

Dabei ist freilich mit ins Bild zu nehmen, dass es sich hier um das Aggregat einer sehr heterogenen Ländergruppe handelt. So könnte speziell die Gruppe Erdöl exportierender Staaten aufgrund der Abhängigkeit ihres Einkommens von den Preisbewegungen und des hohen Grades an Subventionierung des Kraftstoffverbrauchs generell eine positive Preiselastizität aufweisen, die bei Teuerungen den Einfluss der negativen Elastizität anderer Länder aufwiegt und bei Verbilligungen allein zum Tragen kommt.

Gerade die Höchststände des realen Ölpreises haben sich zu Beginn des zugrunde liegenden Beobachtungszeitraums gehäuft. Die den Schätzungen zufolge besonders ausgeprägte Reagibilität der Nachfrage speziell gegenüber diesen Preissteigerungen passt daher möglicherweise auch zu den Ergebnissen einiger Studien, wonach die Ölnachfrage im Zeitablauf allgemein unelastischer geworden ist.⁵⁾ Eine wichtige Ursache hierfür könnte sein, dass vergleichs-

³⁾ Darüber hinaus berücksichtigen Gately und Huntington (2002) auch Asymmetrien in der Einkommenselastizität. Vgl.: D. Gately und H. G. Huntington (2002), The Asymmetric Effects of Changes in Price and Income on Energy and Oil Demand, Energy Journal, Vol. 23, S. 19–55.

⁴⁾ Als Quellen für die verwendeten Jahresdaten wird auf EIA, IEA, IWF und Maddison (Historical Statistics of the World Economy) zurückgegriffen. Aufgrund der geringen Zahl von Datenpunkten in Verbindung mit der Unschärfe entsprechender Tests wird das Problem der Instationarität und Kointegration der Zeitreihen hier vernachlässigt. Im Fall der Gleichungen für die Welt insgesamt sowie für die Schwellen- und Entwicklungsländer wird im Rahmen des Breusch-Godfrey-Tests die Hypothese der Autokorrelationsfreiheit der Residuen verworfen, weshalb AR(1)-Modelle geschätzt werden.

⁵⁾ In diesem Zusammenhang sind etwa die Arbeiten von Baumeister und Peersman (2008, 2009) zu nennen. Ihre Methodik wird allerdings von Kilian und Murphy (2012) kritisiert. Vgl.: C. Baumeister und G. Peersman (2008), Time-Varying Effects of Oil Supply Shocks on the US Economy, Ghent University, Arbeitspapier; C. Baumeister und G. Peersman (2009), Sources of the Volatility Puzzle in the Crude Oil Market, Ghent University, Arbeitspapier; L. Kilian und D. Murphy (2012), Why Agnostic Sign Restrictions Are Not Enough: Understanding the Dynamics of Oil Market VAR Models, zur Veröffentlichung im Journal of the European Economic Association vorgesehen.

weise einfache Substitutionsmöglichkeiten für Rohöl, etwa in der Stromerzeugung, bereits ausgeschöpft worden sind und dadurch Endprodukte mit relativ geringer Preiselastizität der Nachfrage, wie Kraftstoffe für Verkehrsmittel, an Bedeutung gewonnen haben. Mit Blick auf die globale Nachfrage hat aber wohl auch die regionale Verschiebung der Gewichte zugunsten der Schwellen- und Entwicklungsländer – und innerhalb dieser Gruppe wiederum zugunsten der Erdöl exportierenden Länder – eine Rolle gespielt.⁶⁾

Alles in allem dürften sich die Preisschwankungen auf dem Ölmarkt wegen einer geringeren Sensibilität der Nachfrage tendenziell erhöht haben. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch die Ungenauigkeit der Schätzungen hervorzuheben, die eine entsprechende Bandbreite möglicher Elas-

tizitäten und der implizierten Preisausschläge eröffnet.

⁶ Vgl.: J. M. Dargay und D. Gately (2010), World Oil Demand's Shift Toward Faster Growing and Less Price-Responsive Products and Regions, Energy Policy, Vol. 38, S. 6261–6277.

*Nachfrage-
expansion
stößt auf
angebotsseitige
Hemmnisse
im Jahr 2011 ...*

Angesichts der erneut sehr schwungvollen Erholung der aufstrebenden Volkswirtschaften überrascht es nicht, dass sich der Ölmarkt nach der globalen Rezession von 2008/2009 bald wieder in einer ähnlich angespannten Situation befand wie zuvor. Zudem stand der Ausweitung der Ölproduktion in einigen Regionen, insbesondere in den USA und Kanada durch Anzapfung unkonventioneller Quellen, eine rückläufige Förderung aus reifen Feldern gegenüber, etwa in der Nordsee. Angaben der US Energy Information Administration (EIA) zufolge unterschritt der Ausstoß Norwegens im vergangenen Jahr seinen Stand von 2008 um 18½%, während die britische Förderung sogar um 27% abrutschte. Aber auch in Venezuela tendierte die Produktion nach unten. Zusammengefasst belief sich der Angebotsrückgang allein dieser drei Länder gegenüber 2008 auf rund eine Million Barrel am Tag; das entspricht 1¼% der globalen Menge. Zu diesen mittelfristig wirksamen Verschiebungen kam hinzu, dass mit dem Ringen der arabischen Völ-

ker um politische Mitbestimmung Anfang 2011 akute Sorgen über die Stabilität der Ölströme aus Nordafrika und dem Nahen Osten aufkamen. Immerhin sackte die libysche Förderung im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen 2011 auf ein Viertel ihres Vorjahrsstands ab. Zwar wurde die globale Ölförderung im vergangenen Jahr insgesamt ausgeweitet, weil sich einige Länder, nicht zuletzt Saudi-Arabien, um einen Ausgleich bemühten. Allerdings verdecken diese Zahlen, dass der Ölmarkt im Hinblick auf Qualität, aber auch regional durchaus segmentiert ist. So konnte das hochwertige libysche Rohöl nicht einfach durch Sorten aus Saudi-Arabien ersetzt werden. Eine temporäre Linderung verschaffte jedoch die Freigabe strategischer Reserven der Industrieländer. Regionale Ungleichgewichte drückten sich insbesondere in dem ungewöhnlichen Preisabstand zwischen den Rohölsorten Brent

und West Texas Intermediate (WTI) aus.⁹⁾ Ein Hinweis auf die Rolle angebotsseitiger Verknappungen bei den jüngsten Ölpreissteigerungen könnte auch deren Persistenz sein. So verbilligten sich etwa Industrierohstoffe im Zuge der konjunkturellen Verlangsamung der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2011 kräftig, während die Brentnotierung nur vergleichsweise wenig nachgab. Im Jahresdurchschnitt verteuerte sich Rohöl um 40%, und die Notierung übertraf sogar das bisherige Rekordjahr 2008 noch deutlich.

... und 2012

Obwohl die libysche Produktion wieder hochgefahren werden konnte, verteuerte sich Rohöl in den ersten Monaten 2012 erneut schubartig. Vor dem Hintergrund einer Verschärfung des Atomstreits mit dem Iran trieben aber nicht allein Befürchtungen im Zusammenhang mit einer möglichen militärischen Eskalation am Persischen Golf die Notierungen nach oben. So dürften bisherige Abnehmer iranischen Öls bereits vor dem Inkrafttreten eines EU-Embargos im Juli nach neuen Quellen Ausschau gehalten haben. Erwartet wird, dass der iranische Öl-export letztlich um eine Dreiviertel- bis eine Million Barrel pro Tag gedrosselt wird. Dabei ist zu betonen, dass bereits die Erwartung eines zukünftig höheren Ölpreises ökonomisch Grund genug ist, den Preis schon heute anzuheben. Zu dem schwelenden Konflikt am Persischen Golf hinzu traten Anfang 2012 auch noch Produktionsausfälle im Zuge politischer Auseinandersetzungen, insbesondere im Jemen, Sudan und in Syrien. Sie summierten sich Schätzungen zufolge auf rund eine Dreiviertelmillion Barrel am Tag.¹⁰⁾ Demgegenüber dürfte die zusätzliche Nachfrage aus Japan aufgrund des Ausfalls von Kernkraftwerken für die Stromversorgung eher eine untergeordnete Rolle gespielt haben.¹¹⁾ Unter dem Eindruck einer großzügigeren Versorgung, insbesondere im Gefolge der Produktionsausweitung in Saudi-Arabien, sowie im Zuge sich eintrübender globaler Konjunkturaussichten gab der Ölpreis im Frühjahr wieder nach.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Schwellen- und Entwicklungsländer die Kräfteverhältnisse auf dem Ölmarkt erheblich verschoben haben. Die Reagibilität der globalen Ölnachfrage gegenüber Preisänderungen dürfte dadurch abgenommen, die Schwankungsbreite des Ölpreises entsprechend zugenommen haben. Angesichts eines wenig elastischen Angebots bedurfte es letztlich wohl einer Verdrängung der Ölnachfrage der Fortgeschrittenen Volkswirt-

Letztlich Ölnachfrage aus Fortgeschrittenen Volkswirtschaften über Preissteigerungen verdrängt

⁹ Da WTI qualitativ etwas hochwertiger ist, wird Brent üblicherweise zu einem geringen Abschlag gehandelt. Doch bereits im zweiten Halbjahr 2010 hatte sich ein Aufschlag von wenigen US-Dollar je Fass etabliert, der sich in den ersten Monaten des Jahres 2011 rapide ausweitete. Er gipfelte in den Sommermonaten jenseits der Marke von 20 US-\$. WTI wird im Landesinneren der USA gefördert, wo das Angebot durch den Zustrom kanadischen Öls in den vergangenen Jahren breiter geworden ist und die Vorratskapazitäten vor dem Hintergrund verhaltener Nachfrage weitgehend ausgeschöpft waren. Auf der anderen Seite des Atlantiks hingegen kamen zu der rückläufigen Förderung in der Nordsee und steigender Nachfrage aus Asien noch die libyschen Produktionsausfälle hinzu. Die eklatanten Unterschiede in den Knappheitsverhältnissen schlugen sich auch in den jeweiligen Terminstrukturkurven nieder: Während zukünftige Lieferungen von WTI weiterhin mit Aufschlägen notierten (Contango), wurden zeitnahe Lieferungen von Brent in Relation zu fernerer teurer (Backwardation). Da die verfügbaren Pipelines lediglich in das Landesinnere der USA hinein führten, verhinderte letztlich das Fehlen einer günstigen Transportmöglichkeit den Ausgleich zwischen den Märkten. Die Entkoppelung vom Weltmarktgeschehen zeigt sich zudem in den Preisabständen von WTI zu anderen Rohölsorten. Darüber hinaus scheinen selbst in den USA die Benzinpreise auf der Verbraucherstufe eher dem Verlauf der Brentnotierungen gefolgt zu sein. Weil historisch ohnehin kaum größere Abweichungen gegenüber WTI zu beobachten waren, wird hier stets der Brentpreis als Maß für den Weltmarktpreis von Rohöl verwendet. Vgl.: EIA, Market Response to the WTI-Brent Spread Is Constrained by Logistical Challenges, This Week In Petroleum, 24. Februar 2011; EIA, The Latest Twist in Oil Price Patterns, This Week In Petroleum, 8. September 2011; K. L. Kliesen und M. T. Owyang, Using Brent and WTI Oil Prices to Predict Gasoline Prices, Federal Reserve Bank of St. Louis, National Economic Trends, November 2011.

¹⁰ Vgl.: IEA, Oil Market Report, März 2012, S. 15 ff. und S. 33.

¹¹ Die IEA bezifferte zuletzt den zusätzlichen Ölbedarf Japans im vergangenen Jahr auf nur noch 145 000 Barrel am Tag, etwa halb so viel wie in früheren Schätzungen. Da allerdings der übrige Verbrauch – nicht zuletzt teuerungsbedingt – tendenziell abnahm, war den Angaben der IEA zufolge der tatsächliche Gesamtölverbrauch Japans im zweiten Halbjahr 2011 um rund 100 000 Barrel pro Tag (+ 2 1/2%) höher als ein Jahr zuvor. Für dieses Jahr geht die IEA nach wie vor von einem zusätzlichen Ölbedarf in Höhe von einer Viertelmillion Barrel am Tag aus. Vgl.: IEA, Japanese Power Sector Demand: One Year After Fukushima, Oil Market Report, April 2012, S. 11.

schaften über kräftige Preisschübe, um das Gleichgewicht auf dem Markt zu wahren.

Mögliche realwirtschaftliche Effekte eines Ölpreisschubs

Niedrigerer Ölverbrauch ...

Im Allgemeinen gehen Ökonomen davon aus, dass Ölpreisschübe sowohl auf das gesamtwirtschaftliche Angebot als auch auf die Nachfrage Einflüsse ausüben.¹²⁾ Dabei ergibt sich der angebotsseitige Effekt aus der Notwendigkeit für die Unternehmen, Öl beziehungsweise Energie neben den Faktoren Kapital und Arbeit zur Erzeugung ihres Outputs einsetzen zu müssen. Ein höherer (relativer) Preis führt dann zu einer Verringerung der Einsatzmenge an Rohöl und damit auch des Ausstoßes.¹³⁾ Die Größenordnung dieses Effekts lässt sich aus einem einfachen Gedankenexperiment ableiten. Nimmt man einen optimalen Faktoreinsatz an, wonach das Grenzprodukt der Energie mit ihrem relativen Preis übereinstimmt, folgt daraus, dass die Elastizität des Outputs gegenüber der Änderung der eingesetzten Energiemenge ihrem Kostenanteil entspricht. Die Elastizität des Outputs gegenüber Änderungen des relativen Energiepreises ist dann aber nichts anderes als das Produkt aus dem Kostenanteil und der Preiselastizität des Energieverbrauchs.¹⁴⁾ Da diese kurzfristig niedrig ist, muss die Reaktion des Outputs selbst bei großen Preisänderungen eher gering ausfallen.

... und weitere angebotsseitige Belastungen

Freilich könnten andere Mechanismen den Einfluss eines Preisschubs noch vergrößern. Möglicherweise werden auch die Einsatzmengen der anderen Produktionsfaktoren zurückgefahren. So mag bereits die erhöhte Unsicherheit im Zuge der Preissteigerung Anlass für Unternehmen sein, ihre Investitionen einzuschränken.¹⁵⁾ Zudem stellt die Annahme eines einheitlichen gesamtwirtschaftlichen Outputs eine erhebliche Vereinfachung dar. In der Realität dürfte die Energieverteuerung einzelne Sektoren in unterschiedlich starkem Ausmaß in Mitleidenschaft ziehen und damit eine Reallokation der Produktionsfaktoren zwischen den Wirtschafts-

zweigen mit sich bringen.¹⁶⁾ Derartige Verschiebungen sind durchaus mit größeren Kosten in Form von Outputverlusten verbunden.¹⁷⁾ Schließlich sind gängige Annahmen wie die der vollständigen Konkurrenz nicht haltbar, und eine Preissetzung der Unternehmen über Aufschläge auf ihre Kosten impliziert ebenfalls eine höhere Outputreaktion.¹⁸⁾

Auf der Nachfrageseite entfaltet sich ein dämpfender Einfluss über die Einschränkung des (realen) Einkommensspielraums der privaten Haushalte. Nimmt man an, dass ihr Energieverbrauch unverändert ist, was in der sehr kurzen Frist durchaus plausibel ist, müssen die Konsumenten ihre zusätzlichen Kosten über eine Kürzung ihrer Ausgaben für andere Güter oder über eine Beschneidung ihrer Spartätigkeit decken. Inwieweit sie eher zu der einen oder anderen Alternative tendieren, dürfte ganz wesentlich von ihrem weiteren wirtschaftlichen Umfeld abhängen. Der maximale prozentuale Umfang der nötigen Einsparungen an anderer Stelle ergibt sich jedenfalls aus dem Produkt des Ausgabenanteils für Energie und der prozentualen Änderung ihres relativen Preises. Die Obergrenze für die Elastizität der (realen) Nach-

Einkommensabflüsse für Konsumenten ...

¹² Vgl.: R. B. Barsky und L. Kilian (2004), Oil and the Macroeconomy Since the 1970s, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 18, S. 115–134; sowie: J. D. Hamilton (2005), Oil and the Macroeconomy, veröffentlicht in: S. N. Durlauf und L. E. Blume (Hrsg.) 2008, *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Palgrave Macmillan, zweite Auflage.

¹³ Berücksichtigt man auch Änderungen der Einsatzmengen anderer Faktoren, steigt in Relation die Nachfrage nach Arbeit und Kapital. Eine derartige Substitution mildert die resultierenden Outputverluste ab.

¹⁴ Vgl. z.B.: J. D. Hamilton (2011), Nonlinearities and the Macroeconomic Effects of Oil Prices, *Macroeconomic Dynamics*, Vol. 15, S. 364 f.

¹⁵ Vgl.: B. S. Bernanke (1983), Irreversibility, Uncertainty, and Cyclical Investment, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 98, S. S. 85–106.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Wachstumseffekte permanent hoher Energiepreise: jüngere Evidenz für Deutschland, Monatsbericht, Juni 2009, S. 31–47; sowie: T. A. Knetsch und A. Molzahn, Supply-Side Effects of Strong Energy Price Hikes in German Industry and Transportation, *Empirical Economics*, veröffentlicht online, September 2011.

¹⁷ Vgl.: J. D. Hamilton (1988), A Neoclassical Model of Unemployment and the Business Cycle, *Journal of Political Economy*, Vol. 96, S. 593–617.

¹⁸ Vgl.: J. J. Rotemberg und M. Woodford (1996), Imperfect Competition and the Effects of Energy Price Increases on Economic Activity, *Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 28, S. 550–577.

frage der Konsumenten gegenüber relativen Preisänderungen bildet also der Anteil der Ölprodukte an den Gesamtausgaben.¹⁹⁾ Damit könnte der Nachfrageeffekt von höherer Ordnung sein als der einfache angebotsseitige Effekt, der von einer Rückführung des Öleinsatzes abhängt und deshalb zusätzlich noch durch die niedrige Preiselastizität des Energieverbrauchs beschränkt wird.

... und Öl importierende Volkswirtschaften insgesamt

Nicht nur auf der Ebene der privaten Haushalte, sondern auch gesamtwirtschaftlich ergibt sich ein entsprechender Einkommensabfluss, sofern das betrachtete Land per saldo Öl importiert. Zwar ist zu einem gewissen Grad ein Rückfluss zu verzeichnen, da die Öl exportierenden Länder ihre Mehreinnahmen zu einem Teil auch für eine Aufstockung ihrer Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nutzen.²⁰⁾ Das Ausmaß dieses Recycling hängt freilich vom Ausgabenverhalten im Exportland und von dessen Außenhandelsverflechtung mit dem jeweiligen Importland ab.

Bedeutung des Ausgangsniveaus für die Effekte von Ölpreisänderungen

Bereits die oben hergeleitete Bedeutung des Ausgabenanteils für den Nachfrageeffekt impliziert, dass die (kurzfristige) Wirkung auf den gesamtwirtschaftlichen Output auch vom Ausgangsniveau des Ölpreises abhängt. Demnach hat etwa eine Verteuerung um 10% bei einem anfänglichen Preis von 100 US-Dollar einen stärkeren Rückgang der Erzeugung zur Folge als bei einem zunächst nur halb so hohen Preis. Zudem sorgt die mengenmäßige Besteuerung zumindest auf Ebene der Verbraucher dafür, dass der Ausgabenanteil letztlich nicht ganz proportional zum Preis steigt. Diese Zusammenhänge sind auch in gängigen makroökonomischen Modellen abgebildet, die, wie zum Beispiel NiGEM (vgl. Ausführungen im Anhang auf S. 51 ff.), ansonsten linear aufgebaut sind. Schon vor diesem Hintergrund sind übliche Faustregeln, die von einer festen prozentualen oder absoluten Änderung des Ölpreises auf eine bestimmte Outputreaktion schließen, lediglich als Näherungen zu verstehen.

Im Zeitablauf scheint sich der Zusammenhang zwischen Ölpreisänderungen und dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung abgeschwächt zu haben. Daher hat sich ein Großteil der einschlägigen Literatur der Fragestellung gewidmet, inwieweit dieses Phänomen mit den vorangegangenen Wirkungsmechanismen in Einklang gebracht werden kann.²¹⁾ So hat ein wichtiger Strang der Forschung Nichtlinearitäten und Asymmetrien des realwirtschaftlichen Einflusses von Ölpreisänderungen hervorgehoben. Als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre – nach dem Kollaps des Ölpreises – eine Verstärkung des US-Wirtschaftswachstums ausblieb, kamen erste Zweifel an der vermeintlich stimulierenden Wirkung eines Ölpreisrückgangs auf.²²⁾ Dabei ist als Ursache für eine derartige Asymmetrie zuvorderst ins Feld geführt worden, dass strukturelle Verwerfungen generell im Zuge von Verschiebungen des Ölpreises auftreten und so mögliche positive Nachfrageeffekte einer Verbilligung neutralisieren.²³⁾ Zudem ist erhöhte Unsicherheit, die zu einer Aufschiebung von Investitionen führen kann, wohl allgemein mit Preisausschlägen am Ölmarkt verbunden, nicht mit Preisänderungen in eine bestimmte Richtung.²⁴⁾ Schließlich dürfte auch die asymmetrische Reaktion der Ölnachfrage einen entsprechend einseitigen Ein-

Zweifel an stimulierender Wirkung niedrigerer Ölpreise

19 Vgl. z. B.: J. D. Hamilton (2011), Nonlinearities and the Macroeconomic Effects of Oil Prices, *Macroeconomic Dynamics*, Vol. 15, S. 366.

20 Soweit sich die Mehreinnahmen nicht in höheren Ausgaben niederschlagen, erwerben die Exportländer Vermögenswerte. Damit ändern sich die Vermögenspreise, wodurch letztlich ebenfalls die aggregierte Nachfrage im Importland beeinflusst wird. Allerdings verläuft das Recycling über diesen Kanal ungleich langsamer.

21 Vgl. insbesondere: M. A. Hooker (1996), What Happened to the Oil Price-Macroeconomy Relationship?, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 38, S. 195–213; aber auch: O. J. Blanchard und J. Galí (2007), The Macroeconomic Effects of Oil Price Shocks: Why Are the 2000s So Different from the 1970s?, veröffentlicht in: J. Galí und M. J. Gertler (Hrsg.), *International Dimensions of Monetary Policy*, University of Chicago Press.

22 Vgl.: K. A. Mork (1989), Oil and the Macroeconomy When Prices Go Up and Down: An Extension of Hamilton's Results, *Journal of Political Economy*, Vol. 97, S. 740–744.

23 Vgl.: K. Sill, The Macroeconomics of Oil Shocks, *Federal Reserve Bank of Philadelphia, Business Review Q1 2007*, S. 21–31.

24 Vgl.: H. Guo und K. L. Kliesen (2005), Oil Price Volatility and U. S. Macroeconomic Activity, *Federal Reserve Bank of St. Louis Review*, Vol. 87, S. 669–683.

fluss auf das gesamtwirtschaftliche Angebot ausüben. Ökonomen, die vornehmlich die Effekte auf die aggregierte Nachfrage im Auge haben, bestreiten zwar durchaus eine derartige Schiefelage in der Wirkungsweise von Rohölvertierungen und -verbilligungen auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität.²⁵⁾ Gleichwohl scheint ein nichtlineares Maß für Ölpreisänderungen bis zuletzt einen recht stabilen Zusammenhang zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufzuweisen (vgl. Ausführungen auf S. 44 ff.).

Haben höhere Ölpreise oder eine straffere Geldpolitik Rezessionen ausgelöst?

Eine weitere Diskussion in der akademischen Literatur dreht sich um die Frage, inwieweit die beobachteten Outputverluste im Gefolge eines Ölpreisanstiegs nicht eher einer restriktiveren Geldpolitik zuzuschreiben sind. Tatsächlich gingen in den USA nicht nur Ölpreisschübe regelmäßig einer Rezession voraus, sondern auch Anhebungen des Notenbankzinses. Mit einem kontrafaktischen Experiment in einem empirischen Modell haben insbesondere Bernanke et al. (1997) versucht zu zeigen, dass bei unverändertem Leitzins die Outputverluste der amerikanischen Volkswirtschaft nach den Ölvertierungen in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger erheblich verhaltener gewesen wären.²⁶⁾ Ein derartiges Vorgehen ist aber überaus problembehaftet.²⁷⁾ Zum einen wird angenommen, dass die tatsächlichen Zinsanhebungen letztlich allein der Reaktion der Zentralbank auf die Ölpreisschübe geschuldet sind. Dabei dürfte die restriktivere Geldpolitik allerdings zumindest zum Teil auch Antwort der Zentralbank auf den allgemeinen Preisauftrieb und Ausdruck ihres Ringens um Glaubwürdigkeit gewesen sein. Zum anderen wird implizit unterstellt, dass eine neutrale Ausrichtung der Geldpolitik im Fall einer Ölvertierung ein unveränderter Leitzins sei.

Unverändertes Leitzinsniveau als geldpolitischer Stimulus in makroökonomischen Modellen

Die Problematik dieser Annahme lässt sich mit einem analogen Experiment in einem makroökonomischen Modell wie NiGEM veranschaulichen (vgl. Ausführungen im Anhang auf S. 51 ff.). Auch hier scheint es nahe zu liegen, die vermeintlich originären Effekte einer Öl-

preissteigerung, das heißt ohne den Einfluss der Geldpolitik, abzugreifen, indem man diese Preissteigerung in einer Simulation mit der zusätzlichen Unterstellung konstanter Leitzinsen verknüpft. Tatsächlich wird mit einem derartigen Experiment aber eine ganz andere Fragestellung beantwortet. Denn in der Ausgangssituation ist die geldpolitische Ausrichtung neutral im Sinne einer zuvor definierten Regel. Werden aber anschließend durch eine Datenänderung, wie zum Beispiel einen Ölpreisanstieg, die Zielgrößen der Notenbank berührt, kann der gleiche Leitzins nicht länger eine neutrale geldpolitische Ausrichtung implizieren. So antizipieren die privaten Akteure nach einer Ölvertierung eine höhere Inflation und als Antwort darauf eine Zinsanhebung. Bleibt diese aus, handelt es sich, gemessen an der zugrunde gelegten Regel, um eine unerwartete geldpolitische Lockerung. Die geringeren gesamtwirtschaftlichen Outputeinbußen im Zuge unveränderter Leitzinsen gegenüber einer Simulation, in der lediglich ein höherer Ölpreis unterstellt wird, reflektieren damit den Einfluss einer geldpolitischen Überraschung. In der ökonomischen Realität dürften derartige Überraschungen aufgrund der Lernfähigkeit privater Akteure freilich nicht unbegrenzt wiederholbar sein.

Mithin lassen sich die Effekte systematischer geldpolitischer Reaktionen von den sie verursachenden Einflüssen höherer Ölpreise nur

²⁵ Insbesondere Kilian und Vigfusson (2011) haben auf methodische Probleme bei der Untersuchung asymmetrischer Effekte hingewiesen. Die Kritik an vorangegangenen Studien hat jedoch Hamilton (2011) zurückgewiesen. Vgl.: L. Kilian und R. J. Vigfusson (2011), Nonlinearities in the Oil Price-Output Relationship, *Macroeconomic Dynamics*, Vol. 15, S. 337–363; sowie: J. D. Hamilton (2011), Nonlinearities and the Macroeconomic Effects of Oil Prices, *Macroeconomic Dynamics*, Vol. 15, S. 364–378.

²⁶ Vgl.: B. S. Bernanke, M. Gertler und M. Watson (1997), Systematic Monetary Policy and the Effects of Oil Price Shocks, *Brookings Papers on Economic Activity*, Vol. 1997:1, S. 91–142.

²⁷ Wie von Carlstrom und Fuerst (2005) ausführlich erläutert, handelt es sich hier letztlich um einen Anwendungsfall der sog. „Lucas-Kritik“. Vgl.: C. T. Carlstrom und T. S. Fuerst (2005), Oil Prices, Monetary Policy, and the Macroeconomy, *Federal Reserve Bank of Cleveland, Policy Discussion Paper*, Nr. 10; sowie: R. E. Lucas (1976), *Econometric Policy Evaluation: A Critique*, *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy*, Vol. 1, S. 19–46.

Zum empirischen Zusammenhang zwischen Änderungen des Rohölpreises und dem Wachstum des realen BIP

Trotz der zeitlichen Nähe von kräftigen Ölpreisschüben und gesamtwirtschaftlichen Abschwungphasen ist es nicht einfach, einen negativen Einfluss von Änderungen des Rohölpreises auf das reale BIP-Wachstum ökonometrisch zu belegen. Ein erstes Problem betrifft die Stabilität eines möglichen (linearen) Zusammenhangs.¹⁾ Nicht selten gelangen Studien zu dem Schluss, der Einfluss von Ölpreisänderungen habe im Zeitablauf generell abgenommen. Derartige Ergebnisse werden zum Teil den Preisrückgängen in den achtziger Jahren zugeschrieben, deren stimulierende Wirkung auf die Wirtschaftsaktivität infrage gestellt wird.²⁾ Darüber hinaus sind nachfolgende Preissteigerungen von den Wirtschaftssubjekten möglicherweise nur als Normalisierung der vorangegangenen Verbilligung aufgefasst worden und haben deshalb nicht zu einer vergleichbaren Einschränkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geführt wie Verteuerungen ohne vorangegangenen Preisrückgang. So würde etwa ein Anstieg des Ölpreises um 10% Konsumenten nicht vom Kauf von Autos mit hohem Spritverbrauch abschrecken, wenn der Ölpreis unmittelbar zuvor um 20% gesunken ist. Hamilton (1996) hat daher als erklärende Größe ein nichtlineares Maß vorgeschlagen, das auf dem Vergleich des (nominalen) Ölpreises in einem Quartal mit dem Höchststand in den vorangegangenen vier Quartalen beruht. Sofern der Preis aktuell eine neue Spitze erklimmen hat, wird die prozentuale Erhöhung gegenüber dem vorherigen Gipfel berechnet. In allen anderen Fällen wird der resultierende „Netto-Preisanstieg“ null gesetzt. Für dieses Maß zeigt Hamilton einen stabilen Zusammenhang zum realen BIP-Wachstum in den USA auf, wobei er in späteren Untersuchungen das zugrunde lie-

gende Zeitfenster von einem Jahr auf drei Jahre vergrößert hat.³⁾

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Wechselseitigkeit der Beziehung zwischen Ölpreis und Wirtschaftsaktivität. Da auf einem Markt nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage maßgeblich ist, könnte eine Rohölverteuerung ebenfalls kräftigem BIP-Wachstum in einem bedeutenden Land wie den USA geschuldet sein. Eine anschließende Rezession wäre dann nicht unbedingt Folge einer eher symptomatischen Ölpreisteigerung, sondern dürfte vielmehr auf eine vorangegangene konjunkturelle Überhitzung zurückzuführen sein. Um eine eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehung abzuleiten, muss eine vom Wirtschaftswachstum des betrachteten Landes unabhängige Preisänderung herangezogen werden. Diese Voraussetzung sollte bei exogenen Einflüssen auf den Ölpreis, wie sie aufflammende politische Konflikte im Nahen Osten historisch ausgeübt haben, erfüllt sein. Gemäß Hamilton hat der Netto-Ölpreisanstieg die bedeutsamen Krisenepisoden dieser Region in der Vergangenheit gut abgebildet.

¹ Vgl. etwa: M. A. Hooker (1996), What Happened to the Oil Price-Macroeconomy Relationship?, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 38, S. 195–213.

² Vgl.: K. A. Mork (1989), Oil and the Macroeconomy When Prices Go Up and Down: An Extension of Hamilton's Results, *Journal of Political Economy*, Vol. 91, S. 740–744.

³ Bei einem Vergleichszeitraum von weniger als drei Jahren wird 1999 ein Netto-Preisanstieg ausgewiesen, ohne dass es im Folgejahr zu einer Abschwächung der US-Wirtschaft gekommen ist. Zudem zeigt der Netto-Preisanstieg auf Basis des längeren Vergleichszeitraums günstige statistische Eigenschaften. Vgl.: J. D. Hamilton (1996), This Is What Happened to the Oil Price-Macroeconomy Relationship, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 38, S. 215–220; sowie: J. D. Hamilton (2003), What Is an Oil Shock?, *Journal of Econometrics*, Vol. 113, S. 363–398.

Geschätzte Koeffizienten für den Einfluss auf das reale BIP-Wachstum wichtiger Industrieländer ¹⁾

Position	USA	Japan	Deutschland	Frankreich	Italien	Vereinigtes Königreich	Insgesamt
Konstante	0,699 ***	0,408 **	0,474 ***	0,293 ***	0,288 ***	0,491 ***	0,453 ***
BIP-Änderungsrate in							
<i>t</i> -1	0,243 **	0,105	0,018	0,370 ***	0,537 ***	0,137	0,415 ***
<i>t</i> -2	0,050	0,112	0,068	0,380 ***	-0,024	0,125	0,053
<i>t</i> -3	-0,062	0,217 *	0,111	-0,069	0,111	0,153	0,005
<i>t</i> -4	-0,014	-0,078	0,124	-0,116	-0,150	-0,197 *	-0,086
Netto-Ölpreiserhöhung in							
<i>t</i> -1	-0,009	-0,001	-0,005	-0,005	0,008	0,000	0,001
<i>t</i> -2	-0,020 *	-0,005	-0,008	-0,005	-0,002	-0,004	-0,013 *
<i>t</i> -3	-0,015	-0,005	-0,038 **	-0,025 ***	-0,035 ***	-0,031 **	-0,019 **
<i>t</i> -4	-0,031 ***	-0,005	-0,021	-0,008	-0,002	-0,015	-0,014 *
Netto-Ölpreisrückgang in							
<i>t</i> -1	-0,022	0,043	0,001	-0,022 *	0,005	-0,013	-0,009
<i>t</i> -2	0,021	-0,043	0,004	0,008	-0,025	0,008	-0,001
<i>t</i> -3	0,012	0,007	-0,023	0,015	0,011	-0,041	0,001
<i>t</i> -4	-0,004	-0,023	0,042 *	-0,005	0,000	0,027	0,004
Nachrichtlich:							
Anzahl der Beobachtungen	157	157	157	157	157	157	157
Standardabweichung der abhängigen Variablen	0,85	1,13	0,95	0,58	0,88	0,98	0,65
Bestimmtheitsmaß	0,30	0,14	0,16	0,51	0,42	0,20	0,42
F-Test auf gemeinsame Insignifikanz (p-Werte):							
Netto-Ölpreiserhöhungen	0,000	0,914	0,003	0,000	0,000	0,015	0,000
Netto-Ölpreisrückgänge	0,691	0,222	0,399	0,207	0,653	0,519	0,955

1 ***, **, * = signifikant auf dem Niveau von 0,1%, 1% und 5%.

Deutsche Bundesbank

Um den Zusammenhang zwischen Realwirtschaft und Ölpreis zu beleuchten, greifen wir die Regression Hamiltons auf, in der das reale BIP-Wachstum (y_t) im Quartal t gegenüber der Vorperiode durch eine Konstante (β_0), seine eigenen Verzögerungen (y_{t-i} für $i = 1, \dots, 4$) und den verzögerten Netto-Preisanstieg (o_{t-i}^+) erklärt wird. Allerdings weichen wir in einigen Aspekten von seiner Vorgehensweise ab. So betrachten wir nicht den nominalen Preis, sondern über eine Bereinigung mit Hilfe des Verbraucherpreisindex den realen Preis, der für rational agierende Wirtschaftssubjekte letztlich die entscheidende Größe sein sollte. Damit die Episode des Winterhalbjahres 2010/2011 als eigenständiger Schock betrachtet wird, berechnen wir den Netto-Preisanstieg jeweils über einem Zeitraum von zwei Jahren. Weil makroökonomischen Modellrechnungen zufolge die Outputwirkung eines prozentualen Ölpreisanstiegs in erheblichem Maße

vom ursprünglichen Niveau abhängt, legen wir zudem die absolute Änderung des realen Ölpreises, gemessen an einem Index, zugrunde. Des Weiteren berücksichtigen wir als erklärende Größe ebenfalls den analog ermittelten Netto-Ölpreisrückgang (o_{t-i}^-), um Asymmetrien hervorzuheben und Verzerrungen bei der Schätzung vorzubeugen. Mithin schätzen wir die Gleichung

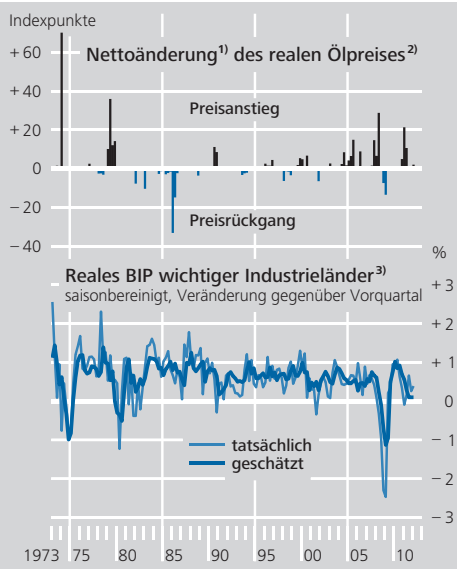
$$y_t = \beta_0 + \beta_1 y_{t-1} + \beta_2 y_{t-2} + \beta_3 y_{t-3} + \beta_4 y_{t-4} + \beta_5 o_{t-1}^+ + \beta_6 o_{t-2}^+ + \beta_7 o_{t-3}^+ + \beta_8 o_{t-4}^+ + \beta_9 o_{t-1}^- + \beta_{10} o_{t-2}^- + \beta_{11} o_{t-3}^- + \beta_{12} o_{t-4}^-$$

über dem Zeitraum von 1973:1 bis 2012:1 für eine Reihe fortgeschrittener Volkswirtschaften und deren Aggregat.⁴⁾

4 Die nationalen Größen werden dabei mit den nominalen BIP-Gewichten (zu Marktwechsellkursen) aggregiert.

Einfluss von Ölpreisänderungen auf das reale BIP-Wachstum

Vierteljährlich



1 Absoluter Anstieg (bzw. Rückgang) gegenüber Maximum (bzw. Minimum) der vorangegangenen zwei Jahre. **2** Index (2010 = 100), BIP-gewichtetes Aggregat nationaler Indizes für wichtige Industrieländer (Brentpreis bezogen auf nationale Verbraucherpreisindizes). **3** USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien.

Deutsche Bundesbank

Aufgrund der recht hohen idiosynkratischen Volatilität der vierteljährlichen Wachstumsraten fällt der Erklärungsgehalt des Modells zwar mitunter recht gering aus. Gleichwohl kann die Hypothese, die Verzögerungen des Netto-Ölpreisanstiegs hätten gemeinsam keinen Einfluss auf das Expansions-tempo der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung, im Allgemeinen klar verworfen werden.⁵⁾ Am kräftigsten scheint ein Netto-Preisanstieg das Wirtschaftswachstum erst nach drei bis vier Quartalen zu dämpfen. Demgegenüber ist der gemeinsame Einfluss der Netto-Preisrückgänge generell statistisch insignifikant. Diese Ergebnisse erweisen sich über verschiedene Modifikationen hinweg als robust, etwa wenn man anstatt der absoluten Änderung des realen Ölpreises auf Änderungen des nominalen Preises oder auf prozentuale Preisänderungen abstellt. Zudem stehen sie im Einklang mit der

Literatur, deren Fokus gewöhnlich die US-Wirtschaft ist.⁶⁾

Insgesamt kommt also Ölpreiserhöhungen, denen nicht ein entsprechender Preisrückgang unmittelbar vorausgegangen ist, eine gewisse Vorhersagekraft für das reale BIP-Wachstum zu. Hierin schlägt sich wohl vor allem nieder, dass sich historisch die Konjunktur in fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Gefolge von Krisen im Nahen Osten spürbar abgeschwächt hat. Die Ölpreischübe im Winterhalbjahr 2010/2011 und im Winter 2012, die vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ und des Atomstreits mit dem Iran einzuordnen sind, dürften die gesamtwirtschaftliche Expansion in den Industrieländern zuletzt wieder gedämpft haben.

⁵ Einzige Ausnahme bildet lediglich Japan, wo die BIP-Raten besonders stark schwanken. Erlaubt man auch kontemporäre Einflüsse, zeigt sich hier allerdings ein recht enger unmittelbarer Zusammenhang zwischen Netto-Preisanstieg und BIP-Wachstum.

⁶ Vgl. Auch: K. Sill, The Macroeconomics of Oil Shocks, Federal Reserve Bank of Philadelphia, Business Review, Q1 2007, S. 21–31.

Systematischer Einfluss regelgebundener Geldpolitik auf Preisniveau- und Outputeffekte einer Ölpreissteigerung

schwer isolieren. Jedoch verdeutlichen Modellsimulationen, dass der makroökonomische Tradeoff zwischen niedrigerer Wirtschaftsaktivität und höherem Preisniveau nach einer permanenten Ölverteuerung bis zu einem gewissen Grad durchaus von einer Notenbank gesteuert werden kann. So nimmt zum Beispiel eine Zentralbank, die allein das Preisniveau stabilisiert, möglicherweise einen stärkeren Outputrückgang im Zuge eines Ölpreisschubs in Kauf als im Fall eines Inflationszieles. Der Grund hierfür ist, dass die Geldpolitik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus die Preise anderer Güter durch eine restriktivere Haltung drücken muss, während das Inflationsziel eine Drift des Preisniveaus nach oben erlaubt. Allerdings sind derartige Ergebnisse nicht unabhängig von dem zugrunde gelegten Modell.²⁸⁾

Jüngste Einflüsse des Rohölpreises auf die Konjunktur in den Industrieländern

Haben die realwirtschaftlichen Wirkungen von Ölpreisschüben im Zeitablauf abgenommen?

Nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch in der praktischen Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung ist in den letzten Jahren eine wichtige Frage gewesen, ob beziehungsweise inwieweit sich der Zusammenhang zwischen Ölpreisen und der realwirtschaftlichen Aktivität abgeschwächt hat. Dass für die Notenbanken die Notwendigkeit entfallen ist, sich über ein scharfes Gegensteuern erst noch die Glaubwürdigkeit ihrer Stabilitätspolitik erwerben zu müssen, ist dabei nur ein Aspekt. Angesichts verankerter Inflationserwartungen konnte eine Zentralbank, die bereit war, die direkten und indirekten Effekte persistent höherer Energiepreise auf das allgemeine Preisniveau hinzunehmen, die Leitzinsen weitgehend unabhängig von der Entwicklung am Ölmarkt setzen. Tatsächlich war in den vergangenen Jahren die Geldpolitik in den wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausgesprochen expansiv ausgerichtet.

Insbesondere im Vorfeld des globalen Konjunkturabschwungs von 2008/2009 ist oftmals be-

hauptet worden, dass rezessive Tendenzen nach Ölpreisschüben ausblieben, wenn diese durch eine anziehende Nachfrage verursacht würden. Dahinter steckt das Argument, dass ein primärer Anstieg des realen BIP größer sein muss als die sekundären dämpfenden Effekte, die er über eine Ausweitung der Rohölnachfrage und eine resultierende Verteuerung selbst auslöst. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass für sich genommen die retardierenden Einflüsse eines Ölpreisschubs auf die realwirtschaftliche Aktivität in Abhängigkeit von dessen Ursachen variieren. Möglicherweise zeitigen die zugrunde liegenden Faktoren über die Preissteigerung hinaus auch noch zusätzliche Effekte, die sich dann mit den Wirkungen der Preiserhöhung vermengen.²⁹⁾ Zudem ist die Dominanz einer auslösenden Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf die Erzeugung nur aus globaler Sicht klar. Wenn sich das Einkommenswachstum auf eine bestimmte Region konzentriert, hängen die positiven Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften vom Umfang der zusätzlichen Einfuhren dieses Länderkreises ab. Welcher der indirekten Effekte auf eine einzelne Volkswirtschaft letztlich überwiegt, dürfte dann sowohl vom Grad der Außenhandelsverflechtung als auch von der Bedeutung der Energieausgaben determiniert werden. Zudem könnte sich die relative Stärke der gegenläufigen Einflüsse im Zeitablauf ändern.³⁰⁾ Alles in allem ist auffällig, dass die Divergenz der Ölnachfrage zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften einerseits so-

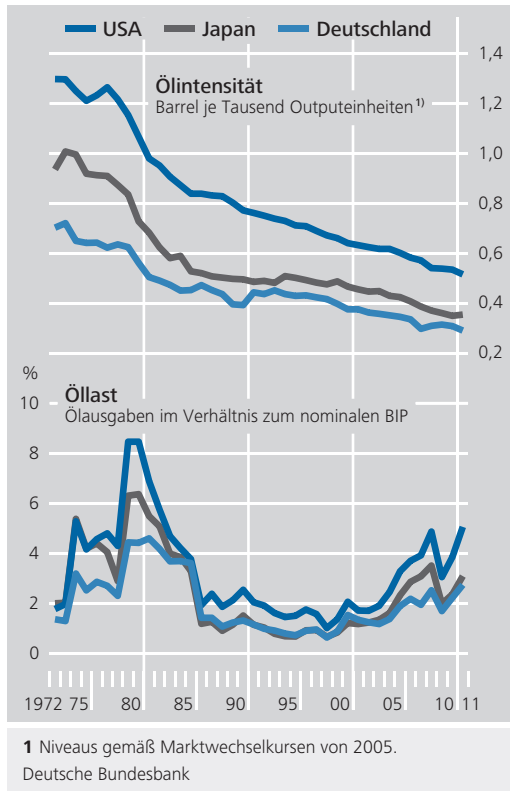
Unterschiedliche Ursachen höherer Ölpreise

²⁸ Vgl.: S. Leduc, Oil Prices Strike Back, Federal Reserve Bank of Philadelphia, Business Review Q1 2002, S. 21–30; sowie: S. Leduc und K. Sill (2004), A Quantitative Analysis of Oil-Price Shocks, Systematic Monetary Policy, and Economic Downturns, Journal of Monetary Economics, Vol. 51, S. 781–808.

²⁹ Aus Sicht der Ölproduzenten ist eine Einschränkung des Angebots mit geringeren Einnahmen verbunden als eine höhere Nachfrage, welche die gleiche Preissteigerung generieren kann.

³⁰ Gemäß Kilian (2009) steigert eine höhere globale Nachfrage das reale BIP in den USA kurzfristig. Mit der Zeit dominieren aber die dämpfenden Effekte der Ölverteuerung, sodass die rezessiven Wirkungen mit Verzögerung eintreten. Vgl.: L. Kilian (2009), Not All Oil Price Shocks Are Alike: Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market, American Economic Review, Vol. 99, S. 1053–1069.

Belastung wichtiger Volkswirtschaften durch Rohölkosten



wie den Schwellen- und Entwicklungsländern andererseits in den vergangenen Jahren mit einem weiten Wachstumsvorsprung der letzten Gruppe einherging.³¹⁾

Niedrige Ölintensität versus hohen Ausgabenanteil

Des Weiteren wird oftmals angeführt, dass die realwirtschaftlichen Effekte von Ölpreisschüben abgenommen hätten, weil die Ölintensität der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten kräftig gesunken sei. Tatsächlich benötigten die wichtigsten Industrieländer USA, Japan und Deutschland 2011 nur noch halb so viel Öl, um jeweils eine Einheit ihres gesamtwirtschaftlichen Outputs zu erzeugen, wie zu Beginn der achtziger Jahre. Gegenüber dem Anfang der siebziger Jahre fällt die Effizienzsteigerung sogar noch etwas stärker aus. Allerdings ist diese Intensität nur ein Faktor, der die letztlich nominale Belastung einer Volkswirtschaft bestimmt. Mit ins Bild zu nehmen ist auch, wie sich Öl im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung verteuert hat. Der so definierte reale Ölpreis aber ist im ver-

gangenen Jahr in die Nähe der historischen Höchststände von 2008 beziehungsweise vom Beginn der achtziger Jahre geklettert oder sogar darüber hinaus. Zusammen genommen hat das Größenverhältnis der nominalen Ölausgaben zum BIP (gelegentlich „oil burden“ genannt) in den USA und Deutschland 2011 mit 5% beziehungsweise 2¾% das Niveau von Mitte der siebziger Jahre erreicht. Lediglich Japan schneidet mit 3% im historischen Vergleich aufgrund der langfristigen Aufwertung seiner Währung günstiger ab. Die Rekorde von 1979/1980 wurden gleichwohl weiterhin klar unterschritten. Nichtsdestoweniger hat die Belastung der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften gemessen am BIP binnen zweier Jahre erheblich zugenommen, nämlich um 2 Prozentpunkte in den USA und um jeweils 1 Prozentpunkt in Japan und Deutschland. Die privaten Haushalte in den USA mussten seit dem Winter 2011 3½% ihres verfügbaren Einkommens für Kraftstoffe ausgeben, verglichen mit 2¼% Anfang 2009.

Mit Blick auf die Einkommensabflüsse aus einem Land ist freilich auch wichtig, zu welchem Grad es von Öleinfuhren aus dem Ausland abhängt. Aufgrund ihrer beachtlichen und wieder expandierenden Eigenproduktion ist in den USA trotz höherer Verbrauchsintensität der Anteil der nominalen Ölimporte am BIP zwischen 2009 und 2011 mit 1 Prozentpunkt in etwa im gleichen Maße nach oben gegangen wie in Japan und Deutschland. Obendrein sind die Rückflüsse aus dem Ausland über eine verstärkte Exportaktivität in die Rechnung mit einzubeziehen. In diesem Zusammenhang ist argumentiert worden, dass sich die dämpfenden Effekte einer Ölvertuerung auf die Realwirtschaft möglicherweise aufgrund einer verstärkten Ausgabenneigung in den Öl exportieren-

Abhängigkeit von Ölimporten und Rückfluss der Ölausgaben über den Außenhandel

³¹ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Haben sich die Konjunkturzyklen der Schwellenländer von denen der Industrieländer entkoppelt?, Monatsbericht, Mai 2012, S. 12 ff.

den Staaten abgeschwächt haben.³²⁾ Noch mit ins Bild zu nehmen ist, dass sich der Kreis der Bezugsländer selbst im Laufe der Zeit mitunter erheblich verschoben hat. So importieren die Vereinigten Staaten mittlerweile einen großen Teil ihres Rohöls aus Kanada und Mexiko, mit denen sie über den Außenhandel ohnehin eng verflochten sind. Der Anteil der OPEC an den amerikanischen Öleinfuhren ist von einem Höchststand von 70% in den siebziger Jahren auf noch 40% zurückgeführt worden. Für Deutschland hat vor allem Russland eine bedeutende Rolle als Lieferant übernommen. Lediglich Japan ist nach wie vor weitgehend von Importen aus dem OPEC-Raum abhängig. Überprüft werden kann, welchen Beitrag der gesamte Außenhandel mit der Gruppe Öl exportierender Länder zur Entwicklung des jeweiligen nominalen BIP in den wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften geleistet hat.³³⁾ Demnach wurde das Wachstum der wertmäßigen Leistung der US-Wirtschaft 2010/2011 jährlich um ¼ Prozentpunkt zurückgehalten – genauso viel wie im Zeitraum 2003 bis 2007. In Japan hingegen hat sich der Entzugseffekt mit ¾ Prozentpunkten nahezu verdreifacht, wobei allerdings die durch die Naturkatastrophen des vergangenen Jahres bedingte Delle im Export zu berücksichtigen ist. Für Deutschland ist die Bremswirkung zwar mit ¼ Prozentpunkt noch moderat ausgefallen. Allerdings hatte die deutsche Wirtschaft im Schnitt der Jahre 2003 bis 2007 sogar einen positiven Stimulus in fast der gleichen Höhe erfahren. Zu beachten ist aber, dass diese grobe Rechnung jeweils den vollständigen Außenhandel gegenüber dem definierten Länderkreis widerspiegelt und nicht auf eine Rohölverteuerung konditioniert ist.

ginnend im Frühjahr 2009, der unterstellte Ölpreispfad verschoben. Im Ergebnis wird die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in den Industrieländern mitunter kräftig gedrückt. So bleibt das reale BIP in den USA und Japan bis Anfang 2012 um jeweils 3% gegenüber der ursprünglichen Basislinie zurück,³⁴⁾ in Deutschland immerhin um 1¾%. Gerade im Verhältnis zu dem eher moderaten Expansionstempo – das reale BIP in den USA zog binnen dieser drei Jahre tatsächlich um 6½% an – fällt der dämpfende Effekt insgesamt beachtlich aus. Hinzu kommt noch, dass sich der Einfluss über die Zeit hinweg keineswegs gleichmäßig aufbaut, sondern unmittelbar nach dem Preisschub verstärkt wirksam wird. Gerade im Winter und Frühjahr 2011 wird die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in den USA und Japan den Simulationen zufolge um jeweils rund ½ Prozentpunkt gedrückt. Zwar beruhen diese Rechnungen auf einer ganzen Reihe von Annahmen (vgl. Ausführungen im Anhang auf S. 51 ff.). Doch verdeutlichen sie, dass die Ölpreisschübe der vergangenen Jahre zumindest das Potenzial hatten, erhebliche Bremsspuren in der Realwirtschaft zu hinterlassen. Speziell scheint die Wachstumsschwäche in den USA in der ersten Jahreshälfte 2011 auch ohne Berücksichtigung der Konsequenzen der schweren Naturkatastrophen in Japan erklärbar zu sein. Andererseits besteht offenbar kein unmittelbarer Zusammenhang mit den Rezessionen mancher euro-

Gemäß NiGEM-Simulation mit unter kräftiger wachstumsdämpfender Effekt des Ölpreisschubs von 2010/2011

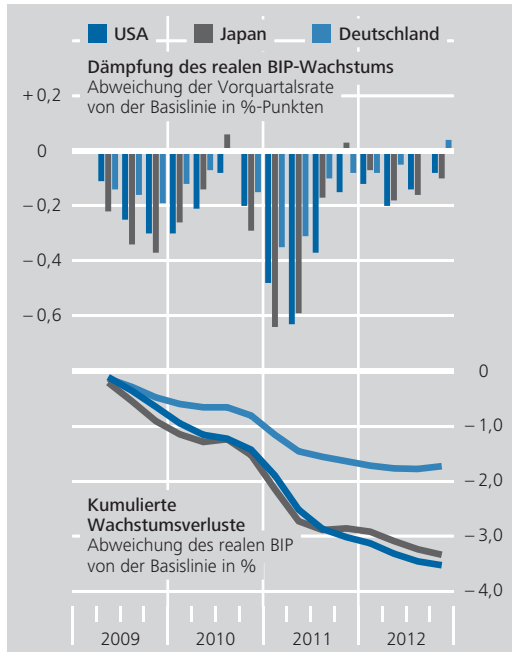
Um die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Ölpreissteigerungen der vergangenen Jahre in toto abzuschätzen, kann wieder auf das Weltwirtschaftsmodell NiGEM zurückgegriffen werden. Da die Verteuerung freilich nicht in einem, sondern in mehreren Schüben voranschritt und sich auch die Erwartungen für die Zukunft änderten, wird in aufeinander aufbauenden Simulationsrechnungen von Quartal zu Quartal, be-

32 Vgl.: National Institute of Economic and Social Research, Oil Price Shocks and the World Economy Today, National Institute Economic Review 189, Juli 2004, S. 14–17; sowie: Deutsche Bundesbank, Hat sich der Rückfluss der Öleinnahmen in die Verbraucherländer beschleunigt?, Monatsbericht, Mai 2005, S. 12 f.

33 Verwendet werden hierfür Daten der Direction of Trade Statistics (DOTS) des IWF. Als Öl exportierende Länder werden dabei der Nahe Osten und Nordafrika, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Angola, Nigeria, Venezuela, Brasilien, Mexiko, Kanada, das Vereinigte Königreich und Norwegen definiert. Für 2011 werden vorläufige Schätzungen angesetzt.

34 Holland (2012) schätzt auf Basis einer analogen Simulationsrechnung in NiGEM, dass die Verschiebung des Ölpreispfades seit 2007 das Produktionspotenzial der US-Wirtschaft um bis zu 4% reduziert hat. Vgl.: D. Holland (2012), Reassessing Productive Capacity in the United States, National Institute Economic Review, Nr. 220, S. F38–F44.

Gesamtwirtschaftliche Wachstumsverluste durch Verschiebungen des Ölpreispfades seit dem Frühjahr 2009 gemäß NiGEM^{*)}-Simulationen



* National Institute Global Econometric Model.
 Deutsche Bundesbank

päischer Volkswirtschaften im Winterhalbjahr 2011/2012.

Bedeutung zusätzlicher Schocks für schwere gesamtwirtschaftliche Abschwungphasen

Auffällig ist dabei, dass den makroökonomischen Modellsimulationen zufolge der dämpfende Effekt eines Ölpreisschubs auf das reale BIP-Wachstum bereits ein bis zwei Quartale nach der Preissteigerung gipfelt. Dagegen legen empirische Schätzungen nicht zuletzt für die US-Wirtschaft eher eine Verzögerung von drei bis vier Quartalen nahe (vgl. Erläuterungen auf S. 44 ff.). Ein derartiges Ergebnis ist wohl ganz wesentlich von den Entwicklungen der Jahre 1974, 1980 und 2008 geprägt worden. In jedem dieser Fälle verschlechterte sich der Zustand der amerikanischen Volkswirtschaft mit deutlichem zeitlichen Abstand zu einem vorherigen Ölpreisschub, dann jedoch abrupt. Unsicherheit über die Persistenz der beobachteten Preissteigerung könnte eine Erklärung für zunächst aufgeschobene Anpassungen sein. Hinzu kommt, dass die Volkswirtschaft wohl noch von ihrer Eigendynamik getragen wurde

und es daher zusätzlicher Schocks bedurfte, um eine schwere Rezession auszulösen. Dabei hat der Autoabsatz vermutlich eine wichtige Rolle gespielt. Kraftfahrzeuge sind generell mit recht hohen Anschaffungskosten verbunden und ihr Kauf kann leicht aufgeschoben werden, sodass die Einschränkungen hier oftmals massiv ausfallen. Auf der Seite der Produzenten führen derart kräftige Verschiebungen der Nachfrage zu entsprechenden Anpassungen ihrer Investitionen in Vorräte und Ausrüstungen sowie ihrer Beschäftigung – mit gesamtwirtschaftlicher Wirkung. Da die realen Konsumausgaben für Kfz aber auch empfindlich gegenüber Kraftstoffverteuerungen sind, könnten die Ölpreisschübe die Nachfrage im Vorfeld hinreichend geschwächt haben, um sie anfällig für weitere Schocks zu machen, wie etwa den plötzlichen Anstieg der Unsicherheit und das Versiegen der Kreditströme im Spätsommer und Herbst 2008.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass die US-Wirtschaft im Winterhalbjahr 2011/2012 rezessiven Tendenzen anderenorts trotzte, dürfte demnach gewesen sein, dass sich ungeachtet der Benzinverteuerung eine robuste Erholung am Automarkt etabliert hatte. In diesem Zusammenhang ist wohl auch von Bedeutung gewesen, dass die amerikanische Regierung in der vorangegangenen Krise auf umfangreiche Stützungsmaßnahmen für den Pkw-Absatz verzichtet hatte.³⁵⁾ Angesichts eines mittlerweile hohen Flottenalters konnte die Entladung aufgestauter Nachfrage nun kaum länger aufgeschoben werden. Dagegen ist in vielen europäischen Ländern dieses Reservoir durch großzügige Abwrackprämien bereits 2009 angezapft und ausgeschöpft worden.³⁶⁾ Alles in allem dürfte es also eine Kombination aus Ölpreisschub, zusätzlichen Anstrengungen zur fiskalischen Konsolidierung und der Verunsicherung der privaten Akteure gewesen sein, die manche euro-

Trotz kräftigen Ölpreisschubs widersteht US-Wirtschaft zuletzt rezessiven Tendenzen

³⁵ Das vergleichsweise bescheidene „Cash for Clunkers“-Programm hat lediglich im August 2009 den Kfz-Verkauf nennenswert erhöht.

³⁶ Überdies könnten die Hilfen dazu geführt haben, dass notwendige Anpassungen in der Automobilindustrie unterblieben, die jetzt nachgeholt werden.

päische Volkswirtschaft zuletzt in eine erneute Rezession oder an deren Rand gestoßen hat. Obwohl ihre unmittelbaren makroökonomischen Effekte durchaus beachtlich sind, reicht eine kräftige Ölverteuerung allein in der Regel nicht aus, um einen zyklischen Abschwung herbeizuführen. Sie macht allerdings eine Volkswirtschaft verwundbar für zusätzliche negative Schocks, die dann letztlich den Ausschlag geben. Eine derartige Rolle als Wegbereiter in die Rezession würde nicht nur die beobachteten Verzögerungen, sondern auch die Asymmetrie erklären helfen, die oftmals dem realwirtschaftlichen Einfluss von Ölpreisänderungen zugeschrieben wird.

■ Resümee

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Schwellen- und Entwicklungsländer ist eine Ära billigen Rohöls zu Ende gegangen. Dadurch dürfte nicht nur das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial in den Industrieländern ge-

dämpft worden sein. Auch könnten krisenhafte Zuspitzungen auf dem Ölmarkt, welche die Möglichkeit schwerer konjunktureller Rückschläge eröffnen, wahrscheinlicher geworden sein. Vor dem Hintergrund einer wechselvollen Geschichte sind zwar erneute Verschiebungen der Kräfteverhältnisse auf dem Ölmarkt nicht auszuschließen, etwa aufgrund der Erschließung neuer Vorkommen, einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den aufstrebenden Volkswirtschaften oder einer Änderung der Nachfrageelastizitäten dieser Länder. Möglicherweise hat mit der Förderung von Schiefergas ein derartiger Umbruch bereits eingesetzt. Doch einstweilen bleibt den privaten Haushalten und Unternehmen in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften nichts anderes übrig, als ihr Verhalten an den gestiegenen Ölpreis anzupassen. Die Notenbanken können – und sollen – zwar diese Verschiebung der relativen Preise nicht verhindern, wohl aber eine Erhöhung der allgemeinen Teuerung, die über die kurzfristigen Effekte gestiegener Energiepreise hinausreicht.

■ Anhang

Zu den makroökonomischen Effekten von Ölpreisschüben in NiGEM-Simulationen

Abstraktion von den Ursachen der Ölpreissteigerung

NiGEM, das makroökonomische Modell des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), bildet in regionaler Hinsicht die Weltwirtschaft vollständig ab, enthält jedoch kein spezielles Modul für den Rohölmarkt. Daher können im Rahmen von Simulationen lediglich die makroökonomischen Effekte einer Änderung des Ölpreises studiert werden, die exogen vorgegeben wird. Dies ähnelt einer Teuerung, wie sie sich aus einer Beschneidung des Ölangebots im Zuge äußerer Einwirkungen, etwa von Naturkatastrophen, Kriegen, Embargos oder durch Ausnutzung monopolistischer Marktmacht, ergeben könnte. Allerdings wären in derartigen Situationen die Einnahmen und letztlich auch die Importe Öl produzierender Länder gegenüber einem NiGEM-Szenario mit unverändertem Angebot und höherem Preis reduziert. Mithin lassen sich nur die makroökonomischen Effekte einer Öl-

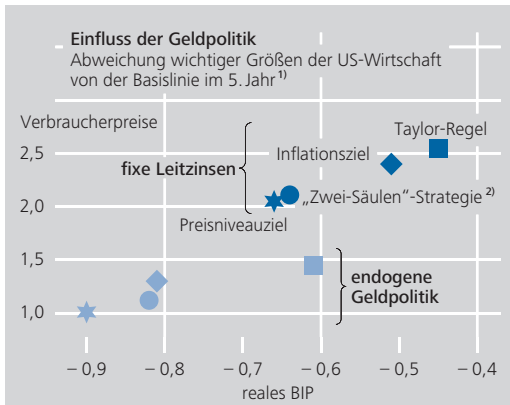
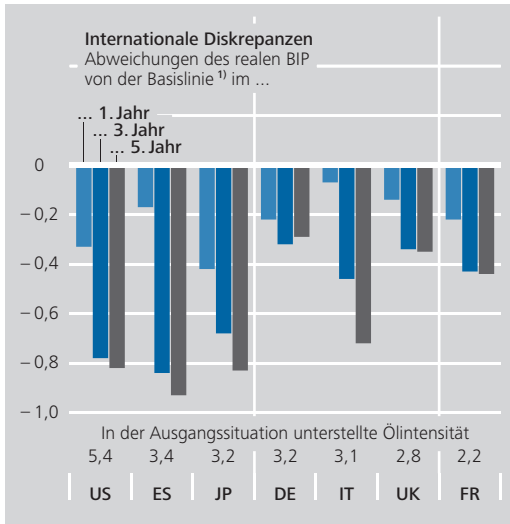
verteuerung an sich ableiten, unabhängig von ihrer eigentlichen Ursache, die noch zusätzliche Einflüsse ausüben kann. Da es sich bei NiGEM um ein geschätztes Modell handelt, spiegeln sich in Simulationen die Reaktionen von Volkswirtschaften wider, wie sie sich in der Vergangenheit im Durchschnitt eingestellt haben. Die Anwendbarkeit der Ergebnisse beruht damit auf der Standardannahme, dass sich die zuvor beobachteten Wirkungszusammenhänge nicht verändert haben.

Als wichtiger Bestimmungsfaktor für die makroökonomischen Effekte einer Ölpreiserhöhung erweist sich deren vorgegebene Dauer. Eine permanente Verteuerung lässt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in Öl importierenden Ländern dauerhaft unter die Basislinie sinken. Temporären Preisschüben fehlt nicht nur dieser langfristige Einfluss; auch die kurzfristig dämpfenden Effekte fallen geringer aus. Maßgeblich hierfür dürfte das vorausschauende Verhalten von Akteuren auf den Finanz- und Arbeitsmärk-

Temporäre versus permanente Ölverteuerung

Makroökonomische Effekte einer permanenten Ölpreiserhöhung in NiGEM^{*)}-Simulationen

in %



* National Institute Global Econometric Model. **1** Nach einer permanenten Erhöhung des Ölpreises von 100 US-\$ auf 110 US-\$. **2** Inflation und nominaler Output als Ziele (Grundeinstellung NiGEM).

Deutsche Bundesbank

samtausgaben, der auf Öl beziehungsweise Energie entfällt, determiniert auch das Ausgangsniveau des Ölpreises das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Bremseffekte nach seiner Anhebung. So bleibt das reale US-BIP im achten Quartal einer Simulation, in welcher die Rohölnotierung von 50 US-\$ aus dauerhaft um 10% erhöht wird, um ½% gegenüber der Basislinie zurück. Bei einem Ausgangsniveau von 100 US-\$ sind es jedoch ¾%, bei 200 US-\$ sogar 1¼%. Betrachtet man absolute Preissteigerungen, variieren die Auswirkungen ebenfalls über das Ausgangsniveau hinweg: Eine Anhebung des Ölpreises um 10 US-\$ schränkt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in den USA im achten Quartal um mehr als ¾% ein, wenn das Ausgangsniveau 50 US-\$ betragen hat. Sind es hingegen zu Beginn 200 US-\$ gewesen, beläuft sich der Outputverlust gerade auf gut ½%. Dass die prozentualen Aktivitätseinbußen mit höherem Niveau des Ölpreises abnehmen, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass die feste absolute Preisanhebung in Relation an Bedeutung verliert. Insgesamt sind vor diesem Hintergrund gängige Faustregeln, die von einer gegebenen Änderung des Ölpreises auf bestimmte BIP-Effekte schließen, mit Vorsicht zu behandeln. Zudem lässt der in den letzten Jahren wieder deutlich gestiegene Kostenanteil des Energieverbrauchs Zweifel an der These aufkommen, die realwirtschaftlichen Bremswirkungen einer (prozentualen) Ölvertierung wären im Zeitablauf schwächer geworden. Mit Blick auf die Richtung der unterstellten Ölpreisänderung geht NiGEM von symmetrischen Effekten aus. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass der gesamtwirtschaftliche Output im Modell homogen ist; strukturelle Verwerfungen zwischen Sektoren werden nicht explizit abgebildet.

Bedeutung des Ausgangsniveaus für die Effekte eines höheren Ölpreises

ten sein, die sich bei Kenntnis des temporären Charakters mit Anpassungen zurückhalten. Je länger freilich die unterstellte Preiserhöhung anhält, umso stärker nähern sich die Outputverluste den Einbußen nach einer dauerhaften Teuerung an. Da in der ökonomischen Realität der Charakter einer beobachteten Preisänderung in der Regel unbekannt sein dürfte und sich die Entwicklung der Ölnotierung als Abfolge persistenter Schocks auffassen lässt, werden im Folgenden stets permanente Teuerungen unterstellt.

Obwohl NiGEM an sich (log-)linear konstruiert ist, hängen die realwirtschaftlichen Wirkungen einer Rohölpreiserhöhung nicht allein von deren Höhe ab. Aufgrund der Bedeutung des Anteils an den Ge-

Keynesianische Wirkungszusammenhänge führen dazu, dass das reale BIP in NiGEM kurzfristig von der aggregierten Nachfrage bestimmt wird. Langfristig wird das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau von einer Produktionsfunktion determiniert, in die Öl unmittelbar als Einsatzfaktor eingeht. Erhöht sich der (relative) Ölpreis, sinkt die Nachfrage nach Öl im Verhältnis zu den anderen Produktionsfaktoren. Sofern die vorherigen Einsatzmengen optimal waren, wird dadurch das Produktionspotenzial der Wirtschaft reduziert.³⁷⁾ Um die Größenordnung dieses Effekts abzuschätzen, erscheint es sinnvoll, eine Ölvertierung

Dämpfung des Produktionspotenzials

³⁷ Vgl.: R. Barrell, A. Delannoy und D. Holland (2011), Monetary Policy, Output Growth and Oil Prices, National Institute Economic Review, Nr. 215, S. F37–F43.

mit einer Fixierung der Ölintensität der Volkswirtschaft zu verbinden und die Ergebnisse mit denen einer Simulation ohne diese zusätzliche Annahme zu vergleichen. Dabei wird deutlich, dass sich die aus einer Einschränkung der Ölintensität resultierenden Outputverluste nur langsam und verhältnismäßig gleichmäßig aufbauen, kumuliert aber in der mittleren bis langen Frist durchaus relevant sind. Kurzfristig jedoch dominieren die Entzugseffekte über die Nachfrageseite. Auch ohne explizite Berücksichtigung von Energie in der Produktionsfunktion würde ein Ölpreisschub dauerhaft die gesamtwirtschaftliche Aktivität reduzieren, weil sich die Terms of Trade der Verbraucherländer verschlechtern und die Spar- und Investitionsentscheidungen in Mitleidenschaft ziehen.³⁸⁾

Internationale Diskrepanzen

Bei gleicher theoretischer Grundstruktur der einzelnen Ländermodule differieren die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen einer Ölverteuerung über die Grenzen hinweg aufgrund unterschiedlicher Ausprägungen von Parametern und ökonomischen Größen. Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist die Ölintensität der Volkswirtschaft. Der in Relation deutlich höhere Einsatz fossiler Energie in den USA könnte erklären, weshalb eine Ölverteuerung das reale BIP dort erheblich stärker drückt als etwa in Deutschland. Andererseits erleidet auch Japan trotz einer eher geringen Ölintensität empfindliche Outputeinbußen.³⁹⁾ In Italien und Spanien wiederum deutet die Simulation kurzfristig auf kleine Verluste hin, die aber mittelfristig noch beträchtlich ansteigen. Hier dürften Rigiditäten bei Löhnen und Preisen sowie weitere Faktoren, die Einfluss auf die Widerstandsfähigkeit einer Volkswirtschaft ausüben, zum Tragen kommen.

Rolle der Geldpolitik

Zinspfade werden in NiGEM endogen abgeleitet. So ergeben sich die langfristigen Zinsen aus den erwarteten

zukünftigen Kurzfristzinsen, die dem Einfluss der Geldpolitik unterliegen. Diese wird nicht von außen vorgegeben, sondern wiederum innerhalb des Modellrahmens gemäß zuvor spezifizierten Regeln bestimmt. Vorausschauende Akteure an den Finanz- und Arbeitsmärkten kennen diese Regeln und richten ihre Erwartungen bezüglich relevanter Größen, insbesondere hinsichtlich der Inflation, entsprechend aus. Generell gehen in NiGEM-Simulationen die (nominalen) Notenbankzinsen in Reaktion auf eine Ölpreissteigerung nach oben, weil die tatsächliche und die erwartete Inflation anziehen. Mithin müssen die (nominalen) Leitzinsen angehoben werden, um die Geldpolitik im Sinne gängiger Regeln neutral zu halten. Simulationen einer Ölpreissteigerung über verschiedene Regeln hinweg zeigen nun, dass die makroökonomischen Effekte von der Zielsetzung der Zentralbank abhängig sind. Notenbanken können die gesamtwirtschaftlichen Outputverluste dämpfen, sofern sie bereit sind, im Gegenzug einen stärkeren Anstieg des Preisniveaus in Kauf zu nehmen. Mithin fällt der BIP-Rückgang bei einer Taylor-Regel, der zufolge die Geldpolitik nicht nur auf Abweichungen der (erwarteten) Inflation von einem Ziel reagiert, schwächer aus als in Situationen, in denen die Zentralbank allein die Inflationsrate oder gar das Preisniveau stabilisiert.

38 Vgl.: R. Barrell und O. Pomerantz, Oil Prices and the World Economy, Focus on European Economic Integration, Österreichische Nationalbank, I/2004, S. 153–178.

39 Ein Grund hierfür könnte der vergleichsweise kleine Rückfluss der zusätzlichen Ölausgaben nach Japan sein. Dies legt auch eine alternative Simulation nahe, in der eine Ölverteuerung mit der Fixierung der realen Binnennachfrage in jenen Ländern und Regionen kombiniert wird, deren Binnennachfrage durch einen Ölpreisschub sonst gesteigert wird. So ist die Dämpfung des japanischen BIP in diesem Fall praktisch identisch mit dem Ergebnis einer gewöhnlichen Simulation einer Ölverteuerung, während die amerikanische Wirtschaftsleistung noch um $\frac{1}{10}$ Prozentpunkt stärker gedrückt wird.

Die Rolle des „Baseler Zinsschocks“ bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch stellen für viele Kreditinstitute ein wesentliches Risiko dar. Trotz ihrer Bedeutung sind diese Risiken nicht Bestandteil der Mindestkapitalanforderungen nach der ersten Säule des Baseler Rahmenwerks. Begründet wird dies vom Baseler Komitee mit den großen Unterschieden zwischen den Banken in Bezug auf die Ausprägungen der Zinsänderungsrisiken und die Verfahren zur Risikomessung.

Bei der zweiten Säule des Baseler Rahmenwerks wird die Einrichtung angemessener Risikosteuerungs- und -controllingprozesse für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gefordert. Diese Risiken müssen zudem in die interne Risikotragfähigkeitsermittlung des Instituts einbezogen werden, sodass eine laufende Abdeckung mit Risikodeckungspotenzial sichergestellt ist. Die Umsetzung der Anforderungen wird von der Aufsicht im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens überwacht.

Als erster Indikator der Aufsicht zur Identifikation von Instituten mit vergleichsweise hohen Zinsänderungsrisiken wird der „Baseler Zinsschock“ herangezogen. Dieser Indikator, der für standardisierte Szenarien auf Basis der internen Methoden und Verfahren von den Instituten ermittelt wird, ermöglicht der Aufsicht eine Beobachtung der Zinsrisikonahme sowohl von einzelnen Instituten als auch über alle Institute hinweg.

Die deutschen Vorgaben zur Ermittlung des Zinsschocks wurden im letzten Jahr unter anderem wegen einer weiteren Harmonisierung in der europäischen Aufsicht überarbeitet. Der folgende Beitrag geht auf die überarbeiteten Vorgaben ein, diskutiert die Vor- und Nachteile des „Baseler Zinsschocks“ als Indikator für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch und stellt dessen Einsatz bei der laufenden Überwachung der Institute vor dem Hintergrund eines historisch niedrigen Zinsniveaus und der vergleichsweise hohen Volatilität an den Märkten dar.

Entstehung und Bedeutung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch bei Kreditinstituten

Die traditionell langfristige Kreditzinsbindung bei kurzfristiger Refinanzierung ...

Aufgrund der Zinssensitivität vieler Bankgeschäfte können Marktziinsänderungen einen hohen Einfluss auf die Ertrags- und Vermögenslage von Kreditinstituten haben. Zinsänderungsrisiken stellen damit für viele Institute eine wesentliche Risikoart dar, insbesondere Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Eine Ursache für deren Entstehung liegt in der typischen Geschäftsstruktur der deutschen Banken und Sparkassen begründet. Während die Kreditkunden häufig an einer Kreditvergabe mit langfristig festgelegtem Zinssatz interessiert sind, wollen die Einleger über ihr Geld kurzfristiger verfügen können. Die Kreditinstitute kommen so ihrer volkswirtschaftlich gewünschten Fristentransformationsfunktion nach, indem sie kurzfristige Einlagen in langfristige Kredite umwandeln.

... vermindert das Kreditrisiko und führt zur Entstehung von Zinsänderungsrisiken

Für Kreditnehmer hat die langfristige Kreditzinsbindung den Vorteil, dass die Kreditraten auch bei einer Änderung des Marktziinsniveaus während der Kreditlaufzeit konstant und planbar bleiben. Dies hat auf der einen Seite eine positive Wirkung auf das Kreditausfallrisiko der Institute und trägt zur Stabilität des Bankensystems bei. Auf der anderen Seite bedeutet die Übernahme der Zinsfristentransformation durch die Institute jedoch auch, dass Zinserhöhungen für diese ein Risikoszenario darstellen, weil die Zinsbindung der Kredite länger als die der Einlagen ist.

Zinsänderungsrisiken werden von den Instituten übernommen, ...

Zinsänderungsrisiken können von den Instituten aktiv gesteuert werden, wobei barwertige oder ertragsorientierte Verfahren zum Einsatz kommen. Bei barwertigen Verfahren werden die Auswirkungen von möglichen Zinsänderungen auf die Vermögensposition des Instituts betrachtet, wohingegen bei ertragsorientierten Verfahren die Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis im Vordergrund stehen. Bei Bedarf können Zinsänderungsrisiken im Anla-

gebuch durch ein Institut auch nahezu vollständig reduziert werden. Hierzu stehen Zinsderivate wie beispielsweise Zinsswaps zur Verfügung, mit denen das Zinsänderungsrisiko an den Kapitalmarkt weitergegeben werden kann. Mithilfe von Derivaten können Zinsänderungsrisiken jedoch auch synthetisch aufgebaut oder verstärkt werden, um Spekulationsgewinne zu erzielen. Dies ist eine mögliche weitere Quelle für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch.

Die Motivation für dieses Vorgehen liegt in der Möglichkeit begründet, auf Basis der normalerweise ansteigend steilen Zinsstrukturkurve Erlöse aus der Zinsfristentransformation zu erzielen.¹⁾ Weil der Zinssatz für langfristige Zinsbindungen höher liegt als der für kurzfristige Zinsbindungen, generiert die fristeninkongruente Refinanzierung zunächst einen positiven Ergebnisbeitrag: Die Zinsaufwendungen aus der kurzfristigen Geldaufnahme sind geringer als die Zinserträge, die nach Abzug der Standardrisikokosten aus der langfristigen Anlage erzielt werden. Bei einer unveränderten Zinsstrukturkurve wäre dies auch in den folgenden Perioden der Fall. Es können jedoch verschiedene Veränderungen der Zinsstrukturkurve wie Parallelverschiebungen, Drehungen, Krümmungen oder andere Bewegungen auftreten, die in Abhängigkeit von Art und Ausmaß der Änderung unterschiedliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage eines Instituts haben. Das Risiko liegt darin, dass sich die Zinsstrukturkurve nachhaltig so verändert, dass aus der Zinsspekulation Verluste resultieren. Im Fall der dargestellten Fristeninkongruenz wirken sich Zinserhöhungen negativ aus, sodass die parallele Verschiebung der Zinsstrukturkurve nach oben für viele Institute ein relevantes Risikoszenario darstellt.

... weil sich so Erlöse erzielen lassen

Die aktuelle Zinsstrukturkurve am deutschen Rentenmarkt ist trotz der jüngsten Änderungen

¹ Eine ausführliche Darstellung zur Zinsstrukturkurve findet sich in: Deutsche Bundesbank, Bestimmungsgründe der Zinsstruktur – Ansätze zur Kombination arbitragefreier Modelle und monetärer Makroökonomik, Monatsbericht, April 2006, S. 15–29.

Die damit verbundenen Risiken dürfen nicht aus dem Blick geraten

immer noch verhältnismäßig steil, sodass das Eingehen von positiven Fristentransformationsrisiken lohnend erscheint.²⁾ Zugleich weist sie aber ein historisch niedriges Zinsniveau über alle Laufzeiten auf.³⁾ Falls sich die Zinsstrukturkurve in Richtung des durchschnittlichen Zinsniveaus der Vergangenheit bewegen würde, ginge dies mit Zinssteigerungen über die gesamte Zinsstrukturkurve einher. Vor dem Hintergrund eines historisch niedrigen Zinsniveaus und der hohen Volatilität an den Märkten müssen sowohl die Institute als auch die Aufsicht die mit einem Zinsanstieg verbundenen Risiken im Blick haben und diesen in geeigneter Weise begegnen.

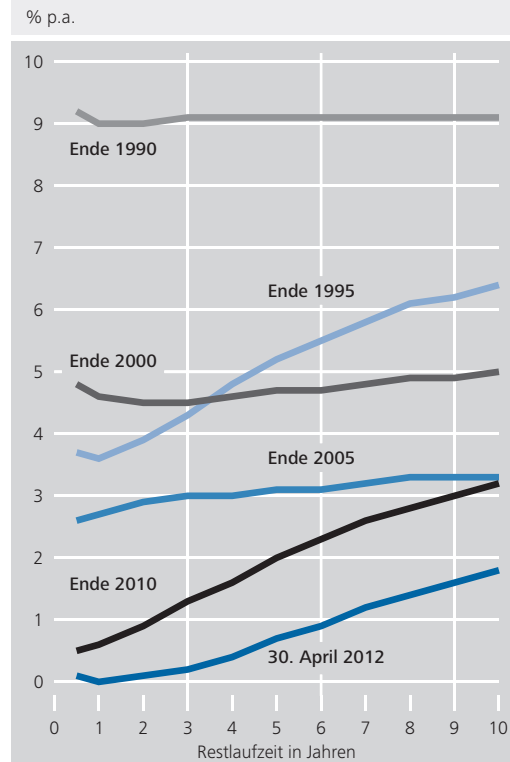
Der aufsichtliche Rahmen zur Regulierung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Keine Mindestkapitalanforderung unter Säule 1

Bei Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch handelt es sich zwar nach Ansicht des Baseler Komitees um Risiken, die mit Kapital unterlegt werden sollten, jedoch sind sie nicht in die Berechnung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen entsprechend der ersten Säule des Baseler Rahmenwerks einbezogen worden. Begründet wird dies damit, dass es große Unterschiede zwischen den international aktiven Banken in Bezug auf die Ausprägungen der Zinsänderungsrisiken und die Verfahren zur Risikomessung gibt.⁴⁾ In diesem Zusammenhang spielt zusätzlich noch die Besonderheit eine Rolle, dass in die Messung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch auch Positionen mit einer unbestimmten Kapital- oder Zinsbindung eingehen. Hierbei handelt es sich um Positionen wie Sicht- und Spareinlagen, bei denen die juristische Laufzeit in der Regel von der faktischen Laufzeit abweicht. So haben Spareinlagen zwar häufig eine dreimonatige Kündigungsfrist, üblicherweise verbleibt das Geld jedoch länger im Institut und wird auch nicht mit einem Dreimonats-Zinssatz verzinst.

Für diese Positionen müssen Annahmen über das zukünftige Zinsanpassungsverhalten ge-

Zinsstruktur börsennotierter Bundeswertpapiere



Deutsche Bundesbank

troffen werden, um sie in die Risikomessung und -steuerung einbeziehen zu können. Unterschiede in den Annahmen zwischen Instituten können gerechtfertigt sein, wenn aufgrund unterschiedlicher Kundenstrukturen das Zinsanpassungsverhalten nicht vergleichbar ausfällt. Hier eröffnet die vorgenommene Regulierung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch unter der zweiten Säule des Baseler Rahmenwerks die Möglichkeit, institutsindividuelle Annahmen bei der Risikoberechnung zu verwenden.

Regulierung unter Säule 2 ermöglicht institutsindividuelle Annahmen

² Am 30. April 2012 betrug die Differenz zwischen der Rendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren und der Rendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr 1,76 Prozentpunkte. Dieser Wert liegt über dem Median von 1,57 Prozentpunkten, der sich aus den Monatsendständen der Renditedifferenz von Januar 1973 bis April 2012 ergibt.

³ Am 30. April 2012 lag die Rendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr bei 0,04% und mit Restlaufzeiten von zehn Jahren bei 1,80%. Beide Werte liegen auf oder nahe dem Minimum der jeweiligen Monatsendstände seit Januar 1973.

⁴ Vgl.: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen – Überarbeitete Rahmenvereinbarung, Umfassende Version Juni 2006, Rn. 762.

Qualitative Anforderungen an das Risikomanagement

Die von den Instituten implementierten Risiko-steuerungs- und -controllingprozesse für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch müssen sicherstellen, dass die Risiken geeignet identifiziert, gemessen, gesteuert, überwacht und kommuniziert werden. Dazu sind unter anderem alle wesentlichen Ausprägungen der Zinsänderungsrisiken in die Risikomessung einzubeziehen und für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung sind geeignete Annahmen zu treffen. Der Ermittlung des Risikowerts müssen verschiedenartige Bewegungen der Zinsstrukturkurve zugrunde liegen, weil das Risiko in Abhängigkeit von der Portfolioausrichtung je nach unterstellter Änderung der Zinsstrukturkurve unterschiedlich hoch ausfallen kann. Bei der häufig zu beobachtenden positiven Fristentransformation der Institute kann das Risiko mit einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve nach oben sinnvoll abgegriffen werden. Es ist jedoch mithilfe von Derivaten auch eine Portfolioausrichtung möglich, bei der Parallelverschiebungen kein Risiko darstellen, zugleich jedoch beispielsweise eine erhöhte Sensitivität gegenüber Drehungen der Zinsstrukturkurve entsteht.

Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch müssen auch in die interne Risikotragfähigkeitsermittlung eines Instituts einbezogen werden, weil es sich um eine Risikoart handelt, die sinnvoll mit Kapital unterlegt werden kann. Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch muss ebenso wie der für andere wesentliche Risiken durch das vom Institut definierte Risiko-deckungspotenzial laufend abgedeckt sein.

Umsetzung in Deutschland mit den MaRisk (BA)

In Deutschland sind diese Vorgaben mit § 25a Absatz 1 KWG in nationales Recht umgesetzt. Konkretisiert werden die Anforderungen durch das Rundschreiben 11/2010 (BA) mit dem Titel „Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk“. Zur Erfüllung der Anforderungen kann jedes Institut im Sinne der Methodenfreiheit ein für die individuelle Situation passendes Konzept entwickeln, wobei dieses jedoch Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten entsprechen

muss. Von der Bankenaufsicht wird die Umsetzung im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens überwacht. Fester Bestandteil dabei sind regelmäßige und anlassbezogene bankgeschäftliche Vor-Ort-Prüfungen in den Instituten. Diese Prüfungen sind notwendig, um Qualität, Konsistenz und Angemessenheit der Prozesse beurteilen zu können.

Neben den qualitativen Vorgaben gibt das Baseler Rahmenwerk auch einen aufsichtlichen Indikator, den sogenannten „Baseler Zinsschock“, zur Identifikation von Instituten vor, die vergleichsweise hohe Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch eingehen.⁵⁾ In die bankaufsichtlichen Vorgaben der EU ist dieser Indikator durch Artikel 124(5) der Bankenrichtlinie (2006/48/EG) aufgenommen worden, sodass er durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen ist. Konkretisiert werden die Vorgaben zur Ermittlung des Indikators in einem ergänzenden Leitfaden der European Banking Association (EBA).⁶⁾

In deutsches Recht ist der „Baseler Zinsschock“ mit den Vorgaben aus § 25a Absatz 1 Satz 7 KWG in Verbindung mit § 24 Absatz 1 Nr. 14 KWG umgesetzt worden. Demzufolge sind die Institute zu einer Meldung an die Aufsicht verpflichtet, wenn der Indikator einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Zugleich kann die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Vorgaben zur Ausgestaltung des Zinsschocks und zur Ermittlungsmethodik festlegen. Zu diesem Zweck hat die BaFin im November 2011 das Rundschreiben 11/2011 (BA) mit dem Titel „Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung“ veröffentlicht, mit dem das Rundschreiben 7/2007

„Baseler Zinsschock“ als aufsichtlicher Indikator

Umsetzung in Deutschland mit dem Rundschreiben 11/2011 (BA)

⁵ Vgl.: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen – Überarbeitete Rahmenvereinbarung, Umfassende Version Juni 2006, Rn. 763 f.; sowie: Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk, Juli 2004.

⁶ Vgl.: EBA, Technical aspects of the management of interest rate risk arising from nontrading activities under the supervisory review process, Oktober 2006.

(BA) abgelöst worden ist. Das überarbeitete Rundschreiben sieht unter anderem im Einklang mit den europaweiten Vorgaben deutlich verschärfte aufsichtliche Zinsszenarien vor und bildet die Grundlage für die mögliche Verhängung eines regulatorischen Eigenkapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Im Folgenden werden die wesentlichen Vorgaben des überarbeiteten Rundschreibens und ihre Implikationen für die aufsichtliche Behandlung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch dargestellt und erläutert.

Die überarbeiteten Vorgaben zum „Baseler Zinsschock“ im Überblick

Konzeption des „Baseler Zinsschocks“

Der „Baseler Zinsschock“ ist ein Indikator, bei dem die barwertigen Auswirkungen von zwei aufsichtlich vorgegebenen Zinsszenarien durch die Institute berechnet werden müssen. Der Barwertverlust aus dem für das Institut ungünstigeren Zinsszenario wird dann ins Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln des Instituts gesetzt, um den Zinsrisikokoeffizienten als aufsichtlichen Indikator für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch zu erhalten.

Die grundsätzliche Vorgehensweise zur Berechnung des Zinsschocks ist mit dem überarbeiteten Rundschreiben 11/2011 (BA) unverändert gegenüber der abgelösten Vorversion geblieben. In einigen Bereichen hat es jedoch deutliche Änderungen der Detailvorgaben gegeben. Die Tabelle auf Seite 60 gibt einen Überblick über die wesentlichen Vorgaben des Rundschreibens sowie die Unterschiede zur Vorversion.

Anpassung der Zinsszenarien im Zuge einer europaweiten Vereinheitlichung ...

Die Änderung mit den größten Auswirkungen ist die Anpassung der Szenarien. Mit dem überarbeiteten Rundschreiben werden die Zinsszenarien als Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve um + 200 Basispunkte (entspricht + 2 Prozentpunkten) und – 200 Basispunkte (entspricht – 2 Prozentpunkten) vorgegeben. Diese Änderung wurde vor dem Hintergrund einer

geplanten Vereinheitlichung der Ausgestaltung durch die EBA vorgenommen, wodurch sich die deutsche Regelung an die Aufsichtspraxis in den anderen EU-Mitgliedstaaten anpasst. Durch die Vorgabe einheitlicher Szenarien wird die zuvor in Deutschland genutzte Methodik ersetzt, bei der mit Hilfe einer historischen Simulation in regelmäßigen Abständen die Höhe der Parallelverschiebung durch die Aufsicht ermittelt wurde. Auf Basis dieser Berechnung kam seit 2007 in Deutschland bislang als Zinsanstiegsszenario eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + 130 Basispunkte und als Zinssenkungsszenario eine Parallelverschiebung um – 190 Basispunkte zur Anwendung.

Aufgrund der positiven Fristentransformation vieler deutscher Kreditinstitute ist für diese vor allem das Zinsanstiegsszenario relevant, das nunmehr deutlich restriktiver ausfällt. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass das zuvor verwendete Zinsszenario als dynamisches Szenario ausgestaltet war. Eine zukünftige Neuberechnung hätte gegebenenfalls auch deutliche Verschärfungen des Szenarios zur Folge haben können, eventuell sogar eine Auslenkung der Zinsstrukturkurve um mehr als 200 Basispunkte. Im Gegensatz dazu sind die nun verwendeten aufsichtlich vorgegebenen Zinsszenarien statisch.

Bei den Zinsszenarien handelt es sich unverändert um eine plötzliche und unerwartete Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve, sodass der Betrachtung eine unmittelbare Verschiebung der Zinsstrukturkurve am Beobachtungstag zugrunde liegt. Dies schließt die Berücksichtigung von Risikominderungstechniken oder Anpassungsvorgängen bei der Berechnung der barwertigen Auswirkungen ebenso aus wie die Einbeziehung möglicher Effekte aus dem Neugeschäft. Mit der Fokussierung auf die barwertige Betrachtung werden aus Gründen der Vergleichbarkeit die handelsrechtlichen Auswirkungen von Zinsänderungen ausgeblendet, sodass es sich um eine rein ökonomische Risikobetrachtung handelt.

... gibt Planungssicherheit über deren zukünftige Ausgestaltung

Die barwertigen Auswirkungen einer Ad-hoc-Verschiebung der Zinsstrukturkurve müssen ...

Umsetzung der Vorgaben zum „Baseler Zinsschock“ in Deutschland

Position	Abgelöstes Rundschreiben 7/2007 (BA)	Neues Rundschreiben 11/2011 (BA)
Ableitung der Zinsszenarien	Regelmäßige historische Simulation durch die Aufsicht	Vorgabe standardisierter Szenarien
Ausgestaltung des Zinsschocks	Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve	
Zinsszenario 1	Anstieg der Zinsstrukturkurve um +130 Basispunkte (dynamisch, regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung)	Anstieg der Zinsstrukturkurve um +200 Basispunkte (konstant)
Zinsszenario 2	Absinken der Zinsstrukturkurve um –190 Basispunkte (dynamisch, regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung)	Absinken der Zinsstrukturkurve um –200 Basispunkte (konstant)
Berechnung des Indikators	Berechnung des Barwertverlustes infolge der Szenarien durch das Institut auf Basis der internen Methoden, Verfahren und Parametrisierungen für das Zinsänderungsrisikomanagement	
Berechnungsfrequenz	Mindestens vierteljährlich, bei wesentlichen Positionsänderungen auch häufiger	
Aufsichtlicher Schwellenwert	Barwertverlust von mehr als 20% der Eigenmittel infolge eines Zinsszenarios	
Konsequenz bei Überschreitung des Schwellenwerts	Kategorisierung des Instituts als „Ausreißer“	Bezeichnung als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“
Deutsche Bundesbank		

... unter Einbeziehung aller wesentlichen zinsrisikobehafteten Positionen ...

Berechnungsgrundlage für die Auswirkungen sind alle wesentlichen mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs.⁷⁾ Somit müssen grundsätzlich alle bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte in die Berechnung eingehen, einschließlich der vereinnahmten Margen. Aus Vereinfachungsgründen können aber Positionen unberücksichtigt bleiben, sofern diese in ihrer Gesamtheit nur einen unwesentlichen Beitrag zum Zinsänderungsrisiko leisten und der Aufwand für die Berechnung ihres Risikobeitrags unverhältnismäßig groß wäre.

... vom Institut auf Basis der internen Verfahren ermittelt werden

Die Berechnung der barwertigen Auswirkungen hat durch die Institute auf Basis ihrer internen Methoden, Verfahren und Parametrisierungen zu erfolgen, wobei die Methoden und Verfahren den aufsichtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk (BA)) genügen müssen. Die Berechnung muss folglich in einer Weise vorgenommen werden, die den Erfordernissen einer adäquaten Messung

der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch entspricht. Von besonderer Relevanz sind für Positionen des Anlagebuchs die Anforderungen der MaRisk, wonach für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung geeignete Annahmen festzulegen sind.

Hiervon betroffen sind zum einen Positionen wie Spareinlagen, bei denen die tatsächliche Kapitalbindung von der juristischen abweicht, und zum anderen implizit in Bankprodukten enthaltene Optionen. Bei letzteren handelt es sich um optionale Rechte wie Sondertilgungs- oder Sonderkündigungsrechte, deren Ausübung im Ermessen der Bankkunden steht. Die Zinsänderungsrisiken aus diesen Produkten müssen auch weiterhin in der Berechnung des „Baseler Zinsschocks“ berücksichtigt werden, sofern sie wesentlich sind. Zeitlich unbegrenzt

Dabei sind geeignete Annahmen für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung zu treffen ...

⁷ Bei Nicht-Handelsbuchinstituten sind gemäß Rundschreiben 11/2011 (BA) auch die zinsrisikobehafteten Positionen des Handelsbuchs in die Berechnung einzubeziehen.

Meldedaten zum aufsichtlichen Zinsschock	
Notwendige Angabe	Format
Barwertänderung im Zinsanstiegsszenario (+200 Basispunkte)	Euro-Betrag mit Vorzeichen
Koeffizient für das Zinsanstiegsszenario (Barwertänderung Zinsanstiegsszenario / regulatorische Eigenmittel)	Prozentsatz mit Vorzeichen
Barwertänderung im Zinssenkungsszenario (-200 Basispunkte)	Euro-Betrag mit Vorzeichen
Koeffizient für das Zinssenkungsszenario (Barwertänderung Zinssenkungsszenario / regulatorische Eigenmittel)	Prozentsatz mit Vorzeichen
Wurde das Ausweichverfahren für die Berechnung verwendet?	Ja / Nein
Zinsbuchbarwert (nicht bei Berechnung mit dem Ausweichverfahren)	Euro-Betrag mit Vorzeichen
Deutsche Bundesbank	

zur Verfügung stehende Eigenkapitalbestandteile dürfen im Einklang mit den MaRisk (BA) nicht in die Berechnung einbezogen werden, damit das Eigenkapital seine Funktion als Risikopuffer erfüllen kann. Als einfache Rückfalllösung kann zur Berechnung ein unverändert im Rundschreiben vorhandenes Ausweichverfahren von Instituten genutzt werden, die in ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung vorrangig auf die handelsrechtliche Sichtweise abstellen. In diesem Verfahren werden für die zinsrisikobehafteten Positionen feste Laufzeitbänder mit vorgegebenen modifizierten Durationen zur Berechnung der Barwertänderung bereitgestellt.

... und eine angemessene Berechnungsfrequenz ist zu wählen

Durchgeführt werden muss die Berechnung mindestens vierteljährlich, wenn Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Zinsrisikoposition es zulassen. Wenn jedoch größere Änderungen der Zinsrisikoposition auftreten, zum Beispiel nach dem Abschluss von Zinsswaps oder infolge von Portfolioumstrukturierungen, ist eine kurzfristige Neuberechnung erforderlich.

Berechnung des Zinsrisikokoeffizienten und aufsichtliche Definition eines Schwellenwerts

Die Berechnung der barwertigen Auswirkungen infolge der beiden aufsichtlichen Zinsszenarien durch die Institute ergibt in der Regel in einem Szenario einen Barwertgewinn, so dass dieses Szenario eine Ertragschance widerspiegelt. Im anderen Szenario tritt ein Barwert-

verlust auf, hier handelt es sich um das Risikoszenario. Die beiden berechneten Barwertveränderungen müssen im nächsten Schritt vom Institut jeweils ins Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln gesetzt werden. Der Zinsrisikokoeffizient ist die für das Institut ungünstigere der beiden Relationen und errechnet sich wie folgt:

$$\text{Zinsrisikokoeffizient} = \left| \frac{\text{MIN (Barwertänderung Szenario 1; Barwertänderung Szenario 2)}}{\text{Regulatorische Eigenmittel}} \right|$$

Der Zinsrisikokoeffizient dient als bankaufsichtlicher Indikator für die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch unter den vorgegebenen Szenarien. Wenn sich ein Barwertverlust von mehr als 20% der regulatorischen Eigenmittel bei einem Institut ergibt, dann wird dieses als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ bezeichnet.

Die Meldevorgaben wurden grundlegend überarbeitet. Während das alte Rundschreiben eine Meldung ausschließlich im Fall eines Zinsrisikokoeffizienten von über 20% vorsah, wird nun von allen Instituten vierteljährlich zum Quartalsende als Datenstichtag eine Meldung erwartet. Die nach § 24 Absatz 1 Nr. 14 KWG erforderliche Meldung bei einem Überschreiten der 20%-Schwelle ist zukünftig nur noch einmalig vom Institut abzugeben und kann auch mit der Quartalsmeldung zusammenfallen. Weitere, über die quartalsmäßigen Meldungen hinaus-

Überarbeitete Meldevorgaben

gehende Anzeigen sind dann nicht mehr erforderlich, auch wenn die Neuberechnung zu einem späteren Zeitpunkt einen Zinsrisikoeffizienten von über 20% ergibt.

Die Rolle des Zinsrisikoeffizienten bei der aufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Vorteile des Indikators sind seine Vergleichbarkeit ...

Mit dem Zinsrisikoeffizienten verfügt die Aufsicht über einen standardisierten Indikator für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch. Mit der Standardisierung gehen erhebliche Vorteile einher, zugleich ist sie jedoch auch mit nicht zu vernachlässigenden Nachteilen verbunden. Ein wesentlicher Vorteil ist die Vergleichbarkeit der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch aufgrund der standardisierten Szenarien und der Verwendung der regulatorischen Eigenmittel als Bezugsgröße. So kann zum einen die Zinsrisikopräferenz eines Instituts im Zeitverlauf betrachtet werden. Zum anderen kann der Zinsrisikoeffizient zum Vergleich zwischen Instituten genutzt werden. Dies versetzt die Bankenaufsicht in die Lage, die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch systematisiert beobachten, analysieren und auswerten zu können.

... und die Einfachheit der Berechnung

Ein weiterer Vorteil ist die Einfachheit des Indikators. Als Bezugsgröße für die Berechnung der Kennzahl werden die ohnehin vorhandenen regulatorischen Eigenmittel genutzt. Zudem werden mit der Beschränkung der Szenarien auf Parallelverschiebungen nur zwei der vielen möglichen Veränderungen der Zinsstrukturkurve herausgegriffen. In Verbindung mit der Verwendung interner Methoden und Verfahren ist der Berechnungsaufwand für die Institute daher gering. Es müssen lediglich zusätzlich zu den internen Szenarien die Auswirkungen der beiden aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebungen berechnet werden, denn für die Ermittlung des Zinsrisikoeffizienten sollen und dürfen keine Änderungen an den für die

interne Risikoberechnung verwendeten Verfahren und Parametern vorgenommen werden.

Gerade der Verzicht auf detaillierte Berechnungsvorgaben führt jedoch auch zu Nachteilen, die bei der Verwendung des Indikators durch die Aufsicht im Blick behalten werden müssen. So besteht die Gefahr, dass Institute den bestehenden Spielraum zur Berechnung auf Basis ihrer internen Methoden und Verfahren unterschiedlich nutzen. Ein besonderes Augenmerk ist vor allem dann gefordert, wenn ungeeignete Verfahren oder Parametrisierungen zur Berechnung verwendet werden. Um dieser Gefahr zu begegnen, wird die Bankenaufsicht wie bisher durch regelmäßige bankgeschäftliche Prüfungen vor Ort in den Instituten überprüfen, ob das Zinsänderungsrisikomanagement der Institute im Einklang mit den aufsichtlichen Mindestanforderungen an ein angemessenes Risikomanagement steht. Aufsichtliche Maßnahmen würden dann ergriffen, wenn Institute ungeeignete Verfahren oder Parametrisierungen zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken oder zur Berechnung des „Baseler Zinsschocks“ verwenden.

Nachteile sind der Berechnungsspielraum ...

Ein weiterer Nachteil resultiert aus der Tatsache, dass ausschließlich Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve betrachtet werden. Hieraus resultiert die Gefahr, dass die Auswirkungen anderer Zinsszenarien nicht offensichtlich werden, obwohl diese das Risiko eines Instituts eventuell besser abbilden als eine Parallelverschiebung. Es ist sogar denkbar, dass ein Institut sich gegen eine Parallelverschiebung weitestgehend abgesichert hat, beim Eintritt anderer Zinsszenarien jedoch hohe Verluste erleidet. Der Zinsrisikoeffizient würde dann aufgrund seiner eingeschränkten Perspektive nur ein geringes Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch anzeigen, die tatsächliche Risikosituation würde nicht offensichtlich. Entsprechend den aufsichtlichen Vorgaben müssen die Institute in ihrer internen Steuerung daher die Zinsänderungsrisiken differenzierter betrachten und zur Risikomessung unterschiedliche Arten von Zinsszenarien verwenden. Die Verwendung

... und die Beschränkung auf eine Parallelverschiebung

der regulatorischen Eigenmittel als Bezugsgröße ist ebenfalls nicht unproblematisch, weil die barwertigen Auswirkungen der Szenarien ins Verhältnis zu einer bilanzorientierten Größe gesetzt werden. Diese Nachteile schränken die Aussagekraft des Zinsrisikokoeffizienten ein und müssen deshalb von der Aufsicht bei dessen Verwendung berücksichtigt werden.

Weil der Zinsrisikokoeffizient allein nicht aussagekräftig ist, ...

Für die aufsichtliche Einschätzung eines Instituts ist die Gesamtrisikosituation entscheidend. Der Zinsrisikokoeffizient kann dabei als Indikator dienen, der die Höhe der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch anzeigt. Er kann aber nicht allein Basis von aufsichtlichen Maßnahmen sein, weil er keine Aussage darüber ermöglicht, ob die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch eines Instituts untragbar hoch sind. So könnte ein Institut zwar hohe Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch eingehen, folglich einen hohen Zinsrisikokoeffizienten aufweisen und als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ klassifiziert werden. Dies wäre aber unproblematisch, wenn zugleich nur geringe andere Risiken vorhanden sind, sodass alle Risiken in der Gesamtschau tragbar sind.

*... erfolgt auf-
sichtlich eine
integrierte
Betrachtung*

Aus diesem Grund haben sich BaFin und Bundesbank für die Konzeption eines integrierten Ansatzes entschieden. Der Zinsrisikokoeffizient wird hierbei genutzt, das Ausmaß der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch eines Instituts einschätzen zu können. Zudem erfolgt auf Basis der Ergebnisse des Baseler Zinsschocks eine Prüfung, ob ein Institut in der Gesamtschau in der Lage wäre, auch unter Einbeziehung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs die regulatorischen Eigenmittelanforderungen zu erfüllen.

*Sanktionen
erfolgen nur
unter Berücksichtigung der
Gesamtrisikosituation, ...*

Zu diesem Zweck wird der Barwertverlust infolge des aufsichtlich vorgegebenen Zinsszenarios in die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen einbezogen. Wenn diese Prüfung zu dem Ergebnis führt, dass die Eigenmittelausstattung in Relation zu den insgesamt eingegangenen Risiken nicht ausreichend ist, wird die BaFin als Maßnahme nach § 10 Ab-

satz 1b Nr. 1 KWG eine erhöhte Eigenmittelanforderung für die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch prüfen. Im Rundschreiben 11/2011 (BA) wird darauf hingewiesen, dass eine erhöhte Eigenmittelanforderung auch bei Instituten verhängt werden kann, bei denen der Zinsrisikokoeffizient unter dem Schwellenwert von 20% liegt.

Ein Überschreiten der Schwelle allein wird keine aufsichtlichen Konsequenzen nach sich ziehen, sodass ein Zinsrisikokoeffizient von über 20% auch nicht als aufsichtliche Obergrenze für die Zinsrisikonahme interpretiert werden kann, die das Geschäftspotenzial der Institute limitiert. Bei der Übernahme von Zinsänderungsrisiken sollte für ein Institut im Vordergrund stehen, in welchem Umfang es dieses Risiko tragen kann, nicht jedoch die Höhe eines aufsichtlichen Indikators. Wenn ein Institut seine Zinsänderungsrisiken angemessen steuert und in der Gesamtschau nach aufsichtlichem Maßstab über eine angemessene Eigenmittelausstattung verfügt, spricht aus regulatorischer Sicht nichts gegen eine erhöhte Zinsrisikonahme, die sich in einem Zinsrisikokoeffizienten von über 20% zeigt. Zum 31. Dezember 2011 sind circa 500 Institute als „Institute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ einzustufen.

Dieser wichtige Aspekt wird im Rundschreiben und im zugehörigen Anschreiben an die Kreditwirtschaft mehrfach betont. So wird bei einem Überschreiten der 20%-Schwelle nun nicht mehr von „Ausreißern“, sondern von „Instituten mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ gesprochen. Dahinter steht eine geänderte Sichtweise auf diese Institute. Die Verschärfung des Zinsanstiegsszenarios hat zur Folge, dass die Anzahl der Institute deutlich gestiegen ist, die einen Zinsrisikokoeffizienten von über 20% aufweisen. Durch die geänderte Wortwahl wird vonseiten der Aufsicht auch verbal verdeutlicht, dass die Überschreitung des Schwellenwerts nicht mehr als Ausreißer – und damit als Abweichung von einer Norm – angesehen wird. Des Weiteren wird eine regelmäßige Meldung von allen Instituten erwartet und nicht nur bei

*... sodass der
Zinsrisiko-
koeffizient keine
Obergrenze
für die
Zinsrisikonahme
darstellt, ...*

*... was auch im
Rundschreiben
hervorgehoben
wird*

Kategorisierung meldender Institute

Stand: 31. Dezember 2011



Deutsche Bundesbank

einem Überschreiten der 20%-Schwelle. Auf diese Weise werden alle Institute gleich behandelt, unabhängig davon, ob es sich um Institute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko handelt oder nicht. Ein möglicher Eigenmittelzuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß § 10 Absatz 1b Nr. 1 KWG wird zudem auf Basis einer integrierten Betrachtung ermittelt, sodass nicht die Zinsrisikoübernahme per se sanktioniert wird.

Weitere aufsichtliche Schritte nur selten der Regelfall

In dieser Gesamtrisikobetrachtung, das heißt unter Einbeziehung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch in die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen, weisen zum Meldestichtag 31. Dezember 2011 von den Instituten mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko rund 20 Institute beziehungsweise 1% aller Kreditinstitute Risiken auf, die im Regelfall zu weiteren aufsichtlichen Schritten bis hin zu einer Anordnung erhöhter Eigenmittelanforderungen führen.

Zusammenfassung und Ausblick

Dem prinzipienbasierten Ansatz der zweiten Baseler Säule folgend liegt es in der Verantwortung der Institute, ihr Zinsänderungsrisikomanagement so auszugestalten, dass die Risi-

ken auf ein tragbares Maß begrenzt werden. Hierzu gehört auch, dass ausreichend internes Risikodeckungspotenzial für Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung vorgehalten wird. Die zugrunde liegenden Risikomanagementprozesse der Institute werden durch die Bankenaufsicht hinterfragt und überprüft, auch im Zuge von bankgeschäftlichen Vor-Ort-Prüfungen.

Der „Baseler Zinsschock“ spielt als Indikator eine wichtige Rolle bei der Einschätzung der Zinsrisikonahme durch die Institute. Die Aufsicht ist sich der konzeptionsbedingten Schwächen des Indikators allerdings bewusst und berücksichtigt diese in ihrem Aufsichtsansatz entsprechend. Insbesondere wird der Indikator nicht genutzt, um allein in Abhängigkeit von dessen Höhe die Zinsrisikonahme zu begrenzen. Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ist nicht per se bedenklich und hat daher isoliert keine aufsichtlichen Maßnahmen zur Folge. Im Rundschreiben wird aus diesem Grund hervorgehoben, dass die 20%-Schwelle nicht als aufsichtlich gewünschte Obergrenze für das Eingehen von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch angesehen werden kann.

Bedenklich wäre es nur, wenn die Übernahme von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch insgesamt zu einer übermäßig hohen Risikonahme im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln führte. Mit der Vorgabe des § 10 Absatz 1b Nr. 1 KWG verfügt die Aufsicht über die gesetzliche Grundlage, eine derartige übermäßige Risikonahme zu sanktionieren. Zur praktischen Umsetzung wurde bewusst ein integrierter Ansatz auf Basis des „Baseler Zinsschocks“ gewählt. Ein Eigenmittelzuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird demnach verhängt werden, wenn ein Institut in der Gesamtschau nicht über eine angemessene Eigenmittelausstattung verfügt. Dies betrifft trotz des verschärften Zinsszenarios nur wenige Institute. Insofern wird durch die Regelungen des überarbeiteten Rundschreibens die gewünschte Fristentransformationsfunktion des Bankensektors nicht gefährdet.

Verantwortlich für ein angemessenes Management der Zinsänderungsrisiken sind die Institute

Die Aufsicht verfügt mit dem „Baseler Zinsschock“ über einen Indikator, ...

... der in eine integrierte Betrachtung der Gesamtrisikosituation einfließt ...

*... und damit
das aufsichtliche
Instrumentarium
sinnvoll ergänzt*

Mit den Vorgaben der MaRisk (BA) zum Zinsänderungsrisikomanagement, dem „Baseler Zinsschock“ als Indikator und der gesetzlich verankerten Sanktionsmöglichkeit einer übermäßigen Risikonahme verfügt die Aufsicht über ein wirkungsvolles Instrumentarium in Bezug auf Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Damit kann auch in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase negativen Auswirkungen eines Zinsanstiegs auf die Ertrags- und Vermögenslage der Institute angemessen begegnet werden.

*Einbeziehung
in die regulatorischen
Mindestkapitalanforderungen
denkbar*

Bei Zinsänderungsrisiken handelt es sich um eine Risikoart, die sinnvoll mit regulatorischem Kapital unterlegt werden kann, sodass keine konzeptionellen Gründe gegen die Einbeziehung in die Mindestkapitalanforderungen der Säule 1 des Baseler Rahmenwerks sprechen. Die zentrale Herausforderung bei der prak-

tischen Umsetzung ist die Ermittlung von aufsichtlichen Parametern zur Berücksichtigung von Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung in der Berechnung. Hier sind weitere aufsichtliche Analysen erforderlich, um eine angemessene Abbildung dieser Positionen zu gewährleisten. Perspektivisch ist eine Einbeziehung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch in die Säule 1 des Baseler Rahmenwerks jedoch denkbar, wenn sich hierfür auf internationaler Ebene ein Konsens findet. Erste Vorarbeiten hierfür hat das Baseler Komitee bereits unternommen. Im Laufe des Jahres 2012 soll über den Umfang weiterer Arbeiten und die zugehörige Zeitplanung entschieden werden.⁸⁾

⁸ Vgl.: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Fundamental review of the trading book, Consultative document May 2012, S. 6.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	48•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	49•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	50•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	50•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	51•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	51•

■ VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	52•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	53•

■ IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	54•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	54•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik).....	55•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik).....	55•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	56•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	56•
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	57•

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	60*

■ X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	64*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	64*
6. Arbeitsmarkt.....	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	67*

■ XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen.....	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland.....	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion.....	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	75*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbs- fähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2010 Aug.	7,7	2,0	1,1	0,8	2,3	1,2	3,4	0,43	0,90	3,3	
Sept.	6,1	2,0	1,1	1,1	2,2	1,2	3,3	0,45	0,88	3,3	
Okt.	4,9	2,1	1,1	1,4	3,2	1,2	3,4	0,70	1,00	3,3	
Nov.	4,6	2,3	2,1	1,6	4,0	1,9	3,8	0,59	1,04	3,7	
Dez.	4,4	2,3	1,7	1,8	3,5	1,6	3,6	0,50	1,02	4,1	
2011 Jan.	3,2	2,3	1,7	1,8	3,8	2,0	3,3	0,66	1,02	4,2	
Febr.	2,9	2,4	2,2	2,0	3,8	2,3	3,8	0,71	1,09	4,3	
März	3,0	2,7	2,2	2,1	3,2	2,2	3,7	0,66	1,18	4,4	
April	1,6	2,4	1,9	2,2	3,2	2,3	3,8	0,97	1,32	4,5	
Mai	1,2	2,4	2,3	2,1	3,1	2,5	4,1	1,03	1,43	4,4	
Juni	1,3	2,3	1,9	2,1	2,6	2,1	4,4	1,12	1,49	4,4	
Juli	0,9	2,1	2,0	2,2	2,4	1,8	4,4	1,01	1,60	4,6	
Aug.	1,7	2,3	2,7	2,5	2,4	1,7	4,4	0,91	1,55	4,1	
Sept.	2,0	2,5	2,8	2,7	2,4	1,6	4,3	1,01	1,54	4,0	
Okt.	1,7	1,9	2,6	2,4	1,6	2,2	4,3	0,96	1,58	4,3	
Nov.	2,1	2,1	1,9	2,0	0,8	1,0	3,4	0,79	1,48	4,8	
Dez.	1,6	1,8	1,5	1,9	1,0	0,5	2,9	0,63	1,43	4,8	
2012 Jan.	2,1	2,3	2,3	2,2	1,4	0,7	2,7	0,38	1,22	4,7	
Febr.	2,6	2,8	2,7	2,7	1,4	0,4	2,1	0,37	1,05	4,5	
März	2,8	3,0	3,1	2,7	1,8	0,5	1,3	0,36	0,86	4,0	
April	1,8	2,4	2,5	...	1,4	- 0,0	0,7	0,35	0,74	4,1	
Mai	0,34	0,68	4,1	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's. 5

Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)			
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)	
	Mio €							Euro/US-\$		1. Vj. 1999=100	
2010 Aug.	- 4 051	- 4 274	- 431	- 27 749	+ 2 525	+ 26 392	- 1 600	1,2894	101,2	99,3	
Sept.	- 1 608	+ 3 632	- 3 964	- 31 327	+ 45 580	- 17 928	- 289	1,3067	101,5	99,5	
Okt.	+ 6 489	+ 5 539	- 4 023	- 10 487	+ 2 691	+ 4 009	- 236	1,3898	105,0	102,6	
Nov.	+ 32	- 451	+ 5 385	+ 38 721	+ 16 820	- 50 156	+ 1	1,3661	103,7	101,2	
Dez.	+ 7 671	+ 982	- 13 651	+ 21 085	+ 17 244	- 50 432	- 1 548	1,3220	101,7	99,2	
2011 Jan.	- 16 778	- 14 241	+ 6 408	+ 4 282	- 30 171	+ 38 221	- 5 924	1,3360	101,4	99,0	
Febr.	- 5 521	+ 752	- 3 577	- 36 706	+ 94 356	- 62 353	+ 1 126	1,3649	102,4	99,8	
März	+ 1 040	+ 3 367	- 8 108	- 10 401	+ 71 409	- 62 256	+ 6 860	1,3999	104,1	101,6	
April	- 4 988	- 3 624	- 4 657	- 31 176	+ 8 621	+ 11 872	+ 6 026	1,4442	105,9	103,3	
Mai	- 13 949	+ 471	+ 18 894	- 4 247	+ 42 910	- 16 645	+ 3 124	1,4349	104,9	102,2	
Juni	+ 322	+ 797	+ 6 964	+ 3 592	+ 91 099	- 89 308	+ 1 582	1,4388	105,0	102,2	
Juli	+ 3 360	+ 4 156	- 6 208	- 17 336	- 23 660	+ 36 022	- 1 234	1,4264	104,0	101,0	
Aug.	- 1 416	- 4 309	- 580	+ 7 194	+ 18 195	- 29 352	+ 3 383	1,4343	103,9	100,8	
Sept.	+ 780	+ 2 991	+ 10 292	- 9 031	+ 25 642	- 7 908	+ 1 582	1,3770	102,8	100,0	
Okt.	+ 3 416	+ 384	- 1 316	- 6 544	- 3 582	+ 9 898	- 1 089	1,3706	103,0	100,3	
Nov.	+ 8 880	+ 5 730	- 21 875	- 42 591	+ 31 392	- 10 439	- 238	1,3556	102,6	99,9	
Dez.	+ 21 640	+ 8 162	- 20 825	- 8 171	- 38 744	+ 31 524	- 5 435	1,3179	100,8	98,1	
2012 Jan.	- 10 111	- 9 168	+ 10 415	- 6 379	- 47 505	+ 64 843	- 544	1,2905	98,9	96,3	
Febr.	- 5 632	+ 2 282	+ 258	- 3 441	+ 24 337	- 18 862	- 1 775	1,3224	99,6	97,2	
März	+ 7 543	+ 8 744	- 18 962	- 18 362	- 40 219	+ 38 483	+ 1 136	1,3201	99,8	97,3	
April	1,3162	99,5	97,0	
Mai	1,2789	98,0	95,6	

* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75• / 76• 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2009	- 4,4	- 2,8	- 5,1	- 14,3	- 8,3	- 3,1	- 3,2	- 7,0	- 5,5	
2010	2,0	2,2	3,7	2,3	3,7	1,7	- 3,5	- 0,4	1,8	
2011	1,5	1,9	3,0	7,6	2,9	1,7	- 6,9	...	0,4	
2010 4.Vj.	2,2	2,2	3,8	6,0	5,8	1,6	- 8,6	- 0,2	2,4	
2011 1.Vj.	2,4	3,1	5,0	9,5	5,3	2,6	- 8,0	- 0,1	1,3	
2.Vj.	1,6	2,3	3,0	8,4	2,0	1,9	- 7,3	1,9	1,3	
3.Vj.	1,3	1,3	2,6	8,5	3,4	1,3	- 5,0	0,2	0,3	
4.Vj.	0,7	1,0	1,5	4,5	1,2	1,0	- 7,5	0,7	- 1,1	
2012 1.Vj.	- 0,1	...	1,7	3,6	1,8	0,7	- 6,5	...	- 1,1	
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2009	- 14,9	- 11,9	- 16,3	- 23,9	- 18,1	- 12,8	- 9,2	- 4,5	- 18,8	
2010	7,3	8,3	10,9	22,9	5,1	4,7	- 6,6	7,6	6,8	
2011	3,5	4,2	7,6	16,6	1,3	2,5	- 8,8	0,0	0,1	
2010 4.Vj.	8,0	7,0	12,7	34,6	9,4	5,1	- 6,3	12,8	5,4	
2011 1.Vj.	6,5	7,9	12,0	28,9	4,5	4,6	- 6,3	- 1,4	2,1	
2.Vj.	4,0	3,9	8,0	23,4	2,9	2,3	- 11,6	- 0,1	2,1	
3.Vj.	3,9	4,1	8,1	16,0	0,2	3,0	- 5,5	1,0	- 0,4	
4.Vj.	- 0,2	1,1	2,8	1,6	- 1,9	0,1	- 11,9	0,7	- 3,3	
2012 1.Vj.	- 1,6	- 3,7	4)5)	1,1	- 1,9	- 4,1	- 1,8	- 7,6	0,5	- 5,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾										
2009	71,1	72,0	72,0	58,1	67,0	73,6	70,7	-	66,1	
2010	75,8	77,9	79,7	67,1	73,5	77,2	68,1	-	68,3	
2011	80,4	80,5	86,1	73,3	77,8	83,0	67,9	-	72,6	
2011 1.Vj.	80,0	81,2	85,6	73,5	77,0	81,8	69,5	-	72,5	
2.Vj.	81,3	82,6	86,8	73,4	77,4	84,5	68,8	-	74,3	
3.Vj.	80,5	80,1	86,7	73,0	77,9	83,0	67,5	-	72,1	
4.Vj.	79,6	78,0	85,1	73,2	78,9	82,8	65,8	-	71,6	
2012 1.Vj.	79,8	79,0	85,3	70,5	77,0	82,4	65,5	-	70,7	
2.Vj.	79,7	78,4	85,2	69,0	80,2	80,8	64,9	-	71,0	
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾										
2009	9,6	7,9	7,8	13,8	8,3	9,5	9,5	11,9	7,8	
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,8	12,6	13,7	8,4	
2011	10,2	7,2	5,9	12,5	7,8	9,7	17,7	14,4	8,4	
2011 Nov.	10,6	7,2	5,7		7,6	9,8	20,6	14,7	9,2	
Dez.	10,7	7,2	5,6	11,6	7,6	9,9	21,1	14,7	9,3	
2012 Jan.	10,8	7,3	5,7		7,6	10,0	21,3	14,6	9,5	
Febr.	10,9	7,3	5,5		7,6	10,1	21,4	14,5	9,8	
März	11,0	7,3	5,3	10,9	7,6	10,1	21,9	14,4	10,1	
April	11,0	7,4	5,3		7,6	10,2	...	14,2	10,2	
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2009	9)	0,3	0,0	0,2	0,2	1,6	1,3	- 1,7	0,8	
2010		1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6	
2011	10)	2,7	3,5	2,5	5,1	3,3	2,3	1,2	2,9	
2011 Dez.		2,7	3,2	2,3	4,1	2,6	2,7	1,4	3,7	
2012 Jan.		2,7	3,3	2,3	4,7	3,0	2,6	1,3	3,4	
Febr.		2,7	3,3	2,5	4,4	3,0	2,5	1,6	3,4	
März		2,7	3,1	2,3	4,7	2,9	2,6	2,2	3,8	
April		2,6	2,9	2,2	4,3	3,0	2,4	1,9	3,7	
Mai	p)	2,4	2,6	2,2	4,1	3,1	2,3	p)	s)	
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2009	- 6,4	- 5,6	- 3,2	- 2,0	- 2,5	- 7,5	- 15,6	- 14,0	- 5,4	
2010	- 6,2	- 3,8	- 4,3	0,2	- 2,5	- 7,1	- 10,3	- 31,2	- 4,6	
2011	- 4,1	- 3,7	- 1,0	1,0	- 0,5	- 5,2	- 9,1	- 13,1	- 3,9	
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2009	79,9	95,8	74,4	7,2	43,5	79,2	129,4	65,1	116,0	
2010	85,3	96,0	83,0	6,7	48,4	82,3	145,0	92,5	118,6	
2011	87,3	98,0	81,2	6,0	48,6	85,8	165,3	108,2	120,1	

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktions-erhebung. **5** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
- 5,3	- 2,6	- 3,5	- 3,8	- 2,9	- 4,9	- 8,0	- 3,7	- 1,9	2009
2,7	2,5	1,7	2,3	1,4	4,2	1,4	- 0,1	1,1	2010
1,6	2,1	1,2	3,0	- 1,6	3,3	- 0,2	0,7	0,5	2011
3,8	2,6	2,3	2,7	0,9	3,6	2,4	0,2	2,2	2010 4.Vj.
2,8	2,9	2,7	4,8	- 0,6	3,4	2,1	0,9	1,6	2011 1.Vj.
0,7	3,1	1,6	4,2	- 1,2	3,5	0,7	1,1	1,5	2.Vj.
2,0	2,5	1,1	2,4	- 1,9	3,0	- 0,5	1,1	- 0,3	3.Vj.
0,8	- 0,1	- 0,6	0,7	- 2,6	3,4	- 2,8	- 0,2	- 0,8	4.Vj.
...	...	- 1,1	2,0	...	3,0	- 0,2	- 0,3	- 1,6	2012 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 16,1	-	- 7,7	- 11,3	- 8,6	- 14,1	- 17,7	- 15,8	- 9,2	2009
9,4	-	7,8	6,7	1,7	18,3	6,0	0,8	- 2,0	2010
- 2,4	-	- 0,8	7,2	- 2,0	7,1	2,7	- 1,4	- 7,8	2011
3,0	-	6,8	9,1	1,0	15,7	7,3	0,4	- 2,5	2010 4.Vj.
2,6	-	0,7	11,9	0,2	11,8	7,8	1,8	- 3,6	2011 1.Vj.
- 4,4	-	- 1,4	9,4	- 1,5	8,7	3,4	- 1,1	- 4,3	2.Vj.
- 1,5	-	- 2,6	6,3	- 2,3	5,0	0,8	- 1,4	- 12,4	3.Vj.
- 6,3	-	- 4,3	2,5	- 4,4	3,6	- 0,9	- 5,0	- 11,2	4.Vj.
- 6,7	-	- 1,0	p) 0,9	- 5,5	9,0	0,1	- 5,8	p) - 12,8	2012 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
65,4	70,1	76,0	77,4	72,6	54,0	70,9	70,0	65,2	2009
78,5	77,7	78,9	81,9	75,0	58,0	76,0	71,1	62,6	2010
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
82,9	80,6	80,7	84,6	73,5	68,0	79,9	73,5	63,2	2011 1.Vj.
87,3	81,1	81,1	86,3	76,4	55,4	82,2	74,7	62,9	2.Vj.
82,7	76,9	80,6	85,8	74,3	60,6	80,1	72,6	61,3	3.Vj.
79,8	76,0	78,9	85,0	73,5	62,3	79,5	72,2	58,1	4.Vj.
79,2	74,2	79,8	85,1	74,1	67,5	79,7	72,5	56,7	2012 1.Vj.
82,7	75,9	78,6	84,7	74,2	71,1	80,6	72,7	56,2	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
5,1	6,9	3,7	4,8	10,6	12,0	5,9	18,0	5,3	2009
4,6	6,9	4,5	4,4	12,0	14,4	7,3	20,1	6,2	2010
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,5	8,2	21,7	7,8	2011
4,8	6,5	4,9	4,3	14,1	14,1	8,7	23,0	9,3	2011 Nov.
5,1	6,5	4,9	4,1	14,6	14,1	8,7	23,2	9,5	Dez.
5,1	6,2	5,0	4,1	14,7	14,1	8,7	23,5	9,6	2012 Jan.
5,2	6,0	4,9	4,1	14,8	14,0	8,7	23,8	9,8	Febr.
5,2	5,8	5,0	4,0	15,1	13,9	8,6	24,1	10,0	März
5,2	5,7	5,2	3,9	15,2	13,7	8,7	24,3	10,1	April
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
3,4	1,5	2,5	3,4	3,5	4,6	2,1	2,4	4,2	2011 Dez.
3,2	1,7	2,9	2,9	3,4	4,1	2,3	2,0	3,1	2012 Jan.
3,3	2,6	2,9	2,6	3,6	4,0	2,8	1,9	3,1	Febr.
2,9	2,6	2,9	2,6	3,1	3,9	2,4	1,8	3,5	März
3,0	3,8	2,8	2,3	2,9	3,7	2,9	2,0	3,6	April
2,7	3,7	p) 2,5	p) 2,3	2,7	3,4	2,4	1,9	3,7	Mai
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
- 0,8	- 3,8	- 5,6	- 4,1	- 10,2	- 8,0	- 6,1	- 11,2	- 6,1	2009
- 0,9	- 3,7	- 5,1	- 4,5	- 9,8	- 7,7	- 6,0	- 9,3	- 5,3	2010
- 0,6	- 2,7	- 4,7	- 2,6	- 4,2	- 4,8	- 6,4	- 8,5	- 6,3	2011
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
14,8	68,1	60,8	69,5	83,1	35,6	35,3	53,9	58,5	2009
19,1	69,4	62,9	71,9	93,3	41,1	38,8	61,2	61,5	2010
18,2	72,0	65,2	72,2	107,8	43,3	47,6	68,5	71,6	2011

7 In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. 8 Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. 9 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. 10 Ab 2011

einschl. Estland. 11 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2010 Sept.	59,7	44,5	2,2	15,2	10,2	7,1	- 46,7	- 53,8	14,1	3,6	- 2,7	15,3	- 2,2
Okt.	153,1	- 37,1	- 20,2	190,2	110,7	- 82,9	- 37,6	45,2	9,3	- 7,5	- 1,7	12,3	6,2
Nov.	160,6	143,4	51,5	17,2	- 37,3	8,2	15,5	7,2	58,3	29,4	0,2	2,6	26,1
Dez.	- 116,8	- 48,0	- 28,7	- 68,8	- 73,5	49,7	- 89,3	- 139,0	29,6	19,9	- 0,5	- 3,3	13,5
2011 Jan.	47,4	27,5	3,1	19,9	23,5	13,6	84,5	70,9	17,0	- 1,4	1,5	22,7	- 5,9
Febr.	17,7	23,6	- 0,5	- 5,9	8,2	21,0	31,3	10,3	32,4	- 5,4	0,5	22,8	14,6
März	- 29,1	- 6,5	- 25,2	- 22,6	- 12,0	101,2	- 33,1	- 134,3	25,5	9,6	0,0	14,2	1,7
April	82,8	81,7	46,4	1,2	11,6	- 21,9	82,9	104,8	34,5	17,1	- 1,1	19,2	- 0,7
Mai	5,6	19,0	- 21,9	- 13,5	9,9	7,9	83,2	75,3	25,4	1,4	- 0,5	11,1	13,4
Juni	10,2	- 15,5	- 50,0	25,7	29,2	65,9	- 134,6	- 200,5	25,4	4,8	- 0,3	2,9	18,0
Juli	- 4,8	5,8	3,1	- 10,6	- 14,7	- 18,0	- 37,9	- 19,9	34,5	- 5,2	0,0	2,2	37,4
Aug.	7,3	- 10,9	- 12,6	18,2	32,1	28,3	72,3	44,0	8,3	0,5	- 0,4	- 1,8	9,9
Sept.	52,2	28,1	- 20,4	24,1	21,1	22,6	- 12,4	- 34,9	9,8	12,9	- 0,7	- 4,9	2,4
Okt.	35,9	36,7	36,4	- 0,8	- 0,5	- 50,8	- 89,8	- 39,1	9,9	24,5	0,0	- 18,7	4,0
Nov.	28,9	- 10,1	9,0	39,0	40,3	- 24,8	- 64,0	- 39,1	- 3,5	- 10,3	- 0,9	- 10,6	18,2
Dez.	- 94,9	-111,5	- 15,7	16,6	1,5	16,9	- 20,0	- 36,9	- 4,3	13,5	- 0,7	- 41,7	24,6
2012 Jan.	122,2	57,7	17,3	64,5	67,5	- 56,8	17,4	74,2	3,7	- 1,0	0,6	- 4,3	8,4
Febr.	15,0	- 15,9	4,4	30,9	47,1	21,7	18,7	- 3,0	- 12,3	- 3,6	- 1,4	- 7,3	0,1
März	37,7	2,6	1,6	35,1	37,9	- 25,5	34,1	59,5	- 36,0	- 26,4	- 0,8	- 18,2	9,5
April	13,0	9,2	16,0	3,7	- 3,2	- 21,9	- 9,5	12,4	- 6,8	- 4,0	- 0,3	- 6,3	3,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2010 Sept.	- 16,1	- 24,0	- 5,2	7,9	4,0	- 2,2	- 23,0	- 20,9	- 0,4	- 1,0	- 2,4	2,2	0,7
Okt.	101,0	7,6	1,6	93,4	88,7	5,0	- 3,4	- 8,4	2,3	- 2,1	- 1,4	- 4,4	10,2
Nov.	40,6	33,5	5,2	7,1	- 69,0	- 5,2	6,4	11,6	4,3	- 0,2	0,5	3,1	0,8
Dez.	- 72,0	- 39,6	- 4,2	- 32,4	- 22,5	18,4	- 11,7	- 30,1	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,7	0,4
2011 Jan.	30,1	19,0	16,9	11,1	6,2	9,5	6,0	- 3,5	5,8	- 2,5	- 0,5	2,3	6,5
Febr.	- 0,8	13,5	- 7,2	- 14,3	- 2,4	- 4,0	3,6	7,7	2,2	- 1,8	0,0	0,0	3,9
März	- 29,6	- 17,0	- 0,5	- 12,5	- 2,2	26,3	- 26,8	- 53,1	- 3,7	- 1,7	0,2	- 4,7	2,5
April	29,0	36,8	22,4	- 7,7	3,2	18,9	50,0	31,2	2,4	- 1,3	- 0,8	3,0	1,4
Mai	- 26,0	- 16,3	- 24,7	- 9,7	1,3	5,5	1,4	- 4,1	- 10,3	- 0,3	- 0,1	- 3,5	- 6,4
Juni	- 23,3	- 13,4	- 12,4	- 10,0	- 6,4	17,2	- 41,4	- 58,5	4,8	0,2	- 0,2	2,0	2,8
Juli	- 0,8	- 2,0	- 4,0	1,3	- 3,9	- 9,4	- 5,0	4,4	- 5,0	- 0,3	0,0	- 6,3	1,5
Aug.	15,3	12,7	- 6,1	2,6	12,0	- 31,3	24,0	55,3	0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,2	1,5
Sept.	12,7	9,6	- 5,5	3,1	3,6	- 41,3	- 15,9	25,4	- 8,2	- 3,8	- 0,5	- 2,4	- 1,5
Okt.	29,3	25,9	- 2,1	3,4	7,6	- 39,2	- 23,4	15,8	2,4	- 2,0	- 0,2	2,7	2,0
Nov.	3,7	4,2	1,7	- 0,5	2,1	- 13,7	- 0,1	13,6	- 7,3	- 1,4	- 0,9	- 3,8	- 1,3
Dez.	- 54,4	- 48,0	- 4,8	- 6,4	- 9,5	72,3	- 9,7	- 82,0	- 8,0	- 0,3	- 0,8	- 4,3	- 2,6
2012 Jan.	36,8	25,6	4,3	11,2	7,7	- 79,5	29,1	108,7	- 26,2	- 3,4	- 0,9	- 22,7	0,9
Febr.	- 3,1	- 2,8	- 5,8	- 0,3	1,9	- 30,3	- 10,6	19,7	9,1	- 2,8	- 1,2	8,2	4,9
März	2,1	1,2	8,4	0,9	3,2	- 51,5	5,1	56,6	- 6,8	- 4,9	- 0,8	- 6,2	5,1
April	18,0	16,0	13,0	2,0	- 3,2	- 12,6	- 0,6	12,1	1,4	- 1,4	- 0,3	2,3	0,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
3,4	30,4	-	19,0	16,0	8,4	- 1,2	9,6	4,4	3,1	22,3	- 18,8	- 0,7	2010 Sept.
78,1	- 4,9	-	- 12,2	36,5	9,1	2,2	6,9	23,9	3,6	- 28,4	- 15,0	- 5,4	Okt.
17,1	37,9	-	55,5	- 1,2	10,5	1,2	9,4	- 15,3	3,6	48,2	12,9	- 4,4	Nov.
- 97,1	- 50,8	-	51,2	89,7	66,0	18,4	47,6	2,6	21,1	- 5,2	- 34,0	0,9	Dez.
51,9	67,8	-	- 75,7	- 41,2	- 44,9	- 12,6	- 32,3	- 16,0	19,7	- 36,1	- 5,2	6,8	2011 Jan.
13,5	- 26,4	-	19,3	- 20,6	- 33,6	- 0,0	- 33,6	11,8	1,2	39,7	2,9	- 2,7	Febr.
- 29,1	50,0	-	25,7	26,3	16,7	2,5	14,2	6,8	2,8	- 15,0	- 2,1	16,5	März
8,0	- 50,7	-	69,2	49,8	39,5	7,1	32,4	7,4	2,9	22,8	2,2	- 5,7	April
- 17,0	- 14,6	-	19,6	- 7,6	- 15,7	5,0	- 20,7	7,5	0,7	38,7	- 3,5	- 7,9	Mai
51,6	- 13,0	-	12,0	30,6	55,2	9,2	46,0	- 22,6	- 2,0	- 11,4	- 20,6	13,5	Juni
- 22,0	- 26,0	-	- 9,2	0,3	- 21,9	8,5	- 30,4	20,1	2,1	- 1,1	- 7,1	- 1,3	Juli
- 60,4	13,2	-	74,6	10,0	- 22,0	- 4,7	- 17,2	26,6	5,4	45,8	21,9	- 3,3	Aug.
4,9	23,2	-	36,8	27,7	19,2	7,7	11,5	14,0	- 5,5	25,0	- 11,0	- 4,8	Sept.
0,5	9,6	-	- 34,8	- 4,9	9,3	6,3	3,0	- 11,8	- 2,3	- 22,3	- 8,4	0,6	Okt.
2,7	22,9	-	- 18,0	2,0	14,6	3,9	10,7	- 13,9	1,3	- 28,4	6,5	2,0	Nov.
- 5,4	- 115,1	-	46,8	99,1	83,0	16,2	66,9	3,3	12,8	- 67,2	- 4,7	19,5	Dez.
59,9	28,4	-	- 26,6	- 27,9	- 52,8	- 14,4	- 38,4	8,1	16,7	17,1	- 5,8	- 9,9	2012 Jan.
23,2	- 14,7	-	40,5	11,1	- 24,1	- 0,4	- 23,7	27,5	7,7	13,8	2,0	13,7	Febr.
- 13,8	- 31,4	-	93,4	68,9	47,0	2,4	44,6	11,6	10,2	- 14,6	14,4	24,7	März
- 36,2	28,4	-	5,8	- 1,1	3,8	2,7	1,1	- 9,3	4,5	2,6	12,1	- 7,8	April

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)				
- 8,5	- 11,5	2,6	- 0,4	1,9	1,0	3,6	2,6	- 8,0	- 0,2	2,9	2010 Sept.			
20,8	110,6	0,9	0,0	- 27,7	2,5	- 0,2	2,7	- 10,8	- 0,1	21,7	Okt.			
3,3	- 18,9	- 0,1	1,1	46,7	26,4	- 5,2	2,1	23,9	0,3	- 0,8	Nov.			
- 6,7	- 29,0	0,5	3,8	- 17,2	- 8,7	8,5	8,6	- 22,2	0,1	3,6	Dez.			
5,4	32,5	0,7	- 2,8	- 4,1	14,7	- 6,2	2,7	- 12,2	0,1	3,1	2011 Jan.			
1,9	- 17,6	1,1	- 0,2	8,8	- 15,5	5,2	2,1	18,8	- 0,1	1,7	Febr.			
- 8,2	16,5	0,6	0,6	- 7,7	3,3	3,8	0,8	- 14,3	0,1	1,5	März			
- 4,5	26,5	0,7	1,5	23,3	7,3	10,2	- 1,3	10,4	- 0,2	3,1	April			
3,4	- 38,7	1,5	1,4	25,1	1,1	10,9	- 2,3	15,9	- 0,3	0,2	Mai			
3,0	- 19,2	1,5	2,5	5,1	8,2	- 0,4	- 1,9	- 0,3	- 0,2	0,2	Juni			
- 1,2	- 1,0	1,8	2,0	- 3,0	- 4,8	13,5	- 1,2	- 13,4	- 0,1	3,0	Juli			
- 0,1	- 46,8	2,6	- 1,0	30,7	12,3	6,6	- 1,4	10,3	0,4	2,6	Aug.			
3,4	- 42,2	3,2	1,3	18,2	7,2	12,3	- 1,0	4,9	0,1	5,3	Sept.			
- 2,7	- 11,9	0,1	1,8	2,4	10,0	- 2,7	- 0,2	- 1,2	- 0,0	3,5	Okt.			
- 0,2	- 32,7	0,1	1,5	30,2	20,4	1,7	- 0,1	5,3	- 0,9	3,9	Nov.			
0,2	32,0	- 0,4	3,5	- 6,2	- 1,8	6,2	5,5	- 14,1	- 0,1	2,0	Dez.			
4,0	- 8,8	0,5	- 3,1	- 11,6	0,8	- 1,0	2,1	- 10,8	- 0,3	2,4	2012 Jan.			
3,5	- 67,7	1,2	- 0,1	21,7	9,8	- 3,6	3,9	10,0	- 0,2	1,8	Febr.			
- 10,7	- 34,3	3,2	- 0,2	2,7	8,7	- 0,8	0,4	- 3,6	- 0,2	1,9	März			
1,9	- 15,7	2,1	1,0	17,8	10,4	3,1	- 1,2	7,2	0,0	1,9	April			

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2010 März	24 256,3	16 034,0	13 087,7	10 800,5	1 492,1	795,2	2 946,3	1 052,5	1 893,7	4 999,2	3 223,1
April	24 578,3	16 106,3	13 145,8	10 820,2	1 499,2	826,4	2 960,6	1 055,5	1 905,1	5 122,8	3 349,2
Mai	25 188,2	16 145,8	13 145,6	10 865,1	1 478,6	801,8	3 000,2	1 070,2	1 930,0	5 349,6	3 692,9
Juni	25 178,9	16 341,5	13 288,5	10 988,6	1 516,0	783,8	3 053,0	1 091,5	1 961,5	5 247,3	3 590,1
Juli	24 877,3	16 360,8	13 314,3	10 981,3	1 547,9	785,1	3 046,5	1 080,3	1 966,2	5 050,4	3 466,2
Aug.	25 533,3	16 377,4	13 323,8	10 978,8	1 549,4	795,6	3 053,6	1 087,9	1 965,7	5 236,5	3 919,3
Sept.	25 128,1	16 396,1	13 331,0	10 981,4	1 552,1	797,6	3 065,0	1 094,1	1 970,9	5 032,5	3 699,5
Okt.	25 096,7	16 540,3	13 287,4	10 958,0	1 524,3	805,0	3 252,9	1 173,7	2 079,1	4 974,4	3 582,1
Nov.	25 404,2	16 696,9	13 441,2	11 067,6	1 556,9	816,7	3 255,6	1 229,3	2 026,4	5 146,8	3 560,6
Dez.	25 756,7	16 555,5	13 365,4	11 027,0	1 538,1	800,4	3 190,1	1 240,4	1 949,7	5 005,6	4 195,6
2011 Jan.	25 634,7	16 618,8	13 407,3	11 064,9	1 526,7	815,7	3 211,5	1 236,8	1 974,7	5 017,2	3 998,7
Febr.	25 675,2	16 652,8	13 455,8	11 112,3	1 535,3	808,2	3 197,0	1 216,6	1 980,4	5 053,9	3 968,5
März	25 253,5	16 449,9	13 399,0	11 116,4	1 503,2	779,5	3 050,9	1 207,3	1 843,5	4 945,9	3 857,7
April	25 395,8	16 521,0	13 473,2	11 140,4	1 510,0	822,8	3 047,7	1 197,2	1 850,6	4 965,8	3 909,0
Mai	25 734,8	16 547,7	13 508,6	11 200,7	1 507,3	800,5	3 039,1	1 174,2	1 865,0	5 131,4	4 055,8
Juni	25 430,4	16 555,3	13 496,2	11 224,8	1 482,1	789,3	3 059,2	1 170,5	1 888,6	4 982,4	3 892,7
Juli	25 810,2	16 548,6	13 508,1	11 238,6	1 487,1	782,4	3 040,6	1 175,0	1 865,6	5 027,9	4 233,6
Aug.	26 396,4	16 555,1	13 484,2	11 238,7	1 479,7	765,8	3 071,0	1 162,7	1 908,3	5 116,8	4 724,4
Sept.	27 013,4	16 607,3	13 519,5	11 296,9	1 469,6	752,9	3 087,8	1 163,8	1 924,0	5 189,6	5 216,6
Okt.	26 667,7	16 621,9	13 549,1	11 267,1	1 529,9	752,1	3 072,8	1 163,5	1 909,3	5 027,3	5 018,5
Nov.	26 675,6	16 627,0	13 541,7	11 252,7	1 534,7	754,3	3 085,3	1 162,3	1 923,0	5 062,6	4 986,0
Dez.	26 769,3	16 561,6	13 430,9	11 162,8	1 528,7	739,4	3 130,7	1 178,0	1 952,7	5 031,8	5 175,8
2012 Jan.	26 941,2	16 668,9	13 475,7	11 195,8	1 532,4	747,5	3 193,2	1 174,3	2 018,9	5 041,9	5 230,4
Febr.	26 930,6	16 682,5	13 449,2	11 165,1	1 539,0	745,1	3 233,4	1 158,5	2 074,9	5 012,1	5 236,0
März	26 730,8	16 705,8	13 445,3	11 162,7	1 527,4	755,3	3 260,5	1 155,0	2 105,4	5 030,7	4 994,3
April	26 832,6	16 702,2	13 444,4	11 156,4	1 521,1	766,9	3 257,8	1 159,0	2 098,9	5 057,3	5 073,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2010 März	5 105,8	3 638,3	2 993,1	2 509,7	233,9	249,6	645,2	362,2	283,0	1 209,3	258,2
April	5 210,6	3 693,3	3 044,0	2 535,9	231,3	276,8	649,3	364,1	285,2	1 262,7	254,6
Mai	5 259,6	3 664,4	2 996,6	2 539,6	209,1	247,9	667,8	374,7	293,1	1 324,9	270,3
Juni	5 236,5	3 680,2	2 988,1	2 540,8	205,5	241,8	692,1	377,7	314,4	1 272,2	284,0
Juli	5 144,1	3 670,8	2 980,4	2 537,8	200,7	242,0	690,4	373,1	317,3	1 195,0	278,3
Aug.	5 201,0	3 683,3	2 991,4	2 546,6	199,6	245,1	691,9	373,2	318,7	1 228,9	288,8
Sept.	5 107,4	3 659,4	2 960,3	2 520,3	198,8	241,2	699,1	376,7	322,3	1 172,2	275,8
Okt.	5 191,7	3 756,9	2 964,7	2 523,0	197,8	243,9	792,2	381,2	411,0	1 162,4	272,4
Nov.	5 311,7	3 822,0	3 004,1	2 557,1	195,3	251,8	817,8	457,5	360,3	1 207,0	282,8
Dez.	6 121,8	3 742,7	2 958,5	2 518,9	192,7	246,9	784,2	447,6	336,6	1 183,6	1 195,5
2011 Jan.	6 033,2	3 767,9	2 972,6	2 516,5	194,1	262,0	795,3	452,3	342,9	1 170,1	1 095,2
Febr.	5 986,9	3 764,4	2 983,4	2 535,7	193,4	254,3	781,0	440,8	340,2	1 175,3	1 047,2
März	5 835,3	3 730,5	2 962,9	2 515,9	190,2	256,8	767,6	430,3	337,3	1 134,9	970,0
April	5 901,3	3 753,8	2 995,6	2 526,0	189,8	279,8	758,2	419,3	339,0	1 171,1	976,3
Mai	5 944,1	3 731,5	2 982,7	2 537,9	189,2	255,6	748,8	408,5	340,3	1 192,1	1 020,6
Juni	5 793,3	3 706,7	2 968,3	2 536,0	187,5	244,9	738,4	404,9	333,4	1 145,1	941,6
Juli	5 929,3	3 709,0	2 969,1	2 540,8	185,6	242,7	739,9	410,3	329,6	1 158,0	1 062,2
Aug.	6 140,9	3 729,5	2 988,1	2 565,9	183,4	238,8	741,4	400,7	340,8	1 190,0	1 221,3
Sept.	6 294,6	3 744,9	3 001,5	2 584,8	181,4	235,4	743,4	400,3	343,1	1 193,9	1 355,7
Okt.	6 167,9	3 767,6	3 022,8	2 609,4	179,0	234,4	744,8	396,1	348,7	1 157,5	1 242,8
Nov.	6 189,0	3 771,3	3 030,2	2 615,1	181,7	233,3	741,1	393,6	347,5	1 179,7	1 238,0
Dez.	6 229,9	3 720,7	2 986,3	2 576,3	183,2	226,8	734,4	396,9	337,5	1 180,4	1 328,9
2012 Jan.	6 292,8	3 751,9	3 007,6	2 594,7	182,4	230,4	744,4	400,3	344,0	1 212,0	1 328,9
Febr.	6 239,0	3 746,7	3 001,7	2 595,0	179,9	226,8	745,0	398,1	346,9	1 193,1	1 299,2
März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1
April	6 250,5	3 775,3	3 022,0	2 594,1	179,9	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,8	1 276,4

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
768,6	9 983,1	9 412,5	9 466,0	3 558,2	1 485,8	268,3	2 213,8	1 814,7	125,1	2010 März
772,6	10 030,1	9 475,3	9 534,0	3 635,0	1 449,8	270,3	2 232,7	1 824,1	122,1	April
779,0	10 089,2	9 480,6	9 551,6	3 660,4	1 442,0	270,3	2 235,5	1 823,1	120,4	Mai
785,5	10 216,5	9 594,2	9 650,5	3 694,7	1 426,0	269,0	2 318,6	1 822,6	119,5	Juni
793,9	10 208,3	9 625,3	9 684,0	3 682,5	1 438,2	270,5	2 342,7	1 832,8	117,4	Juli
788,0	10 206,4	9 631,4	9 698,6	3 656,5	1 457,3	272,6	2 350,3	1 845,7	116,1	Aug.
786,8	10 205,5	9 644,5	9 689,0	3 660,5	1 458,3	263,9	2 344,0	1 848,5	113,8	Sept.
789,0	10 308,3	9 671,7	9 717,5	3 666,5	1 476,6	273,7	2 336,0	1 852,2	112,4	Okt.
790,2	10 390,5	9 719,2	9 777,1	3 670,5	1 465,7	277,9	2 393,8	1 856,3	112,9	Nov.
808,6	10 371,2	9 808,2	9 871,6	3 726,6	1 469,0	272,6	2 413,2	1 877,7	112,5	Dez.
796,2	10 407,3	9 792,5	9 849,0	3 702,9	1 449,0	276,1	2 410,6	1 898,3	112,2	2011 Jan.
796,2	10 415,8	9 789,7	9 842,2	3 671,2	1 457,7	278,7	2 422,4	1 899,3	112,9	Febr.
798,3	10 428,4	9 838,5	9 887,5	3 684,9	1 452,8	287,2	2 445,1	1 904,4	113,1	März
805,5	10 487,6	9 892,1	9 941,0	3 712,5	1 455,7	286,4	2 464,9	1 909,4	112,2	April
810,4	10 475,2	9 889,8	9 935,4	3 691,2	1 454,8	298,8	2 468,1	1 910,6	111,9	Mai
819,7	10 550,4	9 912,6	9 949,6	3 729,3	1 426,5	300,7	2 472,4	1 908,8	111,9	Juni
828,2	10 523,0	9 912,6	9 955,0	3 711,4	1 441,2	306,9	2 472,2	1 911,2	112,0	Juli
823,4	10 480,8	9 929,7	9 968,2	3 692,4	1 457,0	313,0	2 477,4	1 916,6	111,9	Aug.
831,2	10 532,9	9 961,7	10 016,5	3 713,7	1 473,1	312,8	2 494,1	1 911,6	111,3	Sept.
837,5	10 539,8	9 973,9	10 027,0	3 711,1	1 469,1	308,4	2 517,5	1 909,4	111,5	Okt.
841,4	10 535,7	9 962,1	10 007,7	3 709,8	1 449,6	312,6	2 510,7	1 915,2	109,8	Nov.
857,5	10 626,6	10 053,0	10 119,2	3 790,1	1 456,2	310,5	2 525,0	1 928,1	109,4	Dez.
843,0	10 677,5	10 050,3	10 102,1	3 752,2	1 458,2	315,3	2 523,5	1 944,5	108,5	2012 Jan.
842,5	10 703,3	10 054,0	10 100,7	3 729,1	1 469,8	325,6	2 517,1	1 950,8	108,3	Febr.
844,9	10 729,4	10 101,7	10 126,1	3 766,9	1 476,6	323,2	2 491,1	1 960,7	107,6	März
847,6	10 688,1	10 092,6	10 125,3	3 775,1	1 469,8	320,0	2 487,9	1 965,0	107,5	April
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
191,4	2 816,4	2 765,5	2 687,3	992,2	254,0	42,8	793,5	487,1	117,7	2010 März
192,1	2 836,8	2 782,6	2 710,0	1 035,2	234,4	42,0	793,6	489,0	115,8	April
193,2	2 841,8	2 783,5	2 706,9	1 043,4	229,2	40,8	788,5	490,9	114,0	Mai
195,5	2 842,8	2 787,0	2 702,1	1 041,7	229,2	39,0	787,9	491,6	112,7	Juni
197,2	2 841,1	2 785,3	2 706,3	1 047,6	227,6	37,8	787,4	495,2	110,6	Juli
195,8	2 857,9	2 794,5	2 710,2	1 050,3	226,9	37,5	789,7	496,9	108,8	Aug.
195,4	2 851,5	2 797,8	2 709,0	1 049,9	226,9	37,5	788,8	499,4	106,6	Sept.
195,5	2 873,7	2 798,5	2 717,1	1 055,7	229,3	37,9	786,8	502,1	105,2	Okt.
196,6	2 925,7	2 845,2	2 764,3	1 078,2	227,8	38,2	810,2	504,1	105,7	Nov.
200,4	2 926,8	2 855,0	2 772,1	1 069,6	235,1	38,1	811,1	512,4	105,7	Dez.
197,6	2 939,7	2 862,6	2 782,4	1 084,8	230,8	38,0	808,5	515,1	105,3	2011 Jan.
197,4	2 931,4	2 853,1	2 769,4	1 066,1	236,0	38,2	806,5	517,1	105,4	Febr.
198,0	2 928,9	2 858,5	2 771,7	1 066,6	238,1	38,7	804,8	517,9	105,6	März
199,5	2 937,5	2 871,5	2 786,1	1 074,5	246,3	39,5	803,5	517,6	104,8	April
200,9	2 951,3	2 881,4	2 787,4	1 071,8	252,3	40,0	803,2	515,4	104,7	Mai
203,5	2 960,1	2 884,6	2 787,0	1 078,0	247,9	39,6	803,5	513,6	104,5	Juni
205,5	2 966,7	2 893,1	2 798,5	1 078,4	259,7	40,1	803,3	512,4	104,5	Juli
204,5	2 989,1	2 916,1	2 816,9	1 090,2	260,9	41,9	808,3	511,0	104,4	Aug.
205,8	3 008,4	2 930,1	2 832,6	1 099,5	271,9	42,5	804,8	510,1	103,9	Sept.
207,6	3 009,6	2 934,1	2 844,1	1 109,9	274,3	43,5	802,7	509,9	103,8	Okt.
209,1	3 030,2	2 954,6	2 858,9	1 128,2	272,4	44,5	801,4	510,4	102,0	Nov.
212,6	3 038,9	2 962,5	2 867,9	1 130,2	276,1	44,9	799,8	515,8	101,2	Dez.
209,6	3 040,0	2 961,3	2 864,8	1 130,9	274,7	44,8	796,2	518,1	100,3	2012 Jan.
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	Febr.
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,6	1 156,8	260,3	44,1	787,2	520,2	98,9	April

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												insgesamt	darunter: auf Euro		
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Begebene Schul-	
	öffentliche Haushalte															Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte														
zusammen		täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro				
	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten											
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																
2010 März	270,1	247,0	142,2	58,8	4,6	28,5	4,9	8,1	341,4	339,6	628,3	2 792,8	2 161,4			
April	250,3	245,8	141,0	58,6	4,5	28,6	5,1	7,9	362,4	360,4	634,4	2 806,9	2 162,5			
Mai	284,2	253,3	145,6	61,6	4,4	28,4	5,4	7,8	366,8	364,8	630,3	2 832,2	2 149,3			
Juni	304,5	261,4	149,9	64,7	3,9	30,0	5,5	7,6	406,6	405,1	605,7	2 819,7	2 141,4			
Juli	282,2	242,0	131,7	63,0	3,6	30,5	5,7	7,5	384,5	383,1	596,7	2 801,1	2 142,1			
Aug.	262,1	245,7	131,4	67,0	3,3	30,8	5,9	7,4	387,2	385,8	608,1	2 813,4	2 133,6			
Sept.	265,5	251,0	132,0	72,2	3,3	30,1	6,4	7,0	409,3	407,8	589,4	2 796,1	2 143,3			
Okt.	343,7	247,0	133,2	66,9	3,4	30,3	6,5	6,8	385,0	383,5	574,3	2 796,1	2 144,2			
Nov.	360,8	252,5	141,4	64,3	3,4	30,4	6,6	6,5	433,4	431,8	586,5	2 832,1	2 155,2			
Dez.	264,2	235,4	125,6	63,5	3,4	30,1	6,5	6,3	428,1	426,1	552,4	2 822,9	2 152,9			
2011 Jan.	316,5	241,7	128,2	64,8	3,4	30,1	6,9	8,2	392,0	390,6	570,2	2 849,0	2 187,0			
Febr.	330,0	243,5	127,1	67,1	3,4	30,6	7,4	8,0	431,6	430,0	575,6	2 865,3	2 201,5			
März	296,6	244,3	126,4	68,7	3,4	30,7	7,4	7,8	405,1	403,7	568,2	2 937,1	2 284,7			
April	304,4	242,2	124,1	68,8	3,6	30,7	7,5	7,5	427,7	426,3	570,2	2 943,0	2 292,5			
Mai	287,4	252,3	128,6	74,6	3,7	30,8	7,3	7,3	466,5	464,8	566,7	2 972,2	2 303,1			
Juni	339,0	261,8	135,0	77,7	3,8	30,8	7,3	7,1	455,0	453,4	545,9	2 991,3	2 315,7			
Juli	317,0	251,1	123,9	77,6	4,6	30,8	7,2	7,0	449,2	447,8	538,7	3 009,3	2 314,6			
Aug.	256,6	256,1	125,1	82,1	4,6	30,2	7,3	6,8	494,8	492,7	560,4	2 995,9	2 304,4			
Sept.	261,5	254,9	122,6	83,8	4,7	30,1	7,1	6,6	517,7	515,3	549,1	3 015,0	2 314,3			
Okt.	261,9	250,8	125,9	76,5	4,8	30,2	7,0	6,4	495,1	492,4	540,7	2 979,0	2 301,3			
Nov.	264,6	263,4	135,1	79,8	4,9	30,2	7,2	6,2	467,0	464,2	546,9	2 998,6	2 311,7			
Dez.	259,3	248,1	117,7	81,6	5,2	30,3	7,4	5,9	397,1	394,4	520,3	3 007,1	2 298,0			
2012 Jan.	319,2	256,2	124,5	81,8	5,3	29,7	7,5	7,4	414,5	411,7	493,0	2 996,7	2 304,5			
Febr.	342,2	260,4	122,1	87,9	5,5	29,8	8,0	7,1	428,1	425,7	483,2	2 988,8	2 309,6			
März	328,5	274,9	129,3	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,5	410,9	494,1	2 993,4	2 318,0			
April	289,8	273,0	123,0	99,2	5,6	29,7	8,7	6,8	418,7	416,3	503,5	2 986,2	2 294,0			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
2010 März	21,2	107,9	39,6	39,1	3,0	23,7	1,8	0,7	79,8	79,8	8,6	714,4	458,2			
April	21,4	105,4	37,4	38,8	2,9	23,8	1,8	0,7	100,7	100,7	8,4	715,8	451,0			
Mai	23,0	112,0	42,2	40,6	2,8	23,7	2,0	0,7	101,4	101,4	8,8	733,9	451,9			
Juni	21,9	118,8	45,4	43,2	2,4	25,0	2,0	0,7	102,7	102,7	8,1	729,6	450,9			
Juli	23,5	111,3	38,4	42,9	2,1	25,1	2,0	0,7	92,2	92,2	8,6	709,2	437,0			
Aug.	30,9	116,8	41,0	45,7	2,0	25,4	2,1	0,7	104,0	104,0	8,3	720,7	436,1			
Sept.	22,4	120,1	41,2	48,9	2,1	25,1	2,2	0,6	95,9	95,9	8,1	710,8	437,1			
Okt.	43,2	113,3	37,6	45,6	2,1	25,2	2,2	0,6	85,0	85,0	8,0	682,1	408,8			
Nov.	46,5	114,9	41,9	43,0	2,1	25,2	2,2	0,6	109,0	109,0	8,3	716,8	433,9			
Dez.	39,8	114,9	40,6	44,6	2,0	25,0	2,2	0,5	86,7	86,7	8,4	708,5	425,8			
2011 Jan.	45,2	112,1	39,6	42,7	1,9	25,0	2,3	0,5	74,5	74,5	8,4	703,2	426,8			
Febr.	47,1	114,9	39,7	45,6	1,7	25,2	2,3	0,5	93,2	93,2	8,4	698,6	424,5			
März	38,9	118,3	42,0	46,6	1,8	25,2	2,3	0,5	78,9	78,9	8,5	686,0	426,2			
April	34,3	117,2	39,8	47,6	1,8	25,2	2,3	0,5	89,2	89,2	8,4	678,5	420,6			
Mai	37,7	126,3	44,2	52,1	1,9	25,2	2,3	0,5	105,2	105,2	8,0	681,7	417,9			
Juni	40,7	132,3	46,1	56,4	2,1	25,2	2,2	0,5	104,8	104,8	7,8	682,3	415,4			
Juli	39,5	128,7	41,3	57,0	2,8	25,1	2,1	0,5	91,8	91,8	5,3	684,4	410,9			
Aug.	39,4	132,8	41,6	61,1	2,8	24,8	2,1	0,4	101,9	101,9	5,7	682,6	412,4			
Sept.	42,9	132,9	41,1	61,8	3,0	24,7	2,0	0,4	107,0	107,0	5,8	687,1	406,9			
Okt.	40,1	125,3	39,9	55,3	3,1	24,6	2,0	0,4	105,7	105,7	5,8	678,9	407,9			
Nov.	39,9	131,4	43,3	57,9	3,2	24,6	2,0	0,4	111,1	111,1	4,9	689,5	411,6			
Dez.	40,1	130,8	40,2	60,3	3,3	24,6	2,0	0,4	97,1	97,1	4,8	691,1	404,5			
2012 Jan.	44,1	131,1	40,0	60,6	3,4	24,8	1,8	0,4	86,7	86,2	4,5	663,1	384,3			
Febr.	47,6	137,4	41,5	65,1	3,6	24,9	1,9	0,4	96,6	96,5	4,4	667,4	389,9			
März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3			
April	36,4	150,1	42,9	76,5	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,2	380,6			

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post-, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)		
11,8	122,3	2 658,8	4 425,3	1 831,1	- 55,0	3 540,7	-	4 544,3	8 212,2	9 315,9	6 865,4	106,1	2010 März
15,7	118,7	2 672,5	4 551,2	1 845,1	- 77,8	3 653,3	-	4 625,9	8 269,0	9 399,9	6 909,0	107,8	April
22,2	106,8	2 703,2	4 705,0	1 890,5	- 62,8	3 958,2	-	4 663,8	8 301,2	9 427,1	6 985,8	109,4	Mai
24,0	101,6	2 694,0	4 600,8	1 974,4	- 19,9	3 789,7	-	4 710,3	8 332,1	9 469,8	7 144,1	110,4	Juni
29,4	100,2	2 671,5	4 480,2	1 935,3	- 30,5	3 707,9	-	4 692,9	8 336,6	9 447,1	7 105,0	114,8	Juli
29,1	100,3	2 684,0	4 633,7	1 978,2	- 3,6	4 121,8	-	4 659,9	8 341,4	9 465,9	7 166,8	113,7	Aug.
33,9	96,7	2 665,5	4 438,2	1 956,1	- 3,4	3 950,1	-	4 661,8	8 343,7	9 473,0	7 116,5	111,9	Sept.
26,9	97,9	2 671,2	4 455,1	1 967,7	12,5	3 808,9	-	4 669,2	8 377,8	9 461,9	7 124,3	109,8	Okt.
24,6	97,2	2 710,3	4 582,7	2 004,6	9,3	3 775,1	-	4 684,9	8 387,7	9 529,2	7 258,5	111,4	Nov.
30,9	92,3	2 699,7	4 372,0	2 022,6	28,6	4 350,2	-	4 750,8	8 471,3	9 574,8	7 284,5	117,9	Dez.
35,6	94,6	2 718,9	4 381,0	2 003,3	28,1	4 207,7	-	4 708,7	8 434,8	9 526,8	7 283,4	109,0	2011 Jan.
38,9	89,2	2 737,3	4 376,8	2 033,3	33,0	4 147,6	-	4 674,3	8 414,9	9 549,8	7 344,4	106,8	Febr.
68,9	86,4	2 781,8	4 167,2	2 038,7	39,7	3 870,9	-	4 689,4	8 439,8	9 567,9	7 417,2	106,3	März
71,2	87,9	2 784,0	4 207,4	2 043,0	5,4	3 906,2	-	4 723,0	8 480,7	9 637,3	7 442,3	107,4	April
74,4	84,8	2 813,0	4 343,5	2 070,8	- 22,3	4 051,8	-	4 710,8	8 486,8	9 678,8	7 502,0	106,8	Mai
95,9	80,4	2 815,0	4 124,3	2 086,1	- 4,9	3 862,7	-	4 765,2	8 516,3	9 693,1	7 523,3	107,4	Juni
95,0	83,1	2 831,2	4 139,7	2 150,8	- 7,5	4 178,8	-	4 745,8	8 520,5	9 686,1	7 604,1	108,3	Juli
97,3	77,7	2 820,9	4 159,5	2 205,1	- 4,6	4 680,9	-	4 722,4	8 529,0	9 759,1	7 652,2	107,4	Aug.
94,8	75,7	2 844,5	4 216,8	2 183,9	- 15,5	5 182,4	-	4 748,1	8 567,1	9 804,3	7 670,5	106,6	Sept.
95,5	75,3	2 808,1	4 124,5	2 187,1	- 34,2	4 998,3	-	4 753,8	8 554,9	9 761,4	7 660,8	105,2	Okt.
90,9	82,2	2 825,5	4 148,5	2 200,8	- 23,8	4 960,6	-	4 769,5	8 564,3	9 751,2	7 683,3	108,8	Nov.
122,9	83,8	2 800,5	4 088,4	2 218,8	- 17,7	5 071,2	-	4 856,5	8 670,2	9 794,1	7 689,9	116,0	Dez.
112,8	92,7	2 791,3	4 106,8	2 273,0	- 63,6	5 200,3	-	4 802,1	8 640,0	9 752,9	7 733,2	107,7	2012 Jan.
119,6	99,7	2 769,5	4 070,9	2 291,0	- 38,4	5 161,3	-	4 775,6	8 647,8	9 778,4	7 722,7	106,5	Febr.
138,1	104,3	2 751,0	4 144,8	2 271,6	- 56,7	4 895,5	-	4 823,3	8 717,5	9 867,2	7 658,1	107,0	März
120,3	109,4	2 756,5	4 185,7	2 271,8	- 56,0	4 987,0	-	4 828,7	8 721,8	9 873,4	7 660,2	107,8	April
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
27,3	15,3	671,8	721,0	424,3	- 419,9	761,1	150,2	1 031,8	1 859,6	1 990,6	2 031,8	-	2010 März
27,5	14,7	673,7	777,7	429,9	- 411,7	753,1	151,1	1 072,5	1 881,6	2 032,7	2 037,4	-	April
26,7	15,3	692,0	847,8	431,1	- 469,8	764,6	151,7	1 085,6	1 891,9	2 044,0	2 050,0	-	Mai
23,5	13,1	693,0	807,3	431,2	- 475,4	790,2	150,9	1 087,1	1 894,5	2 041,9	2 050,6	-	Juni
25,4	14,7	669,1	784,5	426,1	- 483,3	765,7	151,2	1 086,0	1 893,7	2 034,6	2 019,1	-	Juli
33,6	13,9	673,3	797,3	433,5	- 496,8	776,1	153,2	1 091,3	1 902,4	2 062,0	2 031,3	-	Aug.
35,2	14,8	660,8	757,5	430,4	- 517,7	770,9	155,8	1 091,1	1 908,0	2 061,9	2 012,4	-	Sept.
13,0	15,2	653,9	745,2	440,6	- 414,3	771,5	156,7	1 093,3	1 912,7	2 033,8	2 012,2	-	Okt.
28,0	18,4	670,4	772,9	451,7	- 439,4	766,9	156,6	1 120,1	1 937,4	2 101,1	2 063,8	-	Nov.
27,4	15,4	665,7	736,5	450,9	- 456,6	1 660,7	157,1	1 110,2	1 944,6	2 082,5	2 058,9	-	Dez.
24,2	15,5	663,5	727,0	447,6	- 421,8	1 554,6	157,8	1 124,4	1 955,2	2 077,8	2 050,4	-	2011 Jan.
26,1	11,8	660,6	732,7	455,8	- 446,9	1 513,6	158,9	1 105,8	1 946,8	2 086,4	2 054,0	-	Febr.
23,7	12,9	649,4	672,7	455,5	- 438,1	1 442,9	159,5	1 108,6	1 954,0	2 078,0	2 040,9	-	März
19,8	13,6	645,1	694,9	457,3	- 413,4	1 448,8	160,1	1 114,2	1 969,4	2 100,4	2 036,3	-	April
19,3	14,0	648,4	698,7	456,2	- 455,5	1 498,4	161,6	1 116,0	1 980,1	2 126,5	2 038,2	-	Mai
18,7	14,3	649,2	638,7	455,5	- 480,5	1 424,7	163,1	1 124,1	1 985,8	2 131,5	2 038,3	-	Juni
22,2	14,0	648,2	647,7	467,3	- 484,9	1 550,9	164,9	1 119,7	1 993,8	2 127,1	2 048,9	-	Juli
25,2	13,6	643,8	699,8	483,8	- 542,9	1 720,9	167,5	1 131,9	2 011,7	2 158,1	2 065,6	-	Aug.
21,8	11,9	653,4	738,9	476,2	- 600,2	1 871,4	170,7	1 140,5	2 031,7	2 178,3	2 063,4	-	Sept.
18,8	11,2	648,9	746,8	478,0	- 608,3	1 751,4	170,7	1 149,9	2 037,9	2 179,4	2 058,5	-	Okt.
22,5	11,7	655,3	769,8	478,8	- 639,8	1 744,5	170,9	1 171,5	2 061,9	2 212,1	2 062,5	-	Nov.
22,8	9,7	658,6	696,1	473,6	- 607,5	1 835,9	170,5	1 170,4	2 072,8	2 207,2	2 058,1	-	Dez.
19,7	10,3	633,1	801,2	486,8	- 614,9	1 825,4	171,0	1 170,9	2 074,3	2 195,5	2 041,5	-	2012 Jan.
20,2	11,4	635,8	815,9	493,4	- 670,9	1 783,3	172,2	1 180,3	2 082,8	2 215,4	2 047,8	-	Febr.
19,9	9,8	630,5	873,9	492,0	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,5	-	März
16,4	11,5	636,3	889,1	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,4	2 044,9	-	April

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Einlagefazilität		
Eurosystem 2)												
2010 Jan.	413,0	60,6	648,4	0,4	28,4	147,0	8,1	796,8	119,8	- 132,1	211,2	1 155,0
Febr.	425,6	59,7	662,2	0,2	33,5	168,3	13,3	783,6	122,6	- 117,5	210,9	1 162,8
März	426,9	80,5	641,1	0,9	38,0	186,4	10,5	784,6	113,2	- 119,3	211,8	1 182,9
April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	- 116,1	212,5	1 206,1
Mai	457,0	76,7	666,4	0,9	49,4	218,2	11,4	796,6	112,1	- 100,3	212,4	1 227,2
Juni	462,4	110,0	706,7	0,3	86,9	288,8	34,1	806,2	123,1	- 98,4	212,5	1 307,5
Juli	500,9	167,5	573,2	0,3	140,2	230,4	54,4	813,0	126,5	- 56,5	214,4	1 257,8
Aug.	543,4	185,4	432,2	0,1	121,4	96,7	67,5	819,3	95,2	- 11,8	215,7	1 131,7
Sept.	543,2	153,1	435,0	0,6	121,8	83,7	66,9	816,0	86,8	- 15,0	215,3	1 115,0
Okt.	531,3	164,5	392,6	0,7	128,3	68,8	64,8	814,1	96,4	- 39,8	213,1	1 096,1
Nov.	511,3	183,0	340,0	0,8	124,5	41,9	68,8	813,5	92,1	- 72,0	215,2	1 070,7
Dez.	511,1	179,5	336,3	1,9	130,4	44,7	70,8	815,9	94,4	- 79,1	212,5	1 073,1
2011 Jan.	527,5	197,0	316,6	0,5	140,9	66,5	73,5	833,9	81,3	- 85,1	212,4	1 112,8
Febr.	549,7	185,4	318,2	0,1	137,2	39,2	81,3	822,0	101,2	- 66,7	213,6	1 074,8
März	550,0	134,4	321,0	7,6	137,9	26,9	80,3	820,9	89,8	- 79,9	212,9	1 060,7
April	544,1	97,3	335,4	0,8	137,6	23,0	79,5	824,4	73,1	- 95,2	210,5	1 057,9
Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	- 111,6	209,5	1 066,1
Juni	526,8	114,7	317,9	0,0	135,5	18,4	76,2	836,6	62,6	- 107,9	209,0	1 064,0
Juli	533,6	146,0	311,6	0,2	134,2	29,5	76,9	846,2	73,4	- 111,2	210,9	1 086,6
Aug.	541,3	171,7	321,5	0,1	133,9	56,7	79,2	854,2	71,4	- 104,5	211,5	1 122,4
Sept.	540,3	135,1	389,8	0,3	178,0	121,8	109,8	853,2	52,3	- 103,0	209,5	1 184,5
Okt.	571,0	193,0	373,6	1,5	217,4	168,7	162,9	854,9	50,0	- 88,5	208,7	1 232,2
Nov.	612,1	196,1	387,1	2,8	231,9	204,6	178,0	861,4	57,9	- 80,8	208,9	1 274,8
Dez.	622,1	238,0	389,0	4,4	260,3	253,7	200,5	869,4	63,8	- 85,9	212,2	1 335,3
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Deutsche Bundesbank												
2010 Jan.	112,1	42,8	168,9	0,1	7,9	44,8	2,3	198,4	10,7	25,3	50,3	293,5
Febr.	112,3	42,2	168,6	0,1	8,9	50,3	5,2	195,6	5,4	25,4	50,2	296,1
März	112,6	51,8	157,9	0,8	10,0	67,8	5,0	196,5	2,1	11,8	50,0	314,3
April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2
Mai	121,1	40,5	164,7	0,1	12,8	74,9	4,2	199,0	0,7	10,2	50,2	324,1
Juni	122,2	43,0	166,4	0,0	22,1	113,1	17,1	201,5	0,8	- 29,2	50,5	365,0
Juli	133,9	55,2	112,8	0,1	32,7	81,0	22,3	202,5	0,4	- 22,7	51,2	334,7
Aug.	145,8	61,7	52,8	0,1	28,4	32,7	20,7	204,2	0,5	- 21,6	52,3	289,2
Sept.	145,5	52,6	50,3	0,2	28,4	24,8	26,5	204,2	0,5	- 30,9	52,0	280,9
Okt.	142,2	54,4	40,5	0,1	29,3	27,0	32,4	204,0	0,5	- 48,3	51,0	281,9
Nov.	136,7	63,7	28,9	0,0	28,8	21,2	35,7	202,9	0,4	- 53,6	51,5	275,5
Dez.	136,5	60,5	32,5	0,1	29,3	21,2	41,0	203,3	0,2	- 57,7	51,0	275,5
2011 Jan.	141,9	55,2	34,1	0,1	31,2	28,2	42,0	207,7	0,3	- 66,9	51,3	287,2
Febr.	148,1	44,6	44,0	0,0	31,6	19,8	43,0	204,6	0,2	- 51,0	51,8	276,2
März	148,4	31,3	44,7	0,0	31,7	14,6	48,4	204,8	0,2	- 63,7	51,8	271,2
April	146,6	24,1	45,5	0,0	31,9	13,6	38,9	205,2	0,2	- 61,5	51,7	270,4
Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	- 68,2	51,4	269,8
Juni	142,5	10,6	41,5	0,0	31,7	8,1	33,4	208,7	0,3	- 75,8	51,7	268,4
Juli	144,3	22,8	35,8	0,0	31,4	11,1	36,4	211,1	0,3	- 77,3	52,6	274,8
Aug.	146,7	13,6	36,5	0,0	31,3	15,4	35,2	213,0	0,2	- 88,4	52,7	281,1
Sept.	146,7	6,6	33,6	0,0	42,3	27,8	60,2	213,4	0,3	- 124,3	51,8	293,0
Okt.	155,5	10,7	20,8	0,0	52,3	41,5	86,8	213,5	0,3	- 155,0	52,2	307,2
Nov.	167,5	4,0	18,0	0,1	55,7	55,0	87,9	213,8	0,2	- 164,5	53,0	321,8
Dez.	168,7	3,0	17,6	0,1	63,2	60,4	126,2	216,3	0,7	- 205,5	54,4	331,2
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 5,4	+ 4,8	+ 55,0	- 0,3	+ 3,8	+ 81,3	- 1,8	+ 21,6	- 30,3	- 1,9	- 0,2	+ 102,7	2010 Jan.
+ 12,6	- 0,9	+ 13,8	- 0,2	+ 5,1	+ 21,3	+ 5,2	- 13,2	+ 2,8	+ 14,6	- 0,3	+ 7,8	Febr.
+ 1,3	+ 20,8	- 21,1	+ 0,7	+ 4,5	+ 18,1	- 2,8	+ 1,0	- 9,4	- 1,8	+ 0,9	+ 20,1	März
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	April
+ 17,2	- 1,0	+ 15,9	+ 0,5	+ 5,8	+ 17,5	+ 3,0	+ 3,7	- 1,5	+ 15,8	- 0,1	+ 21,1	Mai
+ 5,4	+ 33,3	+ 40,3	- 0,6	+ 37,5	+ 70,6	+ 22,7	+ 9,6	+ 11,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 80,3	Juni
+ 38,5	+ 57,5	- 133,5	- 0,0	+ 53,3	- 58,4	+ 20,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 41,9	+ 1,9	- 49,7	Juli
+ 42,5	+ 17,9	- 141,0	- 0,2	- 18,8	- 133,7	+ 13,1	+ 6,3	- 31,3	+ 44,7	+ 1,3	- 126,1	Aug.
- 0,2	- 32,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,4	- 13,0	- 0,6	- 3,3	- 8,4	- 3,2	- 0,4	- 16,7	Sept.
- 11,9	+ 11,4	- 42,4	+ 0,1	+ 6,5	- 14,9	- 2,1	- 1,9	+ 9,6	- 24,8	- 2,2	- 18,9	Okt.
- 20,0	+ 18,5	- 52,6	+ 0,1	- 3,8	- 26,9	+ 4,0	- 0,6	- 4,3	- 32,2	+ 2,1	- 25,4	Nov.
- 0,2	- 3,5	- 3,7	+ 1,1	+ 5,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	- 7,1	- 2,7	+ 2,4	Dez.
+ 16,4	+ 17,5	- 19,7	- 1,4	+ 10,5	+ 21,8	+ 2,7	+ 18,0	- 13,1	- 6,0	- 0,1	+ 39,7	2011 Jan.
+ 22,2	- 11,6	+ 1,6	- 0,4	- 3,7	- 27,3	+ 7,8	- 11,9	+ 19,9	+ 18,4	+ 1,2	- 38,0	Febr.
+ 0,3	- 51,0	+ 2,8	+ 7,5	+ 0,7	- 12,3	- 1,0	- 1,1	- 11,4	- 13,2	- 0,7	- 14,1	März
- 5,9	- 37,1	+ 14,4	- 6,8	- 0,3	- 3,9	- 0,8	+ 3,5	- 16,7	- 15,3	- 2,4	- 2,8	April
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	Mai
+ 0,9	+ 5,5	- 2,6	- 0,4	- 1,1	- 4,4	- 0,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,7	- 0,5	- 2,1	Juni
+ 6,8	+ 31,3	- 6,3	+ 0,2	- 1,3	+ 11,1	+ 0,7	+ 9,6	+ 10,8	- 3,3	+ 1,9	+ 22,6	Juli
+ 7,7	+ 25,7	+ 9,9	- 0,1	- 0,3	+ 27,2	+ 2,3	+ 8,0	- 2,0	+ 6,7	+ 0,6	+ 35,8	Aug.
- 1,0	- 36,6	+ 68,3	+ 0,2	+ 44,1	+ 65,1	+ 30,6	- 1,0	- 19,1	+ 1,5	- 2,0	+ 62,1	Sept.
+ 30,7	+ 57,9	- 16,2	+ 1,2	+ 39,4	+ 46,9	+ 53,1	+ 1,7	- 2,3	+ 14,5	- 0,8	+ 47,7	Okt.
+ 41,1	+ 3,1	+ 13,5	+ 1,3	+ 14,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 6,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 42,6	Nov.
+ 10,0	+ 41,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 28,4	+ 49,1	+ 22,5	+ 8,0	+ 5,9	- 5,1	+ 3,3	+ 60,5	Dez.
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+ 145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+ 132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+ 150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
Deutsche Bundesbank												
- 4,2	+ 9,1	- 2,2	- 0,5	+ 0,7	+ 19,1	- 0,4	+ 5,1	- 8,1	- 12,6	- 0,2	+ 24,0	2010 Jan.
+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,5	+ 3,0	- 2,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	Febr.
+ 0,3	+ 9,6	- 10,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 17,4	- 0,3	+ 0,9	- 3,3	- 13,6	- 0,1	+ 18,2	März
+ 3,6	+ 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	April
+ 4,9	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,1	+ 5,9	Mai
+ 1,1	+ 2,5	+ 1,7	- 0,0	+ 9,3	+ 38,2	+ 12,9	+ 2,5	+ 0,1	- 39,4	+ 0,3	+ 40,9	Juni
+ 11,7	+ 12,2	- 53,6	+ 0,0	+ 10,7	- 32,1	+ 5,1	+ 1,0	- 0,4	+ 6,5	+ 0,8	- 30,3	Juli
+ 11,9	+ 6,6	- 60,0	+ 0,0	- 4,3	- 48,3	- 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 45,6	Aug.
- 0,3	- 9,1	- 2,5	+ 0,1	+ 0,0	- 7,9	+ 5,8	+ 0,0	- 0,1	- 9,3	- 0,3	- 8,3	Sept.
- 3,3	+ 1,8	- 9,8	- 0,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,9	- 0,2	- 0,0	- 17,4	- 1,0	+ 1,0	Okt.
- 5,6	+ 9,3	- 11,6	- 0,1	- 0,5	- 5,8	+ 3,3	- 1,1	- 0,1	- 5,3	+ 0,5	- 6,4	Nov.
- 0,2	- 3,1	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 5,3	+ 0,5	- 0,2	- 4,1	- 0,5	- 0,0	Dez.
+ 5,5	- 5,4	+ 1,5	- 0,0	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 0,0	- 9,2	+ 0,4	+ 11,6	2011 Jan.
+ 6,2	- 10,6	+ 9,9	- 0,1	+ 0,3	- 8,4	+ 0,9	- 3,1	- 0,0	+ 15,9	+ 0,5	- 11,0	Febr.
+ 0,3	- 13,3	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 12,7	- 0,1	- 5,0	März
- 1,8	- 7,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	- 9,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 0,0	- 0,7	April
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	Mai
+ 0,2	- 7,3	- 6,3	- 0,2	- 0,2	- 2,7	- 4,7	+ 1,1	- 0,1	- 7,6	+ 0,2	- 1,4	Juni
+ 1,7	+ 12,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 6,4	Juli
+ 2,4	- 9,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 4,3	- 1,2	+ 1,9	- 0,1	- 11,1	+ 0,1	+ 6,3	Aug.
+ 0,0	- 6,9	- 2,9	+ 0,0	+ 11,0	+ 12,4	+ 25,0	+ 0,4	+ 0,1	- 35,9	- 0,9	+ 12,0	Sept.
+ 8,8	+ 4,1	- 12,8	+ 0,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 26,6	+ 0,1	- 0,0	- 30,7	+ 0,3	+ 14,2	Okt.
+ 12,0	- 6,7	- 2,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	- 9,5	+ 0,9	+ 14,6	Nov.
+ 1,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 7,5	+ 5,5	+ 38,4	+ 2,5	+ 0,5	- 41,0	+ 1,4	+ 9,4	Dez.
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	- 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2011 Sept. 30.	3) 2 288,6	3) 420,0	3) 226,5	3) 80,4	3) 146,1	3) 35,3	19,7	19,7	–
Okt. 7.	2 295,7	419,8	226,8	80,4	146,4	34,6	20,4	20,4	–
14.	2 310,9	419,8	227,1	80,4	146,7	32,2	19,8	19,8	–
21.	2 313,2	419,8	226,9	80,4	146,5	32,5	21,6	21,6	–
28.	2 333,4	419,8	228,5	80,4	148,1	32,7	26,7	26,7	–
Nov. 4.	2 328,6	419,8	229,8	80,3	149,5	31,8	27,3	27,3	–
11.	2 343,5	419,8	229,2	80,2	149,0	32,5	28,3	28,3	–
18.	2 393,4	419,8	229,4	80,4	149,0	33,1	28,8	28,8	–
25.	2 419,5	419,8	229,9	80,4	149,5	33,8	29,0	29,0	–
Dez. 2.	2 435,7	419,8	231,9	80,4	151,5	32,3	28,3	28,3	–
9.	2 460,8	419,8	234,0	81,3	152,7	70,1	28,3	28,3	–
16.	2 493,8	419,8	235,7	83,2	152,5	73,0	30,5	30,5	–
23.	2 733,2	419,8	236,8	83,5	153,3	95,4	26,0	26,0	–
30.	3) 2 735,6	3) 423,5	3) 244,6	3) 85,7	3) 159,0	3) 98,2	25,4	25,4	–
2012 Jan. 6.	2 687,9	423,5	246,0	85,7	160,4	95,6	24,6	24,6	–
13.	2 677,0	423,5	246,0	85,7	160,4	94,5	23,5	23,5	–
20.	2 706,2	423,5	245,3	85,7	159,6	94,5	25,7	25,7	–
27.	2 682,6	423,4	245,0	85,7	159,3	96,7	25,0	25,0	–
Febr. 3.	2 662,1	423,4	246,0	85,7	160,3	100,4	24,2	24,2	–
10.	2 655,8	423,4	245,1	85,5	159,6	100,6	23,9	23,9	–
17.	2 663,3	423,4	245,8	85,5	160,3	99,6	23,5	23,5	–
24.	2 692,6	423,4	245,3	85,5	159,8	99,9	23,8	23,8	–
2012 März 2.	3 023,2	423,4	247,0	86,8	160,1	72,1	23,3	23,3	–
9.	3 005,8	423,4	247,0	86,9	160,1	70,4	20,4	20,4	–
16.	2 986,3	423,4	246,6	86,8	159,7	71,4	18,0	18,0	–
23.	2 982,8	423,5	247,5	87,1	160,4	70,8	18,6	18,6	–
30.	3) 2 964,4	3) 432,7	3) 238,5	3) 85,2	3) 153,3	3) 55,2	18,4	18,4	–
April 6.	2 965,3	432,7	240,3	85,3	155,0	53,8	19,9	19,9	–
13.	2 974,9	432,7	239,7	86,1	153,6	54,5	20,1	20,1	–
20.	2 967,1	432,7	240,4	86,1	154,3	54,6	19,3	19,3	–
27.	2 962,1	432,7	241,2	86,2	155,1	52,4	20,3	20,3	–
Mai 4.	2 960,3	432,7	242,0	86,0	156,0	52,0	20,1	20,1	–
11.	2 971,5	432,7	242,1	86,0	156,1	51,5	19,5	19,5	–
18.	2 975,3	432,7	242,2	86,1	156,2	51,0	19,0	19,0	–
25.	2 980,3	432,7	242,9	86,0	156,8	48,2	17,5	17,5	–
Juni 1.	3 002,6	423,7	243,6	86,1	157,5	49,1	17,6	17,6	–
Deutsche Bundesbank									
2010 Juli	625,3	110,6	49,9	19,1	30,8	0,2	–	–	–
Aug.	624,7	110,6	49,8	19,0	30,7	0,0	–	–	–
Sept.	3) 623,2	3) 105,1	3) 45,7	3) 18,2	3) 27,5	–	–	–	–
Okt.	619,1	105,1	45,5	18,1	27,4	–	–	–	–
Nov.	621,0	105,1	45,4	17,9	27,5	–	–	–	–
Dez.	3) 671,2	3) 115,4	3) 46,7	3) 18,7	3) 28,0	–	–	–	–
2011 Jan.	628,7	115,4	46,9	18,9	27,9	–	–	–	–
Febr.	639,5	115,4	46,9	18,9	28,0	–	–	–	–
März	3) 632,2	3) 110,1	3) 45,6	3) 19,3	3) 26,3	–	–	–	–
April	610,1	110,1	46,1	19,3	26,9	–	–	–	–
Mai	611,3	110,1	46,1	19,3	26,9	–	–	–	–
Juni	3) 632,3	3) 114,1	3) 45,7	3) 19,1	3) 26,6	–	–	–	–
Juli	629,0	114,1	46,1	19,7	26,4	–	–	–	–
Aug.	679,1	114,1	46,0	19,7	26,3	–	–	–	–
Sept.	3) 764,6	3) 131,9	3) 49,5	3) 20,9	3) 28,7	–	–	–	–
Okt.	772,8	131,7	49,5	20,9	28,6	0,5	–	–	–
Nov.	812,7	131,7	49,2	20,9	28,3	0,5	–	–	–
Dez.	3) 837,6	3) 132,9	3) 51,7	3) 22,3	3) 29,4	18,1	–	–	–
2012 Jan.	860,1	132,9	51,9	22,3	29,6	11,6	–	–	–
Febr.	910,9	132,9	52,4	22,6	29,8	14,3	–	–	–
März	3) 1 002,8	3) 135,8	3) 50,9	3) 22,2	3) 28,7	8,9	–	–	–
April	1 031,3	135,8	51,4	22,4	29,1	8,3	–	–	–
Mai	1 087,0	135,8	51,6	22,3	29,3	6,9	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wert-

papiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾				
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerooperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere							
Eurosystem ²⁾																	
588,8	208,3	378,9	–	–	1,4	0,1	52,3	3)	556,7	219,9	3)	336,7	34,0	3)	355,3	2011 Sept.	30.
580,7	198,9	378,9	–	–	2,8	0,0	68,3		560,7	222,3		338,5	34,0		350,3	Okt.	7.
586,6	204,9	379,5	–	–	2,2	0,0	78,2		562,4	224,5		337,9	34,0		350,7		14.
585,2	201,2	379,5	–	–	4,6	0,0	79,7		567,2	228,7		338,5	34,0		346,2		21.
596,4	197,4	396,0	–	–	2,9	0,2	85,0		571,3	232,7		338,6	34,0		338,9		28.
580,0	182,8	396,0	–	–	1,2	0,0	85,5		578,4	242,2		336,2	34,0		342,0	Nov.	4.
589,2	194,8	392,5	–	–	2,0	0,0	89,1		581,2	246,1		335,2	34,0		340,2		11.
625,5	230,3	392,5	–	–	2,7	0,1	90,7		590,6	254,4		336,2	34,0		341,6		18.
641,4	247,2	392,5	–	–	1,7	0,1	93,2		600,9	263,3		337,6	34,0		337,4		25.
656,0	265,5	383,1	–	–	7,0	0,5	92,4		605,7	267,6		338,1	33,9		335,2	Dez.	2.
642,6	252,1	383,0	–	–	7,4	0,1	90,0		606,7	268,7		338,0	33,9		335,3		9.
665,0	291,6	368,6	–	–	4,5	0,2	89,6		610,2	272,5		337,7	33,9		336,2		16.
879,1	169,0	703,9	–	–	6,1	0,1	95,0		610,6	273,0		337,6	33,9		336,6		23.
863,6	144,8	703,9	–	–	14,8	0,1	78,7		618,6	273,9	3)	344,8	33,9	3)	349,2		30.
836,0	130,6	703,9	–	–	1,4	0,1	66,8		619,0	274,8		344,1	33,9		342,5	2012 Jan.	6.
817,3	110,9	703,9	–	–	2,4	0,1	69,5		623,0	278,8		344,2	33,9		345,7		13.
831,7	126,9	701,5	–	–	3,3	0,1	75,6		624,0	282,2		341,8	33,9		352,0		20.
809,2	130,3	676,5	–	–	2,4	0,1	72,3		624,8	282,6		342,3	33,9		352,2		27.
795,0	115,6	676,5	–	–	2,8	0,1	73,3		623,2	282,5		340,7	31,2		345,4	Febr.	3.
787,3	109,5	676,5	–	–	1,2	0,1	70,3		624,3	282,7		341,6	31,2		349,6		10.
796,3	142,8	652,1	–	–	1,4	0,0	69,2		624,7	283,0		341,6	31,2		349,5		17.
819,7	166,5	652,1	–	–	1,0	0,1	64,7		626,5	283,6		342,9	31,2		358,2		24.
1 130,4	29,5	1 100,1	–	–	0,8	0,0	59,3		631,7	284,1		347,6	31,2		404,9	2012 März	2.
1 118,3	17,5	1 100,1	–	–	0,6	0,0	57,9		631,1	283,0		348,1	31,2		406,2		9.
1 149,5	42,2	1 095,5	–	–	11,8	0,0	55,3		630,4	283,4		347,0	31,2		360,5		16.
1 155,9	59,5	1 095,5	–	–	0,8	0,0	57,7		626,3	279,3		346,9	31,2		351,5		23.
1 153,6	61,1	1 090,9	–	–	1,6	–	59,6	3)	627,5	3)	3)	347,3	31,1	3)	348,0		30.
1 154,5	62,6	1 090,9	–	–	1,0	–	60,8		628,0	280,4		347,5	31,1		344,3	April	6.
1 148,0	55,4	1 090,6	–	–	2,0	–	62,5		627,7	280,7		347,0	31,1		358,5		13.
1 142,7	51,8	1 090,6	–	–	0,3	0,0	183,7		609,7	281,1		328,5	31,1		252,9		20.
1 139,4	46,4	1 092,4	–	–	0,6	0,0	184,7		608,3	281,6		326,7	31,1		251,9		27.
1 117,1	34,4	1 081,6	–	–	1,1	–	204,7		607,2	281,7		325,5	30,6		254,0	Mai	4.
1 124,1	39,3	1 083,2	–	–	1,6	–	208,4		607,6	282,0		325,6	30,6		255,0		11.
1 127,0	43,0	1 083,2	–	–	0,8	0,0	212,5		604,7	280,2		324,5	30,6		255,6		18.
1 101,7	37,9	1 061,8	–	–	2,1	0,0	246,6		605,1	280,6		324,5	30,6		255,0		25.
1 115,5	51,2	1 063,6	–	–	0,7	0,0	250,6		605,1	280,8		324,3	30,6		257,8	Juni	1.
Deutsche Bundesbank																	
115,0	61,7	53,3	–	–	0,0	–	9,3		33,7	28,4		5,3	4,4		302,3	2010 Juli	
103,8	52,9	50,3	–	–	0,6	–	8,7		33,7	28,4		5,3	4,4		313,8	Aug.	
85,3	56,4	24,0	4,1	–	0,8	–	8,9		33,9	28,6		5,3	4,4	3)	339,9	Sept.	
103,0	69,1	33,8	–	–	0,2	–	10,6		34,0	28,7		5,3	4,4		316,5	Okt.	
93,0	59,1	33,8	–	–	0,0	–	9,1		34,7	29,5		5,3	4,4		329,3	Nov.	
103,1	68,4	33,5	1,2	–	–	–	9,6		36,1	30,9		5,2	4,4		355,9	Dez.	
82,5	37,8	44,4	–	–	0,3	–	10,0		36,8	31,6		5,2	4,4		332,7	2011 Jan.	
74,9	29,8	45,1	–	–	0,0	–	10,0		37,1	31,8		5,2	4,4		350,9	Febr.	
71,7	25,5	46,1	–	–	0,1	–	9,6		37,2	31,9		5,2	4,4		353,5	März	
64,8	18,7	46,1	–	–	0,0	–	8,3		37,0	31,9		5,1	4,4		339,3	April	
52,1	10,9	41,3	–	–	0,2	–	7,7		36,8	31,7		5,1	4,4		353,9	Mai	
57,8	21,8	35,9	–	–	0,0	–	6,7		36,5	31,4		5,1	4,4		366,9	Juni	
45,8	9,8	36,0	–	–	0,0	–	8,1		36,4	31,3		5,1	4,4		374,0	Juli	
37,6	3,5	34,0	–	–	0,0	–	7,8		48,4	43,5		4,9	4,4		420,9	Aug.	
31,1	12,6	18,4	–	–	0,0	–	9,7		57,8	52,9		4,9	4,4		480,2	Sept.	
21,3	3,5	17,7	–	–	0,1	–	8,5		60,8	55,9		4,9	4,4		496,1	Okt.	
21,6	3,8	17,7	–	–	0,1	–	9,2		70,1	65,2		4,9	4,4		525,9	Nov.	
55,8	8,6	47,1	–	–	0,0	–	8,5		71,9	67,0		4,9	4,4		494,3	Dez.	
48,6	2,0	46,6	–	–	0,0	–	8,4		74,1	69,2		4,9	4,4		528,2	2012 Jan.	
48,0	0,9	46,6	0,5	–	0,0	–	8,5		73,9	69,1		4,8	4,4		576,4	Febr.	
74,6	1,2	73,2	–	–	0,1	–	9,4		73,5	68,7		4,8	4,4		645,3	März	
74,9	1,2	73,7	–	–	0,0	–	10,1		73,5	68,7		4,8	4,4		672,8	April	
79,7	3,6	76,1	–	–	0,0	–	8,0		73,4	68,6		4,8	4,4		727,0	Mai	

Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB. **3** Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve-guthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung	Einlagen aus dem Margen-ausgleich			insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
Eurosystem 4)													
2011 Sept. 30.	5) 2 288,6	857,4	563,0	204,9	199,6	156,5	–	2,0	3,3	–	59,7	51,6	8,1
Okt. 7.	2 295,7	859,6	571,5	154,1	255,6	160,5	–	1,3	2,0	–	62,4	54,3	8,1
14.	2 310,9	859,5	598,0	298,6	136,2	163,0	–	0,2	3,5	–	53,3	45,2	8,1
21.	2 313,2	858,3	580,3	213,1	202,1	165,0	–	0,2	3,7	–	77,2	69,2	8,0
28.	2 333,4	863,1	596,6	178,7	248,1	169,5	–	0,3	3,5	–	75,1	66,8	8,3
Nov. 4.	2 328,6	867,1	601,0	135,3	288,4	173,5	–	3,8	4,1	–	58,7	51,0	7,7
11.	2 343,5	866,5	623,2	294,9	144,7	183,0	–	0,6	2,6	–	57,9	49,8	8,1
18.	2 393,4	865,1	661,9	236,5	236,8	187,0	–	1,6	7,2	–	65,3	57,4	7,9
25.	2 419,5	865,1	663,6	211,9	256,3	194,5	–	1,0	1,9	–	97,0	88,9	8,1
Dez. 2.	2 435,7	874,0	708,0	180,7	332,7	194,2	–	0,3	1,6	–	63,1	53,6	9,5
9.	2 460,8	879,6	681,5	139,2	334,9	207,0	–	0,3	2,7	–	70,5	61,5	9,0
16.	2 493,8	882,6	719,9	298,1	214,1	207,5	–	0,2	3,2	–	55,3	45,8	9,5
23.	2 733,2	890,9	888,2	265,0	411,8	211,0	–	0,4	3,4	–	77,5	66,0	11,5
30.	5) 2 735,6	888,7	849,5	223,5	413,9	211,0	–	1,1	2,4	–	79,6	65,5	14,1
2012 Jan. 6.	2 687,9	883,7	832,4	156,5	463,6	211,5	–	0,8	1,1	–	90,7	79,6	11,1
13.	2 677,0	876,6	840,8	132,5	493,3	213,0	–	2,0	1,4	–	87,5	76,5	11,0
20.	2 706,2	871,8	845,3	134,7	491,8	217,0	–	1,8	1,5	–	108,9	98,8	10,1
27.	2 682,6	869,2	797,9	88,9	488,9	219,0	–	1,0	1,7	–	136,1	125,9	10,2
Febr. 3.	2 662,1	871,5	815,2	83,9	511,4	219,0	–	0,9	2,0	–	93,8	83,6	10,2
10.	2 655,8	870,0	812,1	83,2	507,9	219,0	–	2,0	2,2	–	94,3	84,1	10,1
17.	2 663,3	869,4	807,2	132,5	454,4	219,5	–	0,9	1,9	–	110,6	100,5	10,1
24.	2 692,6	867,4	793,4	93,7	477,3	219,5	–	2,9	2,3	–	153,6	142,2	11,4
2012 März 2.	3 023,2	870,6	1 148,9	91,4	820,8	219,5	–	17,1	7,4	–	147,1	135,4	11,8
9.	3 005,8	870,6	1 132,7	97,9	798,0	219,5	–	17,3	7,4	–	146,0	134,3	11,7
16.	2 986,3	869,1	1 109,1	132,2	758,8	218,0	–	0,2	1,5	–	153,0	138,9	14,0
23.	2 982,8	867,1	1 092,9	89,3	785,4	218,0	–	0,2	1,6	–	167,9	156,5	11,4
30.	5) 2 964,4	869,9	1 101,2	108,7	778,7	213,5	–	0,3	2,1	–	149,6	137,5	12,1
April 6.	2 965,3	880,9	1 085,0	86,0	784,8	213,5	–	0,7	2,3	–	157,6	146,0	11,6
13.	2 974,9	874,3	1 086,2	129,0	742,8	214,0	–	0,4	2,4	–	169,8	158,8	11,0
20.	2 967,1	869,7	1 084,2	93,5	775,7	214,0	–	1,0	2,4	–	166,6	155,3	11,3
27.	2 962,1	872,7	1 099,5	91,3	794,0	214,0	–	0,3	2,4	–	140,6	129,9	10,7
Mai 4.	2 960,3	876,1	1 112,8	96,9	801,5	214,0	–	0,5	2,3	–	119,9	108,5	11,4
11.	2 971,5	875,2	1 125,0	146,8	763,1	214,0	–	1,1	7,6	–	110,6	99,7	10,9
18.	2 975,3	878,3	1 107,2	102,5	789,7	214,0	–	1,0	8,5	–	125,1	114,0	11,1
25.	2 980,3	879,7	1 062,8	90,0	760,1	212,0	–	0,6	3,3	–	153,9	143,0	11,0
Juni 1.	3 002,6	884,9	1 091,7	94,0	785,0	212,0	–	0,7	3,4	–	129,0	118,1	10,9
Deutsche Bundesbank													
2010 Juli	625,3	204,8	115,9	61,8	34,7	19,4	–	–	–	–	1,0	0,5	0,5
Aug.	624,7	203,2	115,3	62,4	29,8	23,1	–	–	–	–	1,0	0,6	0,4
Sept. 5)	623,2	203,0	121,3	64,9	28,2	28,2	–	–	–	–	1,0	0,6	0,4
Okt.	619,1	203,5	114,4	62,1	20,8	31,4	–	–	–	–	0,9	0,2	0,7
Nov.	621,0	203,9	116,9	54,8	23,7	38,4	–	–	–	–	0,9	0,2	0,6
Dez. 5)	671,2	209,6	146,4	71,4	38,5	36,5	–	–	–	–	0,9	0,2	0,8
2011 Jan.	628,7	204,5	109,4	50,5	16,6	42,3	–	–	–	–	2,0	0,2	1,8
Febr.	639,5	204,2	120,7	58,2	13,0	49,5	–	–	–	–	0,6	0,2	0,5
März 5)	632,2	205,2	119,9	63,9	17,1	38,9	–	–	–	–	0,6	0,2	0,5
April	610,1	207,8	95,9	47,9	11,7	36,3	–	–	–	–	0,8	0,4	0,4
Mai	611,3	208,6	95,0	54,3	7,7	32,9	–	–	–	–	0,6	0,2	0,4
Juni 5)	632,3	210,9	108,5	63,3	8,7	36,5	–	–	–	–	1,1	0,2	0,9
Juli	629,0	213,1	100,3	52,5	13,2	34,6	–	–	–	–	0,6	0,2	0,4
Aug.	679,1	211,6	145,5	60,5	16,0	68,9	–	–	–	–	0,7	0,2	0,4
Sept. 5)	764,6	213,5	205,5	69,8	56,8	78,8	–	–	–	–	0,9	0,3	0,6
Okt.	772,8	215,2	212,1	59,9	58,4	93,9	–	–	–	–	1,1	0,4	0,7
Nov.	812,7	216,1	249,8	49,6	58,2	142,0	–	–	–	–	1,5	0,8	0,7
Dez. 5)	837,6	221,3	228,9	76,4	66,1	86,4	–	–	–	–	5,5	0,7	4,8
2012 Jan.	860,1	216,3	294,1	34,6	119,7	139,7	–	–	–	–	1,4	0,7	0,7
Febr.	910,9	216,0	342,5	29,9	166,4	146,2	–	–	–	–	2,8	0,8	2,0
März 5)	1 002,8	216,6	424,5	30,9	248,2	145,4	–	–	–	–	3,4	0,8	2,6
April	1 031,3	217,6	452,3	33,0	276,9	142,4	–	–	0,0	–	2,0	0,7	1,3
Mai	1 087,0	219,9	464,8	33,4	275,0	156,3	–	–	0,0	–	2,6	0,6	2,0

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾						
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II												
Eurosystem ⁴⁾																
50,0	2,5	5)	13,8	5)	13,8	–	5)	54,5	5)	219,6	–	5)	383,3	81,5	2011 Sept.	30.
48,3	3,7		12,3		12,3	–		54,5		216,8	–		383,3	81,5	Okt.	7.
48,3	2,5		10,4		10,4	–		54,5		216,0	–		383,3	81,5		14.
48,2	1,9		11,0		11,0	–		54,5		213,2	–		383,3	81,5		21.
49,6	2,8		11,4		11,4	–		54,5		212,1	–		383,3	81,5		28.
49,4	2,7		11,5		11,5	–		54,5		214,9	–		383,3	81,5	Nov.	4.
51,9	4,0		9,9		9,9	–		54,5		208,4	–		383,3	81,5		11.
51,5	3,7		9,6		9,6	–		54,5		209,9	–		383,3	81,5		18.
51,4	1,8		11,8		11,8	–		54,5		207,7	–		383,3	81,5		25.
51,2	4,4		8,9		8,9	–		54,5		205,3	–		383,3	81,5	Dez.	2.
88,9	4,0		9,0		9,0	–		54,5		205,4	–		383,3	81,5		9.
92,8	4,2		8,6		8,6	–		54,5		208,1	–		383,3	81,5		16.
132,2	5,1		8,6		8,6	–		54,5		208,0	–		383,3	81,5		23.
156,9	4,6		9,0		9,0	–	5)	55,9	5)	213,5	–	5)	394,0	81,5		30.
124,4	5,6		8,4		8,4	–		55,9		210,1	–		394,0	81,5	2012 Jan.	6.
117,7	3,2		9,8		9,8	–		55,9		208,5	–		394,0	81,6		13.
118,9	2,0		10,0		10,0	–		55,9		216,4	–		394,0	81,6		20.
118,6	2,8		9,5		9,5	–		55,9		215,3	–		394,0	81,6		27.
122,5	3,5		9,6		9,6	–		55,9		212,1	–		394,0	81,9	Febr.	3.
118,8	5,0		7,3		7,3	–		55,9		214,3	–		394,0	81,9		10.
118,2	4,7		7,4		7,4	–		55,9		212,3	–		394,0	81,7		17.
115,9	4,8		7,3		7,3	–		55,9		215,9	–		394,0	82,0		24.
90,9	4,4		7,9		7,9	–		55,9		213,1	–		394,0	83,0	2012 März	2.
92,3	3,9		7,8		7,8	–		55,9		212,2	–		394,0	83,0		9.
93,4	3,9		7,4		7,4	–		55,9		216,0	–		394,0	83,0		16.
90,7	3,1		8,7		8,7	–		55,9		217,9	–		394,0	83,0		23.
79,8	3,0		7,8		7,8	–	5)	54,7	5)	212,8	–	5)	399,4	83,9		30.
74,1	4,7		7,6		7,6	–		54,7		215,2	–		399,4	83,9	April	6.
76,8	3,6		7,8		7,8	–		54,7		214,2	–		399,4	85,5		13.
76,5	3,8		8,6		8,6	–		54,7		215,7	–		399,4	85,5		20.
76,4	5,2		8,7		8,7	–		54,7		217,0	–		399,4	85,5		27.
77,5	4,6		10,0		10,0	–		54,7		217,2	–		399,4	85,5	Mai	4.
82,1	4,1		10,1		10,1	–		54,7		217,1	–		399,4	85,5		11.
85,0	4,5		9,1		9,1	–		54,7		217,9	–		399,4	85,5		18.
107,2	6,7		7,1		7,1	–		54,7		219,8	–		399,4	85,5		25.
116,4	5,5		9,3		9,3	–		54,7		222,9	–		399,4	85,4	Juni	1.
Deutsche Bundesbank																
11,2	0,0		0,3		0,3	–		14,5		12,5	–		151,2	108,8	2010 Juli	
10,5	0,0		0,5		0,5	–		14,5		12,8	–		153,2	108,8		Aug.
10,8	0,0		0,1		0,1	–	5)	13,7	5)	12,4	–	5)	155,8	99,9		Sept.
12,6	0,0		0,1		0,1	–		13,7		12,3	–		156,7	99,9		Okt.
11,0	0,0		0,2		0,2	–		13,7		12,8	–		156,6	99,9		Nov.
14,5	0,0		0,2		0,2	–		14,0		13,1	–	5)	157,1	110,5		Dez.
12,2	0,0		0,2		0,2	–		14,0		13,1	–		157,8	110,5	2011 Jan.	
12,0	0,0		0,1		0,1	–		14,0		13,5	–		158,9	110,5		Febr.
13,4	0,0		0,2		0,2	–		13,5		11,7	–	5)	159,5	103,3		März
11,7	0,0		0,3		0,3	–		13,5		11,7	–		160,1	103,3		April
11,3	0,0		0,3		0,3	–		13,5		12,1	–		161,6	103,3		Mai
10,5	0,0		0,1		0,1	–		13,3		12,7	–	5)	163,1	107,0		Juni
11,9	0,0		0,1		0,1	–		13,3		12,7	–		164,9	107,0		Juli
15,3	0,0		0,1		0,1	–		13,3		13,2	–		167,5	107,0		Aug.
13,6	0,0		0,2		0,2	–	5)	13,9		14,3	–	5)	170,7	127,1		Sept.
12,9	0,0		0,2		0,2	–		13,9		14,4	–		170,7	127,1		Okt.
13,5	0,0		0,0		0,0	–		13,9		14,9	–		170,9	127,1		Nov.
46,6	0,0		–		–	–		14,3	5)	16,2	–	5)	170,5	129,4		Dez.
11,9	0,0		0,0		0,0	–		14,3		16,5	–		171,0	129,4	2012 Jan.	
11,7	0,0		0,3		0,3	–		14,3		16,7	–		172,2	129,4		Febr.
15,9	0,0		0,2		0,2	–		14,0		16,9	–	5)	175,5	130,8		März
14,2	0,0		0,4		0,4	–		14,0		17,5	–		177,6	130,8		April
52,0	0,0		0,4		0,4	–		14,0		18,2	–		179,3	130,8		Mai

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB. ⁵ Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unter- nehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2	
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8	
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3	
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 629,2	2 357,5	
2010	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2010 Juli	7 438,3	14,7	2 457,9	1 777,3	1 234,5	542,8	680,6	473,5	207,1	3 654,1	3 219,4	2 680,5	2 364,5	
Aug.	7 517,6	14,5	2 489,7	1 792,7	1 252,0	540,6	697,1	488,6	208,4	3 667,0	3 229,6	2 688,4	2 373,2	
Sept.	7 387,2	14,9	2 447,4	1 780,3	1 245,4	535,0	667,0	460,9	206,1	3 642,6	3 209,0	2 665,8	2 353,9	
Okt.	7 397,5	15,2	2 353,9	1 759,6	1 246,2	513,4	594,3	389,3	205,0	3 758,9	3 327,9	2 675,0	2 360,5	
Nov.	7 508,4	14,8	2 376,9	1 776,3	1 259,7	516,5	600,7	397,7	203,0	3 804,8	3 368,9	2 704,7	2 389,3	
Dez.	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7	
2011 Jan.	8 183,8	14,1	2 322,8	1 748,8	1 239,7	509,1	573,9	374,7	199,2	3 748,8	3 322,9	2 684,7	2 356,7	
Febr.	8 142,3	14,5	2 332,2	1 751,5	1 243,1	508,4	580,6	380,6	200,1	3 745,3	3 322,0	2 697,7	2 377,4	
März	7 955,1	14,5	2 294,6	1 735,4	1 233,8	501,6	559,2	363,4	195,8	3 711,8	3 293,5	2 680,7	2 358,7	
April	7 997,9	15,6	2 270,7	1 702,2	1 203,3	498,8	568,6	371,7	196,9	3 736,5	3 307,8	2 703,7	2 360,9	
Mai	8 045,9	15,5	2 281,5	1 702,0	1 201,3	500,7	579,5	377,0	202,5	3 714,4	3 289,2	2 694,7	2 376,5	
Juni	7 885,8	15,2	2 268,6	1 696,4	1 206,0	490,5	572,2	372,2	200,0	3 690,4	3 269,3	2 681,2	2 374,9	
Juli	8 001,0	15,2	2 258,5	1 688,2	1 202,0	486,2	570,2	372,7	197,6	3 692,8	3 270,6	2 685,7	2 379,2	
Aug.	8 263,5	14,7	2 337,8	1 750,1	1 265,2	484,9	587,7	390,3	197,4	3 699,5	3 279,0	2 706,1	2 403,3	
Sept.	8 489,4	15,4	2 412,6	1 831,2	1 349,4	481,8	581,4	385,6	195,7	3 708,6	3 285,3	2 713,5	2 413,7	
Okt.	8 353,9	15,4	2 407,5	1 830,0	1 347,6	482,3	577,5	385,1	192,4	3 728,0	3 311,1	2 742,8	2 445,3	
Nov.	8 406,6	14,8	2 450,5	1 876,1	1 396,6	479,5	574,4	382,6	191,8	3 727,2	3 315,3	2 747,9	2 450,0	
Dez.	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012 Jan.	8 517,7	14,5	2 470,6	1 921,9	1 444,6	477,3	548,7	362,6	186,1	3 702,0	3 298,2	2 729,8	2 437,1	
Febr.	8 526,0	14,4	2 534,4	1 981,0	1 499,7	481,3	553,4	369,7	183,7	3 695,5	3 291,4	2 723,7	2 437,0	
März	8 522,7	15,4	2 577,6	2 037,3	1 559,1	478,2	540,3	358,1	182,2	3 698,3	3 292,5	2 722,7	2 427,8	
April	8 599,6	15,3	2 593,3	2 049,9	1 574,4	475,5	543,4	365,1	178,2	3 719,9	3 314,2	2 739,4	2 430,9	
Veränderungen 3)														
2004	209,7	- 2,1	71,6	24,0	10,9	13,1	47,6	17,1	30,5	44,0	17,4	- 0,4	- 1,3	
2005	191,4	0,1	96,5	10,3	22,8	- 12,5	86,2	48,1	38,0	59,7	14,1	37,1	15,5	
2006	353,9	1,1	81,2	0,5	28,0	- 27,6	80,8	19,5	61,3	55,9	1,5	32,5	13,2	
2007	515,3	1,5	215,6	135,5	156,2	- 20,8	80,1	44,1	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,2	
2008	314,0	- 0,1	184,4	164,2	127,3	36,9	20,2	34,6	- 14,4	140,2	102,5	130,8	65,4	
2009	- 454,8	- 0,5	- 189,5	- 166,4	- 182,1	15,8	- 23,2	- 2,5	- 20,7	17,3	38,2	16,9	6,5	
2010	- 135,1	- 0,7	- 90,6	3,0	58,3	- 55,3	- 93,6	- 78,5	- 15,1	77,5	107,1	- 13,7	0,6	
2011	61,9	- 0,1	36,3	61,9	94,7	- 32,8	- 25,6	- 11,9	- 13,7	- 51,7	- 35,3	38,6	56,7	
2010 Aug.	60,6	- 0,3	29,2	13,6	15,9	- 2,4	15,6	14,5	1,1	8,7	- 7,3	5,2	6,2	
Sept.	- 88,7	0,4	- 36,3	- 8,8	- 3,6	- 5,2	- 27,5	- 26,0	- 1,5	- 16,5	- 15,2	- 17,5	- 14,3	
Okt.	20,7	0,4	- 72,6	- 0,9	1,7	- 2,6	- 71,7	- 70,7	- 0,9	100,9	102,9	11,7	9,2	
Nov.	80,9	- 0,5	25,6	22,0	10,8	11,2	3,5	5,8	- 2,3	39,4	36,9	25,8	25,0	
Dez.	- 152,6	1,7	- 13,1	12,6	18,1	- 5,5	- 25,6	- 24,0	- 1,6	- 73,2	- 60,5	- 30,3	- 32,8	
2011 Jan.	- 106,0	- 2,4	- 35,7	- 37,3	- 36,0	- 1,2	1,5	2,9	- 1,4	29,3	24,2	19,4	5,7	
Febr.	- 39,5	0,3	10,1	3,2	3,7	- 0,5	6,9	6,1	0,9	- 1,1	0,4	14,6	22,0	
März	- 167,6	0,0	- 31,8	- 10,8	- 8,2	- 2,6	- 20,9	- 16,2	- 4,8	- 29,7	- 25,8	- 14,5	- 16,4	
April	63,2	1,2	- 21,0	- 31,7	- 29,2	- 2,5	10,8	9,6	1,2	29,0	17,1	25,6	5,1	
Mai	27,4	- 0,1	7,4	- 1,9	- 3,5	1,6	9,3	3,9	5,4	- 25,8	- 21,2	- 11,3	13,1	
Juni	- 165,7	- 0,2	- 21,0	- 14,0	4,8	- 18,7	- 7,1	- 4,6	- 2,4	- 23,0	- 19,3	- 12,9	- 1,0	
Juli	104,8	- 0,0	- 10,6	- 7,9	- 3,8	- 4,1	- 2,6	- 0,4	- 2,3	- 0,7	- 1,3	2,2	2,0	
Aug.	263,1	- 0,5	80,7	69,9	71,0	- 1,1	10,8	10,9	- 0,0	1,0	1,9	14,0	17,7	
Sept.	195,4	0,7	72,1	80,6	84,2	- 3,6	- 8,5	- 6,4	- 2,1	4,7	3,7	5,2	8,2	
Okt.	- 116,4	- 0,0	- 1,4	1,1	0,2	- 0,9	- 2,4	0,7	- 3,2	24,7	29,5	32,9	34,1	
Nov.	31,1	- 0,6	39,9	44,3	47,5	- 3,2	- 4,5	- 3,7	- 0,8	- 4,4	2,1	3,1	2,7	
Dez.	- 27,9	1,6	- 52,5	- 33,6	- 36,0	2,4	- 18,9	- 14,8	- 4,1	- 55,7	- 46,7	- 39,8	- 36,4	
2012 Jan.	132,8	- 1,9	78,4	78,4	83,0	- 4,7	0,1	0,8	- 0,8	34,8	- 31,1	- 23,8	24,2	
Febr.	20,7	- 0,1	65,8	60,4	56,0	4,4	5,5	7,8	- 2,3	- 3,2	- 4,6	- 4,1	1,7	
März	- 7,0	0,9	42,3	55,8	59,1	- 3,3	- 13,5	- 11,8	- 1,6	3,0	1,5	- 0,5	- 8,9	
April	76,8	- 0,1	18,7	15,8	18,4	- 2,6	2,9	7,0	- 4,1	19,5	19,8	14,9	1,0	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern							insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003	
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004	
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
316,0	538,9	344,7	194,2	434,7	299,9	173,2	134,8	23,9	110,9	1 048,9	810,6	262,7	2010 Juli	
315,2	541,2	344,9	196,3	437,4	303,0	173,4	134,4	23,8	110,5	1 073,1	834,1	273,3	Aug.	
312,0	543,1	346,6	196,5	433,7	294,4	166,4	139,2	25,7	113,5	1 020,8	787,3	261,6	Sept.	
314,6	652,9	350,9	302,0	431,0	289,7	162,6	141,3	25,8	115,5	1 011,3	781,3	258,2	Okt.	
315,4	664,2	427,3	237,0	435,9	299,5	167,8	136,4	25,8	110,6	1 043,4	810,3	268,5	Nov.	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	Dez.	
328,0	638,2	421,7	216,5	425,9	287,9	159,8	138,0	26,2	111,8	1 017,1	786,3	1 081,0	2011 Jan.	
320,2	624,3	410,1	214,2	423,3	285,7	158,2	137,6	26,3	111,3	1 017,4	790,0	1 033,0	Febr.	
322,1	612,8	399,4	213,4	418,3	282,2	157,2	136,2	26,4	109,7	978,6	748,1	955,6	März	
342,8	604,1	388,4	215,7	428,7	291,9	165,1	136,8	26,4	110,4	1 013,2	787,6	961,8	April	
318,2	594,5	377,9	216,6	425,2	288,0	161,4	137,2	26,2	111,0	1 028,3	796,9	1 006,2	Mai	
306,3	588,2	374,6	213,6	421,1	287,2	161,2	133,9	25,9	108,0	984,4	753,6	927,1	Juni	
306,5	584,9	374,5	210,4	422,3	283,5	161,6	138,8	31,3	107,5	986,6	757,8	1 047,9	Juli	
302,8	572,9	365,2	207,7	420,5	281,9	162,6	138,5	31,0	107,5	1 004,6	779,9	1 206,8	Aug.	
299,9	571,8	365,2	206,6	423,3	288,0	171,2	135,3	30,7	104,6	1 011,7	786,7	1 341,1	Sept.	
297,4	568,3	361,3	207,0	417,0	280,0	164,0	137,0	30,3	106,6	974,8	754,2	1 228,2	Okt.	
297,8	567,5	358,2	209,3	411,9	282,3	165,1	129,6	31,0	98,5	991,0	770,1	1 233,1	Nov.	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	Dez.	
292,8	568,3	363,6	204,8	403,8	277,7	157,6	126,1	32,3	93,8	1 016,2	794,5	1 314,3	2012 Jan.	
286,7	567,7	361,3	206,4	404,1	278,1	158,1	126,1	32,4	93,7	996,6	778,9	1 285,0	Febr.	
295,0	569,8	359,9	209,9	405,8	279,9	159,9	125,9	31,5	94,3	1 004,1	782,1	1 227,4	März	
308,5	574,8	365,3	209,6	405,7	282,6	163,2	123,1	31,4	91,7	1 008,5	786,8	1 262,6	April	
Veränderungen 3)														
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,0	100,2	- 14,7	2004	
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,6	13,5	57,2	31,3	- 22,2	2005	
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,2	- 1,3	- 3,8	205,8	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	223,0	136,7	21,1	2007	
65,4	- 28,3	- 16,9	- 11,5	37,7	42,2	40,3	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,1	- 7,5	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,2	- 162,2	- 99,8	2009	
- 14,2	120,8	83,3	37,4	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,0	3,7	- 74,9	- 61,9	- 46,4	2010	
- 18,1	- 73,9	- 59,1	- 14,8	- 16,3	- 13,6	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 38,8	- 34,4	116,2	2011	
- 1,0	2,1	0,0	2,0	1,4	1,7	- 0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,2	12,4	13,0	10,6	2010 Aug.	
- 3,1	2,2	1,9	0,4	- 1,3	- 6,6	- 4,5	5,3	2,0	3,3	- 24,0	- 21,2	- 12,3	Sept.	
2,5	91,2	4,6	86,6	- 2,0	- 4,2	- 3,3	2,1	0,1	2,0	- 3,4	- 0,5	- 4,6	Okt.	
0,7	11,1	76,1	- 65,0	2,6	7,7	3,2	- 5,1	- 0,1	- 5,0	7,5	6,7	8,9	Nov.	
2,5	- 30,2	- 8,8	- 21,4	- 12,7	- 9,3	- 2,6	- 3,4	- 1,0	- 2,4	- 12,7	- 9,0	- 55,5	Dez.	
13,7	4,8	3,5	1,3	5,1	- 0,4	- 3,6	5,5	1,4	4,0	5,2	2,4	- 102,4	2011 Jan.	
- 7,4	- 14,2	- 12,0	- 2,2	- 1,5	- 1,1	- 1,3	- 0,4	0,1	- 0,5	3,0	6,1	- 51,9	Febr.	
1,9	- 11,3	- 10,5	- 0,8	- 3,9	- 2,6	- 0,1	- 1,3	0,2	- 1,5	- 27,9	- 32,3	- 78,2	März	
20,6	- 8,5	- 10,9	2,4	11,9	11,1	9,3	0,8	0,0	0,7	48,6	52,5	5,4	April	
- 24,4	- 9,9	- 10,7	0,8	- 4,6	- 5,0	- 4,6	0,4	- 0,3	0,6	1,7	- 2,8	44,1	Mai	
- 11,9	- 6,3	- 3,2	- 3,1	- 3,8	- 0,4	0,0	- 3,3	- 0,3	- 3,0	- 41,4	- 41,2	- 80,0	Juni	
0,2	- 3,5	- 0,2	- 3,3	0,6	- 4,2	- 0,0	4,9	5,4	- 0,6	- 5,0	- 2,6	121,1	Juli	
- 3,7	- 12,2	- 9,3	- 2,9	- 0,9	- 1,3	1,1	0,5	- 0,1	0,5	23,9	27,1	158,0	Aug.	
- 3,0	- 1,5	- 0,2	- 1,3	1,0	4,4	6,8	- 3,4	- 0,3	- 3,0	- 14,7	- 13,4	132,6	Sept.	
- 1,2	- 3,4	- 3,8	0,4	- 4,8	- 7,0	- 6,1	2,2	- 0,4	2,6	- 24,0	- 20,8	- 115,8	Okt.	
0,4	- 1,0	- 3,3	2,3	- 6,5	1,2	- 0,2	- 7,7	0,6	- 8,3	1,2	2,3	- 4,9	Nov.	
- 3,4	- 6,9	1,6	- 8,5	- 9,0	- 8,2	- 6,7	- 0,8	1,5	- 2,4	- 9,5	- 11,7	88,2	Dez.	
- 0,3	7,3	3,8	3,5	3,7	1,7	- 2,9	2,0	- 0,2	2,2	28,7	29,3	- 7,3	2012 Jan.	
- 5,8	- 0,5	- 2,2	1,7	1,5	1,3	1,3	0,2	0,1	0,2	- 12,0	- 8,4	- 30,0	Febr.	
8,4	2,0	- 1,4	3,4	1,5	1,7	1,7	- 0,2	- 0,9	0,6	4,9	0,8	- 58,2	März	
13,9	4,9	5,4	- 0,5	- 0,3	2,5	3,4	- 2,8	- 0,1	- 2,7	4,6	5,0	34,1	April	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist					
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zu- sammen			täglich fällig
								zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3		
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8		
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9		
2010 Juli	7 438,3	1 515,4	1 244,1	271,3	2 840,1	2 745,2	1 061,3	1 078,1	297,4	605,9	495,1	71,8	24,2		
Aug.	7 517,6	1 534,6	1 253,2	281,4	2 856,9	2 756,0	1 068,3	1 081,9	298,3	605,8	496,8	70,4	22,5		
Sept.	7 387,2	1 482,4	1 218,3	264,1	2 850,5	2 758,9	1 069,7	1 083,1	300,6	606,1	499,4	69,7	20,9		
Okt.	7 397,5	1 517,9	1 247,9	270,0	2 872,8	2 759,8	1 071,3	1 081,1	300,4	607,4	502,2	69,9	21,2		
Nov.	7 508,4	1 513,5	1 245,8	267,7	2 924,8	2 802,1	1 093,6	1 098,6	295,5	609,9	504,2	76,3	25,7		
Dez.	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011 Jan.	8 183,8	1 489,1	1 221,1	268,0	2 937,6	2 823,6	1 099,8	1 103,4	299,7	620,4	515,1	69,0	22,7		
Febr.	8 142,3	1 472,6	1 208,0	264,6	2 930,8	2 817,3	1 083,9	1 110,9	307,2	622,5	517,2	66,5	21,4		
März	7 955,1	1 454,6	1 191,7	262,9	2 928,3	2 820,7	1 085,9	1 111,3	308,8	623,5	518,0	68,7	22,1		
April	7 997,9	1 458,9	1 183,6	275,3	2 936,7	2 830,9	1 099,8	1 120,7	319,2	622,3	517,6	71,9	25,7		
Mai	8 045,9	1 422,2	1 163,9	258,3	2 950,7	2 841,8	1 090,4	1 131,5	330,2	619,9	515,3	71,3	25,1		
Juni	7 885,8	1 401,2	1 158,5	242,6	2 959,0	2 844,9	1 096,5	1 130,7	330,2	617,7	513,4	73,4	26,6		
Juli	8 001,0	1 398,0	1 154,4	243,6	2 966,1	2 853,8	1 094,1	1 143,1	342,8	616,5	512,2	72,9	25,0		
Aug.	8 263,5	1 413,8	1 163,7	250,1	2 988,4	2 873,6	1 105,9	1 152,7	351,5	615,0	510,8	75,6	25,5		
Sept.	8 489,4	1 430,6	1 176,1	254,6	3 007,5	2 884,0	1 111,5	1 159,1	361,4	613,4	509,7	80,7	28,3		
Okt.	8 353,9	1 419,0	1 162,8	256,2	3 008,5	2 888,5	1 120,4	1 155,0	359,1	613,0	509,5	80,0	28,4		
Nov.	8 406,6	1 427,1	1 177,3	249,8	3 028,6	2 912,1	1 145,2	1 155,4	360,5	611,5	509,8	77,3	25,3		
Dez.	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012 Jan.	8 517,7	1 475,9	1 221,1	254,8	3 038,6	2 912,4	1 140,8	1 154,3	364,5	617,2	517,4	82,8	29,3		
Febr.	8 526,0	1 484,7	1 232,3	252,4	3 046,2	2 915,6	1 147,2	1 148,6	361,0	619,8	520,2	83,7	31,0		
März	8 522,7	1 501,9	1 232,1	269,8	3 037,7	2 924,1	1 157,4	1 147,3	363,0	619,4	520,6	77,3	28,9		
April	8 599,6	1 501,9	1 222,4	279,5	3 052,2	2 938,9	1 170,0	1 151,0	368,0	617,9	519,4	77,4	28,3		
Veränderungen 4)															
2004	209,7	62,3	42,8	19,6	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4		
2005	191,4	32,8	26,9	5,8	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5		
2006	353,9	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4		
2007	515,3	148,3	134,8	13,5	185,1	177,3	24,6	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	314,0	65,8	121,5	- 55,8	162,4	173,1	38,8	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,4	0,1		
2009	- 454,8	- 235,3	- 224,5	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 135,1	- 75,5	- 99,6	24,0	72,4	59,8	92,2	- 56,5	- 55,7	24,0	38,3	- 4,4	2,1		
2011	61,9	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	51,9	48,2	59,4	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2010 Aug.	60,6	16,9	7,6	9,2	16,0	10,2	6,6	3,7	0,8	- 0,1	1,7	- 1,6	- 1,8		
Sept.	- 88,7	- 47,4	- 31,8	- 15,6	- 4,6	4,3	2,5	1,5	2,5	0,3	2,6	- 0,4	- 1,5		
Okt.	20,7	36,7	30,4	6,3	22,5	1,0	1,8	- 2,2	- 0,1	1,3	2,7	0,3	0,4		
Nov.	80,9	- 8,9	- 4,9	- 4,0	26,9	17,6	22,1	- 7,0	- 6,0	2,6	2,0	6,1	4,4		
Dez.	- 152,6	- 16,1	- 4,6	- 11,5	1,6	15,9	- 3,2	10,6	8,0	8,5	8,6	- 7,8	- 5,6		
2011 Jan.	- 106,0	- 4,9	- 17,9	13,0	12,4	6,5	- 10,2	- 5,9	- 3,9	2,2	2,7	0,7	3,5		
Febr.	- 39,5	- 16,2	- 13,1	- 3,0	- 6,7	- 6,1	- 12,8	4,6	4,6	2,1	2,1	- 2,5	- 1,4		
März	- 167,6	- 16,1	- 15,2	- 0,9	- 1,8	4,0	2,5	0,6	1,7	1,0	0,8	2,4	0,8		
April	63,2	6,6	- 6,9	13,5	9,4	10,8	3,6	9,3	10,4	- 2,1	- 1,3	3,3	3,7		
Mai	27,4	- 39,2	- 21,2	- 18,1	13,1	10,1	1,9	10,7	10,8	- 2,4	- 2,3	- 0,7	- 0,7		
Juni	- 165,7	- 20,9	- 5,3	- 15,6	8,5	3,3	6,2	- 0,7	- 0,0	- 2,1	- 1,9	2,1	1,5		
Juli	104,8	- 4,5	- 5,0	0,4	6,5	8,3	- 2,7	12,3	12,5	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 1,6		
Aug.	263,1	16,8	12,6	4,1	17,1	19,9	11,8	9,6	8,8	- 1,6	- 1,4	- 2,7	0,4		
Sept.	195,4	13,8	10,6	3,2	17,4	9,1	4,3	6,4	9,9	- 1,5	- 1,0	4,9	2,7		
Okt.	- 116,4	- 9,6	- 12,0	2,4	2,0	5,2	9,6	- 3,9	- 2,2	- 0,4	- 0,3	- 0,5	0,2		
Nov.	31,1	5,7	13,1	- 7,4	19,0	22,7	23,7	0,1	1,2	- 1,1	- 0,2	- 2,9	3,2		
Dez.	- 27,9	20,1	31,4	- 11,2	5,1	3,5	- 6,3	5,2	5,5	4,6	5,4	1,3	0,5		
2012 Jan.	132,8	32,1	11,5	20,7	5,7	- 2,4	1,5	- 5,0	- 1,7	1,1	2,1	4,1	3,5		
Febr.	20,7	10,2	12,2	- 2,0	8,2	3,7	6,7	- 5,6	- 3,3	2,6	3,8	1,0	1,7		
März	- 7,0	16,7	- 0,6	17,3	- 8,6	8,4	10,1	- 1,3	1,9	- 0,4	0,4	- 6,4	- 2,1		
April	76,8	2,6	- 7,1	9,7	14,4	12,4	12,7	1,2	2,5	- 1,5	- 1,2	0,1	- 0,6		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
44,9	13,1	2,7	2,1	23,0	19,6	92,2	10,7	1 448,5	106,8	686,7	439,9	404,9	2010 Juli
45,3	13,9	2,7	2,1	30,4	20,4	104,0	10,3	1 457,6	111,1	701,7	438,1	414,3	Aug.
46,2	14,8	2,7	2,1	21,9	20,7	95,9	10,2	1 440,3	108,5	667,1	433,6	407,3	Sept.
46,0	14,6	2,7	2,1	43,1	34,1	85,0	9,8	1 407,4	87,7	657,4	440,1	407,1	Okt.
47,8	15,5	2,7	2,2	46,3	41,3	109,0	9,8	1 423,6	87,7	674,0	452,8	401,0	Nov.
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	Dez.
43,5	13,7	2,8	2,2	45,0	37,1	74,5	9,9	1 400,8	80,6	631,5	454,3	1 186,1	2011 Jan.
42,3	14,3	2,8	2,2	47,0	37,8	93,2	9,8	1 396,0	83,0	634,1	460,2	1 145,7	Febr.
43,8	16,3	2,9	2,3	38,9	36,2	78,9	10,0	1 373,4	78,2	575,5	460,7	1 073,7	März
43,3	16,0	2,9	2,3	34,0	33,8	89,2	9,7	1 364,1	76,2	605,0	456,8	1 077,5	April
43,3	16,2	2,9	2,3	37,6	34,8	105,2	9,5	1 368,4	77,2	605,4	460,7	1 123,8	Mai
43,9	15,8	2,9	2,3	40,6	38,3	104,8	9,4	1 360,1	74,2	556,5	449,5	1 045,4	Juni
44,9	16,9	3,0	2,3	39,4	35,6	91,8	6,8	1 357,0	77,3	560,3	453,2	1 167,9	Juli
47,1	15,2	3,0	2,3	39,3	36,8	101,9	7,2	1 352,8	79,4	604,9	458,7	1 335,7	Aug.
49,4	17,7	3,0	2,3	42,7	40,8	107,0	7,2	1 352,4	76,1	644,6	459,4	1 480,7	Sept.
48,5	17,1	3,1	2,4	40,0	37,9	105,7	7,2	1 341,7	74,0	650,4	462,7	1 358,7	Okt.
48,8	17,6	3,2	2,5	39,2	35,8	111,1	6,3	1 348,4	79,7	668,9	466,6	1 349,6	Nov.
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	Dez.
50,1	19,0	3,4	2,6	43,4	40,9	86,7	5,9	1 311,1	74,3	702,3	468,9	1 428,2	2012 Jan.
49,2	18,6	3,4	2,6	46,9	45,2	96,6	5,7	1 316,9	75,6	719,2	471,8	1 384,9	Febr.
44,9	16,0	3,5	2,6	36,3	35,6	93,1	5,5	1 305,7	72,7	772,9	476,8	1 329,3	März
45,6	16,7	3,5	2,6	35,8	33,4	102,9	5,5	1 303,5	68,3	788,9	477,5	1 367,2	April
Veränderungen 4)													
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	73,2	- 14,8	21,7	- 10,5	14,0	2004
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,1	- 9,5	22,0	14,4	13,3	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	3,3	0,3	34,4	21,7	32,4	27,9	33,7	2006
8,0	13,0	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,3	48,7	48,8	42,9	65,1	2007
- 7,4	0,7	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,8	50,4	- 0,0	39,2	56,6	2008
- 5,6	- 7,6	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,9	- 87,3	- 95,5	- 0,1	- 65,2	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 105,8	- 62,4	54,3	- 8,0	- 76,9	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 1,1	- 76,9	- 6,7	- 80,3	13,6	142,9	2011
0,2	0,6	0,0	0,0	7,4	0,7	11,7	- 0,4	1,5	4,2	8,9	- 3,3	9,3	2010 Aug.
1,2	1,1	- 0,0	- 0,0	- 8,6	0,3	- 8,0	- 0,1	- 0,8	- 2,3	- 19,4	- 1,4	- 6,9	Sept.
- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	21,3	13,4	- 10,8	- 0,4	- 29,8	- 20,7	- 6,5	7,1	1,9	Okt.
1,6	0,8	0,0	0,0	3,2	7,1	23,9	- 0,0	10,7	1,2	3,9	9,9	14,6	Nov.
- 2,2	0,6	0,1	- 0,1	- 6,5	- 2,5	- 22,2	0,1	- 11,1	- 5,3	- 33,1	0,8	- 72,7	Dez.
- 2,8	- 2,3	0,0	0,0	5,2	- 1,6	- 12,2	0,0	- 1,2	- 1,6	0,2	2,9	- 103,1	2011 Jan.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	1,9	0,7	18,8	- 0,1	- 1,6	2,4	4,1	6,2	- 44,1	Febr.
1,6	2,1	0,0	0,0	- 8,1	- 1,6	- 14,3	0,2	- 12,4	- 3,7	- 53,4	2,3	- 72,1	März
- 0,4	- 0,2	0,0	0,0	- 4,7	- 2,3	10,4	- 0,3	- 1,5	- 1,9	36,7	- 2,3	4,2	April
- 0,0	0,1	0,0	0,0	3,6	1,0	15,9	- 0,2	- 3,4	0,9	- 5,8	2,4	44,7	Mai
0,6	- 0,4	0,0	0,0	3,0	3,5	- 0,3	- 0,1	- 15,4	- 3,7	- 47,8	- 11,0	- 78,6	Juni
0,9	1,0	0,0	0,0	- 1,2	- 2,7	- 13,4	- 0,1	- 8,6	3,0	0,6	2,7	121,6	Juli
- 3,1	- 2,2	- 0,0	- 0,0	0,1	1,1	10,3	0,4	- 1,1	2,2	47,0	5,4	167,2	Aug.
2,2	2,4	0,0	0,0	3,4	4,0	4,9	0,1	- 13,4	- 3,5	29,1	- 1,9	145,5	Sept.
- 0,8	- 0,5	0,1	0,0	- 2,7	- 2,9	- 1,2	- 0,0	- 2,8	- 1,8	12,0	4,7	- 121,4	Okt.
0,2	0,4	0,1	0,1	- 0,7	- 2,1	5,3	- 0,9	- 4,2	5,3	11,0	2,3	- 7,2	Nov.
0,7	0,7	0,1	0,1	0,3	2,0	- 14,1	- 0,1	- 11,3	- 4,2	- 113,8	- 0,0	86,1	Dez.
0,6	0,7	0,1	0,0	3,9	3,0	- 10,8	- 0,3	- 31,4	- 1,3	143,6	1,4	- 7,9	2012 Jan.
- 0,8	- 0,3	0,1	0,0	3,5	4,4	10,0	- 0,2	11,6	1,4	20,7	3,9	- 43,7	Febr.
- 4,3	- 2,7	0,0	0,0	- 10,6	- 9,7	- 3,6	- 0,2	- 12,5	- 3,0	52,5	4,9	- 56,2	März
0,7	0,7	- 0,0	- 0,0	1,9	0,2	7,2	- 0,0	- 1,4	- 3,7	16,1	- 0,0	37,9	April

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ¹⁾

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme ¹⁾	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen ¹⁾	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		insgesamt	Buchkredite mit Befristung					
									bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen														
2011 Nov.	1 904	8 457,2	72,4	2 937,6	2 227,3	695,9	3 983,8	523,6	2 743,7	0,7	690,5	144,6	1 318,8	
Dez.	1 903	8 466,7	110,3	2 843,2	2 138,9	692,6	3 942,2	477,9	2 752,4	1,0	696,0	139,6	1 431,4	
2012 Jan.	1 899	8 589,5	64,3	2 987,3	2 287,1	687,0	3 965,8	504,7	2 749,5	0,9	694,6	141,4	1 430,7	
Febr.	1 900	8 597,5	65,2	3 040,6	2 338,4	689,2	3 949,5	500,2	2 746,5	0,7	686,5	140,9	1 401,3	
März	1 900	8 594,0	91,2	3 050,1	2 350,6	686,2	3 970,1	507,5	2 743,2	0,7	703,1	139,3	1 343,2	
April	1 902	8 671,4	70,7	3 088,5	2 395,1	680,5	3 994,7	519,1	2 746,4	0,7	713,9	138,4	1 379,1	
Kreditbanken ⁶⁾														
2012 März	283	3 299,1	59,6	1 162,6	1 065,5	94,6	1 079,0	240,3	641,8	0,3	186,6	70,9	927,1	
April	284	3 367,5	39,6	1 213,0	1 118,3	92,2	1 089,4	247,6	640,1	0,3	192,7	69,8	955,7	
Großbanken ⁷⁾														
2012 März	4	2 112,6	48,5	594,6	543,3	49,6	506,0	154,3	246,8	0,3	95,0	63,6	900,0	
April	4	2 164,3	25,2	638,3	589,4	47,3	509,8	161,0	245,5	0,2	94,6	62,5	928,6	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
2012 März	168	815,0	7,8	271,8	228,1	42,9	506,1	66,8	353,3	0,1	85,6	6,8	22,5	
April	168	829,7	9,2	280,6	237,0	42,9	511,0	67,6	355,2	0,1	87,8	6,8	22,1	
Zweigstellen ausländischer Banken														
2012 März	111	371,5	3,3	296,2	294,0	2,1	66,9	19,2	41,6	0,0	6,0	0,5	4,6	
April	112	373,5	5,2	294,1	291,9	2,0	68,6	18,9	39,4	0,0	10,3	0,5	5,1	
Landesbanken														
2012 März	10	1 442,5	5,8	529,8	401,3	122,6	658,9	114,8	409,2	0,1	130,5	17,1	231,0	
April	10	1 437,0	3,7	520,5	393,7	121,0	664,9	115,6	410,0	0,1	134,8	16,7	231,2	
Sparkassen														
2012 März	426	1 088,6	13,7	254,3	100,3	151,9	786,3	59,9	620,1	0,1	106,1	16,2	18,0	
April	426	1 092,5	14,3	254,3	100,2	152,0	789,9	60,7	621,8	0,1	107,1	16,2	17,8	
Genossenschaftliche Zentralbanken														
2012 März	2	287,5	0,7	167,0	130,2	36,7	63,6	13,6	21,0	0,0	28,8	14,9	41,4	
April	2	290,0	1,2	167,6	132,2	35,4	62,8	13,2	21,3	0,0	28,1	14,9	43,5	
Kreditgenossenschaften														
2012 März	1 121	731,5	9,8	194,7	74,1	118,9	497,7	32,8	395,0	0,1	69,7	11,7	17,6	
April	1 121	733,2	10,3	193,8	72,7	119,4	499,6	32,6	396,7	0,1	70,1	11,7	17,9	
Realkreditinstitute														
2012 März	18	576,3	0,3	170,4	102,7	67,7	387,0	7,4	295,5	-	84,0	0,8	17,8	
April	18	574,8	0,4	168,9	102,1	66,7	386,7	8,0	294,7	-	83,8	0,8	18,0	
Bausparkassen														
2012 März	23	198,9	0,0	60,4	42,6	17,8	130,4	1,6	115,7	.	13,1	0,4	7,7	
April	23	199,2	0,0	60,7	43,0	17,7	130,4	1,6	115,7	.	13,2	0,4	7,7	
Banken mit Sonderaufgaben														
2012 März	17	969,5	1,4	511,0	434,1	76,1	367,2	37,0	245,0	-	84,4	7,4	82,5	
April	18	977,1	1,2	509,7	432,8	76,0	371,0	39,8	246,2	-	84,1	7,9	87,3	
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁸⁾														
2012 März	150	1 106,5	18,8	534,9	482,8	50,4	436,1	75,6	267,2	0,1	90,9	5,7	111,0	
April	151	1 116,4	27,9	528,6	478,3	48,6	440,8	76,7	264,6	0,1	97,5	5,7	113,4	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾														
2012 März	39	735,0	15,6	238,7	188,7	48,3	369,1	56,4	225,5	0,1	84,9	5,2	106,4	
April	39	742,9	22,7	234,6	186,3	46,6	372,2	57,9	225,2	0,1	87,2	5,2	108,3	

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist								
				bis 1 Jahr einschl. über 1 Jahr 2)											
Alle Bankengruppen															
1 939,6	466,4	1 473,2	3 296,3	1 299,1	435,6	817,9	168,1	621,5	517,6	122,2	1 421,1	393,2	1 407,0	2011 Nov.	
1 865,8	357,4	1 508,4	3 271,7	1 260,6	445,0	817,0	138,3	626,3	523,1	122,9	1 418,6	394,4	1 516,2	2011 Dez.	
2 034,6	464,2	1 570,4	3 269,5	1 284,3	423,4	812,6	134,0	627,5	525,3	121,8	1 382,9	396,1	1 506,4	2012 Jan.	
2 060,5	498,6	1 561,9	3 287,2	1 293,3	432,2	810,7	149,5	630,2	528,2	120,9	1 386,2	401,0	1 462,6	2012 Febr.	
2 116,2	504,1	1 612,1	3 289,4	1 303,6	429,3	806,2	158,2	629,8	528,6	120,6	1 376,0	405,8	1 406,5	2012 März	
2 128,1	499,8	1 628,3	3 317,9	1 313,0	452,5	803,9	166,9	628,3	527,4	120,1	1 374,4	406,0	1 445,0	2012 April	
Kreditbanken 6)															
941,0	360,3	580,8	1 144,6	589,3	188,1	206,0	86,5	129,6	104,6	31,6	174,8	134,0	904,7	2012 März	
958,7	362,1	596,6	1 166,1	590,5	208,5	206,0	93,5	129,2	104,0	31,9	172,4	133,7	936,5	2012 April	
Großbanken 7)															
489,3	192,2	297,1	552,1	275,4	101,3	85,7	81,7	78,9	74,7	10,8	135,1	81,2	854,9	2012 März	
506,2	184,1	322,2	559,8	268,5	116,5	85,8	87,5	78,2	74,0	10,8	133,6	81,2	883,5	2012 April	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
177,7	70,0	107,7	511,3	263,8	76,0	101,1	4,8	50,7	29,9	19,7	38,7	45,7	41,7	2012 März	
179,8	70,9	108,9	523,4	271,1	80,8	100,5	6,0	51,0	30,0	19,9	38,1	45,8	42,7	2012 April	
Zweigstellen ausländischer Banken															
274,0	98,0	176,0	81,3	50,2	10,8	19,2	-	0,0	0,0	1,1	1,0	7,1	8,2	2012 März	
272,7	107,2	165,6	82,9	50,8	11,2	19,7	-	0,0	0,0	1,1	0,8	6,7	10,3	2012 April	
Landesbanken															
386,1	53,1	333,0	396,9	110,2	113,0	158,7	58,3	14,1	10,1	1,0	348,5	64,7	246,3	2012 März	
384,3	47,3	337,0	392,3	103,8	115,8	157,6	57,3	14,1	9,9	1,0	347,7	64,7	248,1	2012 April	
Sparkassen															
181,9	23,0	158,9	765,0	340,1	45,7	15,3	0,8	299,1	249,5	64,7	20,2	69,5	51,9	2012 März	
180,9	21,9	159,0	769,1	345,7	45,2	15,3	0,7	298,8	249,5	64,2	20,0	70,3	52,2	2012 April	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
142,7	27,4	115,3	35,5	7,9	12,7	12,6	4,5	-	-	2,3	55,8	13,2	40,4	2012 März	
144,6	29,5	115,0	34,2	8,0	11,4	12,5	3,7	-	-	2,3	55,3	13,2	42,9	2012 April	
Kreditgenossenschaften															
111,3	8,2	103,1	521,7	237,4	48,6	29,4	0,0	186,4	163,8	19,9	17,9	47,1	33,5	2012 März	
111,3	6,1	105,2	523,3	240,9	47,9	29,0	0,0	185,6	163,4	19,8	17,6	46,7	34,4	2012 April	
Realkreditinstitute															
159,4	8,7	150,7	184,4	7,4	10,6	166,2	2,3	0,3	0,3	.	191,0	18,3	23,2	2012 März	
152,7	8,3	144,4	189,8	10,0	13,4	166,1	4,9	0,3	0,3	.	190,0	18,3	24,0	2012 April	
Bausparkassen															
23,7	1,4	22,3	144,4	0,4	0,9	141,8	-	0,4	0,4	1,0	5,4	8,4	17,0	2012 März	
24,1	1,4	22,7	144,5	0,4	0,9	141,9	-	0,4	0,4	1,0	5,4	8,4	16,8	2012 April	
Banken mit Sonderaufgaben															
170,2	22,2	148,0	96,9	10,8	9,7	76,3	5,8	-	-	.	562,4	50,6	89,4	2012 März	
171,4	23,1	148,4	98,6	13,7	9,3	75,6	6,7	-	-	.	566,1	50,8	90,2	2012 April	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
434,3	178,5	255,7	442,8	234,3	80,3	93,2	29,0	19,6	19,4	15,5	60,0	45,7	123,8	2012 März	
433,8	190,6	243,2	450,1	237,2	84,3	93,3	30,3	19,6	19,4	15,7	59,7	45,3	127,6	2012 April	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
160,3	80,5	79,8	361,5	184,1	69,5	74,0	29,0	19,6	19,4	14,4	59,1	38,6	115,6	2012 März	
161,1	83,4	77,7	367,1	186,4	73,1	73,6	30,3	19,5	19,3	14,5	58,9	38,6	117,2	2012 April	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	17,5	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2010 Nov.	14,0	57,6	1 697,3	1 200,6	–	8,6	488,1	1,8	3 290,2	2 815,9	0,6	26,1	447,6
Dez.	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011 Jan.	13,6	54,0	1 673,1	1 183,9	–	7,9	481,3	1,7	3 241,2	2 777,7	0,7	29,2	433,6
Febr.	13,6	61,7	1 668,2	1 179,5	–	9,4	479,3	1,7	3 240,3	2 786,9	0,7	29,4	423,4
März	14,0	67,0	1 646,6	1 164,7	–	7,7	474,2	1,7	3 211,7	2 757,5	0,6	24,6	429,0
April	15,1	49,1	1 630,9	1 152,3	–	5,4	473,2	1,7	3 226,5	2 748,7	0,6	25,6	451,6
Mai	14,6	56,4	1 623,7	1 143,2	–	5,7	474,8	1,7	3 209,4	2 753,8	0,5	23,7	431,3
Juni	14,4	66,6	1 607,5	1 137,4	–	5,2	465,0	1,7	3 191,7	2 748,9	0,5	21,6	420,7
Juli	14,5	57,5	1 610,1	1 144,0	–	5,1	460,9	1,6	3 193,1	2 753,1	0,5	18,7	420,7
Aug.	14,0	64,1	1 665,1	1 200,6	–	5,3	459,2	1,7	3 201,3	2 768,0	0,5	16,7	416,2
Sept.	14,7	78,8	1 731,5	1 270,1	–	6,0	455,4	1,7	3 207,6	2 778,3	0,6	14,5	414,2
Okt.	14,7	72,6	1 736,2	1 274,4	–	6,5	455,3	1,7	3 233,3	2 806,1	0,6	15,7	411,0
Nov.	14,1	57,6	1 797,7	1 338,5	–	7,4	451,9	1,7	3 237,6	2 807,6	0,5	14,4	415,0
Dez.	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012 Jan.	13,8	49,8	1 846,4	1 394,4	–	7,3	444,6	2,1	3 226,6	2 800,0	0,7	4,9	421,1
Febr.	13,6	50,8	1 904,6	1 448,5	–	6,8	449,4	2,1	3 220,3	2 797,7	0,5	5,6	416,4
März	14,5	75,8	1 936,0	1 482,9	–	6,8	446,2	2,1	3 222,9	2 787,1	0,5	4,9	430,4
April	14,5	55,4	1 968,9	1 518,5	–	6,6	443,8	2,0	3 244,7	2 795,6	0,5	5,7	442,8
Veränderungen *)													
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2010 Nov.	– 0,6	– 6,8	+ 23,1	+ 20,4	–	+ 1,7	+ 1,1	– 0,0	+ 41,1	+ 105,0	– 0,0	– 2,1	– 61,8
Dez.	+ 2,0	+ 22,0	– 10,7	– 4,9	–	– 1,1	– 4,6	+ 0,0	– 64,1	– 45,4	+ 0,2	+ 1,8	– 20,7
2011 Jan.	– 2,4	– 25,6	– 13,2	– 11,4	–	+ 0,5	– 2,2	– 0,1	+ 20,3	+ 7,3	– 0,1	+ 1,3	+ 11,8
Febr.	– 0,1	+ 7,7	– 4,9	– 4,4	–	+ 1,5	– 2,0	–	– 0,9	+ 9,2	– 0,0	+ 0,2	– 10,2
März	+ 0,4	+ 5,3	– 21,6	– 14,8	–	– 1,7	– 5,1	+ 0,0	– 28,6	– 29,4	– 0,1	– 4,7	+ 5,6
April	+ 1,1	– 17,8	– 15,7	– 12,4	–	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 14,8	– 8,8	+ 0,0	+ 0,9	+ 22,7
Mai	– 0,5	+ 7,2	– 7,3	– 9,1	–	+ 0,3	+ 1,6	– 0,0	– 17,1	+ 5,1	– 0,1	– 1,9	– 20,3
Juni	– 0,3	+ 10,3	– 16,2	– 5,8	–	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 17,5	– 4,7	– 0,0	– 2,1	– 10,7
Juli	+ 0,2	– 9,1	+ 2,6	+ 6,6	–	– 0,0	– 4,0	– 0,0	+ 1,4	+ 4,2	+ 0,0	– 2,8	+ 0,0
Aug.	– 0,5	+ 6,6	+ 62,3	+ 63,8	–	+ 0,2	– 1,7	+ 0,0	+ 0,7	+ 7,3	– 0,0	– 2,1	– 4,6
Sept.	+ 0,6	+ 14,7	+ 66,3	+ 69,5	–	+ 0,7	– 3,8	– 0,0	+ 6,3	+ 10,3	+ 0,1	– 2,2	– 1,9
Okt.	+ 0,0	– 6,1	+ 5,5	+ 5,1	–	+ 0,5	– 0,1	+ 0,0	+ 25,7	+ 27,8	– 0,0	+ 1,2	– 3,3
Nov.	– 0,6	– 15,1	+ 61,5	+ 64,1	–	+ 0,8	– 3,5	+ 0,0	+ 4,3	+ 1,6	– 0,0	– 1,3	+ 4,1
Dez.	+ 1,7	+ 36,2	– 72,0	– 70,6	–	– 0,3	– 1,2	+ 0,0	– 39,9	– 33,0	+ 0,3	– 8,0	+ 0,9
2012 Jan.	– 2,0	– 44,0	+ 120,7	+ 126,5	–	+ 0,2	– 6,1	– 0,1	+ 29,0	+ 25,3	– 0,1	– 1,5	+ 5,3
Febr.	– 0,2	+ 1,0	+ 58,3	+ 54,1	–	– 0,5	+ 4,7	+ 0,0	– 6,4	– 2,3	– 0,1	+ 0,7	– 4,7
März	+ 0,9	+ 25,1	+ 31,3	+ 34,4	–	+ 0,1	– 3,2	– 0,0	+ 2,7	– 10,6	– 0,0	– 0,7	+ 14,0
April	+ 0,0	– 20,4	+ 36,1	+ 38,8	–	– 0,3	– 2,4	– 0,0	+ 18,6	+ 5,4	– 0,0	+ 0,8	+ 12,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,1	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 046,9	1 168,3	1 156,2	616,1	106,3	36,5	2011
-	41,7	95,3	1 245,6	150,1	1 095,5	0,0	35,1	2 946,1	1 129,6	1 110,2	610,0	96,3	42,0	2010 Nov.
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	Dez.
-	33,5	98,4	1 220,9	148,0	1 072,9	0,0	13,7	2 928,6	1 125,9	1 085,0	620,4	97,2	37,3	2011 Jan.
-	33,5	98,2	1 207,7	135,8	1 071,9	0,0	13,7	2 942,8	1 121,6	1 100,7	622,5	98,0	37,4	Febr.
-	33,3	98,3	1 191,5	126,6	1 064,8	0,0	13,7	2 930,5	1 112,1	1 096,6	623,5	98,3	37,2	März
-	33,1	98,2	1 183,6	132,1	1 051,5	0,0	13,5	2 948,4	1 127,1	1 099,2	622,3	99,8	37,0	April
-	33,0	96,7	1 164,0	119,8	1 044,1	0,0	13,6	2 976,6	1 125,7	1 129,3	619,9	101,7	37,0	Mai
-	33,0	94,7	1 158,5	120,1	1 038,4	0,0	13,6	2 980,6	1 123,7	1 136,4	617,8	102,7	36,7	Juni
-	32,7	94,8	1 154,4	122,4	1 031,9	0,0	13,3	2 976,5	1 130,6	1 125,8	616,6	103,5	36,6	Juli
-	32,7	94,9	1 163,0	123,3	1 039,7	0,0	13,5	3 007,6	1 139,2	1 149,1	615,0	104,2	36,7	Aug.
-	32,7	94,9	1 175,6	133,0	1 042,6	0,0	13,5	3 026,3	1 151,3	1 157,3	613,5	104,3	36,7	Sept.
-	32,5	95,0	1 162,7	132,5	1 030,2	0,0	13,4	3 027,0	1 160,9	1 148,1	613,1	105,0	36,7	Okt.
-	32,5	94,9	1 177,1	136,1	1 041,0	0,0	13,7	3 054,5	1 188,0	1 149,2	611,5	105,8	36,7	Nov.
-	36,3	94,6	1 210,1	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 046,9	1 168,3	1 156,2	616,1	106,3	36,5	Dez.
-	35,3	93,8	1 221,0	137,1	1 083,9	0,0	35,4	3 036,8	1 181,1	1 133,1	617,2	105,3	35,8	2012 Jan.
-	35,1	93,4	1 232,2	141,0	1 091,2	0,0	35,2	3 054,9	1 187,1	1 143,5	619,8	104,6	35,6	Febr.
-	34,8	91,8	1 231,9	135,9	1 096,1	0,0	35,3	3 049,6	1 188,9	1 136,9	619,4	104,3	35,3	März
-	35,3	91,7	1 222,2	135,0	1 087,2	0,0	35,7	3 072,6	1 197,7	1 153,2	617,9	103,8	35,5	April
Veränderungen *)														
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,8	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,4	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,7	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 0,1	+ 0,2	- 2,1	+ 13,1	- 15,2	- 0,0	+ 0,4	+ 50,3	+ 39,3	+ 8,2	+ 2,6	+ 0,3	- 0,0	2010 Nov.
-	- 0,1	+ 1,6	- 7,2	- 14,8	+ 7,6	+ 0,0	+ 0,2	- 9,4	- 25,5	+ 6,9	+ 8,5	+ 0,6	- 0,3	Dez.
-	- 0,2	+ 1,6	- 17,0	+ 12,7	- 29,8	- 0,0	- 0,1	- 8,1	+ 21,6	- 32,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,2	2011 Jan.
-	+ 0,0	- 0,2	- 13,4	- 12,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 14,2	- 4,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	- 16,3	- 9,2	- 7,0	- 0,0	- 0,0	- 12,3	- 9,5	- 4,3	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	März
-	- 0,2	- 0,1	- 7,9	+ 5,4	- 13,3	- 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 15,9	+ 3,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,1	April
-	- 0,0	- 1,5	- 19,6	- 12,2	- 7,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 28,3	- 1,4	+ 30,1	- 2,4	+ 1,9	- 0,1	Mai
-	- 0,1	- 2,0	- 5,5	+ 0,3	- 5,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,0	- 2,0	+ 7,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,3	Juni
-	- 0,3	+ 0,1	- 3,8	+ 2,6	- 6,4	+ 0,0	- 0,3	- 4,4	+ 6,6	- 10,6	- 1,2	+ 0,8	- 0,1	Juli
-	+ 0,0	+ 0,2	+ 11,4	+ 1,1	+ 10,3	-	+ 0,1	+ 31,0	+ 8,5	+ 23,4	- 1,6	+ 0,7	+ 0,1	Aug.
-	-	- 0,0	+ 12,6	+ 9,7	+ 2,8	- 0,0	+ 0,1	+ 18,7	+ 11,8	+ 8,4	- 1,5	+ 0,0	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	+ 0,1	- 12,9	- 0,5	- 12,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 9,6	- 9,2	- 0,4	+ 0,8	+ 0,0	Okt.
-	+ 0,0	- 0,2	+ 14,5	+ 3,6	+ 10,8	- 0,0	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,8	+ 1,1	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	Nov.
-	+ 0,1	- 0,3	+ 33,0	- 21,3	+ 54,3	- 0,0	+ 0,2	- 6,2	- 19,8	+ 8,4	+ 4,6	+ 0,5	- 0,2	Dez.
-	- 1,0	- 0,8	+ 10,9	+ 22,3	- 11,3	+ 0,0	- 0,7	- 10,4	+ 12,9	- 23,4	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	2012 Jan.
-	- 0,3	- 0,5	+ 11,1	+ 3,9	+ 7,3	- 0,0	- 0,2	+ 18,1	+ 5,9	+ 10,3	+ 2,6	- 0,7	- 0,2	Febr.
-	- 0,3	- 1,6	- 0,2	- 5,1	+ 4,9	- 0,0	+ 0,1	- 5,4	+ 1,9	- 6,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	März
-	+ 0,5	- 0,2	- 7,1	+ 0,2	- 7,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 20,4	+ 9,0	+ 13,5	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	April

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
 Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im
 Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
 schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2010 Nov.	0,8	1 176,9	913,0	619,6	293,5	2,2	261,7	2,7	810,4	488,1	129,5	358,6	11,5	310,8
2010 Dez.	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011 Jan.	0,5	1 151,1	888,7	609,2	279,5	2,8	259,6	1,8	774,8	458,0	114,9	343,2	13,9	302,9
2011 Febr.	0,9	1 157,9	894,3	612,9	281,5	2,0	261,5	1,8	773,2	460,3	118,3	342,1	12,9	300,0
2011 März	0,5	1 108,8	848,0	571,0	277,0	2,0	258,7	1,8	757,3	446,7	110,0	336,7	13,7	296,9
2011 April	0,5	1 150,6	890,7	615,6	275,1	4,5	255,3	1,8	770,2	459,8	129,8	330,1	15,2	295,1
2011 Mai	0,8	1 161,7	895,0	618,3	276,8	6,0	260,7	1,8	779,4	466,3	132,2	334,0	17,5	295,7
2011 Juni	0,9	1 121,8	858,3	581,3	277,0	5,8	257,6	1,8	764,6	454,2	122,1	332,1	15,2	295,1
2011 Juli	0,7	1 119,9	860,5	578,8	281,7	6,5	252,9	1,8	769,4	463,0	122,5	340,5	17,1	289,4
2011 Aug.	0,7	1 154,4	895,5	608,5	287,0	5,4	253,5	1,8	768,4	468,0	130,3	337,7	19,9	280,4
2011 Sept.	0,8	1 158,8	901,8	608,3	293,5	5,8	251,1	1,8	767,1	472,2	127,5	344,8	17,5	277,4
2011 Okt.	0,7	1 132,7	880,4	587,7	292,7	6,5	245,8	1,8	746,0	453,2	113,3	339,9	19,9	272,9
2011 Nov.	0,7	1 139,9	888,9	593,7	295,2	7,0	244,1	1,8	746,2	459,9	114,6	345,3	10,9	275,4
2011 Dez.	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012 Jan.	0,7	1 141,0	892,7	595,1	297,6	5,9	242,3	2,6	739,1	454,4	101,4	353,0	11,2	273,5
2012 Febr.	0,8	1 136,0	890,0	599,6	290,4	6,3	239,8	2,6	729,2	449,1	99,6	349,5	10,0	270,1
2012 März	0,9	1 114,2	867,7	579,8	287,9	6,4	240,0	2,6	747,1	463,8	116,4	347,4	10,6	272,8
2012 April	0,7	1 119,6	876,5	588,8	287,8	6,4	236,7	2,6	750,1	470,0	122,6	347,4	9,0	271,0
Veränderungen *)														
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2010 Nov.	+ 0,2	+ 2,5	+ 5,9	+ 7,6	- 1,7	- 1,0	- 2,4	+ 0,0	+ 9,9	+ 10,1	+ 11,0	- 0,9	- 3,8	+ 3,5
2010 Dez.	- 0,3	- 17,5	- 15,1	- 9,1	- 5,9	- 0,2	- 2,2	- 0,0	- 31,4	- 22,3	- 16,2	- 6,1	- 1,4	- 7,7
2011 Jan.	+ 0,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 4,5	- 2,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	+ 6,3	+ 1,0	+ 3,2	- 2,2	+ 3,8	+ 1,5
2011 Febr.	+ 0,4	+ 8,2	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	- 0,8	+ 2,0	- 0,0	- 0,1	+ 3,5	+ 3,7	- 0,2	- 1,0	- 2,6
2011 März	- 0,4	- 42,7	- 39,6	- 38,3	- 1,4	+ 0,0	- 3,2	- 0,0	- 9,6	- 8,5	- 7,1	- 1,4	+ 0,9	- 2,0
2011 April	+ 0,0	+ 50,1	+ 50,6	+ 48,9	+ 1,7	+ 2,5	- 3,0	- 0,0	+ 20,8	+ 19,7	+ 21,2	- 1,5	+ 1,5	- 0,4
2011 Mai	+ 0,4	+ 2,8	- 3,7	- 1,7	- 2,0	+ 1,5	+ 5,0	- 0,0	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 2,3	- 0,7
2011 Juni	+ 0,0	- 38,4	- 35,2	- 36,2	+ 0,9	- 0,2	- 3,0	+ 0,0	- 13,2	- 10,8	- 9,8	- 1,0	- 2,2	- 0,2
2011 Juli	- 0,1	- 7,3	- 3,0	- 5,1	+ 2,1	+ 0,7	- 5,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 5,3	- 0,4	+ 5,6	+ 1,9	- 6,8
2011 Aug.	- 0,1	+ 30,7	+ 31,1	+ 28,5	+ 2,7	- 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,8	+ 7,4	+ 8,2	- 0,8	+ 2,8	- 8,4
2011 Sept.	+ 0,1	- 9,8	- 7,3	- 8,0	+ 0,7	+ 0,5	- 3,0	-	- 13,3	- 5,7	- 5,1	- 0,6	- 2,5	- 5,1
2011 Okt.	- 0,1	- 17,9	- 13,5	- 16,1	+ 2,6	+ 0,7	- 5,1	- 0,0	- 14,3	- 13,5	- 13,1	- 0,5	+ 2,4	- 3,2
2011 Nov.	+ 0,0	- 2,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	+ 0,4	- 2,1	+ 0,0	- 8,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 9,0	+ 1,1
2011 Dez.	- 0,1	- 24,5	- 19,8	- 27,1	+ 7,2	- 2,4	- 2,3	+ 0,0	- 11,5	- 12,3	- 14,1	+ 1,8	- 2,4	+ 3,2
2012 Jan.	+ 0,1	+ 27,0	+ 25,1	+ 29,4	- 4,3	+ 1,3	+ 0,5	- 0,0	- 2,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,8	- 6,1
2012 Febr.	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 7,1	- 5,0	+ 0,3	- 2,4	- 0,0	- 5,6	- 1,8	- 1,0	- 0,8	- 1,2	- 2,6
2012 März	+ 0,1	- 23,0	- 23,6	- 20,4	- 3,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,0	+ 16,2	+ 13,5	+ 16,4	- 2,9	+ 0,5	+ 2,1
2012 April	- 0,1	+ 2,2	+ 5,6	+ 7,2	- 1,7	- 0,0	- 3,3	- 0,0	- 0,1	+ 3,9	+ 6,1	- 2,2	- 1,5	- 2,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	224,8	92,3	132,5	66,9	65,5	1,3	2011
32,5	52,5	758,3	314,2	444,1	311,8	132,3	0,1	271,5	114,3	157,1	86,9	70,2	1,7	2010 Nov.
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	2010 Dez.
15,6	51,0	738,6	284,0	454,6	321,6	133,0	0,1	245,0	110,5	134,5	70,3	64,2	1,5	2011 Jan.
15,6	50,0	735,9	282,3	453,7	321,0	132,7	0,1	244,5	110,1	134,3	72,2	62,1	1,5	2011 Febr.
15,6	50,2	695,8	253,9	441,9	310,5	131,4	0,1	219,8	90,3	129,4	68,6	60,8	1,5	2011 März
15,5	50,2	725,6	265,7	459,8	329,8	130,0	0,1	232,6	105,7	126,9	68,0	58,9	1,5	2011 April
15,5	50,2	707,7	273,4	434,3	303,4	130,9	0,1	235,5	109,8	125,7	66,2	59,4	1,4	2011 Mai
15,4	49,7	653,1	253,2	399,9	274,1	125,7	0,1	229,5	102,4	127,0	66,5	60,5	1,5	2011 Juni
15,3	49,0	656,1	248,3	407,8	279,8	128,0	0,1	229,5	102,8	126,7	66,2	60,5	1,5	2011 Juli
15,4	48,8	705,7	256,5	449,2	321,1	128,1	0,1	232,9	101,9	131,0	66,0	65,0	1,4	2011 Aug.
15,5	48,9	745,9	304,7	441,1	312,8	128,4	0,1	242,0	110,6	131,4	65,9	65,5	1,4	2011 Sept.
15,5	48,9	745,4	303,7	441,8	319,3	122,5	0,1	248,6	116,6	132,0	67,4	64,7	1,4	2011 Okt.
15,7	49,8	762,5	330,3	432,2	308,3	123,9	0,1	241,8	111,1	130,7	65,7	64,9	1,3	2011 Nov.
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	224,8	92,3	132,5	66,9	65,5	1,3	2011 Dez.
32,6	47,6	813,6	327,1	486,5	363,7	122,8	0,1	232,7	103,1	129,6	64,7	64,9	1,3	2012 Jan.
32,3	47,4	828,4	357,6	470,8	348,3	122,5	0,1	232,3	106,2	126,1	62,1	64,0	1,3	2012 Febr.
32,3	47,5	884,3	368,3	516,0	388,5	127,6	0,1	239,9	114,6	125,2	63,1	62,2	1,2	2012 März
32,4	46,7	905,9	364,8	541,1	416,1	125,0	0,1	245,3	115,3	130,0	67,9	62,1	1,2	2012 April
Veränderungen *)														
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	+ 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 79,6	+ 42,0	+ 37,5	+ 38,1	- 0,6	- 0,1	- 2,7	+ 6,0	- 8,7	- 3,3	- 5,5	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,6	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
+ 0,4	+ 0,8	- 2,3	+ 8,5	- 10,8	- 10,6	- 0,2	- 0,0	+ 3,3	+ 4,7	- 1,4	- 2,2	+ 0,8	- 0,0	2010 Nov.
- 0,2	- 3,6	- 12,3	- 53,8	+ 41,6	+ 39,4	+ 2,1	- 0,0	- 43,6	- 28,2	- 15,3	- 9,7	- 5,6	- 0,2	2010 Dez.
- 0,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 26,4	- 25,5	- 25,6	+ 0,1	- 0,0	+ 19,7	+ 26,0	- 6,4	- 5,9	- 0,5	- 0,0	2011 Jan.
+ 0,0	- 1,0	- 1,1	- 1,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	+ 0,0	2011 Febr.
- 0,0	+ 0,2	- 35,5	- 26,7	- 8,8	- 8,4	- 0,3	- 0,0	- 23,2	- 19,2	- 4,0	- 3,1	- 0,9	- 0,0	2011 März
- 0,0	+ 0,1	+ 35,9	+ 14,0	+ 21,8	+ 23,5	- 1,7	- 0,0	+ 14,6	+ 16,1	- 1,5	- 0,0	- 1,4	+ 0,0	2011 April
+ 0,0	- 0,1	- 23,3	+ 5,8	- 29,0	- 28,9	- 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 3,3	- 2,3	- 2,4	+ 0,1	- 0,0	2011 Mai
- 0,1	- 0,4	- 53,5	- 19,8	- 33,7	- 28,9	- 4,8	- 0,0	- 5,7	- 7,2	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,1	2011 Juni
- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 5,9	+ 5,9	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,0	- 0,9	+ 0,0	- 0,9	- 0,7	- 0,3	- 0,1	2011 Juli
+ 0,1	- 0,1	+ 49,0	+ 8,7	+ 40,3	+ 39,8	+ 0,6	- 0,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 0,1	2011 Aug.
+ 0,1	- 0,1	+ 30,9	+ 45,0	- 14,0	- 12,4	- 1,6	- 0,0	+ 6,2	+ 7,5	- 1,3	- 1,0	- 0,3	+ 0,0	2011 Sept.
+ 0,0	+ 0,1	+ 4,8	+ 0,8	+ 4,0	+ 8,8	- 4,9	-	+ 8,3	+ 6,7	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,1	2011 Okt.
+ 0,2	+ 0,7	+ 10,7	+ 24,3	- 13,6	- 13,7	+ 0,2	-	- 8,9	- 6,4	- 2,6	- 2,3	- 0,3	- 0,0	2011 Nov.
- 0,2	- 4,9	- 107,6	- 85,1	- 22,6	- 20,6	- 1,9	- 0,0	- 18,7	- 19,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	2011 Dez.
- 0,3	+ 2,6	+ 159,9	+ 87,4	+ 72,6	+ 73,0	- 0,4	-	+ 8,7	+ 11,1	- 2,4	- 2,0	- 0,4	+ 0,0	2012 Jan.
- 0,2	- 0,0	+ 17,9	+ 31,6	- 13,7	- 14,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	+ 3,4	- 2,9	- 2,3	- 0,6	- 0,0	2012 Febr.
+ 0,0	+ 0,0	+ 55,6	+ 10,3	+ 45,3	+ 40,5	+ 4,8	- 0,0	+ 7,3	+ 8,3	- 1,0	+ 0,9	- 1,9	- 0,1	2012 März
+ 0,1	- 0,8	+ 19,5	- 3,9	+ 23,4	+ 26,5	- 3,0	-	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	+ 4,6	- 0,2	- 0,0	2012 April

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähigen Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige		
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2010 Nov.	3 290,2	2 816,5	470,8	318,0	317,7	0,3	152,8	126,9	25,9	2 819,5	2 309,5
2010 Dez.	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011 Jan.	3 241,2	2 778,4	440,2	290,4	290,2	0,2	149,8	120,8	29,0	2 801,1	2 314,1
2011 Febr.	3 240,3	2 787,6	446,4	308,5	308,2	0,3	137,9	108,8	29,1	2 794,0	2 309,0
2011 März	3 211,7	2 758,1	415,7	292,7	292,4	0,3	123,1	98,7	24,4	2 796,0	2 307,8
2011 April	3 226,5	2 749,3	409,8	295,8	295,5	0,4	114,0	88,8	25,2	2 816,7	2 328,1
2011 Mai	3 209,4	2 754,3	405,8	305,2	304,8	0,4	100,6	77,2	23,3	2 803,6	2 311,3
2011 Juni	3 191,7	2 749,4	404,1	307,1	306,6	0,5	97,0	75,9	21,1	2 787,6	2 298,0
2011 Juli	3 193,1	2 753,6	399,4	305,8	305,4	0,4	93,6	75,3	18,4	2 793,7	2 303,9
2011 Aug.	3 201,3	2 768,5	399,9	318,2	317,8	0,5	81,7	65,5	16,2	2 801,4	2 311,9
2011 Sept.	3 207,6	2 778,8	406,2	326,3	325,8	0,5	79,9	65,9	14,0	2 801,4	2 311,2
2011 Okt.	3 233,3	2 806,6	433,2	355,4	354,7	0,7	77,8	62,8	15,0	2 800,1	2 311,3
2011 Nov.	3 237,6	2 808,2	424,2	352,0	351,4	0,6	72,2	58,4	13,8	2 813,4	2 319,9
2011 Dez.	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012 Jan.	3 226,6	2 800,6	409,1	339,2	338,7	0,6	69,8	65,5	4,4	2 817,6	2 320,7
2012 Febr.	3 220,3	2 798,2	406,9	338,2	337,4	0,8	68,7	63,8	4,9	2 813,4	2 315,9
2012 März	3 222,9	2 787,6	396,8	329,5	328,6	0,9	67,3	63,3	4,0	2 826,1	2 325,3
2012 April	3 244,7	2 796,1	402,9	329,6	328,7	0,9	73,3	68,5	4,8	2 841,8	2 341,9
Veränderungen *)											
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	+ 0,4	+ 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2010 Nov.	+ 41,1	+ 105,0	+ 92,7	+ 20,3	+ 20,3	- 0,0	+ 72,3	+ 74,4	- 2,1	- 51,5	+ 9,3
2010 Dez.	- 64,1	- 45,2	- 42,8	- 34,9	- 34,8	- 0,1	- 7,9	- 9,7	+ 1,8	- 21,3	+ 1,3
2011 Jan.	+ 20,3	+ 7,2	+ 12,2	+ 7,3	+ 7,3	+ 0,0	+ 4,8	+ 3,5	+ 1,3	+ 8,1	+ 8,5
2011 Febr.	- 0,9	+ 9,1	+ 6,2	+ 18,6	+ 18,6	+ 0,1	- 12,4	- 12,5	+ 0,1	- 7,1	- 5,1
2011 März	- 28,6	- 29,5	- 30,7	- 15,9	- 15,9	+ 0,0	- 14,8	- 10,1	- 4,8	+ 2,1	- 1,2
2011 April	+ 14,8	- 8,8	- 5,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	- 9,1	- 9,9	+ 0,8	+ 20,7	+ 20,3
2011 Mai	- 17,1	+ 5,0	- 4,1	+ 9,3	+ 9,3	-	- 13,4	- 11,6	- 1,9	- 13,1	- 16,8
2011 Juni	- 17,5	- 4,7	- 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,1	- 3,6	- 1,3	- 2,3	- 16,1	- 13,3
2011 Juli	+ 1,4	+ 4,2	- 4,7	- 1,3	- 1,2	- 0,1	- 3,4	- 0,6	- 2,7	+ 6,1	+ 5,9
2011 Aug.	+ 0,7	+ 7,3	+ 0,3	+ 12,4	+ 12,3	+ 0,1	- 12,0	- 9,8	- 2,2	+ 0,3	+ 0,5
2011 Sept.	+ 6,3	+ 10,3	+ 6,3	+ 8,0	+ 8,0	+ 0,0	- 1,7	+ 0,5	- 2,2	- 0,0	- 0,7
2011 Okt.	+ 25,7	+ 27,8	+ 26,6	+ 28,7	+ 28,5	+ 0,2	- 2,1	- 3,1	+ 1,0	- 0,9	+ 0,5
2011 Nov.	+ 4,3	+ 1,5	- 9,0	- 3,4	- 3,3	- 0,1	- 5,6	- 4,4	- 1,2	+ 13,3	+ 8,6
2011 Dez.	- 39,9	- 32,7	- 41,0	- 35,6	- 35,4	- 0,2	- 5,4	+ 2,4	- 7,8	+ 1,2	+ 2,1
2012 Jan.	+ 29,0	+ 25,2	+ 25,8	+ 22,7	+ 22,6	+ 0,2	+ 3,1	+ 4,7	- 1,7	+ 3,2	- 1,1
2012 Febr.	- 6,4	- 2,4	- 2,2	- 1,1	- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 1,7	+ 0,5	- 4,2	- 4,8
2012 März	+ 2,7	- 10,6	- 10,1	- 8,7	- 8,8	+ 0,1	- 1,4	- 0,6	- 0,9	+ 12,8	+ 9,4
2012 April	+ 18,6	+ 5,3	+ 3,4	- 2,6	- 2,6	- 0,0	+ 6,0	+ 5,2	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 1)	Ausgleichsfor-dungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite		
zu-sammen	mittel-fristig	lang-fristig				zu-sammen	mittel-fristig	lang-fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 071,6	238,5	1 833,1	237,9	37,8	510,0	300,3	35,7	264,6	209,6	–	3,9	2010 Nov.	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	Dez.	
2 066,5	237,0	1 829,6	247,6	30,5	486,9	301,0	37,2	263,8	186,0	–	3,0	2011 Jan.	
2 069,2	236,8	1 832,5	239,8	30,5	485,0	301,3	37,9	263,4	183,6	–	3,0	Febr.	
2 066,3	238,6	1 827,6	241,5	30,3	488,2	300,7	38,2	262,5	187,5	–	3,0	März	
2 065,4	236,2	1 829,2	262,7	30,1	488,6	299,6	38,6	261,1	189,0	–	3,0	April	
2 071,7	237,7	1 833,9	239,6	30,1	492,3	300,6	38,8	261,8	191,7	–	3,0	Mai	
2 068,2	234,6	1 833,6	229,8	30,0	489,5	298,7	39,0	259,7	190,9	–	2,9	Juni	
2 073,7	235,8	1 838,0	230,2	29,7	489,7	299,2	39,7	259,5	190,5	–	2,9	Juli	
2 085,5	244,8	1 840,8	226,4	29,8	489,5	299,7	40,0	259,8	189,8	–	2,9	Aug.	
2 087,9	245,2	1 842,7	223,3	29,8	490,1	299,2	39,8	259,4	190,9	–	2,9	Sept.	
2 090,6	245,9	1 844,8	220,7	29,6	488,8	298,5	40,6	257,9	190,3	–	2,9	Okt.	
2 098,6	246,8	1 851,9	221,2	29,6	493,6	299,8	40,7	259,1	193,8	–	2,9	Nov.	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	Dez.	
2 098,4	246,8	1 851,6	222,3	31,8	496,9	298,1	40,9	257,2	198,8	–	3,5	2012 Jan.	
2 099,5	245,9	1 853,7	216,4	31,6	497,4	297,5	41,1	256,4	200,0	–	3,5	Febr.	
2 099,2	246,4	1 852,7	226,1	31,3	500,9	296,6	40,9	255,8	204,2	–	3,5	März	
2 102,2	247,1	1 855,1	239,7	31,7	499,9	296,8	40,6	256,2	203,1	–	3,6	April	
Veränderungen ^{*)}													
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	– 1,9	+ 2,6	– 5,9	– 16,1	+ 4,9	– 21,0	+ 11,2	– 1,0	– 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	– 13,8	– 0,9	– 12,9	+ 34,3	– 1,1	– 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 8,3	+ 1,6	+ 6,8	+ 1,0	– 0,0	– 60,8	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,0	– 62,8	–	– 0,0	2010 Nov.	
– 1,5	– 0,3	– 1,2	+ 2,8	– 0,0	– 22,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	– 23,5	–	– 0,0	Dez.	
– 3,5	– 1,2	– 2,3	+ 12,0	– 0,2	– 0,4	– 0,3	+ 1,1	– 1,3	– 0,2	–	– 0,0	2011 Jan.	
+ 2,7	– 0,2	+ 2,9	– 7,8	+ 0,0	– 2,0	+ 0,4	+ 0,7	– 0,4	– 2,3	–	– 0,0	Febr.	
– 2,9	+ 1,2	– 4,2	+ 1,7	– 0,2	+ 3,2	– 0,6	+ 0,3	– 0,9	+ 3,8	–	– 0,0	März	
– 0,9	– 2,4	+ 1,5	+ 21,2	– 0,2	+ 0,4	– 1,1	+ 0,3	– 1,5	+ 1,5	–	– 0,0	April	
+ 6,3	+ 1,6	+ 4,6	– 23,0	– 0,0	+ 3,7	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,7	–	+ 0,0	Mai	
– 3,4	– 3,1	– 0,3	– 9,8	– 0,1	– 2,8	– 2,0	+ 0,2	– 2,1	– 0,8	–	– 0,0	Juni	
+ 5,5	+ 1,1	+ 4,4	+ 0,4	– 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	– 0,2	– 0,4	–	– 0,0	Juli	
+ 4,3	+ 1,6	+ 2,8	– 3,8	+ 0,1	– 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 0,7	–	– 0,0	Aug.	
+ 2,4	+ 0,4	+ 1,9	– 3,0	+ 0,0	+ 0,6	– 0,5	– 0,2	– 0,3	+ 1,1	–	– 0,0	Sept.	
+ 3,1	+ 1,1	+ 2,1	– 2,7	– 0,2	– 1,3	– 0,7	+ 0,7	– 1,5	– 0,6	–	+ 0,0	Okt.	
+ 8,0	+ 0,9	+ 7,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 4,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 3,5	–	– 0,0	Nov.	
+ 1,0	+ 1,1	– 0,1	+ 1,2	+ 0,1	– 1,0	– 0,7	+ 0,4	– 1,1	– 0,3	–	– 0,0	Dez.	
– 1,1	– 1,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,9	+ 4,3	– 1,0	– 0,2	– 0,8	+ 5,3	–	– 0,1	2012 Jan.	
+ 1,1	– 0,9	+ 2,0	– 5,9	– 0,2	+ 0,6	– 0,6	+ 0,2	– 0,8	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 0,4	+ 0,6	– 0,9	+ 9,7	– 0,2	+ 3,4	– 0,8	– 0,2	– 0,6	+ 4,3	–	– 0,0	März	
+ 2,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 13,7	+ 0,3	– 1,1	+ 0,2	– 0,3	+ 0,5	– 1,2	–	+ 0,2	April	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2010	2 352,9	1 153,8	1 101,6	907,8	193,8	1 317,2	302,4	134,1	75,5	61,7	120,3	40,3	78,8	157,5
2011 März	2 358,7	1 150,4	1 098,9	906,8	192,1	1 325,0	300,5	138,0	76,9	61,8	121,8	40,5	77,3	161,1
2011 Juni	2 374,9	1 163,7	1 102,8	909,3	193,4	1 337,2	301,3	137,1	78,9	60,7	121,6	41,6	77,0	173,6
2011 Sept.	2 413,7	1 166,3	1 108,3	911,8	196,5	1 367,3	302,1	134,7	81,3	60,9	125,6	42,6	79,2	196,6
2011 Dez.	2 415,7	1 167,3	1 114,0	914,0	200,0	1 368,0	305,0	134,6	84,4	59,6	124,0	42,7	80,1	196,4
2012 März	2 427,8	1 164,1	1 114,9	912,6	202,2	1 380,7	305,6	137,0	86,3	60,2	125,6	43,1	78,4	202,7
Kurzfristige Kredite														
2010	282,9	-	7,7	-	7,7	243,2	3,8	32,2	5,2	13,2	39,4	3,0	6,6	78,9
2011 März	292,5	-	7,7	-	7,7	253,3	3,9	36,8	5,3	13,7	41,2	3,3	7,1	81,8
2011 Juni	306,7	-	7,7	-	7,7	267,0	4,0	38,1	5,8	13,5	41,5	3,7	7,1	93,9
2011 Sept.	325,8	-	7,9	-	7,9	286,0	4,1	36,6	6,3	13,2	43,8	3,8	7,0	112,8
2011 Dez.	316,2	-	7,7	-	7,7	276,7	3,9	33,8	6,0	11,9	41,8	3,3	7,0	111,0
2012 März	328,7	-	7,5	-	7,5	289,7	3,8	36,8	6,7	12,7	43,1	3,5	7,1	117,2
Mittelfristige Kredite														
2010	238,1	-	32,8	-	32,8	169,1	11,4	27,5	5,2	9,2	13,4	3,9	12,9	29,0
2011 März	238,6	-	32,6	-	32,6	169,9	11,1	27,7	5,3	9,0	13,7	3,8	12,3	30,3
2011 Juni	234,7	-	33,2	-	33,2	165,8	11,4	26,4	5,3	8,7	13,7	3,9	11,8	30,7
2011 Sept.	245,2	-	33,6	-	33,6	173,4	11,2	26,6	5,6	9,2	15,2	4,1	11,9	34,1
2011 Dez.	247,9	-	34,5	-	34,5	176,7	11,8	28,2	6,0	9,4	15,5	4,0	11,8	35,4
2012 März	246,4	-	34,8	-	34,8	175,4	11,9	27,3	6,0	9,4	15,6	4,0	11,4	35,9
Langfristige Kredite														
2010	1 831,8	1 153,8	1 061,1	907,8	153,4	904,9	287,1	74,5	65,1	39,3	67,6	33,4	59,3	49,6
2011 März	1 827,6	1 150,4	1 058,7	906,8	151,9	901,8	285,4	73,6	66,3	39,0	66,9	33,4	57,9	49,0
2011 Juni	1 833,6	1 163,7	1 061,8	909,3	152,4	904,4	285,9	72,6	67,8	38,5	66,4	34,0	58,1	48,9
2011 Sept.	1 842,7	1 166,3	1 066,9	911,8	155,1	907,9	286,9	71,5	69,4	38,5	66,6	34,7	60,3	49,7
2011 Dez.	1 851,7	1 167,3	1 071,8	914,0	157,8	914,6	289,3	72,6	72,4	38,3	66,7	35,4	61,2	49,9
2012 März	1 852,7	1 164,1	1 072,6	912,6	159,9	915,6	289,9	73,0	73,6	38,1	66,9	35,6	59,9	49,6
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2011 1.Vj.	+ 6,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 1,7	+ 8,2	- 0,9	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	- 1,5	+ 3,8
2011 2.Vj.	+ 16,4	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 12,2	+ 1,1	- 0,9	+ 2,0	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	- 0,3	+ 12,5
2011 3.Vj.	+ 31,3	+ 4,0	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 24,6	+ 0,7	- 3,0	+ 2,3	- 0,2	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,0	+ 21,0
2011 4.Vj.	+ 1,9	+ 1,8	+ 5,1	+ 2,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,1	- 1,1	+ 3,0	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	+ 1,9	- 0,2
2012 1.Vj.	+ 12,1	- 1,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 11,9	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,6	+ 0,4	- 1,6	+ 6,3
Kurzfristige Kredite														
2011 1.Vj.	+ 10,0	-	0,0	-	0,0	+ 10,6	+ 0,1	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 3,6
2011 2.Vj.	+ 14,4	-	0,1	-	0,1	+ 13,7	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 12,1
2011 3.Vj.	+ 19,1	-	0,2	-	0,2	+ 18,9	+ 0,1	- 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 2,3	+ 0,1	- 0,1	+ 18,7
2011 4.Vj.	- 10,2	-	0,1	-	0,1	- 9,3	+ 0,0	- 2,8	- 0,2	- 1,3	- 2,0	- 0,5	+ 0,0	- 1,8
2012 1.Vj.	+ 12,5	-	0,2	-	0,2	+ 13,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 6,2
Mittelfristige Kredite														
2011 1.Vj.	- 0,1	-	0,3	-	0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 0,7
2011 2.Vj.	- 3,8	-	0,7	-	0,7	- 4,0	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4
2011 3.Vj.	+ 3,1	-	0,3	-	0,3	+ 2,1	- 0,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 1,7
2011 4.Vj.	+ 3,1	-	0,9	-	0,9	+ 3,3	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 1,4
2012 1.Vj.	- 1,4	-	0,3	-	0,3	- 1,8	+ 0,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,5	+ 0,5
Langfristige Kredite														
2011 1.Vj.	- 3,6	- 1,9	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 0,7	- 0,9	+ 1,2	- 0,3	- 0,7	+ 0,0	- 1,3	- 0,4
2011 2.Vj.	+ 5,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,7	- 0,9	+ 1,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1
2011 3.Vj.	+ 9,1	+ 4,0	+ 4,9	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,8	- 1,1	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,2	+ 0,5
2011 4.Vj.	+ 9,0	+ 1,8	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 6,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,9	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,2
2012 1.Vj.	+ 1,1	- 1,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 1,3	- 0,3

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten		
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
649,0	178,5	46,8	175,8	380,4	53,5	1 022,4	795,7	226,7	155,0	13,9	13,3	3,5	2010		
647,6	175,8	47,0	178,7	378,2	53,9	1 020,3	794,9	225,4	155,1	13,7	13,5	3,5	2011 März		
646,7	178,3	44,6	177,9	379,5	53,6	1 024,2	798,0	226,2	145,7	13,9	13,6	3,5	2011 Juni		
646,5	177,9	44,5	178,4	381,8	52,8	1 033,1	802,7	230,3	149,0	14,0	13,4	3,5	2011 Sept.		
646,3	180,0	42,9	177,9	382,9	51,7	1 034,3	805,6	228,7	147,8	13,5	13,4	3,5	2011 Dez.		
647,4	180,5	42,9	178,4	381,9	52,0	1 033,5	805,8	227,7	147,7	13,3	13,6	3,5	2012 März		
													Kurzfristige Kredite		
64,7	9,6	11,7	13,9	32,2	7,7	38,9	3,9	35,1	2,6	13,9	0,9	0,0	2010		
64,2	9,4	12,3	13,5	31,9	8,4	38,2	3,7	34,5	2,6	13,7	0,9	0,0	2011 März		
63,3	9,5	11,7	13,2	32,1	8,5	38,7	3,7	35,0	2,5	13,9	1,1	0,0	2011 Juni		
62,4	9,5	11,6	13,4	31,1	8,0	38,9	3,8	35,1	2,6	14,0	1,0	0,0	2011 Sept.		
61,9	9,6	11,1	13,2	30,4	7,2	38,5	3,9	34,7	2,5	13,5	0,9	0,0	2011 Dez.		
62,6	9,1	11,9	13,3	30,5	7,9	37,9	3,7	34,3	2,5	13,3	1,0	0,0	2012 März		
													Mittelfristige Kredite		
68,1	8,8	10,1	21,3	28,1	3,8	68,5	21,3	47,1	42,0	-	0,5	0,0	2010		
67,8	8,6	10,0	22,1	28,0	3,9	68,2	21,4	46,8	41,7	-	0,5	0,0	2011 März		
65,3	8,4	8,3	21,6	28,2	3,7	68,3	21,8	46,5	41,5	-	0,5	0,0	2011 Juni		
66,7	8,2	8,5	21,2	30,8	3,6	71,3	22,4	48,9	43,7	-	0,5	0,0	2011 Sept.		
66,3	8,1	8,4	20,4	31,2	3,6	70,6	22,7	47,9	42,8	-	0,6	0,0	2011 Dez.		
65,8	8,1	7,8	20,0	31,3	3,6	70,4	22,9	47,5	42,3	-	0,6	0,0	2012 März		
													Langfristige Kredite		
516,2	160,2	25,0	140,6	320,1	42,0	915,0	770,5	144,5	110,4	-	11,9	3,5	2010		
515,7	157,9	24,7	143,1	318,3	41,6	913,9	769,8	144,1	110,8	-	12,0	3,5	2011 März		
518,0	160,4	24,5	143,1	319,2	41,4	917,2	772,5	144,8	101,7	-	12,0	3,4	2011 Juni		
517,3	160,3	24,4	143,8	319,8	41,2	922,9	776,6	146,3	102,7	-	11,9	3,4	2011 Sept.		
518,1	162,4	23,4	144,3	321,3	40,9	925,2	779,1	146,1	102,5	-	11,9	3,4	2011 Dez.		
519,0	163,3	23,2	145,2	320,0	40,5	925,2	779,2	145,9	102,9	-	12,0	3,5	2012 März		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
- 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 2,2	+ 0,4	- 2,1	- 0,8	- 1,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	2011 1.Vj.		
- 1,0	+ 1,4	- 2,5	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 4,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	2011 2.Vj.		
- 1,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 6,8	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	2011 3.Vj.		
- 0,3	+ 1,3	- 0,9	- 0,3	+ 1,0	- 1,1	+ 1,6	+ 3,1	- 1,5	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	2011 4.Vj.		
+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 0,5	- 1,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	2012 1.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 0,8	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.		
- 0,8	+ 0,2	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	2011 2.Vj.		
- 0,9	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	2011 3.Vj.		
- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,7	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,6	- 0,1	-	2011 4.Vj.		
+ 0,7	- 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	2012 1.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	2011 1.Vj.		
- 2,4	- 0,2	- 1,7	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	2011 2.Vj.		
+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	2011 3.Vj.		
- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	-	+ 0,0	-	2011 4.Vj.		
- 0,9	+ 0,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2012 1.Vj.		
													Langfristige Kredite		
- 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,3	-	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.		
+ 2,2	+ 1,4	- 0,2	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2011 2.Vj.		
- 0,5	- 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,3	+ 5,6	+ 4,1	+ 1,6	+ 1,0	-	- 0,1	- 0,0	2011 3.Vj.		
+ 0,6	+ 1,3	- 0,3	+ 0,5	+ 1,4	- 0,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,0	+ 0,0	2011 4.Vj.		
+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	- 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	-	+ 0,1	+ 0,1	2012 1.Vj.		

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2010	2 936,6	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	96,9	37,5	37,2	80,9		
2011	3 046,9	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	106,3	36,5	35,8	97,1		
2011 Mai	2 976,6	1 125,7	1 129,3	354,4	775,0	26,7	748,3	619,9	101,7	37,0	36,7	102,8		
Juni	2 980,6	1 123,7	1 136,4	363,7	772,7	26,0	746,7	617,8	102,7	36,7	36,6	103,5		
Juli	2 976,5	1 130,6	1 125,8	352,4	773,4	27,2	746,2	616,6	103,5	36,6	36,6	87,4		
Aug.	3 007,6	1 139,2	1 149,1	374,6	774,5	28,4	746,1	615,0	104,2	36,7	36,4	99,4		
Sept.	3 026,3	1 151,3	1 157,3	385,1	772,2	29,2	743,0	613,5	104,3	36,7	36,2	106,0		
Okt.	3 027,0	1 160,9	1 148,1	376,8	771,3	30,2	741,1	613,1	105,0	36,7	36,0	104,2		
Nov.	3 054,5	1 188,0	1 149,2	377,8	771,4	31,0	740,5	611,5	105,8	36,7	35,9	109,5		
Dez.	3 046,9	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	106,3	36,5	35,8	97,1		
2012 Jan.	3 036,8	1 181,1	1 133,1	366,8	766,3	31,4	734,9	617,2	105,3	35,8	35,2	85,8		
Febr.	3 054,9	1 187,1	1 143,5	378,3	765,1	32,5	732,6	619,8	104,6	35,6	34,9	97,0		
März	3 049,6	1 188,9	1 136,9	374,4	762,5	33,1	729,4	619,4	104,3	35,3	34,7	91,7		
April	3 072,6	1 197,7	1 153,2	392,8	760,4	32,9	727,5	617,9	103,8	35,5	34,6	100,8		
Veränderungen *)														
2010	+ 77,4	+ 76,0	- 18,9	- 12,6	- 6,3	- 7,0	+ 0,7	+ 24,0	- 3,7	- 1,7	+ 1,6	+ 4,1		
2011	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	+ 57,0	- 16,1	+ 6,5	- 22,6	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	- 1,4	+ 16,0		
2011 Mai	+ 28,3	- 1,4	+ 30,1	+ 30,8	- 0,7	+ 0,7	- 1,4	- 2,4	+ 1,9	- 0,1	- 0,1	+ 18,1		
Juni	+ 4,0	- 2,0	+ 7,0	+ 9,3	- 2,3	- 0,7	- 1,6	- 2,1	+ 1,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,7		
Juli	- 4,4	+ 6,6	- 10,6	- 11,3	+ 0,7	+ 1,2	- 0,6	- 1,2	+ 0,8	- 0,1	- 0,0	- 16,4		
Aug.	+ 31,0	+ 8,5	+ 23,4	+ 22,2	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 1,6	+ 0,7	+ 0,1	- 0,2	+ 12,1		
Sept.	+ 18,7	+ 11,8	+ 8,4	+ 10,7	- 2,3	+ 0,8	- 3,1	- 1,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 6,6		
Okt.	+ 0,7	+ 9,6	- 9,2	- 8,3	- 0,9	+ 1,1	- 2,0	- 0,4	+ 0,8	+ 0,0	- 0,2	- 1,8		
Nov.	+ 27,5	+ 26,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,8	- 0,7	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 5,3		
Dez.	- 6,2	- 19,8	+ 8,4	+ 8,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	+ 4,6	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	- 12,4		
2012 Jan.	- 10,4	+ 12,9	- 23,4	- 19,2	- 4,2	- 0,1	- 4,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5	- 11,3		
Febr.	+ 18,1	+ 5,9	+ 10,3	+ 11,5	- 1,1	+ 1,1	- 2,3	+ 2,6	- 0,7	- 0,2	- 0,3	+ 11,2		
März	- 5,4	+ 1,9	- 6,5	- 3,9	- 2,6	+ 0,6	- 3,2	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 5,2		
April	+ 20,4	+ 9,0	+ 13,5	+ 15,5	- 2,1	- 0,1	- 1,9	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 6,5		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2011 Mai	160,9	50,3	106,3	57,5	48,8	2,9	45,9	2,8	1,5	34,4	6,1	2,7		
Juni	170,4	52,0	114,1	65,8	48,3	2,6	45,7	2,7	1,6	34,1	6,1	6,1		
Juli	164,1	49,5	110,5	61,6	48,9	3,3	45,7	2,6	1,6	34,0	6,0	0,2		
Aug.	169,4	50,4	114,9	66,6	48,3	3,3	45,0	2,6	1,5	34,1	6,0	2,1		
Sept.	173,5	52,4	117,1	68,4	48,6	3,4	45,2	2,5	1,5	34,1	6,0	4,4		
Okt.	162,9	49,2	109,8	61,2	48,5	3,6	45,0	2,4	1,5	34,1	6,0	3,5		
Nov.	167,0	49,5	113,7	64,9	48,8	3,7	45,1	2,4	1,4	34,1	5,9	2,9		
Dez.	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012 Jan.	171,8	49,1	119,0	71,3	47,7	3,3	44,4	2,3	1,4	33,4	6,0	2,2		
Febr.	182,4	55,8	123,0	75,4	47,6	3,5	44,1	2,3	1,4	33,3	6,0	2,8		
März	182,4	51,9	126,8	79,0	47,8	3,8	44,0	2,3	1,4	33,2	5,9	1,8		
April	183,5	52,8	127,0	80,2	46,8	3,8	43,0	2,3	1,4	33,4	5,9	0,5		
Veränderungen *)														
2010	+ 23,9	+ 4,1	+ 19,7	+ 4,7	+ 14,9	- 1,0	+ 16,0	+ 0,3	- 0,1	- 1,0	+ 2,3	- 0,1		
2011	+ 14,6	+ 0,1	+ 15,0	+ 21,4	- 6,5	+ 1,2	- 7,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 2,7		
2011 Mai	+ 10,1	+ 3,4	+ 6,7	+ 6,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	-	+ 1,7		
Juni	+ 9,5	+ 1,8	+ 7,8	+ 8,3	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 3,4		
Juli	- 6,3	- 2,6	- 3,6	- 4,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 5,9		
Aug.	+ 5,3	+ 1,0	+ 4,4	+ 5,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Sept.	+ 4,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 2,4		
Okt.	- 10,6	- 3,2	- 7,3	- 7,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 1,0		
Nov.	+ 4,1	+ 0,3	+ 3,9	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
Dez.	+ 1,5	- 3,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2		
2012 Jan.	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,6	+ 1,8	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,7	+ 0,0	- 0,9		
Febr.	+ 10,6	+ 6,7	+ 4,0	+ 4,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,7		
März	- 0,1	- 3,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 1,0		
April	+ 0,6	+ 0,9	- 0,2	+ 1,0	- 1,2	+ 0,0	- 1,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 1,3		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:		
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre					
Inländische Unternehmen und Privatpersonen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3
2010	2 783,2	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	95,4	2,9	31,0	80,5
2011	2 878,4	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	104,8	2,5	29,8	94,0
2011 Mai	2 815,7	1 075,4	1 023,0	296,9	726,2	23,8	702,4	617,1	100,1	2,6	30,6	100,1
2011 Juni	2 810,2	1 071,6	1 022,3	297,9	724,4	23,4	701,0	615,1	101,1	2,6	30,5	97,4
2011 Juli	2 812,3	1 081,1	1 015,3	290,8	724,5	24,0	700,5	614,0	101,9	2,6	30,6	87,1
2011 Aug.	2 838,2	1 088,7	1 034,3	308,0	726,2	25,1	701,2	612,5	102,7	2,6	30,4	97,3
2011 Sept.	2 852,8	1 098,8	1 040,2	316,6	723,6	25,8	697,8	611,0	102,8	2,6	30,2	101,5
2011 Okt.	2 864,1	1 111,6	1 038,3	315,5	722,8	26,6	696,2	610,6	103,6	2,5	30,1	100,7
2011 Nov.	2 887,5	1 138,5	1 035,5	312,9	722,7	27,3	695,4	609,1	104,3	2,6	30,0	106,6
2011 Dez.	2 878,4	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	104,8	2,5	29,8	94,0
2012 Jan.	2 865,0	1 132,0	1 014,1	295,5	718,6	28,1	690,5	615,0	103,9	2,5	29,3	83,6
2012 Febr.	2 872,5	1 131,3	1 020,5	303,0	717,5	29,0	688,5	617,5	103,2	2,3	28,9	94,1
2012 März	2 867,2	1 137,0	1 010,2	295,4	714,7	29,3	685,4	617,1	102,9	2,1	28,8	89,9
2012 April	2 889,1	1 144,9	1 026,1	312,5	713,6	29,1	684,5	615,6	102,4	2,1	28,7	100,4
Veränderungen *)												
2010	+ 53,5	+ 71,9	- 38,6	- 17,3	- 21,3	- 6,0	- 15,3	+ 23,8	- 3,6	- 0,7	- 0,7	+ 4,2
2011	+ 96,6	+ 63,6	+ 25,9	+ 35,5	- 9,6	+ 5,2	- 14,9	- 2,2	+ 9,3	- 0,3	- 1,2	+ 13,3
2011 Mai	+ 18,2	- 4,8	+ 23,5	+ 24,6	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	- 2,3	+ 1,9	- 0,0	- 0,1	+ 16,4
2011 Juni	- 5,5	- 3,8	- 0,7	+ 1,0	- 1,8	- 0,4	- 1,4	- 2,0	+ 1,0	- 0,0	- 0,1	- 2,7
2011 Juli	+ 1,8	+ 9,2	- 7,0	- 7,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,5	- 1,1	+ 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 10,6
2011 Aug.	+ 25,7	+ 7,5	+ 19,0	+ 17,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 10,3
2011 Sept.	+ 14,7	+ 9,9	+ 6,2	+ 8,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,3	- 1,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2
2011 Okt.	+ 11,3	+ 12,8	- 1,9	- 1,1	- 0,8	+ 1,0	- 1,8	- 0,4	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,8
2011 Nov.	+ 23,4	+ 26,5	- 2,8	- 2,7	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	- 1,1	+ 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 5,9
2011 Dez.	- 7,7	- 16,5	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	- 12,6
2012 Jan.	- 13,8	+ 10,0	- 24,0	- 21,0	- 3,1	+ 0,4	- 3,5	+ 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,6	- 10,4
2012 Febr.	+ 7,5	- 0,7	+ 6,4	+ 7,4	- 1,0	+ 0,9	- 2,0	+ 2,5	- 0,7	- 0,2	- 0,3	+ 10,5
2012 März	- 5,3	+ 5,7	- 10,3	- 7,5	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 4,2
2012 April	+ 19,8	+ 8,1	+ 13,7	+ 14,6	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 1,5	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 7,8
darunter: inländische Unternehmen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3
2010	1 124,3	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,3	80,5
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,2	2,5	20,3	94,0
2011 Mai	1 137,8	354,0	760,1	210,3	549,8	8,6	541,3	6,4	17,4	2,5	20,9	100,1
2011 Juni	1 130,0	348,4	757,7	210,2	547,5	8,2	539,3	6,3	17,5	2,5	20,8	97,4
2011 Juli	1 123,6	351,9	747,8	200,9	546,9	8,3	538,6	6,3	17,5	2,5	20,9	87,1
2011 Aug.	1 150,5	360,9	765,8	217,5	548,3	9,2	539,1	6,3	17,6	2,5	20,7	97,3
2011 Sept.	1 163,0	370,1	769,2	224,4	544,8	9,6	535,2	6,3	17,5	2,5	20,6	101,5
2011 Okt.	1 168,4	376,9	767,7	224,8	543,0	9,8	533,1	6,2	17,6	2,5	20,5	100,7
2011 Nov.	1 175,3	390,6	761,7	220,2	541,6	9,9	531,7	5,7	17,3	2,5	20,4	106,6
2011 Dez.	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,2	2,5	20,3	94,0
2012 Jan.	1 137,0	381,2	733,2	201,4	531,9	9,3	522,5	5,6	16,9	2,4	19,8	83,6
2012 Febr.	1 134,0	373,1	738,3	209,1	529,2	9,7	519,5	5,7	16,9	2,2	19,7	94,1
2012 März	1 125,8	376,3	727,0	201,1	525,9	9,8	516,1	5,8	16,7	2,1	19,6	89,9
2012 April	1 140,7	374,7	743,6	218,7	524,9	9,7	515,2	5,8	16,6	2,1	19,5	100,4
Veränderungen *)												
2010	- 10,6	+ 9,8	- 21,6	+ 6,1	- 27,6	- 1,6	- 26,0	+ 0,9	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	+ 4,2
2011	+ 33,6	+ 29,1	+ 5,1	+ 27,6	- 22,5	+ 1,9	- 24,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 13,3
2011 Mai	+ 16,4	- 5,3	+ 21,6	+ 23,6	- 2,0	+ 0,2	- 2,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 16,4
2011 Juni	- 7,9	- 5,5	- 2,4	- 0,1	- 2,4	- 0,4	- 2,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,7
2011 Juli	- 6,7	+ 3,2	- 9,9	- 9,3	- 0,5	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 10,6
2011 Aug.	+ 26,8	+ 8,8	+ 17,9	+ 16,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 10,3
2011 Sept.	+ 12,5	+ 9,0	+ 3,7	+ 7,1	- 3,4	+ 0,4	- 3,9	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2
2011 Okt.	+ 5,5	+ 6,8	- 1,5	+ 0,4	- 1,9	+ 0,3	- 2,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,8
2011 Nov.	+ 6,9	+ 13,3	- 6,0	- 4,6	- 1,4	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	- 0,3	-	- 0,1	+ 5,9
2011 Dez.	- 17,4	- 15,9	- 1,4	+ 2,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 12,6
2012 Jan.	- 19,8	+ 6,4	- 26,0	- 21,5	- 4,5	- 0,1	- 4,4	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 10,4
2012 Febr.	- 3,0	- 8,1	+ 5,1	+ 7,7	- 2,6	+ 0,4	- 3,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 10,5
2012 März	- 8,2	+ 3,2	- 11,4	- 8,0	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 4,2
2012 April	+ 13,6	- 0,4	+ 14,1	+ 14,9	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 7,8

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Privatpersonen				
			zu-	Selb-	wirt-	sonstige		zu-	Selb-	wirt-	sonstige	
sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Private-	sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Private-	personen	personen	personen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7
2010	1 658,9	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4
2011	1 721,9	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2011 Nov.	1 712,2	747,9	725,7	132,8	490,3	102,6	22,2	273,8	256,3	23,2	214,5	18,7
Dez.	1 721,9	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012 Jan.	1 728,0	750,8	727,0	133,6	489,1	104,3	23,8	280,9	262,7	23,2	219,9	19,6
Febr.	1 738,5	758,2	734,2	134,1	494,5	105,6	24,0	282,2	263,8	23,0	221,1	19,8
März	1 741,4	760,7	735,4	132,4	496,5	106,6	25,3	283,2	264,8	22,7	221,9	20,1
April	1 748,4	770,2	744,3	136,5	499,7	108,1	25,9	282,5	264,9	22,4	222,1	20,4
Veränderungen *)												
2010	+ 64,0	+ 62,1	+ 60,8	+ 11,3	+ 40,4	+ 9,1	+ 1,4	- 17,0	- 17,1	- 3,3	- 9,7	- 4,1
2011	+ 63,0	+ 34,5	+ 33,5	+ 7,8	+ 19,7	+ 6,0	+ 1,1	+ 20,8	+ 20,3	+ 2,1	+ 15,2	+ 3,0
2011 Nov.	+ 16,5	+ 13,2	+ 14,1	+ 1,6	+ 10,5	+ 2,0	- 0,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 0,3	+ 2,5	+ 0,5
Dez.	+ 9,7	- 0,7	- 0,8	- 1,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 5,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,6
2012 Jan.	+ 6,1	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,2	- 0,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	- 0,1	+ 1,4	+ 0,3
Febr.	+ 10,5	+ 7,4	+ 7,2	+ 0,4	+ 5,4	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,1	- 0,2	+ 1,1	+ 0,2
März	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,2	- 1,7	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4
April	+ 6,3	+ 8,5	+ 7,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-	zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-
				ein-	bis					über	ein-		
insgesamt	sammen	einlagen	1 Jahr	1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-	sammen	einlagen	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-	
			inschl.	1 Jahr	briefe 2)	kredite			inschl.	1 Jahr	briefe 2)	kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2011 Nov.	167,0	35,8	6,4	7,2	22,2	0,1	16,9	32,7	12,0	8,0	12,6	0,2	16,8
Dez.	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2012 Jan.	171,8	40,9	9,2	10,9	20,8	0,1	16,9	37,7	11,4	13,6	12,5	0,2	16,1
Febr.	182,4	45,2	14,4	10,4	20,4	0,1	16,9	39,7	10,2	16,9	12,5	0,2	16,0
März	182,4	35,6	6,6	8,5	20,4	0,0	16,9	49,3	14,9	21,8	12,5	0,2	16,0
April	183,5	33,4	10,0	3,8	19,5	0,0	16,9	48,2	11,9	23,9	12,3	0,2	16,1
Veränderungen *)													
2010	+ 23,9	+ 16,5	+ 4,4	- 0,4	+ 12,5	+ 0,0	- 0,2	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,0	- 0,7
2011	+ 14,6	- 0,7	+ 0,5	+ 6,3	- 7,5	+ 0,0	- 0,2	+ 6,6	+ 2,9	+ 4,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5
2011 Nov.	+ 4,1	- 2,1	- 3,2	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 2,2	+ 0,2	- 2,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0
Dez.	+ 1,5	+ 2,0	- 0,2	+ 2,3	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
2012 Jan.	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,4	- 1,4	- 0,0	- 0,0	+ 2,9	+ 0,1	+ 2,9	- 0,0	- 0,0	- 0,7
Febr.	+ 10,6	+ 4,4	+ 5,2	- 0,5	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 2,0	- 1,3	+ 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,1
März	- 0,1	- 9,7	- 7,8	- 1,9	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,7	+ 5,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
April	+ 0,6	+ 0,2	+ 3,4	- 2,3	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 1,1	- 3,0	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:					Zeit
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		darunter:									
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.									über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾													
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	–	2009	
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	77,5	0,1	9,7	–	2010	
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	87,6	0,1	9,6	–	2011	
17,5	92,7	181,1	17,4	163,7	603,4	594,3	9,1	87,0	0,1	9,6	–	2011 Nov. Dez.	
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	87,6	0,1	9,6	–	2012 Jan. Febr. März	
18,2	94,2	186,7	18,8	168,0	609,3	600,1	9,2	86,9	0,0	9,5	–	2012 Jan. Febr. März	
18,4	93,9	188,3	19,3	169,0	611,8	602,4	9,4	86,3	0,0	9,2	–	2012 Jan. Febr. März	
18,4	94,4	188,8	19,5	169,3	611,3	601,8	9,5	86,2	0,0	9,2	–	2012 Jan. Febr. März	
17,6	93,8	188,7	19,4	169,3	609,8	600,2	9,6	85,9	0,0	9,2	–	2012 April	
Veränderungen ¹⁾													
+ 0,1	– 23,3	+ 6,4	– 4,4	+ 10,8	+ 22,8	+ 22,0	+ 0,9	– 4,0	– 0,0	– 0,2	± 0,0	2010	
+ 0,5	+ 8,0	+ 12,9	+ 3,3	+ 9,5	– 1,8	– 1,1	– 0,7	+ 9,5	– 0,0	– 0,1	–	2011	
– 0,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 1,0	– 0,7	– 0,3	+ 1,1	+ 0,0	– 0,0	–	2011 Nov. Dez.	
+ 0,3	+ 1,0	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,5	– 0,0	– 0,0	–	2011 Nov. Dez.	
+ 0,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	– 0,6	– 0,0	– 0,1	–	2012 Jan. Febr. März	
+ 0,2	– 0,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,2	– 0,6	– 0,0	– 0,2	–	2012 Jan. Febr. März	
+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	+ 0,1	– 0,1	– 0,0	– 0,0	–	2012 Jan. Febr. März	
– 0,6	– 0,3	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 1,5	– 1,6	+ 0,1	– 0,4	– 0,0	+ 0,0	–	2012 April	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
38,6	17,5	12,9	5,0	3,2	0,4	59,9	13,7	36,8	9,0	0,4	0,0	2011 Nov. Dez.
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011 Nov. Dez.
35,5	14,6	12,6	5,1	3,1	0,4	57,8	13,9	34,2	9,3	0,3	0,0	2012 Jan. Febr. März
38,4	17,1	13,1	5,2	3,1	0,4	59,0	14,1	35,0	9,6	0,3	0,0	2012 Jan. Febr. März
37,6	16,4	12,8	5,3	3,1	0,4	59,8	14,0	35,8	9,7	0,3	0,0	2012 Jan. Febr. März
37,8	16,6	12,6	5,5	3,1	0,4	64,1	14,4	39,9	9,4	0,3	0,0	2012 April
Veränderungen ¹⁾												
– 0,6	– 0,6	– 0,5	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 2,9	– 1,2	+ 4,7	– 0,6	– 0,1	– 0,0	2010
+ 1,8	– 1,4	+ 2,9	+ 0,5	– 0,2	– 0,0	+ 7,0	– 1,9	+ 8,2	+ 0,9	– 0,2	– 0,0	2011
+ 2,7	+ 2,2	+ 0,6	– 0,1	– 0,0	–	+ 5,7	+ 1,1	+ 4,5	+ 0,2	– 0,0	–	2011 Nov. Dez.
+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	–	– 3,4	– 3,2	– 0,4	+ 0,1	– 0,0	–	2011 Nov. Dez.
– 3,9	– 3,6	– 0,3	+ 0,1	– 0,1	–	+ 1,3	+ 3,4	– 2,2	+ 0,2	– 0,0	–	2012 Jan. Febr. März
+ 3,0	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,0	–	2012 Jan. Febr. März
– 0,8	– 0,7	– 0,2	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 0,8	– 0,1	+ 0,8	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	2012 Jan. Febr. März
– 0,0	+ 0,2	– 0,2	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,5	– 0,2	+ 0,0	–	2012 April

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern					Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken	
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	mit Kündigungfrist von über 3 Monaten	zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren						
			darunter Sonder-spar-formen 2)	darunter Sonder-spar-formen 2)										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6	
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,5	96,9	72,0	16,6	
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,9	106,3	76,1	16,6	
2011 Dez.	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	6,2	122,9	106,3	76,1	16,6	
2012 Jan.	627,5	617,2	517,4	414,7	99,9	90,3	10,3	7,9	0,4	121,8	105,3	75,7	16,5	
Febr.	630,2	619,8	520,2	417,0	99,6	89,7	10,4	8,0	0,3	120,9	104,6	75,3	16,3	
März	629,8	619,4	520,6	416,8	98,8	88,8	10,4	8,0	0,3	120,6	104,3	75,1	16,3	
April	628,3	617,9	519,5	415,5	98,4	88,3	10,4	7,9	0,3	120,1	103,8	74,8	16,3	
Veränderungen *)														
2010	+ 24,3	+ 24,0	+ 38,3	+ 33,1	- 14,3	- 15,5	+ 0,3	+ 0,6	.	- 2,7	- 3,7	+ 6,3	+ 1,0	
2011	- 2,4	- 2,6	+ 1,3	+ 0,2	- 3,9	- 4,3	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 9,4	+ 9,3	+ 4,0	+ 0,2	
2011 Dez.	+ 4,8	+ 4,6	+ 5,4	+ 4,1	- 0,8	- 1,0	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,2	
2012 Jan.	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,0	- 1,0	- 1,0	+ 0,1	+ 0,1	.	- 1,1	- 1,0	- 0,4	- 0,1	
Febr.	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,3	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	+ 0,1	.	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,1	
März	- 0,3	- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	.	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	
April	- 1,5	- 1,5	- 1,2	- 1,3	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	insgesamt	darunter:				mit Laufzeit			über 2 Jahre	insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremd-währungs-anleihen 3) 4)	Certi-ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)	über 1 Jahr bis 2 Jahre						darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	.	105,8	.	1 308,2	0,9	0,6	46,1	1,8
2010	1 435,1	287,2	27,8	359,2	82,8	97,0	4,6	56,8	6,5	1 281,4	0,7	0,6	43,9	1,5
2011	1 375,4	303,9	26,8	366,8	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2011 Dez.	1 375,4	303,9	26,8	366,8	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012 Jan.	1 339,6	302,8	23,5	358,3	73,3	91,8	3,1	54,4	4,8	1 193,4	0,9	0,3	43,2	1,5
Febr.	1 344,0	303,0	26,2	354,2	69,9	89,3	3,1	55,7	4,9	1 199,0	1,3	0,3	42,1	1,3
März	1 336,2	302,3	26,2	358,7	70,4	90,7	3,2	52,5	4,7	1 193,0	0,4	0,3	39,9	1,3
April	1 334,6	303,5	23,8	361,9	67,4	85,5	3,2	53,8	4,9	1 195,2	0,3	0,3	39,8	1,3
Veränderungen *)														
2010	- 94,2	- 92,8	- 9,8	+ 41,9	+ 12,4	- 18,8	.	- 48,9	.	- 26,4	- 0,2	- 0,0	- 2,1	- 0,3
2011	- 59,0	+ 16,4	- 4,1	+ 8,1	- 7,5	- 2,1	- 1,6	- 2,9	- 2,0	- 54,0	- 0,0	- 0,2	- 0,8	- 0,0
2011 Dez.	- 2,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 9,4	- 4,8	- 2,3	- 0,6	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,0
2012 Jan.	- 35,8	- 1,2	- 3,9	- 8,5	- 2,1	- 3,4	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,3	- 33,2	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,0
Febr.	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,7	- 4,0	- 3,3	- 2,5	+ 0,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 5,6	+ 0,4	+ 0,0	- 1,1	- 0,2
März	- 8,5	- 0,7	+ 0,0	+ 3,9	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 3,1	- 0,2	- 6,1	- 0,3	+ 0,0	- 2,3	+ 0,0
April	- 1,6	+ 1,2	- 2,5	+ 3,2	- 3,0	- 5,2	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,3	+ 2,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
 Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2011	23	197,5	41,4	0,0	17,6	27,1	74,2	15,9	13,0	0,7	22,8	136,7	6,9	5,4	8,3	99,2
2012 Febr.	23	198,1	42,5	0,0	17,5	26,7	74,5	15,7	13,1	0,7	22,9	137,4	6,6	5,4	8,4	7,6
März	23	198,9	42,6	0,0	17,8	26,5	74,9	15,9	13,1	0,7	23,0	137,8	6,6	5,4	8,4	8,5
April	23	199,2	43,0	0,0	17,7	26,4	75,0	15,8	13,2	0,7	23,4	137,9	6,6	5,4	8,4	8,0
Private Bausparkassen																
2012 Febr.	13	142,1	25,0	0,0	11,9	17,4	59,3	14,0	7,1	0,4	20,0	90,9	6,4	5,4	5,7	4,8
März	13	142,8	25,1	0,0	12,2	17,4	59,7	14,1	7,0	0,5	20,1	91,2	6,4	5,4	5,7	5,2
April	13	143,1	25,6	0,0	12,1	17,4	59,7	14,1	7,0	0,5	20,5	91,1	6,4	5,4	5,7	5,1
Öffentliche Bausparkassen																
2012 Febr.	10	56,0	17,5	0,0	5,5	9,2	15,2	1,7	6,1	0,3	2,9	46,6	0,2	-	2,7	2,8
März	10	56,2	17,5	0,0	5,6	9,1	15,3	1,8	6,1	0,3	2,9	46,6	0,2	-	2,7	3,3
April	10	56,1	17,4	0,0	5,6	9,0	15,3	1,8	6,2	0,3	2,8	46,7	0,2	-	2,8	2,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungs-bau-prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zuteilun-gen 11)	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	darunter aus Zuteilun-gen	ins-gesamt	darunter aus Zuteilun-gen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
						Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten								
Alle Bausparkassen																
2011	27,6	2,5	6,1	46,2	31,0	40,9	18,1	4,4	8,2	4,1	14,6	12,1	7,5	11,0	9,3	0,5
2012 Febr.	2,2	0,0	0,6	3,7	2,5	2,8	1,3	0,3	0,5	0,3	1,0	12,5	7,7	0,9		0,0
März	2,5	0,0	0,6	4,1	2,6	3,5	1,6	0,3	0,6	0,3	1,3	12,6	7,6	1,0	2,3	0,0
April	2,2	0,0	0,6	4,5	3,0	3,7	1,6	0,5	0,8	0,5	1,3	12,8	7,6	1,0		0,0
Private Bausparkassen																
2012 Febr.	1,4	0,0	0,3	2,4	1,4	2,0	0,9	0,2	0,3	0,2	0,7	7,9	4,1	0,6		0,0
März	1,7	0,0	0,3	3,0	1,7	2,5	1,1	0,3	0,4	0,2	1,0	8,1	4,1	0,6	1,5	0,0
April	1,4	0,0	0,3	3,3	2,1	2,8	1,2	0,4	0,6	0,4	1,0	8,2	4,1	0,7		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2012 Febr.	0,8	0,0	0,3	1,3	1,1	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,6	3,6	0,3		0,0
März	0,8	0,0	0,3	1,2	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,5	3,5	0,3	0,8	0,0
April	0,8	0,0	0,3	1,2	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Postgiro Guthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allge-

meine Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeleiteten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken				an ausländische Nichtbanken
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	514,0	156,7	190,9	-
2010	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0
2011 Juni	55	211	1 962,2	533,9	511,8	179,1	332,7	22,1	664,5	509,9	24,5	485,3	154,6	763,8	600,8
Juli	55	211	2 028,0	526,1	503,4	182,4	321,0	22,7	676,6	523,5	25,0	498,5	153,1	825,3	651,9
Aug.	55	213	2 181,7	562,0	539,9	193,1	346,8	22,1	680,7	527,2	24,6	502,7	153,4	939,1	772,8
Sept.	55	210	2 445,8	613,7	592,3	194,2	398,1	21,4	700,2	545,6	24,5	521,1	154,6	1 131,8	957,1
Okt.	56	210	2 236,0	564,4	543,6	185,5	358,1	20,8	688,0	547,2	24,0	523,2	140,8	983,6	819,2
Nov.	56	210	2 291,2	576,4	555,1	181,5	373,6	21,4	683,5	541,5	23,8	517,7	142,0	1 031,3	853,4
Dez.	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0
2012 Jan.	56	211	2 336,3	632,7	614,4	223,4	391,0	18,3	668,0	529,0	22,9	506,1	139,0	1 035,7	836,8
Febr.	56	211	2 328,3	653,0	634,6	212,3	422,4	18,4	655,2	518,8	21,9	496,8	136,4	1 020,1	797,4
März	56	210	2 136,4	599,7	582,5	228,0	354,4	17,2	634,4	499,0	21,4	477,6	135,4	902,3	735,2
Veränderungen *)															
2010	+ 4	+ 1	+ 695,5	- 8,7	+ 5,5	+ 21,9	- 16,4	- 14,2	- 36,3	- 35,6	+ 6,8	-42,4	- 0,7	+740,6	-
2011	+ 1	- 3	+ 56,9	- 4,6	+ 3,2	- 32,9	+ 36,2	- 7,9	- 68,9	- 40,9	- 4,3	-36,7	- 28,0	+130,4	+ 251,0
2011 Juli	-	-	+ 52,3	- 13,3	- 13,8	+ 3,3	- 17,1	+ 0,5	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,4	+ 7,6	- 3,0	+60,6	+ 51,1
Aug.	-	+ 2	+ 161,4	+ 38,4	+ 38,9	+ 10,7	+ 28,2	+ 0,5	+ 8,7	+ 7,4	- 0,4	+ 7,8	+ 1,3	+114,4	+ 120,9
Sept.	-	- 3	+ 221,9	+ 32,2	+ 33,2	+ 1,1	+ 32,1	- 1,1	- 1,3	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	- 3,1	+191,0	+ 184,3
Okt.	+ 1	-	- 184,7	- 36,5	- 36,1	- 8,7	- 27,4	- 0,4	- 0,6	+ 10,9	- 0,5	+11,4	- 11,5	-147,7	- 137,9
Nov.	-	-	+ 26,3	- 1,5	- 1,9	- 4,0	+ 2,2	+ 0,3	- 18,7	- 17,1	- 0,2	-16,9	- 1,6	+46,5	+ 34,2
Dez.	-	- 1	- 0,9	+ 16,0	+ 18,6	+ 17,6	+ 0,9	- 2,6	- 54,6	- 48,4	- 0,6	-47,8	- 6,2	+37,6	+ 31,6
2012 Jan.	-	+ 2	+ 30,1	+ 33,9	+ 34,5	+ 24,3	+ 10,2	- 0,6	+ 30,3	+ 28,6	- 0,3	+28,9	+ 1,7	-34,1	- 48,2
Febr.	-	-	+ 8,7	+ 27,5	+ 27,4	- 11,1	+ 38,5	+ 0,1	- 4,3	- 3,3	- 1,0	- 2,3	- 1,0	-14,5	- 39,3
März	-	- 1	- 196,1	- 55,0	- 53,8	+ 15,8	- 69,6	- 1,2	- 23,0	- 21,7	- 0,5	-21,2	- 1,3	-118,1	- 62,2
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	115,9	62,4	51,7	-
2010	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-
2011 Juni	36	93	481,8	216,0	177,0	99,1	77,9	39,0	213,1	165,1	36,5	128,6	47,9	52,8	-
Juli	35	91	480,7	211,3	172,8	100,2	72,7	38,5	215,9	167,3	36,6	130,7	48,6	53,5	-
Aug.	35	89	478,6	220,9	182,5	103,0	79,5	38,4	207,9	160,4	36,4	124,0	47,5	49,7	-
Sept.	35	89	493,1	225,6	188,5	107,1	81,4	37,1	214,2	167,9	36,6	131,3	46,2	53,3	-
Okt.	35	88	486,8	221,4	185,0	106,8	78,2	36,3	212,4	166,8	36,5	130,3	45,6	53,0	-
Nov.	35	88	491,6	225,4	188,8	107,2	81,6	36,6	212,1	167,0	36,6	130,3	45,1	54,1	-
Dez.	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-
2012 Jan.	35	86	472,7	208,2	171,5	92,6	78,9	36,7	212,0	165,8	35,0	130,8	46,2	52,4	-
Febr.	35	86	470,0	209,8	174,1	93,7	80,4	35,7	210,1	164,2	34,3	129,8	45,9	50,1	-
März	35	86	464,5	208,7	175,0	95,9	79,1	33,7	210,5	165,3	34,1	131,1	45,2	45,3	-
Veränderungen *)															
2010	+ 1	- 4	+ 9,2	+ 9,0	+ 17,8	+ 11,4	+ 6,4	- 8,8	- 3,8	+ 9,2	- 1,1	+ 10,3	-12,9	+ 3,9	-
2011	- 2	- 6	-20,1	- 12,2	- 7,2	- 3,5	- 3,7	- 5,0	- 9,6	- 5,5	- 2,1	- 3,4	- 4,0	+ 1,6	-
2011 Juli	- 1	- 2	- 3,5	- 5,6	- 4,8	+ 1,1	- 5,9	- 0,8	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	-
Aug.	-	- 2	- 0,8	+ 10,2	+ 10,1	+ 2,9	+ 7,2	+ 0,1	- 7,3	- 6,2	- 0,2	- 6,0	- 1,1	- 3,7	-
Sept.	-	-	+10,2	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,1	+ 0,4	- 2,1	+ 4,6	+ 5,8	+ 0,2	+ 5,7	- 1,2	+ 3,3	-
Okt.	-	- 1	- 3,4	- 2,8	- 2,5	- 0,3	- 2,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,7	- 0,1	-
Nov.	-	-	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,1	- 0,3	- 1,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,4	+ 0,9	-
Dez.	-	- 1	-16,2	- 16,6	- 17,1	- 11,9	- 5,2	+ 0,5	- 3,1	- 3,3	- 1,1	- 2,3	+ 0,3	+ 3,4	-
2012 Jan.	-	- 1	- 4,7	- 1,4	- 0,8	- 2,7	+ 1,9	- 0,6	+ 1,9	+ 1,2	- 0,6	+ 1,8	+ 0,7	- 5,2	-
Febr.	-	-	- 0,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,1	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,7	- 0,2	- 0,3	- 2,2	-
März	-	-	- 6,0	- 1,4	+ 0,6	+ 2,2	- 1,5	- 2,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	- 0,7	- 4,8	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands				
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)								ausländische Nichtbanken		
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	3,5	290,5	157,5	33,9	144,4	–	2009		
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	873,3	648,7	2010		
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011		
1 090,2	715,1	384,0	331,0	375,2	40,2	35,0	5,2	334,9	163,3	36,9	671,8	594,0	2011 Juni		
1 099,1	724,7	386,4	338,2	374,5	38,7	33,4	5,2	335,8	162,7	37,1	729,1	653,2	Juli		
1 148,4	780,4	404,2	376,2	368,0	39,0	33,8	5,2	328,9	153,9	37,2	842,3	766,3	Aug.		
1 212,6	826,7	413,9	412,8	385,9	38,0	32,6	5,4	347,9	156,2	37,7	1 039,3	955,4	Sept.		
1 163,5	774,3	392,6	381,7	389,2	39,6	34,1	5,5	349,6	140,0	38,1	894,4	812,0	Okt.		
1 172,8	782,0	403,3	378,7	390,8	36,9	31,3	5,6	353,9	141,3	38,3	938,8	843,1	Nov.		
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	Dez.		
1 247,4	873,2	439,0	434,2	374,1	35,1	29,3	5,8	339,0	140,8	38,5	909,7	828,8	2012 Jan.		
1 265,7	870,1	413,4	456,7	395,6	32,7	25,9	6,9	362,9	140,2	38,8	883,6	792,4	Febr.		
1 142,3	796,3	397,5	398,8	345,9	31,0	24,2	6,8	314,9	146,3	38,9	809,0	730,4	März		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
– 34,9	– 65,3	– 50,8	– 14,5	+ 30,3	+ 7,5	+ 5,4	+ 2,2	+22,8	+ 29,7	+ 0,8	+ 700,0	–	2010		
+ 27,0	+ 50,1	+ 8,4	+ 41,7	– 23,1	– 9,0	– 8,9	– 0,0	–14,2	– 45,8	+ 3,9	+ 71,9	+ 231,5	2011		
– 0,0	+ 5,0	+ 2,4	+ 2,6	– 5,0	– 1,5	– 1,5	– 0,0	– 3,4	– 0,6	+ 0,2	+ 52,7	+ 59,2	2011 Juli		
+ 54,7	+ 58,4	+ 17,7	+ 40,6	– 3,6	+ 0,4	+ 0,4	– 0,0	– 4,0	– 8,8	+ 0,1	+ 115,4	+ 113,1	Aug.		
+ 34,9	+ 29,2	+ 9,8	+ 19,4	+ 5,7	– 1,0	– 1,2	+ 0,2	+ 6,7	+ 2,3	+ 0,6	+ 184,1	+ 189,1	Sept.		
– 31,9	– 42,0	– 21,3	– 20,7	+ 10,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,1	+ 8,6	– 16,2	+ 0,4	– 137,0	– 143,4	Okt.		
– 11,0	– 3,6	+ 10,6	– 14,2	– 7,4	– 2,7	– 2,8	+ 0,1	– 4,7	+ 1,3	+ 0,2	+ 35,8	+ 31,1	Nov.		
– 11,3	+ 22,6	+ 3,3	+ 19,3	– 33,8	– 0,9	– 1,0	+ 0,0	–32,9	– 0,1	+ 0,2	+ 10,2	+ 37,1	Dez.		
+ 75,5	+ 63,7	+ 32,5	+ 31,2	+ 11,8	– 0,8	– 1,0	+ 0,2	+12,6	– 0,4	– 0,1	– 44,9	– 51,4	2012 Jan.		
+ 30,7	+ 4,3	– 25,6	+ 29,9	+ 26,4	– 2,4	– 3,5	+ 1,1	+28,8	– 0,6	+ 0,3	– 21,6	– 36,4	Febr.		
– 126,6	– 75,6	– 15,9	– 59,8	– 51,0	– 1,8	– 1,7	– 0,1	–49,2	+ 6,1	+ 0,1	– 75,7	– 62,0	März		
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	7,4	122,1	33,3	24,3	38,9	–	2009		
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	–	2010		
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	–	2011		
384,4	222,0	134,2	87,8	162,5	30,2	22,9	7,3	132,2	24,6	30,5	42,3	–	2011 Juni		
379,0	220,6	133,7	86,9	158,5	30,8	23,4	7,4	127,7	25,5	30,6	45,6	–	Juli		
377,4	218,3	131,1	87,2	159,1	30,6	23,7	7,0	128,5	25,6	30,4	45,2	–	Aug.		
390,8	227,3	134,3	93,0	163,5	30,8	23,8	7,0	132,8	25,6	30,6	46,1	–	Sept.		
384,5	223,7	135,1	88,7	160,8	30,1	23,1	6,9	130,7	25,1	30,6	46,6	–	Okt.		
388,1	227,8	136,5	91,3	160,3	29,5	22,5	7,0	130,8	25,3	31,2	47,0	–	Nov.		
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	–	Dez.		
371,2	219,7	131,9	87,8	151,5	29,0	22,1	6,9	122,4	25,0	30,1	46,4	–	2012 Jan.		
368,2	215,8	129,6	86,2	152,4	28,9	22,1	6,9	123,4	24,9	30,6	46,4	–	Febr.		
364,3	215,9	130,0	85,9	148,4	27,7	20,9	6,8	120,7	24,6	29,6	46,0	–	März		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
+ 1,5	– 1,7	+ 11,0	– 12,7	+ 3,2	– 6,0	– 5,9	– 0,1	+ 9,2	– 4,4	+ 7,5	+ 4,6	–	2010		
– 12,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,1	– 19,6	– 4,2	– 3,8	– 0,4	– 15,3	– 3,8	– 1,0	– 2,8	–	2011		
– 6,9	– 2,2	– 0,4	– 1,8	– 4,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	– 5,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,5	–	2011 Juli		
– 0,7	– 1,8	– 2,6	+ 0,8	+ 1,1	– 0,1	+ 0,3	– 0,4	+ 1,2	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	–	Aug.		
+ 9,7	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	–	Sept.		
– 4,0	– 2,4	+ 0,8	– 3,2	– 1,6	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 0,9	– 0,5	– 0,0	+ 1,2	–	Okt.		
+ 0,8	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,3	– 2,0	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 1,3	+ 0,2	+ 0,7	– 0,3	–	Nov.		
– 13,1	+ 0,6	+ 5,9	– 5,4	– 13,6	– 2,7	– 2,6	– 0,1	– 10,9	– 0,2	– 0,4	– 2,6	–	Dez.		
– 5,2	– 9,3	– 10,5	+ 1,2	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,9	– 0,1	– 0,8	+ 1,4	–	2012 Jan.		
– 1,7	– 3,2	– 2,3	– 0,9	+ 1,5	– 0,1	– 0,0	– 0,1	+ 1,6	– 0,1	+ 0,5	+ 0,5	–	Febr.		
– 4,2	– 0,1	+ 0,4	– 0,5	– 4,2	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 2,9	– 0,2	– 1,1	– 0,5	–	März		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2011 Okt.	10 334,1	206,7	0,5	206,2	208,9	2,8	0,0
Nov.	10 412,4	208,2	0,5	207,7	212,2	4,5	0,0
Dez.	10 376,3	207,5	0,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 Jan.	10 382,1	103,8	0,5	103,3	108,1	4,7	0,0
Febr.	10 478,6	104,8	0,5	104,3	108,9	4,6	0,0
März	10 585,8	105,9	0,5	105,4	109,6	4,3	0,0
April p)	10 571,3	105,7	0,5	105,2	110,5	5,3	0,0
Mai p)	10 707,2	107,1	0,5	106,6
Juni
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2011 Okt.	2 588 110	51 762	184	51 579	53 005	1 426	0
Nov.	2 664 713	53 294	184	53 111	54 403	1 292	1
Dez.	2 666 422	53 328	184	53 145	54 460	1 315	1
2012 Jan.	2 712 641	27 126	182	26 944	28 281	1 337	0
Febr.	2 649 840	26 498	183	26 315	27 658	1 343	0
März	2 771 416	27 714	183	27 531	28 782	1 251	1
April	2 792 741	27 927	183	27 745	28 917	1 172	0
Mai p)	2 830 635	28 306	183	28 124
Juni p)	2 854 770	28 548	183	28 365

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag

nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2002 6. Dez.	1,75	–	2,75	3,75	2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25
					8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75
2003 7. März	1,50	–	2,50	3,50	9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25
	1,00	–	2,00	3,00	12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75
					10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
					11. März	0,50	1,50	–	2,50
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	8. April	0,25	1,25	–	2,25
	1,75	–	2,75	3,75	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
	2,00	–	3,00	4,00	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
	2,25	–	3,25	4,25	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
	2,50	–	3,50	4,50	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
	3,00	–	4,00	5,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	1,22	1. Juli	3,19
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,13	1. Juli	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,17	2012 1. Jan.	0,12
2006 1. Jan.	1,37		
1. Juli	1,95		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	gewichteter Durchschnittssatz	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2012 2. Mai	34 420	34 420	1,00	–	–	–	7
9. Mai	39 287	39 287	1,00	–	–	–	7
16. Mai	42 988	42 988	1,00	–	–	–	7
23. Mai	37 852	37 852	1,00	–	–	–	7
30. Mai	51 176	51 176	1,00	–	–	–	7
6. Juni	119 370	119 370	1,00	–	–	–	7
13. Juni	131 747	131 747	1,00	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2012 26. April	21 338	21 338	2)	...	–	–	91
9. Mai	12 988	12 988	1,00	–	–	–	35
31. Mai	8 307	8 307	2)	...	–	–	91
13. Juni	18 905	18 905	1,00	–	–	–	28

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
	Monats-durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats-durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitte						
2011 Nov.	0,70	0,50 – 1,30	1,44	1,33 – 1,60	0,79	0,95	1,23	1,48	1,71	1,88	2,04
Dez.	0,52	4) 0,20 – 1,05	1,38	1,25 – 1,48	0,63	0,82	1,14	1,43	1,67	1,84	2,00
2012 Jan.	0,28	0,20 – 0,38	1,17	1,00 – 1,35	0,38	0,49	0,84	1,22	1,50	1,69	1,84
Febr.	0,26	0,15 – 0,35	0,99	0,85 – 1,13	0,37	0,37	0,63	1,05	1,35	1,53	1,68
März	0,25	0,15 – 0,35	0,80	0,65 – 0,97	0,36	0,32	0,47	0,86	1,16	1,35	1,50
April	0,26	0,15 – 0,33	0,69	0,59 – 0,78	0,35	0,32	0,41	0,74	1,04	1,22	1,37
Mai	0,25	0,20 – 0,30	0,62	0,54 – 0,71	0,34	0,32	0,39	0,68	0,97	1,12	1,27

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. Die Daten werden ab 1. Juni 2012 nicht mehr erhoben. 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. 4 Ultimogeld 0,25%/0,75%.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 April	1,61	125 585	2,36	217 665	1,25	97 961	3,76	23 816
Mai	1,65	127 375	2,36	219 602	1,33	100 259	3,75	23 709
Juni	1,68	128 443	2,36	220 838	1,41	98 484	3,74	23 964
Juli	1,73	131 401	2,35	221 490	1,50	100 631	3,72	24 136
Aug.	1,78	132 093	2,35	222 091	1,52	104 430	3,71	24 181
Sept.	1,81	134 117	2,34	222 719	1,52	109 607	3,68	24 053
Okt.	1,84	134 147	2,34	222 983	1,55	110 904	3,67	23 951
Nov.	1,87	137 615	2,33	223 747	1,53	108 388	3,64	23 470
Dez.	1,87	139 689	2,32	227 255	1,50	104 838	3,60	23 384
2012 Jan.	1,86	140 362	2,32	227 974	1,43	107 611	3,59	22 576
Febr.	1,86	140 215	2,32	228 654	1,39	105 698	3,58	22 973
März	1,86	140 842	2,31	229 012	1,30	99 012	3,56	22 835
April	1,85	139 920	2,30	228 850	1,24	98 127	3,53	22 741

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 April	3,95	5 202	3,88	26 839	4,59	927 168	8,22	63 985	5,64	69 778	5,68	312 376
Mai	4,04	5 248	3,87	27 063	4,58	928 319	8,30	64 040	5,60	70 343	5,68	313 138
Juni	4,13	5 203	3,86	27 213	4,58	929 355	8,46	66 552	5,56	69 359	5,68	312 069
Juli	4,17	5 292	3,87	27 349	4,57	930 437	8,45	63 944	5,55	69 328	5,69	312 900
Aug.	4,20	5 315	3,86	27 537	4,56	931 968	8,52	63 858	5,67	74 147	5,68	313 504
Sept.	4,23	5 284	3,85	27 817	4,55	934 054	8,56	65 653	5,66	74 384	5,68	313 747
Okt.	4,21	5 240	3,83	27 897	4,54	935 360	8,59	64 981	5,59	73 804	5,68	313 742
Nov.	4,22	5 165	3,81	28 069	4,53	937 366	8,52	63 648	5,56	73 789	5,66	315 187
Dez.	4,15	5 300	3,78	28 122	4,51	937 763	8,52	64 522	5,53	73 322	5,65	313 944
2012 Jan.	4,09	5 137	3,75	28 154	4,49	936 543	8,48	63 374	5,52	73 596	5,62	313 820
Febr.	4,06	5 054	3,73	28 188	4,47	936 749	8,37	63 122	5,49	73 581	5,61	313 827
März	4,03	5 100	3,70	28 402	4,46	937 726	8,34	64 286	5,45	73 527	5,59	313 149
April	3,91	5 069	3,65	28 283	4,43	936 771	8,21	63 838	5,41	73 765	5,50	316 668

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 April	3,96	134 351	3,75	130 873	3,90	558 075
Mai	3,99	134 221	3,78	130 465	3,91	558 898
Juni	4,15	137 565	3,86	127 937	3,94	560 966
Juli	4,09	137 256	3,95	127 958	3,98	561 830
Aug.	4,12	135 305	4,04	129 991	3,98	562 983
Sept.	4,16	139 120	4,03	129 919	3,98	561 294
Okt.	4,11	137 986	4,02	128 882	3,97	565 182
Nov.	4,02	139 610	3,97	128 882	3,96	566 756
Dez.	4,00	133 627	3,93	128 385	3,93	567 781
2012 Jan.	3,84	136 423	3,83	127 581	3,88	569 546
Febr.	3,69	139 689	3,72	126 323	3,86	571 604
März	3,64	141 139	3,61	126 677	3,79	571 433
April	3,50	140 151	3,51	125 928	3,73	569 971

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 April	0,74	720 878	1,36	15 283	2,28	1 988	2,78	2 473	1,40	517 337	1,87	104 640
Mai	0,79	721 441	1,36	15 015	2,31	1 980	2,81	3 088	1,40	515 120	1,88	104 562
Juni	0,81	723 542	1,40	14 485	2,61	1 707	2,79	2 458	1,43	513 314	1,89	104 371
Juli	0,87	729 146	1,55	17 846	2,53	2 140	2,80	2 398	1,42	512 173	1,90	104 420
Aug.	0,90	728 134	1,53	17 115	2,50	1 828	2,80	1 953	1,43	510 749	1,91	104 307
Sept.	0,91	729 249	1,53	18 506	2,46	1 244	2,70	1 530	1,47	509 809	1,92	103 815
Okt.	0,92	735 055	1,60	17 069	2,28	1 938	2,74	1 711	1,48	509 641	1,94	103 670
Nov.	0,91	748 146	1,57	16 851	2,17	2 261	2,83	1 934	1,43	510 106	1,94	101 829
Dez.	0,91	747 612	1,38	17 013	2,23	1 980	2,77	2 049	1,45	515 587	1,94	101 085
2012 Jan.	0,89	751 235	1,50	18 304	2,30	1 724	3,03	2 422	1,43	517 814	1,94	100 172
Febr.	0,88	758 730	1,42	13 756	2,33	1 677	2,96	2 354	1,40	520 675	1,93	99 932
März	0,84	761 183	1,35	14 308	2,27	1 148	2,81	2 252	1,34	521 107	1,93	99 132
April	0,81	770 742	1,37	12 402	2,12	864	2,46	1 671	1,28	520 039	1,92	98 812

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2011 April	0,58	245 883	1,12	33 097	2,09	625	2,55	845
Mai	0,58	248 625	1,20	37 292	2,31	433	2,94	472
Juni	0,62	245 634	1,25	36 331	2,08	434	2,63	465
Juli	0,63	246 433	1,29	39 877	2,22	774	2,77	574
Aug.	0,63	249 188	1,23	38 033	2,53	428	2,55	515
Sept.	0,66	252 851	1,24	34 917	2,09	411	2,11	415
Okt.	0,64	257 807	1,24	36 857	2,08	621	3,45	2 007
Nov.	0,60	260 684	1,04	40 868	2,09	576	2,21	494
Dez.	0,55	267 881	1,01	41 975	2,10	766	2,36	841
2012 Jan.	0,52	255 889	0,72	39 165	2,16	520	2,29	842
Febr.	0,48	253 442	0,60	34 105	2,04	594	2,28	543
März	0,46	261 558	0,63	28 015	1,94	528	2,32	531
April	0,43	264 667	0,55	23 822	1,68	392	2,53	469

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2011 April	2,81	4 744	4,56	1 175	4,61	2 360	2,86	3 116	4,66	844	4,56	1 342
Mai	2,93	3 980	4,71	1 150	4,63	2 605	3,02	2 670	4,81	795	4,64	1 381
Juni	3,04	4 559	4,42	1 092	4,62	2 391	3,17	3 034	4,64	654	4,62	1 377
Juli	3,13	5 314	4,68	1 599	4,54	2 613	3,24	3 393	4,76	740	4,57	1 486
Aug.	3,14	4 211	4,81	1 087	4,36	2 051	3,22	2 473	4,98	830	4,34	1 152
Sept.	3,05	4 332	4,69	1 122	4,09	2 576	3,17	2 638	4,80	854	4,07	1 556
Okt.	3,06	5 025	4,54	1 044	4,03	2 524	3,17	2 978	4,65	813	4,00	1 372
Nov.	3,04	3 631	4,59	992	3,82	2 109	3,16	2 318	4,78	785	3,76	1 336
Dez.	2,78	4 968	4,51	1 233	3,77	3 272	3,08	2 987	4,69	948	3,74	1 878
2012 Jan.	2,62	5 028	4,42	1 148	3,77	2 326	2,94	2 812	4,60	886	3,71	1 482
Febr.	2,48	3 938	4,17	988	3,72	1 987	2,70	2 277	4,34	736	3,68	1 038
März	2,41	4 329	4,35	1 107	3,64	2 677	2,57	2 714	4,46	877	3,59	1 531
April	2,31	4 441	4,31	1 294	3,68	2 096	2,57	2 463	4,52	937	3,61	1 222

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2011 April	6,86	6,20	5 700	3,28	1 029	5,55	2 417	8,23	2 254	
Mai	7,11	6,39	6 269	3,68	1 086	5,69	2 625	8,25	2 558	
Juni	7,00	6,34	5 203	3,42	879	5,72	2 258	8,27	2 066	
Juli	7,07	6,30	5 699	3,47	1 164	5,75	2 307	8,35	2 228	
Aug.	7,09	6,35	5 764	3,56	1 039	5,74	2 364	8,19	2 361	
Sept.	7,11	6,45	5 323	3,63	826	5,69	2 243	8,24	2 254	
Okt.	6,93	6,35	5 498	3,36	1 042	5,80	2 189	8,27	2 267	
Nov.	6,63	6,12	5 317	3,68	1 000	5,63	2 293	7,87	2 024	
Dez.	6,23	5,77	4 659	3,08	970	5,59	2 086	7,64	1 603	
2012 Jan.	6,78	6,28	5 308	3,25	1 009	5,65	2 083	8,25	2 216	
Febr.	6,74	6,19	5 116	3,20	943	5,58	2 062	8,12	2 111	
März	6,47	6,04	6 100	3,00	883	5,35	2 649	7,80	2 568	
April	6,46	6,01	5 641	3,10	874	5,25	2 459	7,93	2 308	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2011 April	.	4,88	440	2,84	116	6,17	200	4,69	124	
Mai	.	4,85	527	3,04	168	6,40	207	4,74	152	
Juni	.	5,16	423	3,14	109	6,52	201	4,69	113	
Juli	.	5,01	466	3,24	130	6,26	215	4,69	121	
Aug.	.	4,81	461	2,98	119	5,99	207	4,60	135	
Sept.	.	4,63	417	2,88	111	5,81	191	4,35	115	
Okt.	.	4,41	422	2,91	117	5,61	181	4,09	124	
Nov.	.	4,22	434	2,84	112	5,30	187	3,85	135	
Dez.	.	4,19	454	2,93	161	5,55	172	3,92	121	
2012 Jan.	.	4,16	419	2,70	138	5,61	159	3,93	122	
Febr.	.	4,16	471	2,76	145	5,39	196	3,86	130	
März	.	4,10	494	2,22	135	5,70	193	3,76	166	
April	.	4,10	443	2,14	123	5,59	189	3,79	131	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2011 April	4,18	4,09	16 705	3,51	2 760	3,73	2 601	4,18	6 626	4,50	4 718
Mai	4,23	4,16	16 448	3,82	2 503	3,84	2 531	4,23	6 594	4,41	4 820
Juni	4,18	4,11	13 933	3,78	2 189	3,82	2 051	4,19	5 334	4,32	4 359
Juli	4,12	4,02	15 868	3,68	3 131	3,82	2 395	4,13	6 067	4,25	4 275
Aug.	4,06	3,98	15 599	3,89	2 277	3,69	2 348	4,01	6 041	4,13	4 933
Sept.	3,85	3,75	15 331	3,77	2 112	3,52	2 146	3,80	5 951	3,80	5 122
Okt.	3,70	3,61	16 291	3,68	2 782	3,39	2 329	3,61	6 261	3,67	4 919
Nov.	3,65	3,56	16 139	3,74	1 960	3,31	2 371	3,58	6 429	3,58	5 379
Dez.	3,61	3,51	16 758	3,67	2 283	3,24	2 450	3,54	6 571	3,54	5 454
2012 Jan.	3,59	3,50	15 645	3,60	2 614	3,21	2 417	3,48	6 480	3,64	4 134
Febr.	3,52	3,40	14 182	3,55	2 330	3,05	2 069	3,37	5 408	3,53	4 375
März	3,37	3,29	16 280	3,29	1 982	2,92	2 433	3,29	6 512	3,45	5 353
April	3,46	3,34	15 748	3,28	2 429	2,98	2 390	3,28	6 398	3,65	4 531
darunter: besicherte Kredite 12)											
2011 April	.	4,04	8 763	3,33	1 330	3,69	1 323	4,09	3 440	4,49	2 670
Mai	.	4,09	8 592	3,65	1 093	3,78	1 342	4,16	3 638	4,33	2 519
Juni	.	4,03	7 153	3,64	994	3,73	1 055	4,11	2 874	4,25	2 230
Juli	.	3,94	8 563	3,53	1 652	3,77	1 280	4,05	3 296	4,18	2 335
Aug.	.	3,91	8 077	3,72	1 009	3,60	1 236	3,93	3 239	4,12	2 593
Sept.	.	3,68	7 509	3,63	900	3,40	1 116	3,73	3 015	3,77	2 478
Okt.	.	3,56	8 089	3,58	1 143	3,33	1 208	3,54	3 318	3,69	2 420
Nov.	.	3,47	8 174	3,49	893	3,24	1 194	3,51	3 334	3,54	2 753
Dez.	.	3,43	8 248	3,52	999	3,19	1 267	3,45	3 377	3,48	2 605
2012 Jan.	.	3,45	7 647	3,52	1 181	3,17	1 241	3,43	3 214	3,62	2 011
Febr.	.	3,32	6 776	3,42	1 040	2,94	1 011	3,30	2 586	3,47	2 139
März	.	3,19	7 577	3,07	863	2,82	1 220	3,22	3 001	3,38	2 493
April	.	3,31	7 614	3,12	1 006	2,91	1 181	3,20	3 090	3,74	2 337

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2011 April	10,08	42 907	10,20	37 543	14,94	3 281	4,95	66 106	4,96	65 901		
Mai	10,16	43 083	10,30	37 679	14,96	3 315	4,91	65 330	4,93	65 099		
Juni	10,18	44 814	10,27	39 450	14,94	3 362	5,07	69 283	5,08	69 071		
Juli	10,23	42 851	10,30	37 415	15,04	3 425	4,91	67 586	4,93	67 417		
Aug.	10,30	43 085	10,36	37 638	15,11	3 455	4,96	66 000	4,97	65 817		
Sept.	10,30	45 279	10,37	39 701	15,17	3 506	5,09	71 055	5,11	70 844		
Okt.	10,35	44 961	10,43	38 918	14,72	3 974	5,05	67 933	5,07	67 720		
Nov.	10,31	43 494	10,31	37 586	14,71	3 957	4,90	68 235	4,92	68 016		
Dez.	10,29	44 555	10,32	38 538	14,71	4 004	4,88	64 672	4,89	64 484		
2012 Jan.	10,31	45 884	10,34	39 955	14,63	3 956	4,66	68 909	4,68	68 690		
Febr.	10,24	45 809	10,27	39 877	14,67	3 919	4,56	70 840	4,57	70 603		
März	10,21	46 976	10,23	40 976	14,47	3 998	4,59	72 216	4,61	71 960		
April	10,05	47 349	10,12	41 131	14,51	4 000	4,43	70 726	4,45	70 471		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2011 April	3,63	6 876	4,63	1 303	4,37	1 254	2,87	45 450	3,82	2 177	4,70	5 871
Mai	3,95	6 606	4,71	1 378	4,36	1 362	2,91	38 493	3,67	1 083	4,10	4 057
Juni	3,93	6 808	4,64	1 264	4,33	1 143	3,06	44 897	3,62	2 839	4,23	4 181
Juli	3,87	7 200	4,70	1 380	4,33	1 382	3,02	47 966	3,79	2 894	4,18	5 167
Aug.	3,97	6 317	4,75	1 470	4,10	1 181	3,01	36 905	3,92	1 639	3,99	4 143
Sept.	3,99	6 991	4,60	1 459	3,87	1 244	2,96	44 993	3,61	3 111	3,69	4 992
Okt.	3,91	7 207	4,62	1 344	3,82	1 141	3,16	47 753	3,91	1 777	3,54	4 837
Nov.	3,92	6 655	4,69	1 407	3,68	1 320	2,89	38 491	3,67	1 894	3,61	5 240
Dez.	3,92	7 289	4,61	1 726	3,58	1 695	2,93	49 228	3,71	2 955	3,59	7 554
2012 Jan.	3,60	7 211	4,49	1 460	3,62	1 209	2,64	43 437	3,37	1 916	3,39	4 357
Febr.	3,56	6 539	4,41	1 323	3,45	1 076	2,58	37 564	3,47	1 352	3,51	3 243
März	3,51	7 654	4,31	1 751	3,41	1 346	2,44	44 212	2,85	1 893	3,33	4 674
April	3,34	7 349	4,21	1 537	3,50	1 172	2,37	41 491	3,04	2 187	3,42	4 176
darunter: besicherte Kredite 12)												
2011 April	3,76	1 476	4,37	199	4,20	337	2,76	9 355	3,88	922	4,60	2 009
Mai	4,11	1 312	4,53	172	4,18	363	2,95	7 064	3,73	221	4,12	946
Juni	4,00	1 343	4,40	156	4,05	321	3,08	8 797	3,54	1 049	4,30	1 271
Juli	4,04	1 536	4,41	190	4,04	428	3,13	10 905	3,52	999	4,36	1 227
Aug.	4,17	1 230	4,38	147	3,96	289	3,06	6 690	4,06	531	3,88	917
Sept.	4,06	1 346	4,09	139	3,61	333	3,16	9 236	3,62	1 071	3,71	1 056
Okt.	3,93	1 454	3,82	160	3,57	360	3,15	10 313	4,37	551	3,51	1 452
Nov.	4,05	1 171	3,92	142	3,41	406	3,02	6 850	3,97	767	3,45	1 365
Dez.	3,97	1 374	3,69	229	3,15	464	3,16	9 859	3,44	1 035	3,41	1 878
2012 Jan.	3,73	1 520	3,74	169	3,56	380	2,78	9 986	3,43	749	3,37	975
Febr.	3,67	988	3,78	120	3,26	345	2,42	6 229	3,88	536	3,20	891
März	3,41	1 210	3,62	164	3,14	360	2,58	8 860	3,12	550	3,27	1 466
April	3,27	1 319	3,42	156	3,24	363	2,44	9 134	3,22	922	3,27	1 159

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere											
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz				Erwerb						
		zu- sammen	Bank- schul- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	Inländer					Aus- länder 8)
zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)								
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	.	.	60 121	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	.	.	75 433	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	- 26 762	96 476	.	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	- 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	.	49 813	58 254
2009	69 549	- 538	- 114 902	22 709	91 655	70 087	89 169	12 973	8 645	.	67 550	- 19 620
2010	148 944	- 1 212	- 7 621	24 044	- 17 635	150 156	100 647	- 103 271	22 967	.	180 952	48 297
2011	40 799	13 575	- 46 796	850	59 521	27 224	- 16 574	- 94 793	36 805	.	41 413	57 373
2011 Juni	- 23 658	- 16 468	- 24 220	3 159	4 593	- 7 190	- 10 966	- 18 102	- 336	.	7 472	- 12 692
Juli	- 15 963	- 13 921	- 8 597	2 528	- 7 852	- 2 042	- 8 219	- 12 490	288	.	3 983	- 7 744
Aug.	41 216	38 421	16 683	903	20 835	2 795	5 361	- 9 417	11 917	.	2 861	35 855
Sept.	- 11 824	- 12 170	- 11 839	- 2 901	2 570	346	- 1 695	- 12 051	9 339	.	1 017	- 10 129
Okt.	- 21 458	- 21 880	- 3 824	- 10 980	- 7 076	422	- 2 501	- 4 494	2 994	.	1 001	- 18 957
Nov.	22 841	21 495	8 326	- 2 825	15 994	1 346	11 512	- 8 744	9 305	.	10 951	11 329
Dez.	- 46 609	- 44 168	- 15 514	- 9 196	- 19 458	- 2 441	- 18 440	- 18 677	1 538	.	1 301	- 28 169
2012 Jan.	- 5 244	- 28 450	- 31 833	- 6 174	9 557	23 206	10 955	- 1 929	1 652	.	11 232	- 16 199
Febr.	44 827	38 149	8 709	- 2 597	32 037	6 678	8 230	1 270	- 397	.	7 357	36 597
März	21 280	12 235	- 12 463	2 730	21 968	9 045	28 119	2 516	- 741	.	26 344	- 6 839
April	- 3 948	- 1 076	- 5 709	517	4 116	- 2 872	- 2 757	- 11 066	- 281	.	8 590	- 1 191

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb				
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6) 12)	übrige Sektoren 13)	Ausländer 14)	
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	- 24 194	
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918	
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941	
2003	11 896	16 838	- 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016	
2004	3 317	10 157	- 13 474	7 432	5 045	2 387	10 748	
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329	
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748	
2007	- 5 009	10 053	- 15 062	62 308	6 702	55 606	57 299	
2008	- 29 452	11 326	- 40 778	2 743	23 079	25 822	32 194	
2009	38 164	23 962	14 200	30 357	8 335	38 692	7 809	
2010	37 211	20 049	17 162	38 973	7 340	31 633	- 1 761	
2011	24 779	21 713	3 066	30 880	670	30 210	- 6 102	
2011 Juni	9 775	6 427	3 348	4 921	- 10 241	5 320	14 696	
Juli	- 5 906	137	- 6 043	5 660	- 2 396	3 264	246	
Aug.	- 2 474	203	- 2 677	101	- 5 224	5 123	2 373	
Sept.	- 4 211	91	- 4 302	2 157	- 4 409	2 252	2 054	
Okt.	1 734	183	1 551	759	- 2 068	2 827	975	
Nov.	- 1 579	303	- 1 882	3 390	- 575	3 965	4 969	
Dez.	9 457	1 643	7 814	11 070	9 865	1 205	1 613	
2012 Jan.	- 1 385	262	- 1 647	2 020	- 106	2 126	3 405	
Febr.	- 2 026	730	- 2 756	5 771	- 5 696	75	3 745	
März	1 828	380	1 448	10 849	11 295	446	9 021	
April	- 1 150	66	- 1 216	11 093	10 558	535	12 243	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. 13 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 14 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2011 Sept.	101 062	52 907	2 522	836	34 485	15 065	3 124	45 031	–
Okt.	103 611	45 220	3 147	758	23 553	17 762	2 660	55 732	–
Nov.	130 444	67 824	1 805	1 113	37 452	27 454	5 272	57 347	–
Dez.	84 412	46 202	2 899	1 047	27 120	15 136	2 413	35 797	–
2012 Jan.	135 380	61 975	2 431	2 418	40 690	16 437	1 373	72 031	–
Febr.	126 002	68 028	5 349	494	39 974	22 211	3 594	54 380	–
März	118 097	61 583	5 423	1 650	37 126	17 383	8 203	48 311	–
April	93 894	43 152	1 167	1 290	28 607	12 089	4 346	46 396	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2011 Sept.	29 195	13 259	189	160	9 464	3 446	741	15 195	–
Okt.	21 178	8 593	1 220	208	4 106	3 058	1 477	11 108	–
Nov.	27 334	8 922	488	240	989	7 205	3 650	14 762	–
Dez.	15 338	6 669	519	628	1 412	4 111	1 344	7 325	–
2012 Jan.	36 293	16 603	932	1 617	10 284	3 770	241	19 449	–
Febr.	44 069	23 168	3 479	85	12 714	6 889	1 889	19 012	–
März	38 456	17 308	2 892	732	7 621	6 064	7 096	14 051	–
April	25 903	9 656	1 137	1 093	3 310	4 117	3 513	12 734	–
Netto-Absatz 6)									
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	– 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	– 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	– 23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2011 Sept.	– 12 754	– 12 887	– 4 961	– 4 768	3 291	– 6 449	– 4 093	4 226	–
Okt.	– 7 104	– 1 098	2 389	– 2 289	46	– 1 244	– 10 840	4 834	–
Nov.	29 635	6 035	1 482	– 4 203	3 522	5 233	– 2 959	26 559	– 69
Dez.	– 43 269	– 18 535	184	– 1 948	682	– 16 088	– 8 891	– 15 844	– 10
2012 Jan.	– 39 565	– 31 796	– 2 816	– 7 963	– 8 669	– 12 348	– 3 675	– 4 094	–
Febr.	– 32 588	– 13 452	– 2 934	– 2 054	10 606	– 1 966	– 1 278	20 414	–
März	– 4 544	– 9 811	– 3 048	– 2 598	2 319	– 6 484	– 2 459	2 808	– 23
April	– 7 571	– 6 146	– 638	– 380	– 304	– 4 824	– 2 325	900	– 31

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2011 Okt.	3 384 356	1 528 411	147 519	194 815	574 582	611 495	259 435	1 596 510	16 164
2011 Nov.	3 413 991	1 534 446	149 001	190 612	578 104	616 729	256 476	1 623 069	16 095
2011 Dez.	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012 Jan.	3 331 156	1 484 115	146 368	180 700	568 754	588 292	243 910	1 603 132	16 085
2012 Febr.	3 363 744	1 497 567	149 303	178 646	579 360	590 258	242 632	1 623 546	16 085
2012 März	3 359 200	1 487 756	146 255	176 047	581 679	583 775	245 091	1 626 354	16 062
2012 April	3 351 629	1 481 610	145 617	175 668	581 375	578 951	242 766	1 627 253	16 031

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende April 2012

bis unter 2	1 290 652	619 907	64 196	90 367	226 635	238 708	50 486	620 262	5 226
2 bis unter 4	841 302	443 630	49 220	44 211	142 231	207 965	50 753	346 919	4 439
4 bis unter 6	444 556	195 257	20 440	24 489	87 429	62 899	34 378	214 920	2 633
6 bis unter 8	219 853	84 432	8 653	9 474	49 695	16 612	16 836	118 585	255
8 bis unter 10	203 328	54 048	2 425	3 505	35 682	12 437	4 523	144 758	380
10 bis unter 15	50 446	19 175	571	2 205	11 669	4 730	10 246	21 025	1 912
15 bis unter 20	81 635	13 639	10	283	6 677	6 668	2 698	65 298	219
20 und darüber	219 857	51 524	100	1 134	21 357	28 932	72 847	95 487	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)	
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung			
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	-	868	2 152	-	2 224	647 492
2003	162 131	-	6 585	4 482	923	211	513	-	322	-	10 806	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	-	220	-	-	1 760	887 217
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	-	1 443	-	3 060	-	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	927 256
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	486	-	993	-	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	924 214
2011 Okt.	176 943	44	77	51	12	-	-	48	-	6	-	975 868
2011 Nov.	177 014	71	136	9	11	-	-	0	-	37	-	942 940
2011 Dez.	177 167	153	280	1	13	-	-	2	-	86	-	924 214
2012 Jan.	177 231	63	151	1	1	-	-	5	-	47	-	1 012 812
2012 Febr.	177 599	368	557	-	-	-	-	11	-	19	-	1 070 023
2012 März	177 902	303	119	3	376	-	-	25	-	88	-	1 075 219
2012 April	177 912	10	57	-	1	-	-	-	-	9	-	1 053 431

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2011 Dez.	1,9	1,7	1,6	1,9	2,4	2,7	4,6	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012 Jan.	1,7	1,6	1,5	1,8	2,2	2,6	4,3	131,37	109,30	332,18	6 458,91
Febr.	1,7	1,6	1,6	1,9	2,0	2,5	4,0	131,35	109,16	352,13	6 856,08
März	1,7	1,6	1,6	1,8	2,0	2,4	4,0	131,43	109,00	356,61	6 946,83
April	1,6	1,5	1,4	1,6	1,9	2,4	3,9	132,70	109,92	345,43	6 761,19
Mai	1,4	1,2	1,2	1,3	1,7	2,1	3,8	134,80	113,33	315,64	6 264,38

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb					
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)										Inländer					Ausländer 5)
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezialfonds	ausländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)				
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds				zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile		
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002		
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951		
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680		
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793		
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168		
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016		
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258		
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469		
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717		
2009	48 081	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	4 333	36 339	- 14 995	- 8 178	51 334	12 511	11 742		
2010	107 350	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 525	22 443	104 778	3 873	6 290	100 905	16 153	2 572		
2011	45 362	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	142	37 651	- 7 576	- 694	45 227	836	7 711		
2011 Okt.	5 417	5 165	342	- 36	441	- 3	4 823	252	4 347	- 320	349	4 667	- 97	1 070		
Nov.	6 324	5 742	- 1 011	- 70	- 1 571	- 61	6 753	582	7 457	- 61	404	7 518	178	- 1 133		
Dez.	6 474	9 000	- 2 006	- 26	- 1 288	443	11 006	- 2 526	5 536	- 3 690	- 1 411	9 226	- 1 115	938		
2012 Jan.	5 897	4 068	723	- 332	597	611	3 345	1 829	6 186	- 1 426	113	7 612	1 716	- 289		
Febr.	14 938	13 402	- 582	- 169	- 831	431	13 984	1 536	15 218	- 1 186	192	16 404	1 344	- 280		
März	6 558	3 595	- 668	- 145	- 859	396	4 263	2 963	7 011	- 284	642	7 295	2 321	- 453		
April	- 1 405	283	- 3 367	- 7	- 4 322	107	3 650	- 1 688	5 431	3 745	- 218	1 686	- 1 470	- 6 836		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2009	2010	2011	2010				2011				
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Private Haushalte 1)												
I. Geldvermögensbildung												
Bargeld und Einlagen	49,9	72,7	66,7	14,7	19,1	5,3	33,6	6,4	17,4	15,6	27,3	
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 12,6	- 11,5	- 1,9	- 3,5	- 5,0	0,9	- 3,8	2,5	1,8	- 4,0	- 2,2	
Aktien	16,3	13,4	14,3	2,6	5,1	- 1,6	7,2	3,3	0,5	5,3	5,3	
Sonstige Beteiligungen	3,0	3,0	3,0	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,7	
Investmentzertifikate	- 1,0	10,0	- 14,5	3,4	6,6	0,5	- 0,5	- 3,5	- 0,1	- 7,0	- 4,0	
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	62,5	60,5	48,1	21,4	12,2	10,6	16,2	16,9	10,5	8,4	12,3	
kurzfristige Ansprüche	0,3	- 0,7	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	
längerfristige Ansprüche	62,2	61,2	47,4	21,6	12,3	10,7	16,6	16,7	10,2	8,2	12,2	
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	10,0	7,8	8,0	1,9	2,0	1,9	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	
Sonstige Forderungen 4)	17,3	- 2,1	25,1	10,5	- 2,0	12,9	- 23,4	20,4	3,0	10,1	- 8,3	
Insgesamt	145,3	153,9	148,8	51,7	38,8	31,2	32,1	48,6	35,9	31,1	33,2	
II. Finanzierung												
Kredite	- 7,6	4,4	10,5	- 7,3	5,6	5,5	0,6	- 3,9	4,9	6,8	2,7	
kurzfristige Kredite	- 4,3	- 2,3	- 2,1	- 0,3	1,0	- 0,8	- 2,1	- 0,6	1,0	- 0,9	- 1,6	
längerfristige Kredite	- 3,4	6,6	12,6	- 6,9	4,5	6,3	2,7	- 3,3	3,9	7,7	4,3	
Sonstige Verbindlichkeiten	1,0	0,1	0,4	0,4	0,0	- 0,0	- 0,3	0,3	0,1	0,0	- 0,0	
Insgesamt	- 6,6	4,5	10,8	- 6,9	5,6	5,4	0,3	- 3,5	4,9	6,8	2,6	
Unternehmen												
I. Geldvermögensbildung												
Bargeld und Einlagen	25,0	7,3	21,0	3,4	- 20,9	18,9	5,9	5,4	- 17,1	1,6	31,1	
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,8	- 0,1	4,9	- 0,7	0,4	1,7	- 1,6	3,5	- 0,7	0,9	1,2	
Finanzderivate	- 5,5	26,8	14,5	2,2	3,3	4,0	17,3	5,1	2,9	4,3	2,1	
Aktien	31,2	33,5	30,5	5,4	0,5	10,1	17,6	3,1	7,8	9,0	10,6	
Sonstige Beteiligungen	29,1	48,7	32,8	32,3	7,3	6,0	3,1	1,6	15,8	5,1	10,3	
Investmentzertifikate	- 2,6	8,8	23,8	1,5	0,5	7,6	- 0,7	0,9	10,3	2,7	9,9	
Kredite	87,1	95,2	87,3	26,5	28,7	22,9	17,1	31,8	25,4	31,7	- 1,6	
kurzfristige Kredite	53,8	70,4	70,8	20,2	20,0	17,0	13,2	25,8	23,6	22,2	- 0,8	
längerfristige Kredite	33,3	24,8	16,5	6,3	8,7	5,9	3,8	6,0	1,8	9,5	- 0,8	
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	
kurzfristige Ansprüche	0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	
längerfristige Ansprüche	
Sonstige Forderungen	11,7	- 66,5	- 5,4	- 34,6	18,6	- 36,6	- 13,8	12,4	16,0	10,5	- 44,2	
Insgesamt	181,8	152,9	208,6	35,8	38,2	34,3	44,5	63,6	60,2	65,6	19,2	
II. Finanzierung												
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 7,1	9,6	3,8	8,7	- 0,5	- 3,6	5,1	7,7	- 0,3	4,2	- 7,8	
Finanzderivate	
Aktien	5,5	7,2	7,4	6,1	0,1	0,2	0,8	0,3	5,5	- 0,3	1,9	
Sonstige Beteiligungen	10,3	5,7	11,9	2,1	3,1	1,5	- 0,9	5,3	1,5	1,7	3,4	
Kredite	57,3	62,3	108,1	24,9	15,0	21,0	1,4	16,1	36,2	51,8	4,1	
kurzfristige Kredite	9,6	55,2	79,2	30,2	21,1	9,0	- 5,0	8,8	28,3	35,6	6,6	
längerfristige Kredite	47,7	7,1	28,9	- 5,3	- 6,0	12,0	6,4	7,3	7,9	16,2	- 2,4	
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	4,8	2,6	2,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	
Sonstige Verbindlichkeiten	45,9	33,7	56,0	4,3	8,2	- 25,9	47,1	22,7	- 4,6	15,8	22,1	
Insgesamt	116,7	121,2	189,8	46,7	26,6	- 6,3	54,2	52,7	39,0	73,8	24,4	

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-
 sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2009	2010	2011	2010				2011			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 788,1	1 860,8	1 927,5	1 802,8	1 821,9	1 827,2	1 860,8	1 867,2	1 884,6	1 900,2	1 927,5
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	265,5	254,1	247,1	264,7	259,1	259,6	254,1	254,8	258,3	247,8	247,1
Aktien	201,7	243,5	221,5	214,1	208,5	215,0	243,5	257,2	260,1	206,3	221,5
Sonstige Beteiligungen	201,0	196,5	202,6	200,3	208,1	195,6	196,5	192,0	192,6	196,1	202,6
Investmentzertifikate	416,2	435,4	394,9	426,9	420,1	426,5	435,4	426,2	421,1	389,2	394,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 286,4	1 347,2	1 393,0	1 300,7	1 315,9	1 330,7	1 347,2	1 363,2	1 373,2	1 381,3	1 393,0
Kurzfristige Ansprüche	74,4	73,7	74,5	74,3	74,2	74,1	73,7	73,9	74,1	74,3	74,5
Längerfristige Ansprüche	1 212,0	1 273,4	1 318,6	1 226,4	1 241,7	1 256,6	1 273,4	1 289,3	1 299,1	1 307,0	1 318,6
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	273,4	281,2	289,2	275,3	277,3	279,3	281,2	283,2	285,2	287,2	289,2
Sonstige Forderungen 4)	38,7	39,0	38,9	38,6	38,4	38,1	39,0	39,1	39,2	39,0	38,9
Insgesamt	4 471,0	4 657,9	4 714,8	4 523,4	4 549,3	4 571,9	4 657,9	4 683,0	4 714,4	4 647,1	4 714,8
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 518,0	1 522,4	1 536,8	1 511,5	1 517,1	1 522,2	1 522,4	1 518,5	1 523,2	1 534,4	1 536,8
Kurzfristige Kredite	75,7	75,6	73,9	75,4	78,0	77,6	75,6	75,0	75,8	75,0	73,9
Längerfristige Kredite	1 442,3	1 446,8	1 463,0	1 436,1	1 439,1	1 444,6	1 446,8	1 443,5	1 447,4	1 459,4	1 463,0
Sonstige Verbindlichkeiten	12,1	11,6	13,0	13,4	12,9	13,1	11,6	13,4	12,8	13,2	13,0
Insgesamt	1 530,1	1 533,9	1 549,8	1 525,0	1 530,0	1 535,3	1 533,9	1 531,9	1 536,1	1 547,6	1 549,8
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	457,1	450,1	460,5	453,9	438,5	449,9	450,1	440,4	425,5	429,9	460,5
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	48,4	48,1	52,6	48,2	48,5	50,0	48,1	51,6	51,1	51,6	52,6
Finanzderivate
Aktien	822,4	908,4	804,8	853,8	827,8	849,9	908,4	920,7	933,7	773,2	804,8
Sonstige Beteiligungen	354,3	388,6	428,2	384,0	405,0	385,1	388,6	379,9	395,4	405,8	428,2
Investmentzertifikate	108,8	119,3	123,1	114,4	113,7	118,8	119,3	119,9	120,0	117,6	123,1
Kredite	450,1	545,3	632,6	476,6	505,3	528,2	545,3	577,1	602,5	634,2	632,6
Kurzfristige Kredite	294,2	364,6	435,4	314,4	334,4	351,4	364,6	390,4	414,0	436,2	435,4
Längerfristige Kredite	155,8	180,7	197,1	162,2	170,9	176,8	180,7	186,7	188,5	198,0	197,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	40,2	39,6	38,9	40,1	39,9	39,8	39,6	39,4	39,2	39,1	38,9
Kurzfristige Ansprüche	40,2	39,6	38,9	40,1	39,9	39,8	39,6	39,4	39,2	39,1	38,9
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	916,1	739,3	761,1	910,5	952,2	923,5	739,3	764,6	777,4	747,5	761,1
Insgesamt	3 197,5	3 238,7	3 301,9	3 281,6	3 331,0	3 345,2	3 238,7	3 293,5	3 344,8	3 198,9	3 301,9
II. Verbindlichkeiten											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	136,9	145,2	152,0	146,9	154,1	153,6	145,2	128,5	130,6	155,9	152,0
Finanzderivate
Aktien	1 081,3	1 301,8	1 110,5	1 118,8	1 089,5	1 159,5	1 301,8	1 322,3	1 357,5	1 046,6	1 110,5
Sonstige Beteiligungen	702,3	708,0	719,9	704,3	707,4	708,9	708,0	713,3	714,8	716,5	719,9
Kredite	1 444,2	1 506,4	1 624,6	1 461,2	1 476,5	1 496,1	1 506,4	1 520,8	1 564,8	1 616,8	1 624,6
Kurzfristige Kredite	476,6	533,7	609,1	502,1	523,3	531,0	533,7	539,0	567,3	602,5	609,1
Längerfristige Kredite	967,6	972,7	1 015,5	959,1	953,2	965,1	972,7	981,8	997,5	1 014,3	1 015,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	223,2	225,8	228,4	223,8	224,5	225,1	225,8	226,5	227,1	227,8	228,4
Sonstige Verbindlichkeiten	856,8	833,5	855,9	863,3	886,7	847,9	833,5	829,7	834,1	823,1	855,9
Insgesamt	4 444,7	4 720,7	4 691,3	4 518,3	4 538,7	4 591,1	4 720,7	4 741,0	4 828,9	4 586,5	4 691,3

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2006	- 37,9	- 34,4	- 11,8	+ 3,3	+ 5,0	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007	+ 5,8	- 18,6	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008 p)	- 1,4	- 15,2	- 2,2	+ 8,8	+ 7,2	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009 p)	- 76,3	- 38,2	- 20,9	- 2,1	- 15,2	- 3,2	- 1,6	- 0,9	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 105,9	- 79,7	- 22,8	- 5,7	+ 2,3	- 4,3	- 3,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,1
2011 ts)	- 26,3	- 25,8	- 14,7	+ 0,8	+ 13,5	- 1,0	- 1,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,5
2010 1.Hj. 2) p)	- 37,3	- 26,9	- 9,8	- 3,7	+ 3,1	- 3,1	- 2,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,3
2.Hj. p)	- 68,8	- 53,1	- 12,8	- 2,1	- 0,9	- 5,4	- 4,2	- 1,0	- 0,2	- 0,1
2011 1.Hj. ts)	- 5,3	- 15,0	- 2,5	+ 1,9	+ 10,3	- 0,4	- 1,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,8
2.Hj. ts)	- 20,3	- 10,3	- 12,1	- 1,0	+ 3,2	- 1,5	- 0,8	- 0,9	- 0,1	+ 0,2
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2006	1 574,6	970,7	492,1	127,2	1,7	68,0	42,0	21,3	5,5	0,1
2007	1 582,4	978,0	494,1	125,6	1,6	65,2	40,3	20,3	5,2	0,1
2008	1 649,3	1 007,6	531,3	125,4	1,5	66,7	40,7	21,5	5,1	0,1
2009	1 766,9	1 075,7	574,3	131,3	1,3	74,4	45,3	24,2	5,5	0,1
2010 ts)	2 056,7	1 317,1	621,2	134,5	1,3	83,0	53,2	25,1	5,4	0,1
2011 ts)	2 088,5	1 328,6	637,6	140,0	1,3	81,2	51,7	24,8	5,4	0,1
2010 1.Vj. ts)	1 786,9	1 088,5	580,2	132,5	1,3	74,6	45,4	24,2	5,5	0,1
2.Vj. ts)	1 828,9	1 099,1	609,6	134,9	1,3	75,4	45,3	25,1	5,6	0,1
3.Vj. ts)	1 853,7	1 116,4	616,1	136,7	1,6	75,6	45,5	25,1	5,6	0,1
4.Vj. ts)	2 056,7	1 317,1	621,2	134,5	1,3	83,0	53,2	25,1	5,4	0,1
2011 1.Vj. ts)	2 057,3	1 318,4	618,3	136,7	1,7	82,0	52,6	24,6	5,4	0,1
2.Vj. ts)	2 070,7	1 324,2	624,1	138,0	2,7	81,8	52,3	24,6	5,4	0,1
3.Vj. ts)	2 084,0	1 334,2	628,1	138,4	1,3	81,6	52,2	24,6	5,4	0,1
4.Vj. ts)	2 088,5	1 328,6	637,6	140,0	1,3	81,2	51,7	24,8	5,4	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2006	1 011,1	512,7	400,7	97,7	1 049,3	580,6	177,2	66,1	33,7	191,6	- 38,2	924,7
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008 p)	1 088,2	572,6	408,8	106,9	1 089,6	590,3	182,3	68,3	38,9	209,8	- 1,4	994,2
2009 p)	1 066,0	546,3	409,8	109,9	1 142,1	622,6	189,7	63,8	41,4	224,6	- 76,1	966,3
2010 p)	1 079,8	548,9	418,7	112,2	2) 1 185,8	632,3	194,5	61,9	40,8	2) 256,3	2) - 106,0	977,7
2011 ts)	1 148,7	588,3	435,2	125,3	1 174,3	632,8	199,7	66,0	42,0	233,7	- 25,6	1 033,9
in % des BIP												
2006	43,7	22,2	17,3	4,2	45,3	25,1	7,7	2,9	1,5	8,3	- 1,7	40,0
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008 p)	44,0	23,1	16,5	4,3	44,0	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009 p)	44,9	23,0	17,3	4,6	48,1	26,2	8,0	2,7	1,7	9,5	- 3,2	40,7
2010 p)	43,6	22,2	16,9	4,5	2) 47,9	25,5	7,9	2,5	1,6	2) 10,3	2) - 4,3	39,5
2011 ts)	44,7	22,9	16,9	4,9	45,7	24,6	7,8	2,6	1,6	9,1	- 1,0	40,2
Zuwachsraten in %												
2006	+ 4,3	+ 7,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 7,4	- 0,4	.	+ 4,6
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008 p)	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 2,3	- 0,2	+ 7,9	+ 7,8	.	+ 2,4
2009 p)	- 2,0	- 4,6	+ 0,2	+ 2,8	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,0	- 6,6	+ 6,5	+ 7,1	.	- 2,8
2010 p)	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,6	+ 2,5	- 3,1	- 1,5	+ 14,1	.	+ 1,2
2011 ts)	+ 6,4	+ 7,2	+ 3,9	+ 11,7	- 1,0	+ 0,1	+ 2,7	+ 6,7	+ 3,0	- 8,8	.	+ 5,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESGV 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zuschüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2004 ts)	545,8	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,5
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,5	478,9	+ 6,6	1 058,5	1 060,5	- 1,9
2009 ts)	631,4	524,0	9,2	720,9	194,9	271,1	63,7	40,4	38,0	- 89,5	492,0	505,9	- 13,9	1 021,4	1 124,9	- 103,4
2010 ts)	650,5	530,6	12,7	732,7	199,8	293,9	60,1	40,1	19,4	- 82,2	516,9	512,9	+ 4,0	1 049,8	1 128,0	- 78,2
2009 1.Vj. p)	156,6	128,7	1,7	175,4	45,9	67,2	22,8	5,0	10,0	- 18,9	117,9	122,3	- 4,4	250,8	274,1	- 23,3
2.Vj. p)	154,8	130,6	3,3	169,4	47,1	60,6	10,7	7,5	16,9	- 14,6	120,5	125,5	- 5,0	251,8	271,4	- 19,6
3.Vj. p)	148,9	124,4	2,1	174,9	47,6	65,0	19,8	10,5	4,5	- 26,0	120,1	127,6	- 7,5	245,2	278,7	- 33,5
4.Vj. p)	169,4	140,3	1,9	199,5	52,5	76,6	10,2	16,3	6,4	- 30,2	132,3	130,1	+ 2,2	270,6	298,6	- 28,0
2010 1.Vj. p)	147,9	121,6	2,6	180,4	47,6	74,8	21,2	5,5	4,9	- 32,5	123,6	127,6	- 4,0	242,2	278,7	- 36,5
2.Vj. p)	7) 163,6	134,9	3,7	173,6	48,1	71,2	13,2	8,1	6,2	- 10,0	128,2	127,3	+ 0,9	7) 262,3	271,5	- 9,2
3.Vj. p)	153,8	127,6	3,0	177,3	48,3	69,8	16,1	10,5	3,4	- 23,6	124,7	125,6	- 1,0	251,5	276,0	- 24,5
4.Vj. p)	183,4	147,6	3,2	199,5	54,0	76,1	9,2	14,7	4,8	- 16,2	133,3	131,8	+ 1,5	290,4	305,1	- 14,7
2011 1.Vj. p)	162,9	134,9	4,1	183,6	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 20,7	127,3	127,2	+ 0,1	261,0	281,5	- 20,5
2.Vj. p)	189,6	145,6	18,6	172,7	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 16,9	130,3	126,2	+ 4,1	292,5	271,5	+ 21,0
3.Vj. p)	162,6	136,6	2,7	182,6	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 20,0	127,9	125,8	+ 2,0	264,3	282,2	- 17,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2007 auch einschl. Postpensionskasse; ohne das 2009 gegründete Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben

bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. 7 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,1	+ 1,2	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	265,9	293,4	- 27,5	172,0	178,9	- 6,9
2010 ts)	288,0	332,4	- 44,4	278,5	302,1	- 23,6	176,5	183,9	- 7,4
2011 ts)	307,1	324,8	- 17,7	304,0	315,4	- 11,4	185,6	187,0	- 1,4
2009 1.Vj. p)	65,8	76,8	- 11,0	65,3	75,9	- 10,6	35,8	39,0	- 3,1
2.Vj. p)	71,3	68,6	+ 2,7	66,1	67,9	- 1,8	41,1	42,2	- 1,1
3.Vj. p)	68,6	84,5	- 15,9	63,1	69,4	- 6,3	42,5	45,1	- 2,6
4.Vj. p)	77,0	87,2	- 10,2	70,5	79,0	- 8,5	50,6	51,0	- 0,4
2010 1.Vj. p)	61,1	82,6	- 21,5	65,0	73,5	- 8,5	34,6	41,2	- 6,6
2.Vj. p)	4) 75,6	80,6	- 5,0	68,3	69,1	- 0,8	42,2	43,5	- 1,3
3.Vj. p)	66,2	82,7	- 16,6	68,5	73,3	- 4,8	43,8	45,2	- 1,4
4.Vj. p)	85,2	86,5	- 1,3	75,8	85,0	- 9,2	53,8	52,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,1	87,7	- 6,6	54,7	51,9	+ 2,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaar-

ten. 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. 4 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden ³⁾	Saldo nicht verrechneter Steueranteile ⁴⁾	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge ⁵⁾
		zusammen	Bund ¹⁾	Länder	Europäische Union ²⁾			
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+ 16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	- 22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 739	276 599	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2010 1.Vj.	121 321	104 370	54 316	41 777	8 278	11 299	+ 5 652	7 133
2.Vj.	134 843	116 767	66 331	46 516	3 919	18 270	- 194	7 127
3.Vj.	127 311	109 956	61 146	43 102	5 709	17 564	- 209	7 329
4.Vj.	147 112	129 137	72 744	49 932	6 462	23 253	- 5 278	7 137
2011 1.Vj.	135 590	115 878	60 579	46 582	8 717	13 640	+ 6 071	6 989
2.Vj.	145 636	126 086	71 530	50 289	4 266	19 544	+ 6	7 102
3.Vj.	136 382	117 812	66 277	45 938	5 598	18 916	- 346	7 662
4.Vj.	155 744	136 963	78 213	52 866	5 883	24 469	- 5 688	6 863
2012 1.Vj.	...	122 846	62 467	50 558	9 821	6 831
2011 April	.	36 326	20 612	14 450	1 263	.	.	2 367
2012 April	.	37 871	20 744	14 994	2 133	.	.	2 293

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonatio-

naleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt ¹⁾	Gemeinschaftliche Steuern								Bundessteuern ⁷⁾	Ländersteuern ⁷⁾	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
		Einkommensteuern ²⁾				Steuern vom Umsatz ⁵⁾								
		zu-sammen	Lohn-steuer ³⁾	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körperschaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer ⁴⁾	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer					Gewerbesteuer-umlagen ⁶⁾
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 256	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 134	13 095	4 571	30 517
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	2 15	19 001	2 814	1 115	6 793
2.Vj.	123 859	51 667	30 447	9 681	3 830	7 710	44 343	33 779	10 564	1 311	22 682	2 914	943	7 092
3.Vj.	116 691	42 813	30 445	7 320	1 588	3 460	44 997	33 258	11 740	1 574	22 922	3 242	1 143	6 734
4.Vj.	137 019	53 209	36 757	8 023	4 672	3 756	47 810	35 369	12 441	2 825	28 821	3 177	1 177	7 882
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253
2.Vj.	133 727	57 624	34 144	9 366	4 215	9 900	46 091	33 082	13 010	1 692	24 026	3 207	1 087	7 641
3.Vj.	125 021	47 420	33 590	7 111	3 028	3 691	47 161	34 232	12 929	1 735	24 309	3 229	1 169	7 209
4.Vj.	145 377	58 162	39 538	8 764	5 907	3 954	49 392	36 115	13 276	3 096	30 285	3 251	1 191	8 414
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2011 April	38 466	14 030	11 374	509	- 961	3 109	14 225	9 780	4 446	1 443	7 440	948	380	2 140
2012 April	40 172	14 098	12 124	714	- 316	1 576	15 113	10 391	4 722	1 420	8 118	1 074	349	2 301

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2011: 53,9/44,1/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2011: 22,1/77,9. **7** Aufgliederung s. Tabelle IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	-	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 330	-	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	-	1 229	918	667	10 374	7 641	2 518
2.Vj.	9 596	3 327	3 100	2 060	2 235	1 570	437	357	-	1 207	1 115	591	12 295	9 201	2 915
3.Vj.	10 172	3 608	2 615	2 110	2 012	1 563	489	354	-	1 430	1 216	597	12 194	8 618	3 373
4.Vj.	15 625	4 096	3 142	1 619	1 895	1 540	538	366	-	1 425	1 156	597	12 918	10 252	2 508
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	-	1 555	1 170	683	12 825	9 948	2 631
2.Vj.	10 002	3 300	3 450	2 017	2 215	1 960	482	599	-	1 464	1 129	614	13 601	10 366	3 031
3.Vj.	10 058	3 418	2 879	2 145	2 006	1 763	541	1 499	-	1 581	1 039	609	13 095	9 386	3 473
4.Vj.	15 519	4 803	3 379	1 723	1 852	1 739	553	716	-	1 766	907	578	13 463	10 724	2 540
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	-	1 876	1 057	696
2011 April	3 098	1 169	792	684	713	652	142	189	-	417	332	198	.	.	.
2012 April	3 171	1 220	845	663	771	571	149	726	-	551	334	189	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Betei- ligungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	- 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618
2.Vj.	60 812	42 140	18 384	60 263	51 410	3 626	+ 549	15 280	15 082	15	59	124	4 593
3.Vj.	59 783	41 142	18 364	61 841	52 869	3 580	- 2 058	13 647	13 428	40	60	119	4 585
4.Vj.	64 864	46 005	18 594	61 993	52 917	3 583	+ 2 871	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2010 1.Vj.	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	- 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490
2.Vj.	62 249	43 054	18 923	61 999	53 006	3 585	+ 250	15 254	15 053	20	69	112	4 478
3.Vj.	61 237	42 048	18 912	62 091	53 102	3 589	- 854	14 853	14 656	20	68	109	4 474
4.Vj.	66 317	47 060	18 933	61 887	52 966	3 579	+ 4 430	19 274	17 978	1 120	68	108	4 476
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 4)	darunter:		ins-gesamt 6)	darunter:								
		Beiträge	Um-lagen 5)		Arbeitslosenunterstützungen 1) 2)			berufliche Förderung 2) 3)					Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)
					zusammen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	zusammen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land			
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-
2010	37 070	22 614	3 222	45 213	19 456	15 629	3 827	10 791	8 287	2 504	740	- 8 143	5 200
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-
2.Vj.	6 490	5 421	261	12 391	5 563	4 376	1 187	2 893	2 193	700	491	- 5 901	-
3.Vj.	6 853	5 316	250	12 480	5 465	4 439	1 026	3 026	2 325	701	630	- 5 626	-
4.Vj.	14 627	6 061	296	12 790	5 115	4 163	951	3 358	2 588	770	345	+ 1 837	-
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-
2.Vj.	10 649	5 601	784	10 501	5 264	4 148	1 116	2 872	2 204	668	184	+ 148	-
3.Vj.	8 109	5 527	808	8 887	4 082	3 353	729	2 431	1 863	567	193	- 778	-
4.Vj.	8 291	6 290	916	14 144	3 635	3 016	619	2 531	1 957	575	154	- 5 853	5 200
2011 1.Vj.	10 259	5 853	123	9 583	4 602	3 701	901	2 660	2 048	612	186	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	60	8 246	3 710	3 007	703	2 285	1 753	532	175	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	76	7 450	3 293	2 707	586	1 910	1 464	446	187	+ 17	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. **2** Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. **3** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. **4** Ohne Zu-

schuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **5** Umlagen für die Winterbau-förderung und für das Insolvenzgeld. **6** Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. **7** Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010	179 878	160 792	15 700	176 036	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 842
2011 p)	188 957	170 830	15 300	179 657	58 688	29 014	29 054	11 660	11 241	8 510	9 410	+ 9 300
2009 1.Vj.	42 502	39 324	2 575	41 432	14 154	7 463	6 969	2 797	2 095	1 822	1 977	+ 1 069
2.Vj.	42 540	40 464	1 377	42 400	14 092	7 652	6 810	2 857	2 392	1 779	2 083	+ 140
3.Vj.	42 752	38 827	3 002	42 548	13 967	7 574	6 981	2 684	2 437	1 746	2 324	+ 204
4.Vj.	41 635	39 992	246	44 445	13 892	8 052	7 021	2 904	2 607	1 895	2 604	- 2 809
2010 1.Vj. 6)	43 093	38 542	3 878	43 274	14 419	7 549	7 255	2 871	2 368	1 996	2 130	- 182
2.Vj.	44 440	39 826	3 889	43 999	14 037	7 870	7 128	2 882	2 669	1 955	2 261	+ 441
3.Vj.	44 457	39 808	3 884	43 662	14 122	7 592	7 007	2 786	2 676	1 903	2 255	+ 795
4.Vj.	47 505	42 600	4 049	44 842	14 144	7 307	7 107	2 952	2 853	1 943	2 876	+ 2 663
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 783	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 783	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 783	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 950	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011 p)	22 243	22 129	21 930	2 979	9 708	4 744	869	1 035	+	313
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139
2.Vj.	5 275	5 253	4 977	662	2 308	1 100	217	248	+	298
3.Vj.	5 279	5 239	5 157	706	2 338	1 115	219	246	+	122
4.Vj.	5 650	5 614	5 223	710	2 358	1 148	225	228	+	427
2010 1.Vj.	5 241	5 175	5 298	722	2 362	1 151	217	264	-	56
2.Vj.	5 398	5 369	5 302	707	2 378	1 167	219	258	+	95
3.Vj.	5 385	5 358	5 416	735	2 398	1 160	220	266	-	31
4.Vj.	5 760	5 739	5 432	743	2 417	1 195	225	229	+	328
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856
2.Vj.	+ 96 270	+ 46 283	- 2 791	+ 26 434
3.Vj.	+ 82 451	+ 1 343	+ 1 268	- 15 901
4.Vj.	+ 67 448	- 1 139	- 4 406	- 2 572
2010 1.Vj.	+ 74 369	+ 12 637	- 5 322	- 1 520
2.Vj.	+ 83 082	+ 3 666	- 4 143	+ 1 950
3.Vj.	+ 79 589	+ 14 791	+ 250	- 4 625
4.Vj.	+ 65 655	+ 11 304	+ 4 174	+ 5 803
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2005	1 489 029	4 440	518 400	488	312 201	653 500
2006	1 533 697	4 440	496 800	480	329 177	702 800
2007	1 540 381	4 440	456 900	476	317 065	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	510	305 040	819 000
2009	1 657 842	4 440	438 700	507	312 695	901 500
2010	1 731 561	4 440	399 000	429	387 092	940 600
2011 ts)	1 750 187	4 440	350 800	445	414 402	980 100
2009 1.Vj.	1 594 403	4 440	426 200	514	302 249	861 000
2.Vj.	1 646 307	4 440	430 300	520	301 347	909 700
3.Vj.	1 651 955	4 440	439 500	520	299 295	908 200
4.Vj.	1 657 842	4 440	438 700	507	312 695	901 500
2010 1.Vj.	1 678 191	4 440	450 100	508	318 743	904 400
2.Vj.	1 687 957	4 440	469 600	468	301 949	911 500
3.Vj.	1 712 685	4 440	470 200	473	297 372	940 200
4.Vj.	1 731 561	4 440	399 000	429	387 092	940 600
2011 1.Vj. p)	1 747 327	4 440	407 000	495	374 793	960 600
2.Vj. p)	1 759 954	4 440	398 900	490	360 524	995 600
3.Vj. p)	1 756 287	4 440	382 500	490	379 457	989 400
4.Vj. ts)	1 750 187	4 440	350 800	445	414 402	980 100

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	510	82 781	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	507	103 014	4 442	71
2010 3.Vj.	1 712 685	84 808	389 502	203 056	8 867	618 150	2 058	297 349	473	103 908	4 440	75
4.Vj.	1 731 561	87 042	391 976	195 534	8 704	628 757	1 975	301 501	429	111 201	4 440	2
2011 1.Vj. p)	1 747 327	84 961	391 885	211 821	8 500	629 716	1 845	301 877	495	111 786	4 440	2
2.Vj. p)	1 759 954	80 998	402 903	208 669	8 497	644 844	1 819	293 502	490	113 789	4 440	2
3.Vj. p)	1 756 287	74 764	410 222	219 785	8 349	634 402	1 970	289 482	490	112 382	4 440	2
4.Vj. ts)	1 750 187	60 172	413 931	214 211	8 208	644 688	2 154	289 055	445	112 881	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	448	10 700	4 442	70
2010 3.Vj.	1 064 111	82 908	124 948	203 056	8 867	617 845	2 058	9 084	408	10 425	4 440	74
4.Vj.	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	408	10 335	4 440	2
2011 1.Vj. p)	1 091 373	82 607	129 208	211 821	8 500	629 541	1 845	13 056	408	9 945	4 440	2
2.Vj. p)	1 101 764	78 961	131 348	208 669	8 497	644 668	1 819	13 002	408	9 951	4 440	2
3.Vj. p)	1 093 612	73 277	132 428	219 785	8 349	634 226	1 970	9 091	408	9 637	4 440	2
4.Vj. p)	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	363	9 087	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	363	8 827	4 440	2
Länder												
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010 3.Vj.	523 883	1 900	264 554	167 854	15	89 558	.	1
4.Vj.	527 669	1 176	265 756	166 277	1	94 459	.	1
2011 1.Vj. p)	527 173	2 354	262 677	166 641	67	95 433	.	1
2.Vj. p)	528 253	2 037	271 555	157 167	62	97 431	.	1
3.Vj. p)	532 321	1 487	277 794	156 640	62	96 338	.	1
4.Vj. p)	537 061	1 875	283 283	154 453	62	97 387	.	1
Gemeinden 12)												
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010 3.Vj.	124 691	305	.	120 411	50	3 925	.	.
4.Vj.	128 477	175	.	121 874	20	6 407	.	.
2011 1.Vj. p)	128 782	175	.	122 179	20	6 407	.	.
2.Vj. p)	129 937	175	.	123 334	20	6 407	.	.
3.Vj. p)	130 354	175	.	123 751	20	6 407	.	.
4.Vj. ts)	131 822	175	.	125 219	20	6 407	.	.
Sondervermögen 7) 8) 13)												
2006	14 556	.	.	51	.	10 368	.	3 950	.	188	.	.
2007	100	100
2008
2009
2010 3.Vj.
4.Vj.
2011 1.Vj.
2.Vj.
3.Vj.
4.Vj.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. **1** Einschl. Finanzierungsschätze. **2** Ohne den Eigenbestand der Emittenten. **3** Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. **4** Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. **5** Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. **6** Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. **7** Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-

tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. **8** Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. **9** Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. **10** Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. **11** Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. **12** Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. **13** ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2010			2011			2012						
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	90,2	99,0	104,9	- 17,9	9,8	5,9	9,2	10,3	10,7	6,7	6,1	0,7	1,4
Baugewerbe	94,9	96,6	99,7	- 4,1	1,7	3,3	2,7	- 0,9	9,5	0,4	- 0,0	4,6	- 0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,2	108,1	112,3	- 5,2	3,8	3,8	4,7	4,9	6,1	3,8	3,1	2,5	2,5
Information und Kommunikation	135,1	141,8	144,4	9,0	5,0	1,8	4,5	6,0	1,2	1,5	2,3	2,2	3,6
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	128,9	128,8	130,0	11,6	- 0,1	1,0	- 2,5	- 0,0	0,4	- 0,2	2,6	1,1	1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	107,6	107,8	108,3	2,0	0,2	0,5	0,4	- 0,5	- 0,2	0,6	0,5	1,1	1,5
Unternehmensdienstleister ¹⁾	99,1	102,8	106,8	- 11,7	3,8	3,9	5,5	4,1	4,9	4,2	3,5	3,3	3,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	107,1	108,8	109,7	2,1	1,6	0,8	1,7	0,2	0,8	0,8	0,7	1,0	0,9
Sonstige Dienstleister	106,5	107,8	106,8	0,8	1,2	- 0,9	1,7	- 0,0	- 0,6	- 1,5	- 1,5	- 0,2	1,2
Bruttowertschöpfung	103,0	107,2	110,4	- 5,6	4,1	2,9	4,2	4,1	4,5	3,0	2,7	1,6	1,8
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	102,7	106,5	109,7	- 5,1	3,7	3,0	4,0	3,8	5,0	3,0	2,6	1,5	1,7
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	101,8	102,5	103,9	- 0,1	0,6	1,4	0,9	1,8	1,9	1,4	1,7	0,7	1,8
Konsumausgaben des Staates	109,0	110,9	112,1	3,3	1,7	1,1	1,5	1,2	0,3	1,6	1,1	1,6	1,9
Ausrüstungen	98,7	109,1	117,3	- 22,8	10,5	7,6	13,1	17,6	15,3	9,1	6,1	2,1	2,5
Bauten	101,2	103,4	109,4	- 3,0	2,2	5,8	3,4	0,1	13,4	3,0	2,4	6,5	- 0,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾	125,9	131,9	138,2	0,6	4,7	4,8	4,3	5,9	4,8	4,7	5,0	4,8	4,0
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,9	0,6	0,2	0,3	0,5	0,1	0,1	0,5	0,2	- 0,4
Inländische Verwendung	103,2	105,7	108,3	- 2,6	2,4	2,5	2,4	3,4	3,4	2,4	2,4	1,8	1,2
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 2,6	1,5	0,7	1,6	0,7	1,8	0,7	0,3	- 0,1	0,5
Exporte	108,3	123,2	133,3	- 13,6	13,7	8,2	15,0	13,9	13,2	7,6	8,0	4,6	5,9
Importe	110,6	123,5	133,1	- 9,2	11,7	7,8	12,2	14,6	10,6	7,0	8,3	5,6	5,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	102,7	106,5	109,7	- 5,1	3,7	3,0	4,0	3,8	5,0	3,0	2,6	1,5	1,7
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 387,4	1 423,0	1 473,1	- 0,0	2,6	3,5	2,9	3,7	4,0	3,6	3,8	2,7	3,5
Konsumausgaben des Staates	475,8	488,8	501,4	5,1	2,7	2,6	2,0	2,1	1,6	3,3	2,4	3,0	3,3
Ausrüstungen	155,1	170,8	183,5	- 23,0	10,1	7,4	12,9	17,2	15,1	8,9	6,0	2,0	2,5
Bauten	227,1	235,0	255,5	- 1,9	3,5	8,7	5,2	1,4	16,3	5,7	5,4	9,8	2,4
Sonstige Anlagen ⁴⁾	27,0	27,8	28,6	- 2,9	2,7	3,1	2,8	3,3	2,9	3,0	2,7	3,6	2,5
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 16,5	- 4,0	1,0
Inländische Verwendung	2 256,0	2 341,4	2 443,2	- 2,7	3,8	4,3	3,7	4,9	5,2	4,4	4,2	3,7	2,8
Außenbeitrag	118,5	135,5	127,7
Exporte	995,9	1 159,8	1 289,1	- 16,2	16,5	11,2	19,1	17,6	18,0	10,9	10,2	6,5	7,5
Importe	877,4	1 024,4	1 161,5	- 15,2	16,7	13,4	19,1	22,0	19,5	12,9	12,5	9,5	7,7
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 374,5	2 476,8	2 570,8	- 4,0	4,3	3,8	4,4	4,1	5,3	3,9	3,5	2,6	3,0
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	104,3	106,3	108,5	0,1	1,9	2,1	2,0	1,9	2,1	2,2	2,0	2,0	1,7
Bruttoinlandsprodukt	103,9	104,6	105,4	1,2	0,6	0,8	0,4	0,3	0,3	0,9	0,9	1,0	1,3
Terms of Trade	101,3	99,2	96,9	3,8	- 2,0	- 2,4	- 2,4	- 3,0	- 3,6	- 2,5	- 1,9	- 1,8	- 0,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 231,5	1 262,9	1 318,7	0,1	2,5	4,4	2,9	3,3	4,5	5,0	4,3	3,9	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	574,7	635,0	651,9	- 13,5	10,5	2,7	7,0	6,3	5,1	- 0,3	4,3	1,1	2,7
Volkseinkommen	1 806,2	1 897,8	1 970,6	- 4,6	5,1	3,8	4,4	4,2	4,7	3,3	4,3	3,1	3,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 424,9	2 522,8	2 620,4	- 3,2	4,0	3,9	3,7	3,6	5,0	3,4	4,1	3,1	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2012. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2005=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	5.56	8.76	85.69	33.96	35.37	2.78	13.58	12.15	10.82	12.48	12.34
Zeit												
2007	111,5	108,7	98,2	113,1	114,5	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,4	95,5	113,3	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	94,3	108,3	90,7	93,7	93,3	92,0	87,6	100,6	87,5	100,9	92,2	82,0
2010	103,9	108,5	93,6	104,6	107,2	103,8	95,7	102,4	101,7	117,5	101,6	102,3
2011	112,1	123,1	87,7	113,9	115,8	116,7	100,5	104,5	111,5	134,6	115,4	116,3
2010 Dez.	101,9	65,4	108,6	103,6	93,2	116,9	89,0	98,1	89,9	118,9	129,7	96,2
2011 Jan.	100,9	75,9	106,9	101,9	108,1	97,7	94,0	98,9	102,7	120,5	92,2	101,2
Febr.	105,2	86,5	96,1	107,3	110,2	108,3	99,5	99,0	106,0	126,0	101,5	117,0
März	118,8	123,0	100,2	120,4	121,9	124,1	109,8	109,2	117,7	136,7	123,2	128,5
April	110,8	132,0	83,7	112,3	116,0	112,8	99,9	104,0	111,2	126,1	110,3	117,0
Mai	111,2	133,6	78,7	113,1	116,7	114,5	97,2	103,6	113,1	127,5	110,4	119,2
Juni	113,9	134,1	76,4	116,4	119,7	119,6	94,9	104,3	115,8	137,1	120,9	117,3
Juli	116,0	142,8	80,0	117,9	122,2	119,7	101,7	105,9	117,0	142,3	119,2	119,6
Aug.	107,1	133,0	78,7	108,3	115,1	106,4	84,9	100,8	107,5	135,2	109,2	98,1
Sept.	117,9	140,6	78,6	120,5	121,8	124,9	111,1	107,7	116,2	146,4	123,2	127,1
Okt.	119,6	141,4	88,1	121,4	122,3	125,2	112,8	110,9	119,2	144,5	118,5	129,8
Nov.	120,7	139,8	94,5	122,2	120,4	129,2	111,2	110,8	118,4	147,0	126,0	127,7
Dez.	103,2	94,2	90,8	105,0	95,5	118,0	88,6	98,3	93,3	125,5	129,8	93,6
2012 Jan. ^{x)}	102,1	80,9	93,4	104,4	109,6	103,0	93,4	97,5	104,0	124,6	98,8	109,2
Febr. ^{x)}	105,0	68,1	92,7	108,7	110,1	113,5	96,0	95,3	107,1	128,5	109,1	122,2
März ^{x)}	²⁾³⁾ 120,5	²⁾ 126,8	³⁾ 94,2	³⁾ 121,7	³⁾ 130,8	105,6	107,5	117,4	141,3	³⁾ 141,3	³⁾ 134,8	133,3
April ^{x)p)}	²⁾ 110,0	²⁾ 131,3	^{s)} 86,6	111,0	114,4	114,2	94,0	97,7	109,8	128,3	113,1	117,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2007	+ 5,8	+ 2,8	- 2,8	+ 6,9	+ 6,9	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	± 0,0	- 0,3	- 2,7	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,3	- 4,7
2009	- 15,4	- 0,1	- 5,0	- 17,3	- 18,3	- 21,2	- 15,8	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2010	+ 10,2	+ 0,2	+ 3,2	+ 11,6	+ 14,9	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,2	+ 16,5	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,9	+ 13,5	- 6,3	+ 8,9	+ 8,0	+ 12,4	+ 5,0	+ 2,1	+ 9,6	+ 14,6	+ 13,6	+ 13,7
2010 Dez.	+ 11,9	- 22,8	+ 4,8	+ 14,7	+ 11,9	+ 23,4	+ 7,2	+ 0,1	+ 12,9	+ 19,1	+ 25,6	+ 34,9
2011 Jan.	+ 12,5	+ 52,4	- 2,4	+ 12,8	+ 13,1	+ 18,4	+ 6,0	+ 1,3	+ 16,3	+ 20,9	+ 19,4	+ 22,2
Febr.	+ 15,0	+ 55,9	- 2,4	+ 15,3	+ 14,7	+ 20,5	+ 8,9	+ 5,0	+ 16,4	+ 22,0	+ 22,7	+ 27,2
März	+ 11,7	+ 17,8	+ 1,5	+ 12,2	+ 11,3	+ 16,7	+ 10,6	+ 3,2	+ 11,7	+ 18,0	+ 20,0	+ 18,8
April	+ 9,5	+ 7,1	- 7,6	+ 11,3	+ 9,3	+ 15,7	+ 10,0	+ 5,2	+ 10,9	+ 14,8	+ 18,3	+ 17,5
Mai	+ 7,4	+ 8,8	- 13,7	+ 9,3	+ 7,2	+ 13,8	+ 5,4	+ 4,1	+ 10,2	+ 12,9	+ 15,2	+ 13,8
Juni	+ 6,9	+ 5,0	- 6,3	+ 8,2	+ 8,1	+ 10,5	- 1,6	+ 3,6	+ 9,5	+ 14,3	+ 15,4	+ 7,9
Juli	+ 10,3	+ 7,9	- 7,5	+ 11,9	+ 9,9	+ 17,7	+ 13,0	+ 2,3	+ 11,3	+ 18,8	+ 19,2	+ 22,3
Aug.	+ 8,5	+ 6,7	- 4,0	+ 9,6	+ 8,1	+ 16,4	+ 0,6	- 1,1	+ 8,6	+ 17,0	+ 14,7	+ 25,0
Sept.	+ 5,5	+ 5,2	- 6,3	+ 6,4	+ 6,5	+ 8,9	+ 3,6	+ 0,2	+ 6,7	+ 15,0	+ 11,2	+ 6,7
Okt.	+ 4,3	+ 4,6	- 6,6	+ 5,1	+ 3,9	+ 8,3	+ 2,5	+ 0,3	+ 5,8	+ 9,3	+ 7,5	+ 7,3
Nov.	+ 4,6	+ 9,6	- 4,0	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,9	+ 1,8	± 0,0	+ 5,9	+ 9,5	+ 8,1	+ 7,0
Dez.	+ 1,3	+ 44,0	- 16,4	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 3,8	+ 5,6	+ 0,1	- 2,7
2012 Jan. ^{x)}	+ 1,2	+ 6,6	- 12,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 5,4	- 0,6	- 1,4	+ 1,3	+ 3,4	+ 7,2	+ 7,9
Febr. ^{x)}	- 0,2	- 21,3	- 3,5	+ 1,3	- 0,1	+ 4,8	- 3,5	- 3,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 7,5	+ 4,4
März ^{x)}	²⁾³⁾ + 1,4	²⁾ + 3,1	³⁾ - 6,0	³⁾ + 1,9	³⁾ - 0,2	³⁾ + 5,4	- 3,8	- 1,6	- 0,3	+ 3,4	³⁾ + 9,4	+ 3,7
April ^{x)p)}	²⁾ - 0,7	²⁾ - 0,5	^{s)} + 3,5	- 1,2	- 1,4	+ 1,2	- 5,9	- 6,1	- 1,3	+ 1,7	+ 2,5	+ 0,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2005. ²⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jähr-

lichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). ³⁾ Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der vierteljährlichen Produktionserhebung. ^{s)} Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt geschätzt.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	Industrie		davon:				Konsumgüter-		davon:				
			Vorleistungsgüter-		Investitionsgüter-		produzenten		Gebrauchsgüter-		Verbrauchsgüter-		
	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	
insgesamt													
2007	123,0	+ 11,1	125,2	+ 9,9	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9	
2008	115,6	- 6,0	121,2	- 3,2	112,9	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5	
2009	87,5	- 24,3	89,3	- 26,3	85,3	- 24,4	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7	
2010	109,1	+ 24,7	114,3	+ 28,0	106,9	+ 25,3	99,8	+ 5,3	101,4	+ 14,6	99,3	+ 2,5	
2011	120,5	+ 10,4	125,3	+ 9,6	119,8	+ 12,1	104,1	+ 4,3	107,4	+ 5,9	103,0	+ 3,7	
2011 April	119,6	+ 13,0	127,6	+ 10,3	117,2	+ 15,9	99,7	+ 7,2	107,7	+ 9,2	97,1	+ 6,7	
Mai	123,5	+ 16,3	129,0	+ 13,2	123,4	+ 20,4	99,4	+ 3,4	103,8	+ 1,0	97,9	+ 4,4	
Juni	129,7	+ 11,9	127,7	+ 7,3	135,4	+ 16,5	99,9	+ 0,4	106,7	+ 0,6	97,6	+ 0,3	
Juli	121,8	+ 10,5	130,1	+ 9,2	117,6	+ 11,9	112,8	+ 8,0	112,2	+ 10,8	112,9	+ 7,1	
Aug.	111,2	+ 6,5	118,8	+ 9,1	107,5	+ 5,3	102,6	+ 2,8	96,1	+ 6,9	104,9	+ 1,7	
Sept.	117,4	+ 3,7	122,0	+ 3,9	115,8	+ 3,7	107,9	+ 4,2	122,2	+ 9,4	103,1	+ 2,3	
Okt.	118,6	+ 5,5	121,7	+ 2,0	118,3	+ 8,3	106,4	+ 2,3	115,4	- 0,3	103,4	+ 3,4	
Nov.	117,6	- 2,9	119,8	- 1,6	118,2	- 4,1	104,2	+ 2,0	108,7	- 1,8	102,7	+ 3,4	
Dez.	113,4	+ 1,6	106,7	- 1,1	120,8	+ 3,1	92,0	+ 2,9	89,5	+ 1,9	92,9	+ 3,3	
2012 Jan.	114,8	- 4,7	125,2	- 5,7	109,8	- 4,7	101,6	- 0,9	101,8	- 4,0	101,5	+ 0,2	
Febr.	116,1	- 5,3	122,1	- 3,6	113,6	- 6,5	105,4	- 5,0	96,5	- 8,0	108,5	- 4,1	
März	130,3	+ 0,2	131,0	- 6,6	132,3	+ 4,8	114,0	+ 3,4	113,5	- 1,6	114,2	+ 5,1	
April 0)	116,4	- 2,7	122,1	- 4,3	115,7	- 1,3	95,6	- 4,1	100,7	- 6,5	93,9	- 3,3	
aus dem Inland													
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	
2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	
2010	104,5	+ 18,8	115,9	+ 28,9	97,8	+ 13,1	88,6	+ 1,4	93,9	+ 4,4	86,9	+ 0,3	
2011	115,3	+ 10,3	127,8	+ 10,3	109,0	+ 11,5	92,1	+ 4,0	104,1	+ 10,9	88,2	+ 1,5	
2011 April	114,9	+ 10,4	131,3	+ 10,3	106,1	+ 11,1	86,8	+ 5,7	101,9	+ 16,1	81,9	+ 2,0	
Mai	126,6	+ 22,9	134,8	+ 16,4	126,6	+ 32,4	88,2	+ 5,3	100,6	+ 7,0	84,1	+ 4,5	
Juni	116,1	+ 7,5	127,7	+ 5,5	111,5	+ 10,3	88,0	+ 3,2	98,6	+ 8,8	84,6	+ 1,2	
Juli	120,0	+ 11,8	135,8	+ 10,9	110,8	+ 13,9	97,7	+ 6,5	107,6	+ 20,0	94,5	+ 2,4	
Aug.	109,0	+ 9,0	123,6	+ 10,0	99,4	+ 8,8	94,3	+ 4,7	99,7	+ 13,8	92,6	+ 1,9	
Sept.	113,5	+ 4,6	123,7	+ 3,9	107,1	+ 5,0	101,4	+ 6,5	126,7	+ 15,6	93,2	+ 3,0	
Okt.	113,4	+ 2,9	126,5	+ 2,8	105,2	+ 2,4	97,2	+ 5,1	117,5	+ 4,9	90,6	+ 5,2	
Nov.	114,6	+ 1,0	125,2	+ 0,1	109,5	+ 1,8	93,7	+ 1,8	110,8	+ 5,1	88,1	+ 0,6	
Dez.	101,0	+ 1,5	103,0	- 1,8	103,5	+ 4,5	77,7	+ 1,0	84,0	+ 7,3	75,6	- 1,0	
2012 Jan.	110,7	- 3,3	126,7	- 5,3	100,9	- 1,9	90,2	+ 2,3	101,3	+ 5,9	86,6	+ 0,9	
Febr.	109,6	- 5,7	120,7	- 6,2	102,9	- 5,9	94,4	- 2,1	97,6	- 2,0	93,4	- 2,0	
März	120,8	- 2,3	131,7	- 5,4	116,0	+ 0,4	97,0	+ 0,9	108,7	+ 1,8	93,2	+ 0,6	
April 0)	112,1	- 2,4	125,7	- 4,3	105,6	- 0,5	84,8	- 2,3	95,9	- 5,9	81,2	- 0,9	
aus dem Ausland													
2007	126,7	+ 12,9	125,7	+ 9,7	128,4	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5	
2008	117,7	- 7,1	120,6	- 4,1	116,7	- 9,1	112,6	- 4,0	100,0	- 9,9	117,1	- 2,0	
2009	87,0	- 26,1	88,6	- 26,5	84,4	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,9	108,4	- 7,4	
2010	113,0	+ 29,9	112,5	+ 27,0	113,4	+ 34,4	111,9	+ 8,9	109,0	+ 25,1	112,9	+ 4,2	
2011	125,0	+ 10,6	122,4	+ 8,8	127,4	+ 12,3	117,0	+ 4,6	110,6	+ 1,5	119,2	+ 5,6	
2011 April	123,7	+ 15,4	123,3	+ 10,2	125,1	+ 19,1	113,7	+ 8,6	113,5	+ 3,6	113,8	+ 10,6	
Mai	120,8	+ 10,8	122,3	+ 9,2	121,1	+ 12,8	111,5	+ 2,0	107,0	- 4,2	113,1	+ 4,3	
Juni	141,6	+ 15,4	127,8	+ 9,5	152,2	+ 20,0	112,7	- 1,9	114,8	- 5,7	112,0	- 0,4	
Juli	123,3	+ 9,4	123,5	+ 7,0	122,4	+ 10,7	129,0	+ 9,2	116,9	+ 3,4	133,2	+ 11,2	
Aug.	113,1	+ 4,4	113,3	+ 7,9	113,2	+ 3,2	111,6	+ 1,2	92,5	+ 0,2	118,4	+ 1,5	
Sept.	120,8	+ 3,1	120,0	+ 3,8	121,9	+ 2,9	115,0	+ 2,0	117,6	+ 3,2	114,1	+ 1,7	
Okt.	123,2	+ 7,7	116,3	+ 1,1	127,6	+ 12,1	116,4	- 0,1	113,3	- 5,3	117,5	+ 1,8	
Nov.	120,3	- 5,8	113,7	- 3,7	124,3	- 7,5	115,6	+ 2,1	106,6	- 8,2	118,8	+ 5,9	
Dez.	124,1	+ 1,6	111,0	- 0,3	133,0	+ 2,3	107,5	+ 4,6	95,0	- 2,4	111,9	+ 6,8	
2012 Jan.	118,3	- 6,0	123,5	- 6,0	116,1	- 6,2	113,9	- 3,4	102,3	- 12,2	118,0	- 0,3	
Febr.	121,7	- 5,0	123,7	- 0,6	121,2	- 6,8	117,3	- 7,5	95,3	- 13,5	125,1	- 5,7	
März	138,6	+ 2,1	130,2	- 7,9	143,8	+ 7,4	132,3	+ 5,3	118,3	- 4,4	137,3	+ 8,6	
April 0)	120,2	- 2,8	117,9	- 4,4	122,8	- 1,8	107,3	- 5,6	105,6	- 7,0	108,0	- 5,1	

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. 0) Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsstäglich bereinigt 1)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau				Tiefbau				gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber			
	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
2008	113,4	- 0,4	114,7	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,7	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,5	- 1,9
2009	107,4	- 5,3	100,7	- 12,2	94,1	- 0,3	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,6	+ 3,7
2010	109,0	+ 1,5	106,7	+ 6,0	103,3	+ 9,8	105,3	+ 4,6	118,9	+ 2,9	111,3	- 2,7	111,0	+ 5,8	109,4	- 5,4
2011	117,1	+ 7,4	120,1	+ 12,6	125,0	+ 21,0	120,0	+ 14,0	109,2	- 8,2	114,0	+ 2,4	125,6	+ 13,2	105,2	- 3,8
2011 März	134,3	+ 5,8	133,6	+ 9,9	142,3	+ 24,7	130,5	+ 6,0	124,1	- 7,2	135,1	+ 2,0	147,3	+ 13,0	117,8	- 8,6
April	122,9	+ 7,7	118,7	+ 6,6	136,1	+ 20,2	111,6	+ 7,5	103,1	- 22,2	127,2	+ 8,7	124,9	+ 16,0	115,2	- 4,8
Mai	127,5	+ 9,9	135,2	+ 24,7	147,7	+ 35,5	127,2	+ 23,3	133,6	+ 7,4	119,6	- 3,5	126,0	+ 12,4	120,5	- 1,9
Juni	136,2	+ 6,2	137,9	+ 10,4	129,6	+ 17,7	136,7	+ 7,5	161,0	+ 6,7	134,3	+ 2,1	140,4	+ 4,3	134,7	+ 4,2
Juli	137,0	+ 11,1	124,4	+ 5,6	134,3	+ 17,9	115,3	- 0,8	132,3	+ 0,2	150,2	+ 16,4	129,7	+ 5,1	145,6	+ 14,5
Aug.	123,6	+ 5,0	125,3	+ 4,6	129,9	+ 15,3	129,1	+ 3,5	102,0	- 14,9	121,9	+ 5,6	132,6	+ 10,2	111,9	- 4,4
Sept.	127,9	+ 3,9	127,6	+ 7,6	127,7	- 1,7	130,6	+ 23,0	117,5	- 12,8	128,1	+ 0,2	134,1	+ 15,7	121,7	- 4,5
Okt.	112,8	- 1,0	122,3	+ 10,4	126,8	+ 18,5	128,1	+ 14,8	92,6	- 20,9	102,9	- 12,1	128,2	+ 2,2	91,3	- 13,3
Nov.	106,3	+ 15,4	114,6	+ 22,3	122,9	+ 28,0	112,6	+ 21,5	102,6	+ 11,5	97,6	+ 8,0	117,1	+ 20,5	88,3	+ 3,5
Dez.	105,8	+ 17,2	114,4	+ 19,2	127,7	+ 26,1	109,4	+ 18,5	101,3	+ 5,0	96,8	+ 15,0	117,8	+ 23,9	84,5	+ 4,7
2012 Jan.	89,5	+ 16,4	97,0	+ 14,8	103,2	+ 33,0	96,6	+ 2,8	84,2	+ 23,5	81,6	+ 18,1	103,3	+ 9,7	69,7	+ 17,5
Febr.	105,2	+ 11,8	109,3	+ 6,8	116,4	+ 19,1	106,9	- 6,5	101,1	+ 39,4	101,0	+ 18,0	110,4	- 3,6	95,3	+ 32,4
März	148,3	+ 10,4	157,7	+ 18,0	152,7	+ 7,3	168,5	+ 29,1	133,2	+ 7,3	138,5	+ 2,5	157,4	+ 6,9	137,4	+ 16,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21. 1 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 2 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt 1)

Zeit	Einzelhandel													Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2005		in jeweiligen Preisen								2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
2008	101,5	+ 2,1	98,8	- 0,2	100,7	+ 1,2	104,6	+ 0,9	116,3	+ 5,5	99,5	+ 0,9	107,2	+ 2,9	95,8	- 4,8
2009 3)	98,1	- 3,3	96,2	- 2,6	98,8	- 1,9	101,5	- 3,0	117,0	+ 0,6	97,1	- 2,4	110,0	+ 2,6	96,8	+ 1,0
2010	100,4	+ 2,3	97,4	+ 1,2	99,6	+ 0,8	106,1	+ 4,5	120,5	+ 3,0	99,5	+ 2,5	114,2	+ 3,8	92,3	- 4,6
2011 4)	103,1	+ 2,7	98,5	+ 1,1	102,0	+ 2,4	108,4	+ 2,2	120,8	+ 0,2	103,1	+ 3,6	114,8	+ 0,5	99,3	+ 7,6
2011 April	103,7	+ 3,4	98,2	+ 1,8	103,5	+ 4,7	117,1	+ 8,4	102,4	+ 0,1	109,1	+ 5,4	112,6	+ 0,3	105,2	+ 8,7
Mai	100,6	- 0,3	95,4	- 2,0	100,8	- 0,5	103,2	+ 1,5	104,4	- 5,3	102,0	- 2,5	112,6	- 0,1	102,7	+ 8,8
Juni	100,1	+ 2,7	95,3	+ 1,1	102,7	+ 4,6	102,2	+ 1,5	105,9	- 4,4	100,0	+ 0,9	111,9	+ 0,4	102,5	+ 2,6
Juli	103,7	+ 2,4	99,4	+ 1,2	102,6	+ 0,9	109,2	+ 4,7	114,0	+ 1,4	103,6	+ 4,4	116,4	+ 0,1	102,2	+ 6,1
Aug.	100,0	+ 1,9	95,7	+ 0,3	100,3	+ 3,5	97,7	- 3,7	112,1	- 3,5	100,1	+ 1,1	112,0	- 0,8	91,8	+ 4,7
Sept.	102,0	+ 3,4	97,0	+ 1,5	98,1	+ 3,8	110,0	- 6,1	113,6	- 0,8	102,2	+ 3,9	114,0	+ 1,3	99,0	+ 3,4
Okt.	108,4	+ 3,2	103,0	+ 1,3	104,1	+ 2,9	132,0	+ 4,8	121,9	+ 0,5	111,6	+ 3,6	117,0	- 0,3	108,3	+ 5,0
Nov.	107,4	+ 3,1	102,3	+ 1,4	103,3	+ 3,1	112,7	+ 1,3	132,8	+ 0,5	111,5	+ 4,2	118,5	+ 1,5	104,3	+ 2,9
Dez.	123,5	+ 2,3	118,7	+ 1,3	120,7	+ 1,8	133,7	+ 2,6	186,6	+ 2,1	112,9	+ 7,3	131,9	+ 0,9	90,6	+ 1,5
2012 Jan.	93,9	+ 0,5	89,6	- 1,3	94,0	+ 1,3	89,6	+ 0,2	124,3	- 7,8	88,7	+ 1,5	110,4	± 0,0	82,6	- 1,0
Febr.	91,1	± 0,0	85,6	- 2,2	93,8	+ 2,9	78,9	- 6,2	103,6	- 4,0	85,8	+ 4,0	106,9	+ 0,7	90,6	- 0,4
März	106,8	+ 3,1	99,9	+ 1,2	105,3	+ 1,5	116,2	+ 6,7	114,0	+ 1,2	113,6	+ 5,5	116,4	+ 1,8	114,3	+ 3,7
April 5)	107,0	+ 3,2	99,5	+ 1,3	107,3	+ 3,7	116,0	- 0,9	110,1	+ 7,5	112,1	+ 2,7	116,6	+ 3,6	105,6	+ 0,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. 1 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 2 In Verkaufsräumen. 3 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 4 Im Januar 2009 neuer Be-

richtskreis, einsch. Neuzugänge; Berichtskreisübergänge durch Verkettung ausgeschaltet. 5 Ergebnisse ab Januar 2011 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2004	924,7	0,5	627,9	2,0	359,5	0,3	987,3	1,4	1 435,4	1,7	151,8	3,1	10,6
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,3	3,8	664,0	2,8	355,4	0,5	1 019,4	2,0	1 571,2	3,0	183,5	9,2	11,7
2009	1 000,1	- 0,2	661,5	- 0,4	386,8	8,8	1 048,3	2,8	1 560,5	- 0,7	173,1	- 5,7	11,1
2010	1 026,7	2,7	688,5	4,1	391,6	1,2	1 080,1	3,0	1 603,8	2,8	180,8	4,5	11,3
2011	1 075,0	4,7	713,7	3,7	388,3	- 0,8	1 102,1	2,0	1 654,1	3,1	181,0	0,1	10,9
2010 4.Vj.	285,2	3,2	190,4	4,6	96,1	- 0,3	286,5	2,9	405,8	3,8	39,1	4,3	9,6
2011 1.Vj.	249,8	4,9	165,7	3,8	98,8	- 1,4	264,5	1,8	408,1	3,2	58,6	- 1,7	14,4
2.Vj.	262,5	5,4	170,5	3,9	96,3	- 1,8	266,8	1,8	410,0	3,2	43,2	- 0,3	10,5
3.Vj.	265,7	4,5	180,4	3,5	96,6	- 0,7	277,0	2,0	419,0	3,4	38,9	0,3	9,3
4.Vj.	297,1	4,2	197,2	3,6	96,6	0,6	293,8	2,6	417,1	2,8	40,4	3,3	9,7
2012 1.Vj.	260,1	4,1	172,5	4,1	99,4	0,6	271,9	2,8	422,6	3,6	61,0	4,1	14,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2012. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2004	99,1	0,8	98,9	0,8	99,1	0,8	99,0	1,1	99,7	0,5
2005	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,3
2006	100,9	0,9	101,1	1,1	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,1	1,2	102,5	1,3	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	104,9	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,5	2,3
2009	107,0	2,0	107,5	2,0	107,6	2,2	108,0	2,4	104,2	- 0,3
2010	108,7	1,6	109,2	1,6	109,3	1,6	109,8	1,7	106,4	2,1
2011	110,5	1,7	111,1	1,7	111,2	1,7	111,7	1,7	109,9	3,3
2010 4.Vj.	121,0	1,4	121,6	1,5	121,7	1,3	110,2	1,4	116,6	2,1
2011 1.Vj.	102,6	1,7	103,1	1,7	102,9	1,3	110,6	1,1	103,4	3,4
2.Vj.	103,7	1,4	104,3	1,4	104,3	1,7	111,6	1,7	107,7	3,9
3.Vj.	112,6	1,9	113,2	1,9	113,5	1,9	112,2	2,0	108,4	3,2
4.Vj.	123,1	1,7	123,7	1,7	124,1	2,0	112,5	2,1	119,9	2,8
2012 1.Vj.	104,5	1,9	105,0	1,8	105,4	2,4	113,4	2,5	106,1	2,6
2011 Okt.	103,6	1,8	104,1	1,9	104,5	2,1	112,5	2,1	.	.
Nov.	159,5	1,9	160,3	1,9	160,9	1,9	112,6	2,1	.	.
Dez.	106,1	1,3	106,7	1,3	107,0	2,2	112,6	2,1	.	.
2012 Jan.	104,4	0,9	104,9	0,9	105,1	2,3	113,1	2,4	.	.
Febr.	104,4	2,4	104,8	2,4	105,2	2,3	113,2	2,4	.	.
März	104,9	2,3	105,4	2,2	105,8	2,4	113,8	2,9	.	.
April	106,2	1,7	106,7	1,7	107,0	2,4	113,9	2,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2012.

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2009	2010	2011	2011		2012			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
A. Leistungsbilanz	- 21 927	- 6 792	- 3 214	+ 2 724	+ 33 936	- 8 200	- 10 111	- 5 632	+ 7 543
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 304 133	1 566 838	1 773 759	444 620	462 672	464 408	142 942	153 183	168 283
Einfuhr (fob)	1 272 817	1 551 745	1 769 126	441 783	448 398	462 550	152 110	150 901	159 539
Saldo	+ 31 315	+ 15 093	+ 4 636	+ 2 838	+ 14 276	+ 1 858	- 9 168	+ 2 282	+ 8 744
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	478 915	523 989	550 102	147 297	143 746	126 789	41 083	41 295	44 411
Ausgaben	442 472	474 430	489 021	127 653	126 567	117 583	38 906	38 147	40 530
Saldo	+ 36 443	+ 49 562	+ 61 083	+ 19 646	+ 17 179	+ 9 207	+ 2 177	+ 3 149	+ 3 881
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 3 452	+ 31 809	+ 31 694	+ 8 786	+ 19 772	+ 14 543	+ 4 146	+ 4 862	+ 5 535
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	94 275	87 619	92 738	16 783	32 338	26 672	9 535	11 198	5 939
eigene Leistungen	187 413	190 877	193 364	45 329	49 628	60 482	16 801	27 124	16 557
Saldo	- 93 139	- 103 256	- 100 624	- 28 545	- 17 289	- 33 810	- 7 266	- 15 926	- 10 618
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 6 717	+ 6 374	+ 10 812	+ 1 706	+ 6 004	+ 2 048	+ 126	+ 1 610	+ 312
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 9 436	- 2 536	- 24 588	+ 3 504	- 44 016	- 8 289	+ 10 415	+ 258	- 18 962
1. Direktinvestitionen	- 105 115	- 113 923	- 151 135	- 19 173	- 57 306	- 28 182	- 6 379	- 3 441	- 18 362
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 336 994	- 275 765	- 348 294	- 56 620	- 106 855	- 66 887	- 26 778	- 14 543	- 25 566
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 231 881	+ 161 847	+ 197 160	+ 37 446	+ 49 549	+ 38 704	+ 20 398	+ 11 102	+ 7 204
2. Wertpapieranlagen	+ 265 687	+ 165 086	+ 308 279	+ 34 957	- 1 774	- 59 394	- 43 381	+ 19 403	- 35 416
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 90 379	- 143 000	+ 47 173	+ 63 062	+ 46 796	- 117 568	- 28 322	- 29 591	- 59 655
Aktien	- 53 080	- 76 713	+ 69 010	+ 53 704	+ 36 763	- 14 601	- 2 886	- 2 840	- 8 875
Anleihen	- 42 904	- 106 698	+ 8 978	+ 17 805	+ 21 540	- 69 767	- 20 476	- 23 132	- 26 159
Geldmarktpapiere	+ 5 603	+ 40 410	- 30 816	- 8 447	- 11 505	- 33 200	- 4 959	- 3 620	- 24 621
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 356 067	+ 308 086	+ 261 105	- 28 105	- 48 571	+ 58 174	- 15 059	+ 48 994	+ 24 239
Aktien	+ 124 649	+ 144 180	+ 120 510	- 22 301	+ 42 267	+ 33 400	+ 9 891	+ 1 216	+ 22 293
Anleihen	+ 140 501	+ 184 216	+ 167 030	+ 2 145	- 31 461	+ 14 004	- 32 020	+ 45 481	+ 543
Geldmarktpapiere	+ 90 917	- 20 310	- 26 435	- 7 949	- 59 378	+ 10 769	+ 7 070	+ 2 297	+ 1 402
3. Finanzderivate	+ 20 020	+ 18 534	- 20 812	- 14 780	- 9 160	- 3 993	- 4 124	+ 4 934	- 4 803
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 175 713	- 61 718	- 150 724	- 1 238	+ 30 983	+ 84 464	+ 64 843	- 18 862	+ 38 483
Eurosysteem	- 233 287	+ 11 839	+ 137 194	+ 32 478	+ 96 122	- 71 740	- 37 586	- 62	- 34 092
Staat	+ 5 412	+ 23 912	+ 71 265	+ 29 203	- 7 945	+ 17 156	+ 7 858	+ 6 239	+ 3 059
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 67 661	- 19 451	- 339 224	- 58 358	- 75 239	+ 167 475	+ 100 845	- 18 257	+ 84 887
langfristig	- 21 557	+ 46 891	- 15 205	+ 800	- 32 737	+ 9 951	+ 18 597	+ 773	- 9 419
kurzfristig	+ 89 218	- 66 344	- 324 020	- 59 158	- 42 503	+ 157 524	+ 82 249	- 19 030	+ 94 305
Unternehmen und Privatpersonen	- 15 501	- 78 018	- 19 958	- 4 560	+ 18 044	- 28 428	- 6 275	- 6 782	- 15 371
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	+ 4 558	- 10 519	- 10 198	+ 3 738	- 6 762	- 1 183	- 544	- 1 775	+ 1 136
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 5 775	+ 2 957	+ 16 988	- 7 933	+ 4 075	+ 14 441	- 430	+ 3 764	+ 11 107

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen			
2007	- 14 852	- 34 324	+ 6 756	+ 2 801	- 2 016	+ 3 309	+ 8 622	- 1 964	+ 3 197	- 140	+ 43 058	
2008	- 10 258	- 34 718	+ 8 319	+ 3 936	- 1 313	+ 2 376	+ 11 142	- 1 641	+ 3 229	+ 216	+ 32 164	
2009	- 8 049	- 33 341	+ 6 940	+ 4 276	+ 136	+ 2 370	+ 11 570	- 1 266	+ 2 966	+ 764	+ 57 356	
2010	- 4 258	- 32 778	+ 7 359	+ 4 175	+ 1 153	+ 2 456	+ 13 376	- 1 152	+ 3 405	+ 1 392	+ 48 472	
2011	- 6 494	- 32 692	+ 7 475	+ 3 702	+ 843	+ 2 546	+ 11 632	- 1 221	+ 3 212	+ 1 596	+ 46 820	
2010 3.Vj.	- 6 174	- 13 252	+ 1 940	+ 1 110	- 279	+ 591	+ 3 716	- 328	+ 803	- 268	+ 14 933	
4.Vj.	+ 3 646	- 5 841	+ 1 781	+ 1 005	+ 886	+ 674	+ 5 141	- 304	+ 1 121	+ 642	+ 18 125	
2011 1.Vj.	+ 1 864	- 4 911	+ 1 540	+ 724	+ 350	+ 579	+ 3 583	- 246	+ 795	+ 995	+ 12 174	
2.Vj.	- 2 855	- 8 067	+ 2 199	+ 485	+ 264	+ 679	+ 1 585	- 264	+ 735	+ 310	- 210	
3.Vj.	- 6 298	- 14 091	+ 1 807	+ 942	- 172	+ 691	+ 4 525	- 325	+ 730	- 212	+ 16 626	
4.Vj.	+ 796	- 5 623	+ 1 929	+ 1 552	+ 402	+ 597	+ 1 940	- 386	+ 952	+ 503	+ 18 229	
2012 1.Vj.	- 423	- 5 344	+ 1 725	+ 1 163	- 503	+ 632	+ 1 904	- 357	+ 540	+ 1 032	+ 14 646	
2011 Juni	- 2 257	- 4 660	+ 704	+ 176	+ 1	+ 213	+ 1 310	- 84	+ 280	+ 99	+ 5 009	
Juli	- 2 480	- 4 680	+ 713	+ 408	- 112	+ 234	+ 957	- 109	+ 183	- 68	+ 5 285	
Aug.	- 4 099	- 5 361	+ 591	+ 172	+ 41	+ 236	+ 222	- 126	+ 232	- 68	+ 5 781	
Sept.	+ 281	- 4 051	+ 504	+ 361	- 102	+ 222	+ 3 347	- 90	+ 315	- 76	+ 5 561	
Okt.	- 967	- 3 429	+ 676	+ 963	+ 210	+ 210	+ 403	- 142	+ 248	+ 144	+ 5 637	
Nov.	- 137	- 1 484	+ 533	+ 236	+ 339	+ 225	+ 13	- 118	+ 308	+ 143	+ 5 260	
Dez.	+ 1 901	- 711	+ 720	+ 353	- 148	+ 162	+ 1 524	- 126	+ 396	+ 216	+ 7 332	
2012 Jan.	- 2 205	- 1 626	+ 512	+ 464	- 643	+ 197	- 1 109	- 127	+ 82	+ 335	+ 3 834	
Febr.	+ 402	- 1 804	+ 566	+ 311	+ 146	+ 198	+ 985	- 94	+ 133	+ 335	+ 5 298	
März	+ 1 380	- 1 914	+ 647	+ 388	- 6	+ 237	+ 2 028	- 136	+ 324	+ 361	+ 5 514	
April	+ 655	- 1 887	+ 773	+ 463	+ 36	+ 204	+ 1 066	- 107	+ 162	+ 91	+ 797	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen.

4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2007	- 32 685	- 17 237	- 19 331	- 17 548	+ 2 094	- 15 448	- 2 997	- 12 451
2008	- 33 157	- 16 834	- 18 746	- 16 644	+ 1 911	- 16 322	- 3 079	- 13 243
2009	- 33 158	- 19 041	- 19 041	- 16 578	+ 0	- 14 116	- 2 995	- 11 122
2010	- 38 187	- 23 514	- 22 844	- 19 474	- 670	- 14 673	- 3 035	- 11 638
2011	- 33 501	- 20 173	- 22 158	- 19 105	+ 1 985	- 13 328	- 2 977	- 10 351
2010 3.Vj.	- 10 770	- 7 223	- 6 462	- 5 652	- 761	- 3 547	- 759	- 2 788
4.Vj.	- 6 864	- 3 144	- 1 898	- 1 097	- 1 246	- 3 719	- 759	- 2 961
2011 1.Vj.	- 13 518	- 10 302	- 9 594	- 8 571	- 708	- 3 215	- 744	- 2 471
2.Vj.	- 4 677	- 754	- 4 833	- 4 210	+ 4 079	- 3 922	- 744	- 3 178
3.Vj.	- 9 619	- 6 730	- 6 145	- 5 458	- 585	- 2 889	- 744	- 2 145
4.Vj.	- 5 688	- 2 387	- 1 586	- 867	- 801	- 3 300	- 744	- 2 556
2012 1.Vj.	- 15 107	- 11 976	- 11 245	- 10 137	- 731	- 3 131	- 770	- 2 361
2011 Juni	- 2 567	- 1 447	- 1 564	- 1 424	+ 118	- 1 120	- 248	- 872
Juli	- 3 462	- 2 471	- 2 120	- 1 945	- 350	- 992	- 248	- 744
Aug.	- 3 042	- 2 092	- 1 841	- 1 484	- 252	- 950	- 248	- 702
Sept.	- 3 115	- 2 167	- 2 184	- 2 028	+ 17	- 948	- 248	- 700
Okt.	- 3 465	- 2 502	- 2 056	- 1 935	- 446	- 964	- 248	- 715
Nov.	- 3 603	- 2 602	- 2 163	- 1 920	- 439	- 1 000	- 248	- 752
Dez.	+ 1 380	+ 2 717	+ 2 632	+ 2 988	+ 84	- 1 337	- 248	- 1 089
2012 Jan.	- 4 287	- 3 163	- 2 980	- 2 398	- 182	- 1 124	- 257	- 868
Febr.	- 7 283	- 6 287	- 5 903	- 5 584	- 385	- 996	- 257	- 739
März	- 3 537	- 2 526	- 2 362	- 2 155	- 164	- 1 011	- 257	- 755
April	- 2 812	- 1 764	- 2 676	- 2 171	+ 912	- 1 048	- 257	- 791

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2008	- 210	- 1 853	+ 1 642
2009	+ 29	- 1 704	+ 1 733
2010	- 586	- 2 039	+ 1 453
2011	+ 641	- 2 323	+ 2 964
2010 3.Vj.	+ 9	- 425	+ 434
4.Vj.	- 423	- 810	+ 386
2011 1.Vj.	+ 958	- 406	+ 1 364
2.Vj.	- 278	- 475	+ 197
3.Vj.	+ 115	- 484	+ 599
4.Vj.	- 153	- 958	+ 804
2012 1.Vj.	+ 222	- 401	+ 623
2011 Juni	- 16	- 202	+ 187
Juli	- 139	- 162	+ 22
Aug.	+ 383	- 150	+ 534
Sept.	- 129	- 172	+ 43
Okt.	- 178	- 227	+ 49
Nov.	+ 119	- 207	+ 326
Dez.	- 94	- 524	+ 430
2012 Jan.	- 27	- 99	+ 72
Febr.	+ 240	- 116	+ 356
März	+ 9	- 186	+ 195
April	+ 308	- 119	+ 427

XI. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2009	2010	2011	2011			2012			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 21 427	- 408 695	- 230 661	- 67 804	- 164 784	+ 54 282	- 269 909	- 59 447	- 94 256	- 32 021
1. Direktinvestitionen 1)	- 54 269	- 82 543	- 39 110	- 445	- 6 058	- 6 269	- 27 025	- 12 184	- 6 704	- 7 304
Beteiligungskapital	- 52 154	- 49 646	- 19 830	- 9 359	- 3 273	+ 852	- 12 576	- 4 496	- 1 941	- 1 349
reinvestierte Gewinne 2)	- 19 895	- 19 287	- 30 162	- 5 883	- 8 306	- 7 060	- 9 032	- 3 853	- 1 308	- 1 902
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 17 780	- 13 609	+ 10 882	+ 14 798	+ 5 522	- 60	- 5 417	- 3 836	- 3 455	- 4 053
2. Wertpapieranlagen	- 76 809	- 173 826	- 25 215	- 14 964	+ 14 290	- 3 333	- 39 361	- 3 866	- 13 205	+ 6 518
Aktien 3)	- 2 388	- 1 227	+ 2 151	- 8 945	+ 11 514	- 5 697	+ 5 897	+ 4 348	- 1 196	+ 1 959
Investmentzertifikate 4)	- 4 332	- 22 444	- 142	- 1 992	+ 3 874	+ 1 692	- 6 329	- 1 536	- 2 963	+ 1 688
Anleihen 5)	- 83 438	- 156 239	- 22 285	+ 3 712	+ 3 013	- 9 368	- 36 364	- 7 340	- 9 115	- 117
Geldmarktpapiere	+ 13 349	+ 6 084	- 4 939	- 7 739	- 4 112	+ 10 040	- 2 565	+ 662	+ 70	+ 2 989
3. Finanzderivate 6)	+ 11 337	- 17 935	- 28 740	- 5 511	- 7 737	- 5 109	- 3 487	- 1 458	- 1 295	- 942
4. übriger Kapitalverkehr	+ 95 114	- 132 778	- 134 761	- 46 446	- 164 640	+ 69 359	- 199 073	- 41 393	- 72 777	- 29 713
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 176 551	+ 138 533	+ 45 158	- 21 918	- 28 089	+ 60 719	- 17 305	- 491	+ 9 724	- 9 405
langfristig	+ 25 777	+ 77 699	- 11 869	+ 2 117	- 9 918	- 9 141	+ 15 179	+ 5 729	+ 5 992	+ 3 761
kurzfristig	+ 150 774	+ 60 833	+ 57 027	- 24 035	- 18 171	+ 69 860	- 32 484	- 6 220	+ 3 732	- 13 166
Unternehmen und Privatpersonen	- 20 175	- 60 136	- 25 242	- 5 891	- 34 766	+ 45 377	- 27 047	+ 1 697	- 6 037	+ 7 313
langfristig	- 24 046	- 42 172	+ 7 269	- 672	+ 2 266	+ 17 413	+ 1 201	- 739	+ 2 705	- 1 139
kurzfristig 7)	+ 3 871	- 17 964	- 32 510	- 5 220	- 37 032	+ 27 964	- 28 248	+ 2 436	- 8 742	+ 8 452
Staat	+ 5	- 63 542	- 16 605	- 5 326	+ 11 287	- 22 723	- 2 439	+ 6 316	- 7 919	+ 970
langfristig	- 2 652	- 53 332	+ 2 224	- 430	+ 415	+ 861	- 10 708	+ 354	- 10 098	+ 2 139
kurzfristig 7)	+ 2 657	- 10 209	- 18 829	- 4 895	+ 11 702	- 23 584	+ 8 269	+ 5 962	+ 2 179	- 1 169
Bundesbank	- 61 267	- 147 633	- 138 073	- 13 311	- 113 073	- 14 015	- 152 281	- 48 914	- 68 545	- 28 591
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	+ 3 200	- 1 613	- 2 836	- 438	- 639	- 366	- 963	- 547	- 276	- 581
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	- 134 013	+ 261 256	+ 68 725	+ 21 706	+ 148 566	- 90 707	+ 208 518	+ 46 741	+ 60 200	+ 11 878
1. Direktinvestitionen 1)	+ 17 389	+ 35 382	+ 29 063	+ 4 891	+ 9 724	+ 11 471	+ 3 698	+ 2 412	+ 4 856	- 93
Beteiligungskapital	+ 9 094	+ 9 574	+ 4 990	+ 1 073	+ 2 178	+ 1 982	+ 349	+ 251	+ 108	- 135
reinvestierte Gewinne 2)	- 8 437	+ 1 883	+ 5 752	- 759	+ 1 605	+ 1 069	+ 3 652	+ 2 437	+ 1 025	+ 980
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 16 732	+ 23 924	+ 18 321	+ 4 577	+ 5 941	+ 8 421	- 303	- 276	+ 3 723	- 938
2. Wertpapieranlagen	- 4 246	+ 46 134	+ 62 264	+ 49 070	+ 17 661	- 40 407	+ 3 987	+ 40 196	- 16 316	- 20 182
Aktien 3)	+ 3 630	- 4 736	- 2 820	+ 13 155	- 4 230	- 5 486	- 8 550	+ 3 879	- 9 025	- 12 154
Investmentzertifikate	+ 11 744	+ 2 572	+ 7 711	+ 894	+ 3 909	+ 875	- 1 021	- 280	- 453	- 6 836
Anleihen 5)	- 70 113	+ 57 767	+ 48 711	+ 32 551	+ 4 735	- 22 081	+ 14 070	+ 32 972	- 3 325	+ 7 240
Geldmarktpapiere	+ 50 493	- 9 470	+ 8 662	+ 2 469	+ 13 247	- 13 715	- 512	+ 3 624	- 3 513	- 8 432
3. übriger Kapitalverkehr	- 147 155	+ 179 741	- 22 603	- 32 254	+ 121 182	- 61 771	+ 200 833	+ 4 133	+ 71 660	+ 32 152
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 115 025	+ 76 346	- 96 666	- 30 539	+ 84 283	- 111 131	+ 250 167	+ 18 226	+ 63 270	+ 24 443
langfristig	- 24 001	- 5 706	- 18 326	- 6 948	- 508	- 7 257	+ 2 164	+ 43	+ 2 796	- 3 113
kurzfristig	- 91 024	+ 82 052	- 78 340	- 23 591	+ 84 791	- 103 874	+ 248 003	+ 18 183	+ 60 475	+ 27 556
Unternehmen und Privatpersonen	- 5 059	+ 3 835	+ 24 275	+ 1 544	+ 28 394	- 4 452	+ 1 861	- 2 400	+ 9 134	+ 10 877
langfristig	+ 2 804	- 4 587	- 13 946	- 6 739	- 2 861	- 659	- 3 974	- 1 102	- 2 497	- 187
kurzfristig 7)	- 7 863	+ 8 423	+ 38 221	+ 8 282	+ 31 255	- 3 793	+ 5 835	- 1 298	+ 11 631	+ 11 064
Staat	- 5 290	+ 94 041	+ 17 836	- 405	+ 5 403	+ 21 066	- 22 211	- 13 220	+ 4 848	- 917
langfristig	- 2 013	+ 611	+ 4 417	+ 1 755	+ 1 705	+ 272	+ 11 811	- 9	+ 10 793	- 100
kurzfristig 7)	- 3 276	+ 93 430	+ 13 419	- 2 161	+ 3 699	+ 20 794	- 34 022	- 13 211	- 15 641	- 817
Bundesbank	- 21 782	+ 5 518	+ 31 952	- 2 854	+ 3 102	+ 32 746	- 28 984	+ 1 528	+ 4 104	- 2 251
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 155 440	- 147 439	- 161 937	- 46 097	- 16 218	- 36 425	- 61 391	- 12 706	- 34 056	- 20 144

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. **2** Geschätzt. **3** Einschl. Genuss-Scheine. **4** Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. **5** Ab 1975 ohne Stückzinsen. **6** Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. **7** Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen

abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	16 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2011 Febr.	515 777	156 964	111 426	18 532	27 005	50	333 010	25 754	12 100	503 677
März	516 360	155 718	110 136	19 253	26 329	50	335 543	25 049	13 569	502 791
April	502 690	157 344	112 655	18 818	25 871	50	321 422	23 875	12 011	490 679
Mai	522 887	162 854	116 831	19 202	26 821	50	335 955	24 028	11 566	511 322
Juni	531 716	159 745	114 087	19 098	26 560	50	348 854	23 067	10 700	521 016
Juli	549 738	170 639	123 740	19 901	26 998	50	355 977	23 072	12 077	537 661
Aug.	622 802	184 687	138 174	19 774	26 739	50	402 739	35 327	15 380	607 422
Sept.	686 659	181 430	131 912	20 862	28 655	50	461 927	43 253	13 809	672 850
Okt.	704 976	181 946	133 987	20 434	27 525	50	477 830	45 150	13 147	691 829
Nov.	746 357	187 984	138 669	20 850	28 465	50	507 480	50 843	13 517	732 840
Dez.	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012 Jan.	763 406	195 056	144 034	22 115	28 907	50	510 763	57 539	11 941	751 466
Febr.	814 053	195 654	145 234	22 073	28 346	50	559 678	58 672	13 460	800 593
März	875 780	186 628	135 777	22 177	28 674	50	628 223	60 880	17 564	858 215
April	909 192	189 556	137 380	22 624	29 551	50	656 813	62 773	15 312	893 879
Mai	964 557	193 057	138 000	23 400	31 658	50	711 198	60 252	53 949	910 608

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2011 Jan.	1,3417	8,8154	7,4518	110,38	1,3277	7,8199	8,9122	1,2779	1,3360	0,84712
Febr.	1,3543	8,9842	7,4555	112,77	1,3484	7,8206	8,7882	1,2974	1,3649	0,84635
März	1,3854	9,1902	7,4574	114,40	1,3672	7,8295	8,8864	1,2867	1,3999	0,86653
April	1,3662	9,4274	7,4574	120,42	1,3834	7,8065	8,9702	1,2977	1,4442	0,88291
Mai	1,3437	9,3198	7,4566	116,47	1,3885	7,8384	8,9571	1,2537	1,4349	0,87788
Juni	1,3567	9,3161	7,4579	115,75	1,4063	7,8302	9,1125	1,2092	1,4388	0,88745
Juli	1,3249	9,2121	7,4560	113,26	1,3638	7,7829	9,1340	1,1766	1,4264	0,88476
Aug.	1,3651	9,1857	7,4498	110,43	1,4071	7,7882	9,1655	1,1203	1,4343	0,87668
Sept.	1,3458	8,7994	7,4462	105,75	1,3794	7,7243	9,1343	1,2005	1,3770	0,87172
Okt.	1,3525	8,7308	7,4442	105,06	1,3981	7,7474	9,1138	1,2295	1,3706	0,87036
Nov.	1,3414	8,6154	7,4412	105,02	1,3897	7,7868	9,1387	1,2307	1,3556	0,85740
Dez.	1,3003	8,3563	7,4341	102,55	1,3481	7,7451	9,0184	1,2276	1,3179	0,84405
2012 Jan.	1,2405	8,1465	7,4353	99,33	1,3073	7,6752	8,8503	1,2108	1,2905	0,83210
Febr.	1,2327	8,3314	7,4341	103,77	1,3193	7,5522	8,8196	1,2071	1,3224	0,83696
März	1,2538	8,3326	7,4354	108,88	1,3121	7,5315	8,8873	1,2061	1,3201	0,83448
April	1,2718	8,2921	7,4393	107,00	1,3068	7,5698	8,8650	1,2023	1,3162	0,82188
Mai	1,2825	8,0806	7,4335	101,97	1,2916	7,5655	8,9924	1,2012	1,2789	0,80371

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,0	95,9	96,4	96,5	95,8	97,7	99,5	95,6	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,0	86,5	86,1	85,7	87,9	85,8	91,5	97,1	85,0	91,0	92,9	91,9	90,9	
2001	87,6	87,2	86,8	84,8	90,4	87,1	91,0	95,8	85,4	90,1	92,9	91,4	90,8	
2002	90,0	90,3	89,8	87,9	94,8	90,7	91,7	94,9	87,9	90,5	93,5	91,9	91,8	
2003	100,6	101,5	100,8	98,4	106,8	101,6	95,0	93,9	96,9	94,2	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,3	103,7	102,1	111,3	105,2	95,2	92,7	99,2	94,2	98,4	98,0	98,2	
2005	102,9	103,8	101,7	99,8	109,3	102,7	94,0	91,4	98,2	92,2	98,5	96,9	96,5	
2006	102,8	103,8	100,8	98,7	109,3	102,0	92,7	89,9	97,2	90,6	98,6	96,4	95,8	
2007	106,2	106,5	102,8	100,2	112,8	104,0	93,6	89,1	101,0	91,0	100,8	97,8	96,9	
2008	109,4	108,6	104,0	102,8	116,9	105,9	93,8	87,6	104,2	90,5	102,2	97,8	97,0	
2009	110,6	109,2	104,9	104,8	119,7	106,8	93,4	87,7	102,9	91,3	101,7	97,9	97,4	
2010	103,6	101,6	96,8	97,2	111,4	98,1	90,9	87,2	96,6	88,2	98,8	93,9	92,2	
2011	103,4	100,7	95,1	95,8	112,1	97,6	90,1	86,6	95,5	87,4	98,2	93,1	91,7	
2008 Nov.	103,6	102,8	100,3	99,2	111,8	100,8	91,9	87,4	99,3	89,3	99,8	94,9	94,3	
2008 Dez.	108,8	108,0			117,5	105,9					101,5	97,3	96,9	
2009 Jan.	108,6	107,8			117,7	105,9					101,3	97,3	96,9	
2009 Febr.	107,7	106,9	103,8	103,2	117,0	105,2	92,3	87,3	100,5	90,7	100,6	97,2	96,9	
2009 März	110,0	108,8			119,5	107,0					101,4	97,7	97,5	
2009 April	109,1	108,0			118,2	105,8					101,4	97,3	96,8	
2009 Mai	109,8	108,5	104,6	104,2	118,7	106,1	93,3	87,8	102,5	91,3	101,5	97,5	96,9	
2009 Juni	111,0	109,8			120,0	107,3					101,9	98,3	97,7	
2009 Juli	110,6	109,1			119,7	106,7					101,8	97,8	97,2	
2009 Aug.	110,6	109,1	105,0	105,0	119,8	106,8	93,8	88,0	103,6	91,4	101,9	97,9	97,4	
2009 Sept.	111,8	110,0			121,1	107,6					102,1	98,2	97,6	
2009 Okt.	113,1	111,2			122,0	108,3					102,6	98,8	98,1	
2009 Nov.	113,0	111,0	106,1	106,9	122,0	108,1	94,2	87,8	105,0	91,7	102,4	98,6	97,9	
2009 Dez.	111,9	109,8			120,8	106,8					102,1	98,2	97,4	
2010 Jan.	109,7	107,6			118,3	104,4					101,2	97,0	95,9	
2010 Febr.	107,0	104,8	101,1	101,4	115,3	101,6	92,5	87,6	100,5	89,8	100,2	95,6	94,4	
2010 März	106,2	104,3			114,2	100,8					100,2	95,2	93,8	
2010 April	105,0	103,0			112,5	99,3					99,5	94,4	92,7	
2010 Mai	101,8	100,0	95,6	96,0	109,0	96,3	90,4	87,2	95,5	87,8	98,3	93,1	91,2	
2010 Juni	99,8	98,1			106,9	94,5					97,2	92,1	90,2	
2010 Juli	101,6	99,8			109,2	96,4					97,8	92,9	91,2	
2010 Aug.	101,2	99,3	94,6	94,6	108,8	95,9	90,0	87,2	94,2	87,4	97,6	92,7	91,0	
2010 Sept.	101,5	99,5			109,2	96,0					97,7	92,7	91,0	
2010 Okt.	105,0	102,6			112,9	99,0					99,1	94,2	92,6	
2010 Nov.	103,7	101,2	95,9	96,8	111,7	97,7	90,5	87,0	96,0	87,8	98,8	93,7	92,0	
2010 Dez.	101,7	99,2			109,3	95,6					97,8	92,7	90,9	
2011 Jan.	101,4	99,0			109,3	95,5					97,7	92,4	90,7	
2011 Febr.	102,4	99,8	94,9	95,3	110,6	96,5	90,1	86,8	95,3	87,3	98,1	92,9	91,2	
2011 März	104,1	101,6			112,3	98,1					98,7	93,6	92,0	
2011 April	105,9	103,3			114,0	99,6					99,6	94,4	92,8	
2011 Mai	104,9	102,2	97,1	97,7	113,2	98,6	91,1	86,8	98,0	88,1	99,0	93,7	92,1	
2011 Juni	105,0	102,2			113,4	98,8					99,0	93,7	92,2	
2011 Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,8	
2011 Aug.	103,9	100,8	95,1	95,7	112,9	98,0	90,0	86,5	95,5	87,3	98,2	93,2	91,9	
2011 Sept.	102,8	100,0			112,0	97,4					97,7	92,7	91,5	
2011 Okt.	103,0	100,3			112,6	97,8					97,8	92,9	91,8	
2011 Nov.	102,6	99,9	93,3	94,5	112,1	97,4	89,2	86,4	93,4	86,9	97,6	92,8	91,6	
2011 Dez.	100,8	98,1			110,3	95,8					96,8	91,7	90,5	
2012 Jan.	98,9	96,3			108,0	93,7					96,1	90,8	89,4	
2012 Febr.	99,6	97,2	108,4	94,1	91,4	86,0	96,9	91,3	89,7	
2012 März	99,8	97,3			108,6	94,3					96,9	91,2	89,6	
2012 April	99,5	97,0			108,4	94,1					96,7	91,1	89,5	
2012 Mai	98,0	95,6	107,2	93,0	95,9	90,4	88,9	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36f). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 2 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen,

sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. 7 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

August 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2011

■ Finanzstabilitätsbericht

September 2011

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010
- Die Entwicklung der Buchkredite deutscher Banken an den inländischen Privatsektor seit Sommer 2009
- Internationale Zusammenarbeit in der Bankenregulierung: Historie und aktuelle Entwicklungen

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2011 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2012 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Juli 2011

- Zur Entwicklung der Ausfuhr in den vier großen EWU-Mitgliedstaaten seit Beginn der Währungsunion
- Leasingfinanzierung in Deutschland
- Verlässlichkeit und Revisionsmuster ausgewählter deutscher Konjunkturindikatoren
- Frühjahrskonferenz der Deutschen Bundesbank 2011 – Kurz- und langfristige Herausforderungen für die Geld- und Fiskalpolitik

Oktober 2011

- Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung
- Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung

November 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2011

Dezember 2011

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2010
- Direktinvestitionen und Finanzierungsbeschränkungen vor und während der Finanzkrise

Januar 2012

- Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung
- Das PHF: eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland
- Der europäische Binnenmarkt im Zahlungsverkehr vor der Vollendung

Februar 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2011/2012

März 2012

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2011
- Nationale und internationale Finanzmarktshocks und die Realwirtschaft aus empirischer Sicht

April 2012

- Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft – Mittelfristige Perspektiven vor dem Hintergrund demographischer Belastungen
- Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken: vom institutionellen Fundament zur glaubwürdigen makroprudenziellen Überwachung

Mai 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2012

Juni 2012

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013

- Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern
- Die Rolle des „Baseler Zinsschocks“ bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik, Januar 2012³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, März 2012²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juni 2011²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2005 bis 2010, September 2011³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2007 bis 2008, März 2011²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2012¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2011

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 04/2012
 Stress testing German banks against a global cost-of-capital shock
- 05/2012
 Regulation, credit risk transfer with CDS, and bank lending
- 06/2012
 Maturity shortening and market failure
- 07/2012
 Towards an explanation of cross-country asymmetries in monetary transmission
- 08/2012
 Does Wagner's law ruin sustainability of German public finances?
- 09/2012
 Bankregulation and stability: an examination of the Basel market risk framework
- 10/2012
 Capital regulation, liquidity requirements and taxation in a dynamic model of banking
- 11/2012
 Credit portfolio modelling and its effect on capital requirements
- 12/2012
 Trend growth expectations and the U.S. house prices before and after the crisis

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 * Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 80*.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.